



- Kardinaltugenden – Kern soldatischer Berufsethik
- Wieviel Ethik braucht die Bundeswehr?
- Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Paulusjahr 2008 / 2009
- Ehe – Familie – Kinder
- Die Bundeskanzler und die Bundeswehr
- Kirche unter Soldaten

EDITORIAL 3

BILD DES SOLDATEN

FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES 2008

- Festakt der GKS Bonn: Die Kardinaltugenden als Kern einer soldatischen Berufsethik
von Militärbischof Walter Mixa 4
- Kurzbericht Weltfriedenstag in Bonn (BB) 7
- Feier Weltfriedenstag in Trier
von Jürgen Strohe 8

11. SEMINAR DER GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN 2007 – NACHTRAG

- Wie viel Ethik braucht die Bundeswehr?
von BrigGen Karl H. Schreiner 9
- Das Interview: General Karl-Heinz Lather, Chief of Staff SHAPE, zu Fragen der Ethik und der Inneren Führung für Soldaten (BB) . . . 14
- Bundeswehr sieht sich „gut aufgestellt“ (KNA) . . . 15
- Nachruf: Philipp von Boeselager. Der letzte Verschwörer vom 20. Juli 1944 ist tot. (bt) . . . 16

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

KRITERIEN FÜR AUSLANDSEINSÄTZE DER BUNDESWEHR

- Kriseneinsätze von deutschen Streitkräften im Ausland – 4. Petersberger Gespräche zur Sicherheit
von Andreas M. Rauch 18
- Problemfelder (Dilemmata) für den Einsatz von Streitkräften in Friedensmissionen
von Ludwig Jacob 21
- GKS formuliert Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr: Verantwortung übernehmen – moralisch handeln! 24
- Forderung nach einem Gesamtkonzept für den Afghanistaneinsatz – Sechs Kriterien für die Friedenskonsolidierung
von Lothar Mark und Klaus Liebetanz 27

FRIEDENSETHISCHE HERAUSFORDERUNGEN

- Nukleare Rüstung und Proliferation: Die Frist läuft ab! Katholische Sicht zur Überwindung nuklearer Abschreckung (KNA/Justitia et Pax) 29
- Justitia et Pax: Abrüstung heißt Förderung einer Kultur des „Präventivfriedens“ (ZENIT) 33
- Zur Proliferationsproblematik
von Werner Bös/bt 34
- Leserbrief: Natochannel.tv ist Propaganda – oder Gedanken zum Freien Journalismus
von Jürgen Bringmann 37

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

EHE – FAMILIE – KINDER

- Warum Familie unersetzbar ist
von Johannes Schwarte 38
- Kinder brauchen beide Eltern
von Jürgen Liminski 41

- Der Große Bruder wird legal – Marxismus pur: Kindeswohl und Elternrecht sollen entkoppelt werden. *von Jürgen Liminski* 44
- Ehe und Weltfriede: Benedikt XVI. sieht Zusammenhang (ZENIT) 45
- USA: Wie Katholiken die Ehe sehen (ZENIT) . . . 46

GEFÄHRDUNG DES INNERGESELLSCHAFTLICHEN FRIEDENS

- Bedrohung des Friedens in Europa? Die Gefahr des Rechtspopulismus in Westeuropas Gesellschaften
von Frank Geldmacher und Andreas Rauch . . . 47
- Die Katholische Kirche in Kenia setzt ein Zeichen
von Klaus Liebetanz 51
- Notwendige Ergänzungen zum Bericht über die Tragödie von General Dallaire
von Klaus Liebetanz 53
- Uganda zwischen Bürgerkrieg und Hoffnung auf Frieden
von Andreas M Rauch u. Jan-Philipp Scholz . . . 54
- Selbstmordattentäter. Die den Tod suchen
von Renzo Spielmann/DT 55
- Vor 90 Jahren: Europa, mit begrenzter Reichweite
von Stephan Baier 57
- Aktuelle Kirchenstatistik (ZENIT) 60

RELIGION UND GESELLSCHAFT

- Der Laie unter den Papstwählern: Vor 150 Jahren wurde zuletzt ein Nicht-Priester Kardinal
von Burkhard Jürgens (KNA) 60
- Das Paulus-Jahr 2008/2009, eine „missionarische Bombe“ *von Guido Horst* 62
- Buchbesprechung: Paulus von Tarsus (PS) 63
- Hl. Dominikus: Durchdrungen von der Liebe zu Gott
von Andreas Laska 65
- Haupttagung 2008 der GKMD in Fulda: Vater werden ist nicht schwer, Vater sein ...
von Heinrich Dorndorf 66

BLICK IN DIE GESCHICHTE

ZEITGESCHICHTE – 50 JAHRE BUNDESWEHR:

- Der erste Bundeskanzler und die Bundeswehr – Dr. Konrad Adenauer – der distanziert-fürsorgliche Gründungsvater (Teil 2)
von Dieter Kilian 68
- Buchbesprechung: Beiträge zur Biographie und Politik des ersten Bundeskanzler
von Andreas Rauch 74
- Vor 50 Jahren: Nebenbeschäftigung ohne viel Einfluss. „Europäische Parlamentarische Versammlung“ begann vor 50 Jahren
von Christoph Lennert (KNA) 75
- Buchbesprechung: Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung.
von Andreas Rauch 76

Foto der Titelseite: Rom, St. Paul vor den Mauern, Westansicht der nach einem Brand im Jahr 1823 rekonstruierten fünfschiffigen Basilika mit dem Standbild des Apostels im Vorhof. (Foto: PS)

KIRCHE UNTER SOLDATEN

MILITÄRSEELSORGE

Vor 50 Jahren – Lourdes 1958: Erinnerungen an die 1. Internationale Soldaten-Wallfahrt
(Karl-Heinz Kieserling) 77
„kompass“ neu geeicht (KNA-ID) 78

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

Vor 25 Jahren starb Oberst Dr. Helmut Korn:
GKS-Festakademie zum 25. Jahrgedächtnis des
Mentors des kath. Laienapostolats (PS) 79
Vor 20 Jahren: Gemeinsame Erklärung der Bundes-
vorsitzenden von BDKJ und GKS (PS) 82
GKS-Bereich Niedersachsen/Bremen:
Frauenwochenende mit MD Miebach
(Elisabeth Lang) 86
GKS-Kreis Köln: Fortsetzung folgt
(Walter Fröhler) 86
GKS-Kreis Bonn: El Camino de Santiago –
Erlebnisse, Erfahrungen, Erkenntnisse
(Reinhold Gradl) 86

GKS Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland:
Familie und Beruf können durchaus harmonieren
(Wilfried Puth) 87
StO Hammelburg: Würzburger Bischof Hofmann
besucht Militärgemeinde Hammelburg
(Constantin Deschner) 89
GKS-Kreis Veitshöchheim: Erziehen – Fördern –
Entwickeln Ralf Sikorski 89
GKS-Kreis Fürstentfeldbruck: Dunkle Kapitel des
Christentums (von einem Teilnehmer) 90

PERSONALIA 9, 82, 90
KURZ BERICHTET 15, 17, 26, 52, 57, 61, 64, 67, 76
LESERBRIEFE 37, 73
TERMINE 91
IMPRESSUM 92

editorial:

Liebe Leserschaft,

ist Ihnen aufgefallen, dass mit der Ausgabe Nr. 269/März 2008 das Arbeits- und Produktionsverfahren für die GKS-Zeitschrift AUFTRAG sich wesentlich geändert hatte? Wenn nein, dann ist das in Ordnung. Die Redaktion hatte mit dem Wechsel der Verlagsgesellschaft nicht zugleich noch das Erscheinungsbild verändern wollen. Die Zusammenarbeit mit dem Verlag Haus Altenberg in Düsseldorf hat sich auf allen Planungs- und Arbeitsebenen gut angelassen. Nun mit der zweiten Ausgabe läuft alles fast schon wieder normal.

Ein Schwerpunkt dieses AUFTRAGs sind wiederum Überlegungen und Aussagen zur Friedensethik. Den Einstieg bildet der Vortrag „Die Kardinaltugenden als Kern einer soldatischen Berufsethik“, den Militärbischof Walter Mixa beim Festakt des Bonner GKS-Kreises am 26. Februar gehalten hat. Dem schließen sich folgerichtig Aussagen von BrigGen Karl H. Schreiner bei der letztjährigen GKS-Akademie zum Thema „Wieviel Ethik braucht die Bundeswehr“ an und General Karl-Heinz Lather beantwortet Fragen der Redaktion zur Inneren Führung.

Ein Thema, das nicht nur die GKS bewegt, ist die Frage nach „Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr“. Dazu äußern sich verschiedene Autoren aus unterschiedlichen Gesichtswinkeln. Der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ hat dazu für die GKS eine Erklärung erstellt, die als Information und Diskussionsgrundlage beim Katholikentag in Osnabrück dienen soll und in diesem Heft auf den Seiten 24-27 abgedruckt ist.

Den zweite Schwerpunkt dieser Ausgabe bilden Beiträge zur Thematik „Ehe – Familie – Kinder“. Wir sollten als katholische Soldaten dagegenhalten, was darüber in der Öffentlichkeit vor allem von bewusst kinderlosen Medienleuten und Politikern unter den Gesichtspunkten einer Raff-, Genuss- und Spaßgesellschaft lauthals diskutiert wird. Dazu gehört auch das m. E. unverständlicherweise von Altbundespräsident Roman Herzog angeschnittene Thema der „Rentnerdemokratie“. Wie stünde diese Gesellschaft denn da, wenn die ältere Generation, welche die Jungen angeblich ausbeutet, in einen „Großeltern-Streik“ träte und neben zahlreichen Ehrenämtern auch die selbstlose Unterstützung und Versorgung der Enkelgeneration (einschließlich der zugehörigen Eltern) verweigerte? Die Folgen wären kaum auszudenken!

Aber zurück zur Redaktionsarbeit: AUFTRAG Nr. 271 soll Anfang September vor der 48. Woche der Begegnung herauskommen. Das bedeutet: Die Beiträge für dieses Heft müssen bis zum 30. Juni bei der Redaktion eingegangen sein.

Mit den besten Grüßen und guten Wünschen
für eine schöne und erholsame Sommerzeit

Her Paul

Festakt der GKS Bonn zum Weltfriedenstag 2008:



Der einsatzbereite Soldat

Die Bedeutung der Ethik für den Beruf des Soldaten im Allgemeinen und für den Soldaten im Einsatz im Besonderen ist ja gerade in der Perspektive unserer christlichen Friedenslehre unverzichtbar. Ich will versuchen, Ihnen heute Hilfen zur ethischen Reflexion des soldatischen Dienstes aufzuzeigen aus der Perspektive einer Tugendethik, die in der katholisch-moraltheologischen Tradition entwickelt wurde.

Von den Soldaten wird heute erwartet, dass Sie einsatzbereite Soldaten sind. In diesem Begriff „einsatzbereiter Soldat“ bündelt sich wie im Brennpunkt einer Lupe alles, wofür unsere moderne Welt steht – im Positiven wie im Negativen. Der einsatzbereite Soldat steht für höchste Qualitätsstandards in der Ausbildung. Diese umfasst bei weitem nicht nur das soldatische Handwerk. Er muss ein hoch qualifizierter Spezialist im Umgang mit seinen Waffen sein. Er muss brisante Situationen blitzschnell erfassen und auf sie angemessen reagieren können. Er muss über besondere Befähigungen in der Menschenführung verfügen. Darüber hinaus werden von ihm zunehmend interkulturelle Kompetenzen verlangt. Angesichts der vielfältigen Erfahrungen, die deutsche Soldaten in anderen Ländern gesammelt haben, brauche ich dieses sicher nicht weiter auszuführen. An dem beruflichen Anforderungsprofil für den einsatzbereiten Soldaten arbeiten Sie täglich. Mehr als je in der Vergangenheit bestimmen heute Geschwindigkeit, Wissensvorsprung, vernetztes Handeln und integrierte Zusammenarbeit im internationalen Rahmen militärisches Handeln. Zusammenfassend kann man vielleicht sagen: Das Leitbild des einsatzberei-

ten Soldaten umfasst all die Qualitäten, die von Spitzen- und Führungskräften in unserer modernen Welt verlangt werden.

Der einsatzbereite Soldat muss aber auch all die negativen Seiten unserer modernen Welt aushalten. Da ist die hohe Flexibilität und Verfügbarkeit, die von ihm verlangt wird, und die natürlich eine große Belastung für seine Familie darstellt. Die Zunahme



an gewaltsam ausgetragenen Konflikten, die auf uns zukommen, erlebt er als erster am eigenen Leib. Die schweren Probleme, mit denen sich die Welt nach dem Scheitern der großen Hoffnungen der Modernität – einer Hoffnung auf unbegrenzten Fortschritt an Wohlstand und Wissenschaft für alle – konfrontiert sieht: der Aufstand der Benachteiligten der Globalisierung. Die Soldaten im Einsatz müssen dies seelisch, psychisch und auch körperlich aushalten, eine schwere Last, die manch einer auch nach dem Einsatz nicht mehr loswird. Die zunehmenden Fälle posttraumatischer Bela-

stung auch in der Bundeswehr sprechen hier eine deutliche Sprache. So viel lässt sich festhalten: **Der einsatzbereite Soldat ist der Inbegriff dessen, was unsere moderne Welt an Positivem bietet, aber auch an Negativem auferlegt.**

Der Begriff der (Kardinal-)Tugend

Demgegenüber wirkt der Begriff der Kardinaltugenden auf den ersten Blick verstaubt und antiquiert. Die Vorstellungen von Kardinaltugenden gehen zurück auf den griechischen Philosophen Aristoteles, der um 340 vor Christus im griechischen Athen als Philosoph lehrte. Fragen wir mit Aristoteles, was denn eine Tugend ist. Und fragen wir dann weiter, was Kardinaltugenden sind.

Die Grundidee des Aristoteles besteht darin, dass Menschen nicht immer und überall in der gleichen Weise in der Lage sind, bestimmte Dinge zu leisten. Sobald es darum geht, etwas Anspruchsvolles auf den Weg zu bringen, müssen Dinge erlernt werden. Wer heute Menschen führen will, muss Kompetenz erwerben: fachliche und soziale Kompetenz. Das nimmt Zeit in Anspruch, ist mühsam und auch mit Rückschlägen verbunden.

Wer als Vorgesetzter mit Autorität führen will, muss gerecht sein. **Gerechtigkeit beschränkt sich dabei nicht auf formal gerechtes Verhalten allein, sondern umfasst auch Fairness, Toleranz und Respekt, Treue und Aufrichtigkeit.**

Diese Erkenntnis kommt uns von Kindesbeinen an ziemlich bekannt vor. Schon ein gedeihliches Familienleben genauso wie eine funktionierende Freundschaft hängen nämlich von jenen gelebten Werten und Tugenden ab. Sind sie über einen längeren Zeitraum praktisch eingeübt, werden sie

Die Kardinaltugenden als Kern einer soldatischen Berufsethik

Vortrag des Katholischen Militärbischofs Dr. Walter Mixa beim Festakt zum Weltfriedenstag im Collegium Josephinum, Bonn, am 26. Februar 2008

zur selbstverständlichen Haltung, zur „zweiten Natur“. Aristoteles sagt nun, dass es mit unseren sittlichen Fähigkeiten nicht anders ist.

Nehmen wir die Freundschaft: Man muss lernen, ein Freund zu sein! Treue, Einfühlungsvermögen, Empathie, die Bereitschaft für einander einzustehen, all dies muss erlernt werden. Wer aber gelernt hat, ein Freund zu sein, wird kaum etwas höher schätzen als Freundschaft. **In der Tugend geht es also um die Fähigkeit – um die Tüchtigkeit des Menschen, sein Leben zu meistern.**

Wenn wir einen Augenblick nachdenken, werden uns gleich eine Menge von bedeutsamen Fähigkeiten einfallen, um die wir uns bemühen müssen. Um nur einige zu nennen: Dankbarkeit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit, Ordentlichkeit, Zärtlichkeit. Das sind alles Tugenden. Wollte man sie alle zusammentragen, man käme an kein Ende.

Nun hat Aristoteles darauf hingewiesen, dass es vier Grundtugenden gibt, auf die sich alle anderen zurückführen lassen. Das sind die **Kardinaltugenden „Gerechtigkeit, Tapferkeit, Klugheit und Maßhaltung“**.

In einer guten Handlung finden immer verschiedene Tugenden zusammen: So schließt Gerechtigkeit immer auch Barmherzigkeit mit ein. Wer einem wirklich Notleidenden hilft, gibt ihm, worauf er einen Anspruch hat, ist also gerecht. Andererseits darf er ihn aber nicht maßlos mit Gaben überhäufen. Denn damit würde er ihm vielleicht gar nicht helfen und es ginge zu Lasten der anderen, denen er helfen muss. Der Barmherzige muss daher auch klug handeln, denn er muss sich fragen, ob er dem Beschenkten in der konkreten Situation seines Lebens wirklich hilft.

Außerdem muss der Barmherzige auch tapfer sein, denn es kann sein, dass er bereit sein muss, Hohn und Spott oder sogar den Vorwürfen seiner Umgebung standzuhalten, weil er uneigennützig und großzügig hilft, wo keine Gegenleistung zu erwarten ist.

Die Bedeutung der Kardinaltugenden für den Soldaten

Welche Bedeutung können nun diese skizzierten Kardinaltugenden für den Soldaten von heute

haben? Kehren wir noch einmal zu dem Bild des einsatzbereiten Soldaten zurück.

Die Anforderungen an ihn, von denen ich eben sprach, beziehen sich zunächst auf das fachliche Können, über das er verfügen muss. Es ist offensichtlich, dass der einsatzbereite Soldat aber auch charakterliche Fähigkeiten aufweisen muss. Hier kommen dann die Kardinaltugenden in den Blick.

Herkömmlicherweise ordnet man dem Soldaten besonders die **Tugend der Tapferkeit** zu. Sie besteht darin, unter großen Gefahren – ja selbst unter Todesgefahren – an der Verfolgung von sittlich guten Zielen festzuhalten. Es kann kein Zweifel bestehen, dass wir auch in Zukunft tapfere Soldaten brauchen werden.

In meinen Überlegungen möchte ich jetzt den Aspekt der Tapferkeit beleuchten, der vielleicht nicht häufig genug betont wird: Bei den Gefahren, die ein Soldat zu bestehen hat, denkt man in der Regel an die Bedrohungen für Leib und Seele, die von der militärischen Gewalt der Gegner gegen ihn gerichtet wird. Keine Frage: Hier bewährt sich Tapferkeit.

Tapferkeit ist aber nur dann Tapferkeit, wenn sie einher geht mit den anderen drei Kardinaltugenden: Gerechtigkeit, Klugheit und Maßhaltung.

Um Ihnen dies zu verdeutlichen, möchte ich das uns alle bedrückende Thema der Selbstmordattentate ansprechen: Ist ein Selbstmordattentäter, der andere mit sich in den Tod reißt, tapfer? Man wird ihn wohl kaum einfach als feige bezeichnen können. Dennoch scheuen wir uns zu Recht, ihm das Attribut der Tapferkeit anzuhängen. Warum ist das so? Was fehlt seinem Selbstopfer, um als tapfer zu gelten?

Was den Selbstmordattentäter am meisten sittlich disqualifiziert ist, dass er unschuldige Menschen mit in den Tod reißt. Das ist im höchsten Maße ungerecht und damit sittlich verwerflich! Die Gerechtigkeit erlaubt nur, Gewalt gegen diejenigen Menschen zu richten, die ihrerseits Gewalt anwenden oder den Frieden bedrohen.

Um als tapfer gelten zu können, muss der Soldat also Gerechtigkeit üben. Darüber hinaus muss er aber

auch Maß halten. So wird vom Soldaten verlangt, dass er auch gegen gegnerische Soldaten Gewalt nur nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit anwendet: Er darf keine militärische Aktion durchführen, wenn vorauszusehen ist, dass sie unverhältnismäßig vielen Menschen das Leben kosten wird. **Tapferkeit im recht verstandenen Sinn verlangt also, dass der Soldat gerecht handelt und Maß halten kann.**

Der tugendhafte Soldat muss aber auch über viel Klugheit verfügen. Ein militärischer Führer, der in einer Situation, in der es um nichts oder nur wenig geht, sein Leben und das seiner Kameraden aufs Spiel setzt, handelt sicher nicht tapfer, sondern verantwortungslos. Tapfer kann also nur eine Persönlichkeit sein, die über Gerechtigkeit, Maßhaltung und Klugheit verfügt.

Die Vermittlung und Förderung dieser Tugenden in der Ausbildung ist grundlegend für eine soldatische Berufsethik. Es sind diese Tugenden, die den militärischen Führer erst befähigen, auch unter Belastung und Stress, Angst und Gefahr den militärischen Auftrag moralisch verantwortlich zu erfüllen.

So lassen sich die Kardinaltugenden auch als Friedentugenden verstehen. Ohne ihre Beachtung ist kein Konsens, kein sinnvoll geordnetes Zusammenleben innerhalb einer Gesellschaft und zwischen den Staaten möglich. Ohne die Beachtung dieser Tugenden scheinen Dialog und Kooperation und damit letztlich auch der Friede zwischen den Kulturen kaum möglich zu sein.

Mit der willentlichen Selbstbindung, „treu zu dienen“ und „Recht und Freiheit des Deutschen Volkes“ tapfer zu verteidigen, haben unsere Soldatinnen und Soldaten eine sittliche Verpflichtung übernommen, die sie an die Werte und Normen unserer Verfassung sowie an die Regeln des Völkerrechtes binden. Diese Verpflichtung kann sich nur auf moralisch Erlaubtes, in keinem Fall auf sittlich Verbotenes beziehen. Sie schließt daher immer auch die Notwendigkeit einer den jeweiligen Fähigkeiten und Einsichten entsprechenden personalen Prüfungspflicht mit ein.

Um also ein tapferer Soldat zu sein, bedarf es einer charakterlich gefestigten Persönlichkeit, die sich um das notwendige Sach- und Orientierungswissen bemüht, aus dem heraus Urteilsfähigkeit und selbstbestimmtes und verantwortliches Handeln erwachsen können. Die damaligen schrecklichen Vorkommnisse im irakischen Gefängnis Abu Ghraib, die anlässlich der diesjährigen Berlinale als Dokumentation noch einmal in Erinnerung gerufen worden sind, lassen es geboten erscheinen, auf einen weiteren Aspekt aufmerksam zu machen, den die Lehre der Kirche immer be-

dächtigen Zivilpersonen, Vergewaltigungen und sinnlose Zerstörungswut, wie sie in Afghanistan und im Irak vorgekommen sind, sind ein extremer Ausdruck verirrter Soldaten, denen jegliches Maß an Selbstkontrolle entglitten ist. Vor dieser gefährlichen Versuchung ist niemand gefeit.

Ein anderes Beispiel von Fehlverhalten hat uns alle im Oktober 2006 schockiert: die Respektlosigkeit vor Leichenteilen durch einige wenige der in Afghanistan eingesetzten Soldaten. Die Verhaltensweisen bezeugen mangelnden Respekt vor dem Anderen. Sie zeigen aber auch mangelnde

innere Disziplin und mangelnde Beherrschung in Situationen hoher Belastung und Anspannung.

Angesichts dieser Vorfälle kommt mir ein Zitat des Zweiten Vatikanischen Konzils in den Sinn: „Die besondere Gefahr des modernen Krieges besteht darin, dass er sozusagen [...] die Gelegenheit schafft, [...] Verbrechen zu begehen, und in einer Art unerbittlicher Verstrickung den Willen des Menschen zu den fürchterlichsten

Entschlüssen treiben kann“ (GS 80). Umso mehr bedarf es der Einübung in die Tugend der Maßhaltung: Um als Soldat, als Offizier selbst zu bestehen und Vorbild sein zu können. Nur eine umfassende, selbst bis in die tiefsten Ebenen der Bedürfnisstruktur unserer natürlichen Ausstattung gefestigte Persönlichkeit kann also im Wortsinne wirklich verlässlich tapfer kämpfen. Diese Persönlichkeit zeichnet sich aus durch Wertekompetenz. Hierzu gehören dann auch Charakter, Moral und Respekt für die allgemeinen Menschenrechte sowie interkulturelle Kenntnisse.

Erlauben Sie mir noch im Zusammenhang mit dem voran Gesagten auf

einen weiteren Aspekt hinzuweisen: Tapferkeit ist nicht nur gegenüber dem Feind geboten, sondern auch gegenüber dem Freund. Durch die Art der mörderischen Kleinkriege, die wir jetzt erleben, werden in Zukunft Soldaten und vermutlich auch Polizisten zunehmend in Situationen kommen, in denen durch Angst, Wut und Frustration die Versuchung sehr groß wird, das rechte und erlaubte Maß an Gewalt zu überschreiten. Die Kriegssituationen in Afghanistan und im Irak zeigen dies schon heute deutlich. Der Kampf gegen den Terrorismus stellt uns vor moralische Fragen, deren Beantwortung noch längst nicht abgeschlossen ist. Mit Respekt habe ich den Protest und die Entscheidung israelischer Piloten zur Kenntnis genommen, für die völkerrechtlich äußerst umstrittenen „gezielten Tötungen“ führender HAMAS-Persönlichkeiten durch Raketenbeschuss in Anbetracht der damit verbundenen indiskriminatorischen Tötung Unschuldiger nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

In Zukunft kann es äußerst schwierig werden, an den sittlichen Beschränkungen der Gewaltanwendung festzuhalten. Dies gilt vor allem dann, wenn ein Bild von Tapferkeit entsteht, aus dem der sittlich gefestigte Soldat als „Oberbedenkenträger“ herausdefiniert wird, wenn die Kameraden Druck ausüben. **Tapferkeit gibt es nur in Gerechtigkeit, Maßhaltung und Klugheit.**

Hier möchte ich noch einmal herausstellen: Terrorismus ist ein Verbrechen, kein Kriegsgeschehen, und Terroristen sind Verbrecher, keine Soldaten. Die ihnen vorgeworfenen Taten sind daher durch die zuständigen Gerichte strafrechtlich zu bewerten; die Kasernierung dieser Personen ohne die Möglichkeit einer Verteidigung ist daher völkerrechtlich und menschlich nicht tolerabel.

Die Anwendung jeglicher Gewalt muss auf ein unvermeidbares Maß begrenzt bleiben. Sie ist ohnehin allein nicht in der Lage, die Menschen von der Geisel des Terrorismus zu befreien. Politische Lösungen müssen daher im Mittelpunkt stehen.

Die Klärung ethisch fundierter und allgemein anerkannter völkerrechtlicher Kriterien zu solchen Kern-



Die Protagonisten des Bonner Festaktes zum Weltfriedenstag (v.l.): Oberstleutnant Paul Brochhagen (Bundvorsitzender der GKS), Militärdekan Benno Porovne (Kath. Militärpfarrer Bonn), Bischof Dr. Walter Mixa (Kath. Militärbischof), Msgr. Rainer Schnetker (Kath. Leitende Militärdekan Köln und Koblenz) und Stabsfeldwebel Joachim Lensch (Vorsitzender GKS-Kreis Bonn) (Foto: SKA)

tont hat: Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen der Tapferkeit und der Beherrschung tiefliegender menschlicher Triebe und Instinkte. In der Welt von heute, wo sexuelle Gier und Gewalt geradezu zu einer Kriegswaffe geworden sind, dürfte dies nicht schwer zu vermitteln sein.

Nur wer es versteht, seine Triebhaftigkeit im täglichen Leben unter Kontrolle zu halten und jedes exzessive Maß zu vermeiden, der erfüllt die Voraussetzungen, auch unter den extremen Bedingungen des Kämpfens in Lebensgefahr dem Sog übermäßiger Gewaltanwendung zu widerstehen. Vorsätzliche Misshandlung und sogar Tötung von Gefangenen und ver-

fragen unserer Sicherheit ist drängend und tut Not – in Europa, in der atlantischen Gemeinschaft, weltweit und auch bei uns hier in Deutschland, wo eine öffentliche Debatte bisher bestenfalls am Rande geführt wird.

Die Ebene der übernatürlichen Tugenden

Es wird nicht zuletzt eine wichtige Aufgabe der Militärseelsorge sein und bleiben, die sittlichen Bindungen soldatischen Dienens in der Bundeswehr bewusst zu halten. Denn es gibt keinen anderen Weg zu Gott als den auf den Straßen dieses Lebens. Wir sind auf dem richtigen Weg, wenn wir tapfer, gerecht, maßvoll und klug handeln. Nach der Tradition der katholischen Kirche schenkt Gott den Gläubigen die so genannten übernatürlichen Tugenden – Glaube, Liebe und Hoffnung. Wer sich in Gott geliebt und geborgen weiß, der ist auch in der Lage, in aller Gelassenheit – auch in einer schwieriger werden Welt – tapfer und charakterfest zu bleiben.

Mit den bisherigen Überlegungen sind wir schon weit, aber noch nicht ganz bis zur tiefsten Ebene vorgestoßen. Ich hatte zunächst von fachlichen Höchstanforderungen gesprochen, die an den einsatzbereiten Soldaten gestellt werden. Wir hatten gesehen, dass der Soldat aber auch über charakterliche Fähigkeiten, die Tugenden, verfügen muss, will er seine Aufgabe im Sinne des Friedens erfüllen. Es gibt noch eine tiefere Ebene, auf der die charakterliche Stärke ruht und von der sie abhängt. Man könnte vielleicht von der Seelenstärke sprechen.

Dies ist die Ebene, auf der die so genannten übernatürlichen Tugenden ansetzen. Dies sind Glaube, Liebe und Hoffnung. Anders als die natürlichen Tugenden kann man sie nicht durch Einübung erwerben. Was ist damit gemeint? In uns gibt es eine letzte Tiefe, auf der sich entscheidet, wie wir uns zur Wirklichkeit überhaupt verhalten. Begriffe wie Grundvertrauen verweisen in diese Richtung. Das Entscheidende ist, dass alles von dieser Ebene abhängt, uns aber letztlich entzogen ist. Es gibt kein Trainingsprogramm in Grundvertrauen. Grundvertrauen müssen wir uns schenken lassen. Letztlich ist Grundvertrauen

Kurzbericht über den Festakt zum Weltfriedenstag in Bonn mit Militärbischof Dr. Walter Mixa

Am Dienstag, den 26. Februar 2008 veranstaltete der GKS-Kreis Bonn nach mehrjähriger Pause wieder einen Festakt im Collegium Josephinum in Bonn, einer katholischen Privatschule (Realschule und Gymnasium) in der Trägerschaft des Redemptoristenordens.

In diesem Jahr hatte sich Militärbischof Dr. Walter Mixa als Festredner zur Verfügung gestellt. Sein Vortrag hatte das Thema: „Die Kardinaltugenden als Kern einer soldatischen Berufsethik“ und ist voranstehend abgedruckt.

Noch vor dem Beginn des Festaktes hatte sich Bischof Mixa den Fragen der anwesenden Presse gestellt. Die Frage der Vertreter von Radio Andernach, wie denn die Seelsorger auf die Einsätze vorbereitet würden, beantwortete Bischof Mixa ausführlich. Er beschrieb, wie die begleitenden Pfarrer mit den für den Einsatz vorgesehenen Soldaten die Vorausbildung gemeinsam absolvierten. Weiter schilderte er anschaulich, dass die Einsätze gerade bei den Seelsorgern nicht einfach „abgehakt“ werden könnten. Der aus dem Einsatz heimkehrende Pfarrer habe keine Familie, die ihn „auffangen“ könne. Deshalb sei es für diesen Seelsorger wichtig, nach einem Einsatz besinnliche Tage beispielsweise in einem Kloster einzulegen, damit er mit sich selbst „wieder ins Reine“ kommen könne. Nach diesem Pressegespräch gab Militärbischof Dr. Mixa dem Sender Bundeswehr-TV ein Interview, welches am nächsten Tag über den Sender ging.

Zum Festakt in der Aula des Collegium Josephinum konnte der Vorsitzende des GKS-Kreises Bonn, Stabsfeldwebel Joachim Lensch, etwa 350 Gäste begrüßen. Aus Politik und Öffentlichkeit war die stellvertretende Landrätin Uta Gräfin Strachwitz anwesend, für die Stadt Bonn war der Bürgermeister Helmut Joisten unter den Gästen. Für die Soldatinnen und Soldaten begrüßte StFw Joachim Lensch den stellvertretenden Inspekteur Heer, GenLt Günter Weiler, und für die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Abteilungsleiterin Wehrverwaltung, Ministerialdirektorin Alice Greyer-Wieninger. Von der Geistlichkeit war der Abt der Benediktinerabtei Michaelsberg aus Siegburg, Abt Raphael, mit einigen seiner Mitbrüder zu dem Festvortrag gekommen, darüber hinaus der Katholische Leitende Militärdekan für Köln und Koblenz, Msgr. Rainer Schnettker. Für den Träger der Schule war der Leiter des Gymnasiums, Oberstudiendirektor Peter Billig, anwesend und wurde von StFw Lensch begrüßt, bevor der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Paul Brochhagen, ein Grußwort sprach. In diesem führte er aus, dass der Festakt in Bonn die zweite Seite der „Medaille“ Weltfriedenstag sei, die erste sei der internationale Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln. Desto erfreulicher sei es, dass der GKS-Kreis Bonn jetzt die Tradition wieder aufgreife und dieser Festakt in seinem ehemaligen Gymnasium stattfinde.

Umrahmt und aufgelockert wurde die Veranstaltung durch das Streichorchester des Musikkorps der Bundeswehr unter der Leitung von Hptm Martin Jankovsky. Nach dem Schlusswort des katholischen Militärpfarrers Bonn, Militärdekan Benno Porovne, spielte das Streichorchester das Deutschlandlied und beendete damit den offiziellen Teil des Festaktes, bevor man mit den Gästen zu Gesprächen im Vorraum der Aula zusammentraf. (BB)

im recht verstandenen Sinne ein anderes Wort für Glauben. Wer sich in dieser Wirklichkeit geborgen weiß, der kann diese Welt auch in Liebe annehmen. Nur wenn wir diese Welt und vor allem die Menschen in ihr bejahen und lieben, werden wir auf die Dauer auch in der Lage sein, einem jeden Menschen auch unter Gefahren, also tapfer, das zukommen zu lassen, was wir ihm schulden.

Schließlich: Wie soll der Soldat im Einsatz damit leben, dass er schwerstes Unrecht nur dadurch verhindern kann, dass er anderen Menschen ein schweres Übel zufügen muss. Dies kann er letztlich nur in der Hoffnung auf den Herrn der Geschichte, der am Ende der Zeit allen Opfern von Unrecht und Gewalt ihr Recht verschaffen wird, was uns heute versagt ist. Es scheint mir für Sie, gerade wenn Sie Menschen zu führen haben, wesentlich, dass Sie sich dieser Brisanz Ihres Berufes bewusst bleiben. Ihr **Militärpfarrer** ist nicht zuletzt Ihr **Begleiter im Einsatz**, um ein Ansprechpartner für Sie gerade dann zu sein, wenn dieses Elend menschlichen Lebens Sie vor die Frage stellt, wieso Gott eine solche Welt zulassen kann.

In der Tiefe des **Leitbildes** des einsatzbereiten Soldaten zeigt sich eine durch **Glaube, Hoffnung und Liebe** geformte **Seelenstärke**, aus der **Gerechtigkeit, Tapferkeit, Maßhaltung und Klugheit** ihre **untergründige Fundierung** und ihr **Durchhaltvermögen** finden.

Die kirchliche Seelsorge an Soldaten, der Militärseelsorger, geht ganz bewusst mit den Soldaten in den Einsatz, um dann, wenn Soldaten und Soldatinnen im Einsatz mit den beschriebenen Grenzerfahrungen konfrontiert werden, im wirklichen Sinne des Wortes Seel-Sorge zu betreiben: Ein kompetenter Helfer zu sein, damit der Soldat im Einsatz in Grenzsituationen nicht ins Unmenschliche abgleitet, sondern aus dem Glauben Halt und Orientierung finden kann. So ist Seelsorge an Soldaten immer auch eine Sorge, die sich den moralischen Herausforderungen des soldatischen Dienstes stellt. Diese beiden Dimensionen der Militärseelsorge, Pastoral und Ethik, gehören untrennbar zusammen. □

Katholisches Militärdekanat Mainz:

Soldat für den Frieden – kein Kuscheljob

Internationaler Soldatentag anlässlich
des Weltfriedenstages in Trier

„**E**s ist schon eine gute Tradition, dass die Soldaten in jedem Jahr während der Heilig-Rock-Tage ihren Internationalen Soldatentag begehen und gemeinsam in besonderer Weise um den Frieden in einem Gottesdienst beten“. Mit diesen Worten begrüßte der Trierer Weihbischof Dr. Stephan Ackermann als Hauptzelebrent und Prediger die Soldaten und zivilen Teilnehmer des Pontifikalamtes anlässlich des Weltfriedenstages im vollbesetzten Trierer Dom. Wieder waren auf Einladung des Katholischen Militärdekanates Mainz (mit vorläufigem Dienstsitz Koblenz), etwa 600 Soldaten aus verschiedenen Standorten im Saarland und in Rheinland-Pfalz zum Internationalen Soldatentag nach Trier gekommen.

Mit Weihbischof Dr. Ackermann konzelebrierten Mitglieder des Domkapitels, Militärdekan Msgr. Rainer Schnettker, Koblenz, und Militärpfarrer aus den Standorten Koblenz, Mayen, Saarlouis und Idar-Oberstein. Zu Beginn begrüßte Militärdekan Msgr. Rainer Schnettker die Gottesdienstteilnehmer des Pontifikalamtes und freute sich besonders über die hohe Anzahl der angereisten Soldaten.

In seiner Predigt ging der Weihbischof auf das Leitwort der Heilig-Rock-Tage: „Damit sie das Leben haben“ ein. Der Dienst der Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan, im Kosovo und an vielen anderen Orten der Erde, helfe den Menschen ihr Leben vor Verfolgung oder Tötung zu sichern. Die Kehrseite der Medaille sei es, dass es bei Einsätzen für den Lebensschutz auch notwendig werden könne, anderen Menschen das Leben zu nehmen. Weiter sagte der Weihbischof: „Frieden schaffen wir nicht durch militärische Einsätze“, für die Schaffung von Frieden bräuchten die Soldaten im Besonderen und alle Menschen eine Sensibilität für die Sehnsucht der Menschen nach Liebe und Anerkennung.

Die Fürbitten trugen Soldaten aus dem Standort Zweibrücken vor, dabei beteten sie für alle Menschen um einen

wirksamen Friedenswillen und für alle Kinder, Männer und Frauen, die Opfer von Gewalt, Terror und Krieg wurden.

Am Ende des Pontifikalamtes richtete Generalarzt Dr. Christoph Veit, Chefarzt im Bundeswehrzentral Krankenhaus Koblenz, ein Grußwort an die Teilnehmer des Internationalen Soldatentages. Er sagte: „*Soldat für den Frieden, das ist kein Kuscheljob, das ist harter Alltag, das fordert Mut, das bedeutet Lebensgefahr und das kann Gesundheit und in letzter Konsequenz das Leben kosten. Da gibt es nichts zu verniedlichen: Wir Soldaten lernen und üben den Umgang mit Waffen, tödlichen Waffen. [...] Daher, lassen Sie mich mein Grußwort so verstehen: Als Arzt, als Offizier und Christ erinnere ich an das Kreuz, das den Soldaten in besonderer Weise zu tragen aufgegeben ist, selbst wenn wir das Böse bekämpfen und das Gute schützen. Das gilt übrigens nicht nur für die Soldaten der Bundeswehr – es trifft Soldaten aller Nationen, die ihren Dienst in die Sache des Friedens stellen. Und daher ist es gut, sich an einem solchen Tag als Soldat der Gnade Gottes zu empfehlen und um den wirklichen Frieden zu bitten, den die Welt nicht geben kann.*

Und da haben wir ein prominentes Vorbild, den Hauptmann von Kafarnaum, der die uns wohl bekannten Worte spricht: ‚Herr, ich bin nicht würdig, dass du eingehst unter mein Dach, aber sprich nur ein Wort, so wird meine Seele gesund.‘

Ich wünsche uns allen, dass wir diese Erkenntnis in gläubiger Demut verinnerlichen und mit in unseren soldatischen Alltag nehmen, wo immer der ist, in der Heimat oder im Einsatz.“

Im Anschluss an den Gottesdienst, der musikalisch durch das Bläserquintett des Heeresmusikkorps 2 aus Kassel und Domorganist Josef Still gestaltet wurde, gab es eine Stunde der Begegnung im Festzelt auf dem Domfreihof vor dem Trierer Dom.

Der Internationale Soldatentag bot für viele auch noch die Möglichkeit an dem reichhaltigen kulturellen und in-

formellen Rahmenprogramm, wie Stadtführung, Führung durch das Dommuseum u. a. teilzunehmen.

Das angebotene Podiumsgespräch zum Thema „Dienstort Afghanistan – Bundeswehr im Auslandseinsatz“ mit Major Michael Decker und Pastoralreferent Dr. Thomas R. Elßner, beide vom Zentrum Innere Führung in Koblenz, wurde von Soldaten und Zivilisten gut besucht und gab Einblicke in die Aufgaben und Gefahren der Soldaten bei ihrem Einsatz in Afghanistan.

Erstmalig gab es in diesem Jahr einen Informationsstand „Katholische Militärseelsorge“, an dem sich viele Besucher über die vielfältigen Aktivitäten der Militärseelsorge informierten.

(Jürgen Strohe)

Militärpfarrer Marcus Wolf zum Militärdekan ernannt



Große Überraschung beim Internationalen Soldatentag anlässlich der Feier des Weltfriedenstages in Trier: Der Leitende Militärdekan Mainz, Msgr. Rainer Schnettker, konnte während einer Stunde der Begegnung, im Beisein vieler Soldaten, darunter Generäle und hohe Offiziere, Militärpfarrer Marcus Wolf, Dienststellenleiter des Katholischen Militärpfarramtes Koblenz I, die Ernennungs-urkunde zum Militärdekan überreichen. Mit Militärdekan Wolf freute sich als erster Gratulant der Trierer Weihbischof Dr. Stephan Ackermann, der zuvor mit über 600 Soldaten im vollbesetzten Trierer Dom während der Heilig-Rock-Tage ein Pontifikalamt zum Weltfriedenstag gefeiert hatte. Im Bild v.l.: Weihbischof Dr. Stephan Ackermann, Militärdekan Marcus Wolf, Militärdekan Msgr. Rainer Schnettker. Im Hintergrund Soldaten und zivile Mitarbeiter aus dem Standort Koblenz.

(Foto: Achim Berens)

11. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn 2007 – Nachtrag:

Die nachfolgenden zwei Beiträge ergänzen die Dokumentation des 11. Seminars der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“ im AUFTRAG 269/März 2008, Seite 12-37. Zunächst folgt der Vortrag, den Brigadegeneral Karl H. Schreiner, Direktor Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, am 14.11.2007 in Fulda gehalten hat. Diesem schließt sich ein Interview des Redaktionsmitglieds Bertram Bastian mit General Karl-Heinz Lather, Chief of Staff SHAPE, an.

„Wie viel Ethik braucht die Bundeswehr?“

VON KARL H. SCHREINER

Die Stichworte dieser Tagung: „Ethik“, „Soldatenberuf“ und „Frieden“ nennen Berührungspunkte, über die wir als Soldaten der Bundeswehr und damit als Bürger dieses Landes in Uniform immer wieder sowohl nachdenken wie Rechenschaft ablegen sollten. Dazu möchte ich Ihnen im Verlauf meines Vortrags drei Thesen vorstellen und erläutern.

„Wie viel Ethik braucht die Bundeswehr?“ formuliert damit die Leitfrage meiner Überlegungen. Dass die Bundeswehr, dass Soldaten angesichts ihres Berufes auch auf Ethik, also auf eine Besinnung über ihre moralischen Grundlagen angewiesen sind, steht demnach nicht in Frage. Seit Gründung der Bundeswehr ist die Ethik in der Form von politischer und rechtlicher Bildung, aber vor allem durch den Lebenskundlichen Unterricht und die Seminare und Freizeiten der Militärseelsorge als wichtiges Fach präsent. Sicherlich gehört nicht nur die ethische Ausbildung zur Militärseelsorge, sie hat vor allem die Gewissen (die Sicherer) im Glauben zu unterrichten. Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass die ethische Ausbildung selbstverständlich und von Anfang an zur Bundeswehr gehört – diese Einsicht ist unstrittig und wird auch in allen gegenwärtigen Debatten nicht hinterfragt.

Meine Leitfrage zielt auf das Maß, das „wie viel“ der ethischen Ausbildung. Jegliches Ding muss recht dosiert werden, das gilt für das Salz in der Suppe, die Länge einer Predigt oder eines Vortrags und auch für die Beschäftigung mit der Ethik in der Bundeswehr.

Und diese Dosierung ist keine feste Größe, sie kann sich ändern und hängt von den jeweiligen Umständen, also der Suppe, den Gottesdienstbesuchern und konkret den aktuellen Herausforderungen der Bundeswehr ab.

Erste These: Erhöhter Ethikbedarf

Sowohl unsere Gesellschaft wie die Bundeswehr stehen vor aktuellen Herausforderungen, die nicht nur eine Transformation der Streitkräfte mit sich führen, sondern auch einen erhöhten Ethikbedarf hervorrufen.

Diese aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, die häufig mit dem Begriff der Globalisierung verbunden werden, sind Ihnen vertraut, daher möchte ich sie nur kurz skizzieren und dabei das Augenmerk auf vier Aspekte konzentrieren:

1. Sicherheitspolitische Konstellationen

Wir alle wissen, dass die Welt vor riesigen sicherheitspolitischen Herausforderungen steht. So sind humanitäre Katastrophen, die Aids-Problematik, Hunger und Unterentwicklung nicht mehr nur isolierte Probleme der betroffenen Länder. Sie betreffen Sicherheit und Wohlfahrt der industrialisierten Welt – und damit uns – unmittelbar. Besonders deutlich wird dies an den Naturkatastrophen, die in den letzten Jahren schlagartig zugenommen haben – und zwar überall auf der Welt, ohne die Landesgrenzen zu beachten.

Parallel dazu stehen wir vor neuen Gefährdungen der internationalen Sicherheit, die insbesondere durch die weltweit agierenden Terror-Netzwerke

ke, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie durch Bürgerkriege in unterschiedlichen Krisenregionen hervorgerufen werden.

Hinzu tritt das Problem der „begrenzten Staatlichkeit“, also der Umstand, dass immer mehr Regierungen nicht mehr das Gewaltmonopol in ihren Ländern besitzen und damit auch ihre politischen Maßnahmen nicht effektiv durchsetzen können. Immer weniger Länder sind also Nationalstaaten, so wie es die Ländernamen für uns nahe legen.

Die Folgen für die Bundeswehr sind bereits eingetreten. Seit über zehn Jahren sind wir in Auslandseinsätze eingebunden, die nicht mehr dem alten Bild des Verteidigungskrieges entsprechen. Damit stellt sich aber auch die Frage nach der Legitimität, nach der Berechtigung genau dieser Einsätze, die inzwischen juristisch beantwortet worden ist, die aber auch ethische und moralische Aspekte hat – ein gesteigerter Ethikbedarf meldet sich also an. Bundeswehrsoldaten verteidigen nicht mehr unmittelbar ihr Heimatland, sondern operieren weltweit, um den Frieden zu sichern und zu stabilisieren und um Kriege zu beenden. Was ein gerechter Friede ist und inwieweit die Bundeswehr ihn mit ihren Mitteln sichern oder gar befördern kann, muss analysiert werden – und das entsprechende Hirtenwort der deutschen Bischöfe bietet hier weiterführende, gute Antworten, die es zu vertiefen gilt.

2. Die Informationsgesellschaft

Eine weitere Herausforderung ergibt sich aus dem gesellschaftlichen Wandel hin zum Informationszeitalter. Wissen und Information werden zu zentralen wirtschaftlichen Ressourcen der Zivilisation. Dabei umfasst Information nicht nur das persönliche Wissen, also die breite Allgemeinbildung sowie die Fachexpertise, über die jemand verfügt, sondern auch die methodische Kompetenz, sich schnell und zuverlässig neue Fakten anzueignen und Sachverhalte zu erschließen. Man muss also nicht nur rechnen und lesen, sondern auch googeln können, um sich in der Fülle von Nachrichten zurechtzufinden.

Die zunehmenden Informationen erweitern nicht nur die Handlungs-

möglichkeiten, sondern ebenso die Verantwortung. Daher gibt es einen wachsenden Bedarf an angewandter Ethik. Medizin und Wirtschaft, Ökologie und Technik, Medien und Sport bilden eigene Ethikkommissionen und entwickeln so genannte Bereichsethiken, um die neu gewonnenen Möglichkeiten einordnen und bewerten zu lernen. Auch eine Militäretik, wie sie in anderen Ländern bereits üblich ist und bei uns in Deutschland derzeit entwickelt wird, gehört in diesen Kontext.

3. Die demographische Entwicklung

Die dritte Herausforderung liegt in den Veränderungen des Aufbaus unserer Gesellschaft. Damit spiele ich zunächst auf die Alterspyramide an, die schon jetzt dazu führt, dass das Bewerberaufkommen für den Dienst in den Streitkräften sinken wird. Nimmt man die Untersuchungen des Bremer Soziologen Gunnar Heinsohn über die Migrationswirklichkeit hinzu, wonach nur etwa 10% der Zugewanderten für den Arbeitsmarkt hinreichend qualifiziert sind, dann wird jedem klar, dass die Zuwanderer derzeit die entstehende Lücke nicht schließen können. Und diese Konstellation wird in den kommenden Jahren – Heinsohn folgend – sich noch drastischer auseinander entwickeln. Folglich werden in Zukunft nicht die Arbeitsplätze, sondern qualifizierte Arbeitskräfte das knappe Gut sein, um das sich sowohl die Wirtschaft, wie der Staat und auch die Bundeswehr streiten werden.

Dieser Faktor stellt die Bundeswehr vor die besondere Herausforderung, insbesondere den Beruf des Offiziers attraktiv zu machen, denn genau die hochqualifizierten Arbeitskräfte werden gesucht und hier muss die Bundeswehr mit den genannten Bewerbern konkurrieren. Eine spezifische ethische Herausforderung ist dies nur am Rand, sofern das Berufsbild des Soldaten, also der Einsatz für den Frieden, eine sinnvolle Tätigkeit verspricht.

Aber angesichts der begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Bundeswehr wird sie verstärkt die Sinnhaftigkeit des Offizierberufs in die Waagschale werfen müssen, um die Stellen weiter angemessen besetzen zu können.

4. Der Wertewandel

Ethisch weitaus gravierender ist der vierte Aspekt, der sich auf den Einzelnen bezieht. Dabei ist schon das Stichwort „Wertewandel“ umstritten: Haben sich die Werte gewandelt oder änderte sich die verbindliche Einstellung zu ihnen? Tatsache ist, dass gegenwärtig nur etwa 59% der Soldaten einer christlichen Konfession angehören, hinzukommen sehr wenige Muslime (0,2%) und Juden. Etwa 40% sind hingegen religionslos. Damit haben sich Selbstverständlichkeiten verändert, wir können nicht mehr davon ausgehen, dass alle Soldaten auf den christlichen Glauben hin ansprechbar sind, wie es bei der Gründung der Bundeswehr noch der Fall war. Sicherlich waren auch damals nicht alle Soldaten praktizierende, fromme Christen, wohl aber standen sie in dieser Tradition und wussten – auch bei einer distanzierenden oder ablehnenden Haltung – um die zentralen Aussagen und um das Ethos des Christentums.

Die gegenwärtigen Veränderungen führen zu Unsicherheiten: Man darf zwar nicht einfach behaupten, dass der Rückgang des Glaubens einherginge mit Barbarei, schließlich gibt es auch ein überzeugendes humanes Ethos. Vor allem darf man nicht die Religionsfreiheit der Soldaten hinterfragen; hier sind die christlichen Kirchen vielmehr zu Überzeugungsarbeit aufgerufen – man kann auch ganz schlicht von Mission sprechen. Dabei verhehle ich nicht meinen Eindruck, dass Interesse und Offenheit bei vielen Soldaten zu spüren sind. Andererseits wird es schwieriger, auf die christlichen Grundlagen einer Ethik zurückzugreifen, weil ein Konsens hier nur noch vermutet und ein gemeinsamer Wissensvorrat nur noch in Ansätzen vorausgesetzt werden kann – ich werde darauf später noch einmal zurückkommen.

Jedenfalls ist die Flucht in ein rein technokratisches Berufsverständnis für Soldaten der Bundeswehr nicht hinnehmbar; denn hier wird versucht, aus der Not des Pluralismus eine Tugend zu zimmern. Jedoch ohne moralisches Fundament besteht die Gefahr, dass der Soldat zum Söldner wird, der nur noch Waffengewalt beherrscht, aber deren Sinn nicht mehr bedenkt

und dann auch deren Begrenzungen nicht mehr versteht. Das können wir nicht wollen.

Fassen wir zusammen: Angesichts der sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Veränderungen ist ein erhöhter Bedarf an ethischer Vergewisserung und auch an Absprachen über das, was wir wollen und verantworten können, entstanden. Zugleich scheint es schwieriger geworden zu sein, moralische Anweisungen verbindlich zu begründen, weil die entsprechenden Grundnormen, beispielsweise die Zehn Gebote der Bibel, weder allgemein bekannt noch allgemein akzeptiert sein dürften. Meine erste Antwort auf die Frage „Wie viel Ethik braucht die Bundeswehr?“ lautet also: Derzeit haben wir einen erhöhten Ethikbedarf in der Bundeswehr.

Zweite These: Vermittlung von Ethik

Ich möchte sie einleiten, indem ich Ihnen einen Skandal der letzten Zeit schlagwortartig in Erinnerung rufe: den despektierlichen Umgang einiger Bundeswehrsoldaten mit Totenschädeln in Afghanistan. Im Kontext dieses Skandals bin ich mehrfach von besorgten Bürgern gefragt worden, was eigentlich schlimmer gewesen sei: das zweifelsfrei inakzeptable Benehmen dieser Soldaten, die ihres Erachtens überzogene Reaktion in der Bundeswehr und vor allem im Verteidigungsministerium, die sich anfangs wie ein Tanzbär von der Presse haben durch das Dorf ziehen lassen, oder das Verhalten der Medien. Bei den Fragestellern schwang die Sorge mit, dass es auf allen Seiten um dieselbe Schwäche gehe: nämlich mangelnde ethische Urteilsfähigkeit.

Nach Auffassung der Bürgerinnen und Bürger hätten sich die Soldaten im Einsatz denken können und müssen, dass eine Störung der Totenruhe nicht nur einen rechtlichen Verstoß markiert, sondern vor allem Gefühle der Bevölkerung verletzt und damit der Auftragserfüllung schadet. Die beratenden Beamten zu Hause hätten analysieren müssen, dass eine solche Rüpelei keineswegs auf derselben Stufe steht wie beispielsweise das Foltern von Gefangenen oder das Töten von Nichtkombattanten und

folglich eine Überreaktion des Ministeriums auf die Zeitungsmeldung vermeiden können. Und bei der Presse kamen Fragen nach der Motivation auf: Ging es um Informationsfreiheit und -pflicht? Oder nur um die Auflage? Wurde reflektiert, welche Auswirkungen dies auf den Erfolg der Operation hätte haben können? Ein besonnenes Urteil auf allen Seiten wäre wünschenswert gewesen – und darum rutscht die ethische Urteilsfähigkeit in den Fokus meiner Betrachtung.

Meine zweite These lautet dementsprechend: Der aktuelle Ethikbedarf verlangt zunächst und vorrangig die Ausbildung von moralischer Urteilskompetenz. Dazu bietet die Dilemmadiskussion einen guten Einstieg, weil sie Betroffenheit erzeugt und den Anwendungsbezug der Ethik klar betont. Doch bedarf sie der Ergänzung zum einen durch eine Unterscheidung der Ebenen moralischen Urteilens, zum anderen durch die Vermittlung von Werten und Normen.

Dem allgemeinen Ruf nach Ethik entspricht nicht immer ein gemeinsames Wissen darüber, was Ethik eigentlich ist, was sie soll und was sie leisten kann. Darum möchte ich präzise von der ethischen Urteilsfähigkeit reden, denn sie – und nicht eine philosophische Theorie – wird von unseren Soldaten verlangt und muss ihnen auch abverlangt werden. Ethische Urteilsfähigkeit meint das Vermögen, die ethischen Werte und Normen, über die ein Soldat verfügt, in einer konkreten Situation auch richtig anwenden zu können.

Woher diese Werte und Normen stammen, stellen wir vorerst zurück und fragen nach dem Verfahren der konkreten Anwendung. Dass ich mit dieser Hinwendung zu Anwendungsfragen der Ethik eine gegenwärtige Tendenz der Ethikdebatte aufgreife, wie mir die Ethikdozenten an der Führungsakademie bestätigt haben, erwähne ich gern, denn es geht nicht um ein Gegeneinander von Theorie und Praxis, sondern um die gegenseitige Durchdringung. Reine Theorie ist leer, reine Praxis ist blind – das hat schon Immanuel Kant gewusst.

Die Herausforderung lautet also: Wie finde ich in einem Konflikt oder einem Dilemma zu der moralisch richtigen Entscheidung? Prof. Dr. Georg

Lind aus Konstanz behauptet, dass weniger mangelndes Wissen um Werte und Normen, als vielmehr ungeübtes Verhalten das richtige Handeln erschweren, und hat daher ein Verfahren entwickelt, dieses Verhalten zu üben: die Dilemmadiskussion. Hier geht es darum, eine konkrete Situation einschätzen zu können, die möglichen Werte und Normen, um die es hier geht, zu erkennen, denkbare Folgen abschätzen zu können und das Ganze in ein zusammenbindendes Urteil einflechten zu können. Wer sich so in das moralische Urteilen einübt, wird sehr wahrscheinlich in einem realen Konflikt weitaus besser, also in kurzer Zeit und mit einem guten Ergebnis, moralisch verantwortlich handeln können. Selbstverständlich ersetzt ein Verfahren nicht die Inhalte und so ist auch die Dilemmadiskussion von Prof. Lind nicht das Allheilmittel, wohl aber eine Methode, die eine messbare und spürbare Verbesserung der Urteilsfähigkeit von Soldaten verspricht. Deshalb haben wir uns entschieden, diesen Weg einzuschlagen. Wir sind an dieser Überprüfbarkeit sehr interessiert, weil uns die Zunahme ethischer Urteilsfähigkeit wichtig ist und weil wir ethische Kompetenz nicht für reine Beschäftigungstherapie, sondern für eine wichtige Fertigkeit von Soldaten halten.

Die Arbeit mit der Dilemmadiskussion soll dazu führen, dass Soldaten unter Belastung in einem Konfliktfall moralisch gut handeln können.

Vorausgesetzt ist dabei, dass sie auf Werte und Normen zurückgreifen können, die es in einem Dilemma zu erkennen und abzuwägen gilt, um dann entschlossen handeln zu können. Und diese Werte und Normen können nicht von der Methode selbst geschaffen werden, sie müssen schon vorher in den Soldaten verwurzelt sein und werden durch die Diskussion nur ans Licht gebracht. Damit kommen wir zu der bereits erwähnten Doppelfrage zurück, welche Werte und Normen wir erstens bei den Soldaten voraussetzen wollen, sollen, können oder müssen und wie wir zweitens das Wissen um diese Werte und Normen vermitteln können.

An dieser Stelle entnehmen wir der Inneren Führung und ihrem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform

wichtige Hinweise. Zunächst einmal sind es die Normen unserer Verfassung, die auch vom Soldaten verinnerlicht werden sollen, also Demokratie, Menschenwürde, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Aus ihnen lassen sich weitere Werte und Normen entwickeln, die gleichsam die Korsettstangen des Soldatenberufs bilden und damit zugleich durch Konstanz und Festigkeit wie durch eine gewisse Beweglichkeit gekennzeichnet sind. Ich weise auf folgende moralische Anforderungen hin:

- Soldatinnen und Soldaten sind wahrhaftig.
- Soldatinnen und Soldaten sind gleichgestellt.
- Soldatinnen und Soldaten leben und handeln selbstverantwortlich.
- Soldatinnen und Soldaten können Verantwortung für andere übernehmen.
- Soldatinnen und Soldaten beachten ökologische und ökonomische Grundsätze.
- Soldatinnen und Soldaten entwickeln ihre fachliche Kompetenz weiter.
- Soldatinnen und Soldaten sind tolerant und weltoffen.
- Soldatinnen und Soldaten achten auf ihre psychische und physische Gesundheit.

Dieses Soldatenbild macht zugleich deutlich, dass es nicht nur um Werte und Normen geht, sondern auch um Tugenden. Doch auch hier können wir guten Gewissens auf die Vorgaben der Tradition zurückgreifen, nach wie vor stehen die Kardinaltugenden Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mäßigung für Soldaten in Geltung. Ihnen müssen die weiteren soldatischen Tugenden wie Gehorsam, Disziplin, Treue, Selbstbeherrschung und Einsatzbereitschaft untergeordnet werden, dann sind auch sie weiterhin – als Sekundärtugenden – beachtenswert. Demnach bin ich davon überzeugt, dass die Rede vom Wertewandel überzogen ist. Ich glaube, dass grundlegende Tugenden und auch Werte und Normen nach wie vor oder inzwischen wieder und sogar verstärkt in Geltung stehen und dass wir als Bundeswehr darauf zurückgreifen

können. Gewandelt hat sich eher die Bereitschaft, diese Werte und Normen als verbindliche gemeinschaftliche Vorgaben zu akzeptieren und als Richtlinien für moralische Entscheidungen anzuwenden; sie scheint abzunehmen.

Diesen Punkt abschließend möchte ich noch auf den hilfreichen Vorschlag des katholischen Sozialethikers Dr. Matthias Gillner verweisen, der die Fülle der genannten moralischen Anforderungen durch eine Unterscheidung von drei Ebenen moralischen Urteilens geordnet hat. Der Soldat der Bundeswehr benötigt demnach erstens die pragmatischen Fertigkeiten, eine Zielvorgabe zweckmäßig umzusetzen, also beispielsweise Transporte effizient und ressourcensparend durchzuführen. Auf dieser Ebene besteht wahrscheinlich derzeit kaum Handlungsbedarf. Der Soldat benötigt darüber hinaus zweitens das individualethische Gespür für die eigenen Werte und Tugenden, er benötigt Gewissheit über die eigene Einstellung, kurz: Er muss sich auf sein Gewissen verlassen können und dazu auch wissen, wann und wie es sich zu Wort meldet. Da nach meiner Überzeugung an dieser Stelle der größte Handlungsbedarf besteht, werde ich diesen Punkt in meiner dritten These wieder aufgreifen und vertiefen. Doch zunächst noch zur dritten Ebene Gillners: Der Soldat muss schließlich die moralisch-sittlichen Werte und Normen unserer Gesellschaft verinnerlicht haben, er muss also beispielsweise wissen, dass und warum er niemals einen Kriegsgefangenen foltern darf.

Ethische Urteilskompetenz besteht demzufolge darin, auf allen drei Feldern zu klaren und moralisch guten Ergebnissen zu gelangen, die sich dann in einem entsprechenden Handeln äußern. Und sie besteht darüber hinaus darin, diese drei Ebenen unterscheiden zu können und also zu wissen, ob ein Dilemma pragmatisch, individualethisch oder moralisch-sittlich angegangen werden muss. Denn eins steht fest: Verstöße gegen unsere Grundnormen wie beispielsweise die Missachtung der Menschenwürde durch Folter haben ein anderes Gewicht als umständliches Handeln oder die persönliche Gewissensent-

scheidung, einem konkreten Befehl zu widersprechen. Der despektierliche Umgang mit den Totenschädeln in Afghanistan bietet jedenfalls keinen Hinweis darauf, dass unsere Soldaten die Werte und Normen unserer Verfassung missachtet hätten, wohl aber deutet er darauf hin, dass sie sich ungeschickt und nicht zweckmäßig verhalten haben – was nach Gillner auf der ersten Ebene zu verorten wäre.

Dritte These:

Ethik muss gelebt werden!

Nachdem ich mit meiner ersten These darauf aufmerksam gemacht habe, dass wir als Bundeswehr aktuell einen erhöhten Ethikbedarf haben, und in der zweiten These Wege aufgezeigt habe, wie wir institutionell durch Ausbildungsmaßnahmen diesen Bedarf decken können, möchte ich mit meiner dritten und letzten These darauf verweisen, dass sich Ethik nicht in Lehre, in Wertewissen und Normenkunde erschöpft, sondern auf das persönliche Engagement jedes Soldaten angewiesen ist. Ethik, so behaupte ich, ist nicht nur Lernstoff, sondern zielt auf eine Lebenseinstellung, die sich im alltäglichen Vollzug dokumentiert. Darum gehört die Vermittlung von Werten und Normen auch nicht nur in den Lebenskundlichen Unterricht, sondern ist tägliche Herausforderung an den militärischen Führer. Jeder Soldat steht in der Verantwortung, sich moralisch zu verhalten und darüber auch rechenschaftsfähig zu sein.

Zur Begründung dieser These möchte ich wieder mit einer konkreten Begebenheit einsteigen: Vor einigen Jahren kam die Debatte auf, eigene Bordelle in den Einsatzländern aufzubauen, um zu verhindern, dass unsere Soldaten zu den einheimischen Prostituierten aus- und eingehen. Denn ein solches Verhalten wäre nicht nur gefährlich, weil sich die Soldaten außerhalb des Lagers aufhalten und sich dort mit Krankheiten infizieren könnten, es könnte auch zur Erpressbarkeit dieser Soldaten führen. Darüber hinaus wäre es ein fatales Signal an die einheimische Bevölkerung, denn unsere Soldaten würden sich wie eine

feindliche Besatzungsmacht aufführen und es wäre kaum zu vermitteln, dass ihre Stationierung eigentlich dem Aufbau des Friedens dienen soll. Auf den ersten Blick gibt es also durchaus moralisch anmutende Gründe für eine solche Maßnahme.

Dennoch halte ich diesen Vorschlag für inakzeptabel, weil er Ethik als persönliche Lebenseinstellung vernachlässigt und stattdessen mit allgemeinen Behauptungen und statistischen Daten arbeitet. Sicherlich gibt es auch in Deutschland Bordelle – ich bin derzeit in Hamburg stationiert, dessen Reeperbahn weltbekannt ist. Und sicherlich werden diese Bordelle auch besucht. Aber dieses Faktum besagt noch lange nicht, dass wir derlei Besuche unterstützen sollten. Aus ethischer Sicht ist ein solches Handeln nicht gut zu heißen, auch wenn es sich in der Grauzone des Rechts bewegt. Jeder Soldat ist aufgefordert, sich in seinem Leben moralisch gut zu verhalten – das entspricht der zweiten Ebene von Matthias Gillner, auf die ich ja noch einmal zu sprechen kommen wollte. Wir haben Mäßigung und Treue als Tugenden charakterisiert, die nach wie vor zu beachten sind – und diese Tugenden gilt es zu verinnerlichen, nicht aber ihre Unterminierung organisatorisch zu befördern.

Die Einrichtung eigener Bordelle im Einsatzgebiet erhebt die moralische Schwäche zum Gesetz, statt moralische Anforderungen an den Soldaten zu stellen – zumal es sich um Forderungen handelt, die für jeden Staatsbürger gelten.

Richtig wäre es demgegenüber, wenn der Vorgesetzte mit gutem Beispiel vorangeht. Gerade wenn es stimmt, dass die tradierten Werte inzwischen nicht mehr so intensiv verinnerlicht werden, ist das beispielhafte Vorleben durch nichts zu ersetzen – auch nicht durch den Lebenskundlichen Unterricht, den die Militärseelsorge seit Jahrzehnten durchführt und den ich mit keiner Silbe kritisieren möchte. Aber ich habe mich stets gegen eine ausschließliche Zuordnung des Ethikunterrichts an den LKU gewehrt, weil sowohl die Ethik wie die Militärseelsorge dabei verlieren würden.

Die Ethik würde verlieren, weil sie in ein Unterrichtsfach abgedrängt würde und nicht mehr präsent wäre, dass es um eine Lebenseinstellung jedes Soldaten geht. Wir dürfen den Vorgesetzten nicht die Chance geben, die Ethik aus dem Truppenalltag zu verlegen und in eine Nische zu verschieben. Der militärische Führer darf sich auch in den Fragen eines moralischen Lebens nicht aus der Verantwortung für seine Männer stehlen. Ebenso wenig dürfen wir den soldatischen Alltag gleichsam zu einer ethikfreien Zone verkommen lassen, in der es nur um technisches Knowhow ginge. Vielmehr kann man an dieser Stelle Ethik und körperliche Fitness miteinander vergleichen: Beide stehen für Grundfertigkeiten jedes Soldaten, die er nur dadurch erlangt, dass er beständig darin lebt und mit ihren Anforderungen konfrontiert wird. Und so wie zur Fitness nicht nur der Sport, sondern auch eine ausgewogene Ernährung und ein gesunder Lebenswandel beitragen, so wird die Ethik nicht nur vom LKU, sondern auch durch das unaufdringliche Vorleben im Dienst vermittelt.

Aber auch die Militärseelsorge würde verlieren, wenn man sie auf Ethikvermittlung reduzierte. Denn sie hat vorrangig die Aufgabe, die Soldaten als Christen anzusprechen. Ethik ist die Lehre vom guten Handeln.

Aber gutes Handeln wurzelt, das kann man von Martin Luther lernen, der es seinerseits in der Bibel gelesen hat, in einer guten Person. Nur ein guter Baum trägt gute Früchte – dieses Bildwort Jesu aus der Bergpredigt (Mt 7,18) wendet Luther (in seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ von 1520) auf den Christenmenschen an: Zuerst musst Du ein guter Mensch werden – und das geschieht eben nicht durch Handeln, oder wie Luther sagt: durch Werke, sondern durch den Glauben an Jesus Christus. Ein Christ hingegen kann und soll Glaubensfrüchte bringen – und erst an dieser Stelle hat die Ethik ihren Ort und ihr Recht. Erst der Glaube, dann die Werke – so lässt sich Luthers Einsicht, die sicherlich auch unter katholischen Soldaten Akzeptanz findet, auf den Punkt bringen. Und genau deshalb darf sich die Militärseelsorge angesichts ihres Auf-

trags nicht auf Ethik reduzieren lassen, sondern hat sich vor allem auf den Glauben und das Christsein der Soldaten zu beziehen – sei es seelsorgerlich, sei es missionarisch.

Allerdings gebe ich gern zu, dass die Bundeswehr von einer sich auf diesen Auftrag beziehenden Militärseelsorge profitierte. Denn die Bundeswehr ist, wie unser moderner Staat und unsere säkulare Gesellschaft, dem bekannten Wort des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde folgend, auf Voraussetzungen angewiesen, die sie selbst nicht oder bestenfalls bedingt garantieren könne – und dazu gehört auch die Fundierung des Ethos in einem lebendigen Glauben. Im Ethikunterricht kann diese Verwurzelung im christlichen Glauben nur bedingt und behutsam zum Ausdruck kommen, denn hier müssen wir die Religionsfreiheit schlicht respektieren. Aber dieser weitgehende Verzicht darf nicht dazu führen, dass diese Wurzeln nicht mehr gepflegt würden, vielmehr sind wir darauf angewiesen, dass für den christlichen Glauben geworben, dass missioniert wird – und zwar nicht nur unter den „Neuheiden“, sondern bestimmt auch unter vielen traditionellen Christen, die eine Auffrischung gut vertragen können. In diesem Fahrwasser ist die ethische Bildung der Soldaten gut aufgehoben.

Ich fasse zusammen: Ethik braucht zum einen ein lebendiges Umfeld, sie darf nicht zu einem Schulfach verkommen, sondern will gelebt sein, gerade im Alltag mit seinen kleinen und größeren Problemen. Besser als jede Dilemmadiskussion, die ja nur dazu helfen soll, ethische Urteilsfähigkeit zu verstärken, ist die Verankerung im Truppenalltag, ist also der militärische Führer, der selbst moralisch handelt und moralisches Handeln vorlebt. Ethik bedarf zum anderen einer Verwurzelung im Menschen; das Fundament der Ethik liegt im Gewissen und kann als Glaube bezeichnet werden. Darum ist die Bundeswehr auf eine Militärseelsorge angewiesen, die sich nicht auf die Vermittlung von Werten und Normen reduzieren lässt, sondern die sich als Kirche unter den Soldaten versteht und für diesen Glauben wirbt und in ihn einübt. □

Das Interview:



AUFTRAG: Herr General, Sie haben während der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn einen Vortrag gehalten über Ihre persönlichen Erfahrungen bezüglich ethischer Dimension und militärischer Führung im internationalen Kontext. Welchen Stellenwert hat diese Akademie und damit die Vermittlung von Ethik für Sie?

General Lather: Es ist eine wichtige Veranstaltung und eine gute Mischung zwischen älteren und jüngeren Dienstgraden aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche. Die teilnehmenden Soldaten erhalten eine Woche Zeit, sich mit diesen wichtigen Fragen auseinanderzusetzen. Vor allem deswegen, weil wir wohl wahrnehmen, dass im Tagesgeschäft der Truppe eine tiefergehende Beschäftigung mit diesen Fragen sehr schwierig ist.

AUFTRAG: Herr General, Sie engagieren sich seit langem in der Militärseelsorge, ebenso im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Welche Grün-

General Karl-Heinz Lather, Chief of Staff SHAPE, zu Fragen der Ethik und Inneren Führung für Soldaten

de führten zu diesem Engagement, welche Auswirkungen hat dieses Engagement?

General Lather: Für mein berufliches Selbstverständnis ist das christlich-humanistische, abendländische Weltbild von großer Bedeutung. In meinem Werdegang in den Streitkräften habe ich erfahren, dass man auch vor dem Hintergrund der „neuen“ Bundeswehr diesen Fragen: Wo komme ich her?, Wo gehe ich hin?, Was bin ich?, häufig aus dem Weg geht. Dies findet in der gesamten Gesellschaft statt.

Ich trage durch mein Engagement mein Scherflein dazu bei, diesen Missstand zu ändern. Da wir in Uniform in die Öffentlichkeit gehen, haben wir es leicht, wahrgenommen zu werden. Wir können Position beziehen, ohne dass wir meinen, wir könnten die Zustände radikal verändern, aber wir können beeinflussen und zur Reflektion anregen.

AUFTRAG: Herr General, was empfehlen Sie jungen Soldatinnen und Soldaten bezüglich der Begleitung des dienstlichen Alltages durch die Militärseelsorge?

General Lather: Jeder Mensch sollte sich die Zeit nehmen über „Gott und die Welt“ in-

tensiv nachzudenken. Soldaten im Einsatz brauchen ein ethisches und – wie ich meine – ein christliches Korsett, um in kritischen Situationen erfolgreich bestehen zu können. Das geht nach meiner Erfahrung gut in unserer Kirche und mit unserem Glauben.

AUFTRAG: Durch die international durchgeführten Einsätze der EU und der NATO befürchten nicht wenige eine Erosion der Inneren Führung. Sehen Sie, Herr General, die Innere Führung im Rahmen der internationalen Einsätze gefährdet?

General Lather: Innere Führung wird nur dann erodieren, wenn wir es zulassen.

AUFTRAG: In diesem Jahr nehmen Soldaten aus Österreich, Belgien, Ungarn, Mazedonien, Litauen und den Niederlanden an diesem Seminar teil. Wie sehen Sie diese Öffnung der GKS-Akademie für unsere Partnernationen?

General Lather: Auch im Hinblick auf die Frage zuvor ist diese Öffnung ein positiver Aspekt. Außerdem können wir gut von anderen Nationen lernen.

(Das Interview mit General Karl-Heinz Lather führte Bertram Bastian.)

Bundeswehr sieht sich „gut aufgestellt“

„Gut aufgestellt“ im Blick auf innere Führung und die Grundlagen soldatischer Berufsethik sieht Generalmajor Robert Bergmann, Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, die Truppe. Die Herausforderung für die Streitkräfte bestehe darin, ethische Anforderungen und notwendige Handlungsfähigkeit im (bewaffneten) Einsatz miteinander in Einklang zu bringen. Bei einem Symposium der Führungsakademie der Bundeswehr Anfang März in Hamburg wurden Ansätze formuliert, wie die Bundeswehr diesem Anspruch gerecht werden könne.

Ethische Orientierung für militärisches Handeln bieten traditionell die Kirchen, etwa durch die Militärseelsorge oder durch Grundsatzpapiere. Die Deutsche Bischofskonferenz veröffentlichte 2000 ihr Dokument „GERECHTER FRIEDE“. Zuletzt legte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) im Oktober 2007 die Denkschrift „AUS GOTTES FRIEDEN LEBEN – FÜR GERECHTEN FRIEDEN SORGEN“ vor. Darin werde etwa der „*obsolete Begriff gerechter Krieg*“ durch den Terminus „*gerechter Friede*“ ersetzt, betont der evangelische Theologe Hans-Richard Reuter. Außerdem verweist der Direktor des Instituts für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster auf die im Papier formulierten Kriterien für einen bewaffneten Einsatz.

Zwingend notwendig sei eine Autorisierung militärischer Zwangsmittel nach den Regeln der UN-Charta. Weiter drängt die Handreichung auf eine enge Auslegung des Selbstverteidigungsrechts. Es sei nur als subsidiäres Notrecht zur unmittelbaren Gefahrenabwehr bis zum Tätigwerden des UN-Sicherheitsrats erlaubt. Darüber hinaus verweist die Denkschrift auf eine Ethik der Mittel: Waffen, die von ihrer Wirkungsweise her auf unterschiedslose Zerstörung und Vernichtung abzielten, seien aus Sicht evangelischer Friedensethik abzulehnen. Unter diesem Aspekt könne die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden. Für Reuter ein bemerkenswerter Konsens auf der Grundsatzebene, der eine Neupositionierung der EKD bedeute.

Aus Sicht des grünen Verteidigungspolitikers Winfried Nachtwei liefert das Papier politischen Entscheidungsträgern eine wertvolle Basis. Die Politik der vergangenen Jahrzehnte hingegen lasse belastbare ver-

teidigungspolitische Leitlinien vermissen, merkt der Obmann der Grünen-Fraktion im Bundestags-Verteidigungsausschuss selbstkritisch an. Für einen breiten Konsens zugunsten einer Ausdehnung der Afghanistan-Mission der Bundeswehr in den gefährlicheren Süden des Landes sieht Nachtwei derzeit keine Chance. Im Gegenteil: Die aktuelle Diskussion führt nach seiner Beobachtung gar zu einer Akzeptanzkrise für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Der Eindruck, dass sich die Situation in dem Land seit sechs Jahren kaum verbessert habe, erwecke sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Soldaten Zweifel am Sinn solcher Einsätze. Angesichts dessen scheine auch eine Stationierung deutscher Solda-

ten in der südsudanesischen Region Darfur kaum durchsetzbar. Der frühere Bundeswehr-Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach sieht die ethische Messlatte gerade bei Auslandseinsätzen prinzipiell sehr weit oben. Andererseits bricht der General, der inzwischen Präsident der Johanniter-Unfallhilfe ist, eine Lanze für eine flexible Auslegung der Bestimmungen im Sinne menschlicher Vernunft. Zum Führen könne auch gehören, am Rande von Vorschriften zu handeln, wenn die konkrete Situation dies verlange. Auch die NATO habe 1999 im Kosovo anfangs ohne Mandat gehandelt. Mord und Vertreibung vor der eigenen Haustür seien nicht tatenlos zu tolerieren, so von Kirchbach. (KNA-ID)

Kurz berichtet:

UNO-Generalsekretär Ban würdigt 60 Jahre Blauhelme

Zum 60. Jahrestag der ersten Blauhelm-Mission hat UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon die Leistung der Friedenstruppen in den Krisengebieten der Welt gewürdigt. Ihre Einsätze hätten sich zu einem „Aushängeschild unserer Organisation“ entwickelt, sagte Ban am 26. Mai in New York. Allerdings zog er eine gemischte Bilanz. Mittlerweile seien mehr als 110.000 Frauen und Männer aus fast 120 Ländern aktiv. Diese Zahl zeuge von großem Vertrauen, so Ban. Zugleich beklagte er, dass in den vergangenen 60 Jahren rund 2.400 Blauhelme im Einsatz starben.

Die Friedenstruppen der Vereinten Nationen bilden laut Ban Polizeieinheiten aus, entwaffnen ehemalige Kämpfer, unterstützen Wahlen und sind beim Wiederaufbau in Konflikt- und Katastrophenregionen tätig. Mit ihrem Einsatz leisteten sie lebensrettende humanitäre Hilfe und ermöglichten neue wirtschaftliche Entwicklung. Der UNO-Generalsekretär dankte unter anderen der Afrikanischen Union, die mit den Vereinten Nationen im sudanesischen Darfur derzeit die erste gemeinsame Einsatztruppe aufstellt. Mit der Europäischen Union arbeitet die UNO im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik zusammen. (KNA)

Nachruf:

Der letzte Verschwörer des militärischen Widerstands gegen Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 ist tot

Philipp Freiherr von Boeselager, ein bis zuletzt aktiver und wichtiger Zeitzeuge als Gegner des Nationalsozialismus, starb am 1. Mai 2008 im Alter von 90 Jahren. Mit militärischem Ehrengelait wurde er in Ahrweiler beigesetzt. Verteidigungsminister Jung würdigte den Verstorbenen als Vorbild für die Bundeswehr.

„Er hätte es tun, hätte schießen, hätte Adolf Hitler umbringen können. Philipp von Boeselager hatte das Leben des Diktators in der Hand¹. Er schoss nicht. Nicht weil ihn sein Gewissen gehindert hätte, nicht aus Feigheit, sondern aus Gehorsam. Dennoch war er einer der Großen des deutschen Widerstands.“² Der ehemalige Wehrmachtsoffizier (zuletzt Major), geboren am 6. September 1917 auf Burg Heimerzheim bei Bonn, verstarb in der Nacht zum 1. Mai 2008 an seinem Wohnsitz Burg Kreuzberg bei Altenahr im Ahrtal.

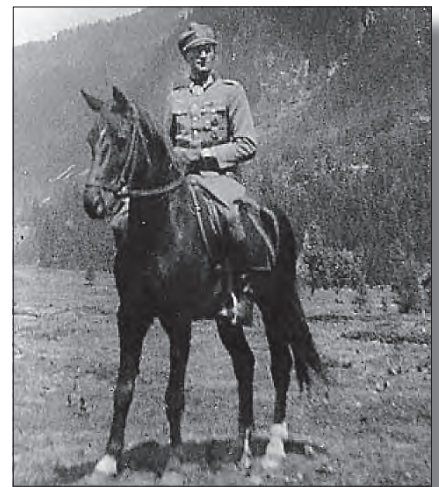
Philipp kam als viertes von acht Kindern des Freiherrn Albert von Boeselager und seiner Frau Freiin Maria-Theresia von Salis-Soglio auf der Wasserburg Heimerzheim bei Bonn, dem Stammsitz der Familie, zur Welt. Durch sein rheinisch-katholisches Elternhaus geprägt war er bereits als Jugendlicher zurückhaltend gegenüber den Nationalsozialisten. Ihm missfiel zum Beispiel, dass die Machthaber die Kreuze aus den Schulen entfernen ließen. Den Besuch des Aloisiuskollegs des Jesuitenordens in Bad Godesberg beendete der Achtzehnjährige 1935 mit dem Abitur. Sein Großvater riet ihm wegen der Nazis vom Jurastudium für eine spätere Verwendung im Auswärtigen Dienst ab und empfahl ihm Soldat zu werden. Daraufhin begann er seine militärische Ausbildung im Kavallerie-Regiment 15 im westfälischen Paderborn.

Die Ermordung seines Veters, Wilhelm Freiherr von Ketteler im März 1938 in Wien durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) ließ seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus weiter wachsen. Ihm wurde klar, „dass Hitler und die verbrecherische Clique, die ihn unterstützte, von

Anfang an überhaupt keinen Zweifel daran ließen, dass sie bei der Ausschaltung von politischen Gegnern vor keinem Verbrechen einschließlich Mord zurückschreckten.“³ Ebenso schockierte es den jungen Leutnant in Paderborn, dass gegen das Unrecht der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 weder die Generalität noch die Staatsanwaltschaft einschritten. Sein Misstrauen wurde weiter angeheizt, als er zu Beginn des Russland-Feldzuges 1941 von den Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, gegen die Euthanasie hörte. „Wir hatten ja alle Kameraden, die Kopfschüsse abbekommen hatten, die nun nach einem Lazaretaufenthalt wahrscheinlich auch unter die Rubrik lebensunwert fallen würden“, berichtet von Boeselager bei der UNITAS.

Kurz nach seiner Versetzung als Ordonanzoffizier zum Oberbefehlshaber des Mittelabschnitts der Ostfront, Generalfeldmarschall Günther von Kluge, erfährt der Nazigegner von einem SS-Gruppenführer, dass alle Juden und Zigeuner, die gefasst würden, als Feinde erschossen würden. Etwa Mitte 1942 teilt Oberst Henning von Tresckow bei seinem täglichen Lagevortrag im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte dem Rheinländer mit, dass täglich 16.000 Juden ermordet werden. Dies bewegte von Boeselager dazu, sich der Widerstandsgruppe um von Tresckow anzuschließen. Bereits im März 1943 erklärten sich Philipp und sein älterer Bruder Georg zusammen mit anderen Offizieren bereit zu einem geplanten Pistolenattentat auf Hitler und Himmler bei einer Besprechung in Smolensk. Da Hitler nur alleine erschien, zog Feldmarschall von Kluge seine Zustimmung

zum Anschlag kurz davor zurück. Von Kluge befürchtete einen Bürgerkrieg zwischen der Wehrmacht und der SS, wenn Himmler überlebte – auf diese Situation bezieht sich das Eingangszitat aus der Rheinischen Post.



Kavallerieoffizier Philipp Freiherr von Boeselager, am Ende des Krieges Major und Kommandeur des Reiterregiments 41.

(Quelle: Internet)

Im Zusammenhang mit dem Attentat am 20. Juli 1944 sollte Rittmeister Philipp von Boeselager mit dem Reiterregiment 31 – sechs Schwadronen mit 1.200 Soldaten – geschlossen aus der Ostfront heraus in einem Gewalttritt – 200 Kilometer in 36 Stunden – einen Feldflughafen bei Brest-Litowsk erreichen. Von dort sollten die Soldaten im Lufttransport nach Berlin gebracht werden, um den Umsturz in Berlin abzusichern. Da Bruder Georg vom Scheitern des Attentats erfahren hatte, benachrichtigte er Philipp mit dem Codewort „zurück in die alten Löcher“, was dieser sofort befolgte. Dadurch konnte er unbemerkt mit seinem Regiment wieder die Front erreichen. Beide Brüder überlebten die anschließende Verfolgung durch die Nazi-Härscher, da alle Mitverschwö-

1 Im März 1943, als Hitler die Heeresgruppe Mitte besuchte.

2 Zitat aus: die Rheinische Post aus Düsseldorf vom 03.05.2008.

3 Zitat aus einem Vortrag, den von Boeselager am 18.01.2008 in Bonn beim Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine UNITAS gehalten hat.

rer, auch unter Folter, über die Beteiligung der beiden Adligen schwiegen. Philipp fühlte sich lange Zeit schuldig gegenüber den anderen, die ihm das Weiterleben ermöglichten und er sagte selbst später: „*Ich hatte große Angst vor der Verhaftung und Folter und hätte wohl geredet.*“

Aus dem Zweiten Weltkrieg als Major, dekoriert mit dem Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz, heimgekehrt studierte Philipp von Boeselager Jura und Volkswirtschaft in Köln und absolvierte ein Forstpraktikum. Mit seiner Frau, Rosa Maria Gräfin von Westphalen zu Fürstenberg, die er 1948 heiratete, hatte er vier Kinder. Er zog auf die verwaiste Burg Kreuzberg, da drei seiner älteren Brüder gefallen waren.

Dort führte er über mehrere Jahrzehnte den Forstbetrieb der Familie. Gleichzeitig engagierte sich der Freiherr in verschiedenen Organisationen und Gremien zum Nutzen der deutschen Forstwirtschaft, besonders zum Erhalt und zur Weiterentwicklung des Privatwaldes. Dies brachte ihm viele Auszeichnungen und Ehrenmitgliedschaften ein wie die Professor-Niklas-Medaille in Gold des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Am 13. März 1946 wurde der Baron in den Malteserritterorden aufgenommen. 1953 war er einer der Mitbegründer des Malteserhilfsdienstes (MHD). Dievom deutschen Zweig des Ordens nach dem Krieg regelmäßig organisierten Lourdes-Krankendienst entsprangen seiner Gründungsinitiative, weshalb ihn die Pyrenäen-Stadt Lourdes zu ihrem Ehrenbürger ernannte. Den tiefgläubigen Katholiken ehrte der Souveräne Malteserritterorden durch die Ernennung zum Ehren- und Devotions-Großkreuz-Bailli in Obedienz. Er setzte sich besonders für den Schutz des ungeborenen Lebens und gegen die Abtreibung ein.

In die Bundeswehr war er nicht mehr aktiv eingetreten; war aber in den Jahren 1955-1957 Mitglied im Personalgutachterausschuss, der über die Verwendung von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren in der Bundeswehr entschied. Philipp selbst wurde durch Wehrübungen in der Bundeswehr zum Oberstleutnant der Reserve befördert. Bis zuletzt war er Mitglied im Freundeskreis der Panzeraufklärer. Die von-Boeselager-Kaserne in Munster/Örtze (Lüneburger Heide) ist allerdings nach seinem Bruder

Georg benannt, der im Alter von 29 Jahren am 27.08.1944 im Gefecht als Oberst (posthum zum 01.08.1944 befördert) gefallen war.

Philipp von Boeselager als gefragter Zeitzeuge hatte es sich zur Aufgabe gemacht, in Schulen, bei vielen öffentlichen Anlässen und in zahlreichen Interviews bei Radio- und Fernsehsendern, in Zeitungen und Zeitschriften seine Erfahrungen und Ansichten zum Nationalsozialismus und zur Diktatur zu verbreiten. Damit wollte er die Opfer seiner hingerichteten Mitverschwörer im Kampf gegen Hitler würdigen und sie nicht in Vergessenheit geraten lassen. Aber auch dem Glauben, der Freiheit und der Demokratie widmete er seine Gedanken. Drei Wochen vor seinem Tod gab er der Frankfurter Allgemeinen Zeitung noch ein letztes Interview, das am 1. Mai veröffentlicht wurde. Gewürdigt wurde seine Lebensleistung in den letzten Jahren u. a. mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und der Ernennung zum Offizier der Französischen Ehrenlegion. (bt)

Pilgerexperte: Spanischer Jakobsweg ist überlaufen

Der Vizepräsident des Bayerischen Pilgerbüros, Reinhard Kürzinger, hält den spanischen Jakobsweg für völlig überlaufen. Ein echter Jakobspilger müsse nicht auf die iberische Halbinsel reisen, erklärte der Leiter der Diözesan-Pilgerstelle Eichstätt Mitte März auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) Berlin. In Deutschland gebe es genug regionale Jakobswegen, die spirituelle Erfahrungen ermöglichen. Kürzinger äußerte sich beim ökumenischen ITB-Kirchenforum über „Die neue Lust am Gehen“. Der Jakobsweg ist eine der bedeutendsten internationalen Pilger Routen. Er führt nach Santiago de Compostela, wo sich der Überlieferung nach das Grab des Apostels Jakobus befindet. Der deutsche Entertainer Hape Kerkeling machte den Weg jüngst durch sein Pilgertagebuch verstärkt populär.

Kürzinger kritisierte, der „Hape-Effekt“ führe zu immer mehr erlebnishungrigen Pilgern, für die der Jakobsweg mehr eine Partnerbörse sei als ein echtes Wallfahrtsanliegen. Der jüngste Trend sei es, mit dem Billig-Flieger nach Santiago de Compostela zu reisen, von dort per Bus 200 Kilometer ins Landesinnere zu fahren, um dann nur die letzte Etappe zu Fuß zurückzulegen und damit die begehrte Pilgerurkunde zu erlangen. Der Marburger Natursoziologe Rainer Brämer führte eine Umfrage an, nach der unter Jakobspilgern die religiöse Motivation nur drittangig ist. An erster Stelle habe das touristisch-kulturelle Interesse gestanden.

Nach Schätzungen des Geschäftsführers der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Freizeit und Tourismus, Gregor Spieß, erhöhte sich die Zahl der Jakobspilger seit 1998 von rund 10.000 auf mittlerweile 130.000 jährlich. Wie die Deutsche St.-Jakobus-Gesellschaft angab, erhielten im vergangenen Jahr 13.800 Deutsche eine Pilgerurkunde in dem spanischen Wallfahrtsort. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Steigerung von 71 Prozent. (KNA)

Hinweis: s.a.S. 86: Bericht GKS-Kreis Bonn, „El Camino de Santiago – Erlebnisse, Erfahrungen, Erkenntnisse“

Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr:

Seit langem befasst sich die GKS, insbesondere ihr Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, mit der Frage, ob sich Kriterien formulieren lassen, die der deutschen Sicherheitspolitik als Richtschnur für den Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland zur Sicherung oder auch Erzwingung und Wiederherstellung des Friedens dienen können. Aber nicht nur das ist das Ziel. Vielmehr erwarten verantwortlich denkende und handelnde Soldaten von der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, dass sie ausgehend vom geltenden Völkerrecht und Grundgesetz sowie auf der Grundlage der katholischen Soziallehre Merkmale findet, die allgemein und im Einzelfall eine moralische Bewertung von Auslandseinsätzen erleichtern.

In den folgenden Beiträgen wird die Problematik solcher Versuche aus politischer und friedensethischer Sicht – auch ihre Abhängigkeit von Stimmungen in der Öffentlichkeit – erörtert. Der dritte Beitrag ist das erwartete „Kriterienpapier“, das die GKS rechtzeitig zum 97. Deutschen Katholikentag veröffentlicht. Es soll vor allem Multiplikatoren an die Hand gegeben werden und in Osnabrück auf dem Stand der Gemeinschaft u. a. als Informations- und Argumentationshilfe beim Dialog der Soldaten mit Katholikentagsbesuchern dienen.

Kriseneinsätze von deutschen Streitkräften im Ausland

4. Petersberger Gespräche zur Sicherheit

VON ANDREAS M. RAUCH¹

Die Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) hat ergeben, dass der allgemeine Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr dürftig ist. Weniger als 10 % der Bürger sind die wesentlichen Fakten auch der bedeutendsten Einsätze – wie etwa ISAF – bekannt. Mehr als die Hälfte der Befragten weiß zu keinem der Einsätze etwas Konkretes oder hat sogar noch nie davon gehört.

Während rein humanitäre Auslandseinsätze der Bundeswehr, die es seit dem Marokko-Einsatz 1960 in Agadir gibt, von den Befragten mit 83 % befürwortet werden, sind Einsätze mit deutlich militärischer Komponente wie z. B. ISAF nur mit Einschränkungen akzeptiert. 8 % der Befragten stimmen einem solchen Einsatz vollkommen zu, 22 % stimmen überwiegend zu und 30 % stimmen eher zu. Der Mehrheit der Befürworter (60 %) steht dabei ein nicht unbeachtlicher Teil der Bevölkerung (34 %) gegenüber, der diesen Einsatz ablehnt. Und Kampfeinsätze bei Anforderung durch Verbündete werden danach nur von 32 % befürwortet, 61 % lehnen sie ab. Dieses Ergebnis der aktuellen SOWI-Bevölkerungsbefragung ist vor dem Hintergrund von besonderem Interesse, als nun feststeht, dass die Bundeswehr die Norweger bei Stellung der Quick Reaction Force (QRF) Mitte 2008 in Afghanistan ablösen wird.

Die SOWI-Bevölkerungsbefragung 2007

Diese Ergebnisse des SOWI sind in zweierlei Hinsicht bedenklich. Zum einen bringt die mangelnde Verwurzelung von militärischen Auslandseinsätzen der Bundeswehr in der Bevölkerung langfristig ein Akzeptanzproblem mit sich. Wenn sich nur ganz wenige in der deutschen Bevölkerung mit militärischen Bundeswehreinsätzen überhaupt identifizieren können, wird es langfristig schwer werden, Steuermittel wie im bisherigen Umfang hierfür aufzuwenden. Dabei ist zu

sehen, dass wir mit derzeit ca. 5.500 Soldaten im Auslandseinsatz noch nicht einmal die Hälfte der möglichen Zahl von 14.000 im Ausland zu verwendenden Soldaten erreicht haben. Würde jetzt noch ein zusätzliches belastendes Moment hinzu kommen wie etwa eine hohe Anzahl verwundeter oder toter deutscher Soldaten im Ausland, so könnte das dünne Eis, auf dem sich die militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr derzeit bewegen, schnell brechen und kurzfristige politische Entscheidungen und Neuorientierungen notwendig machen.

Zum Zweiten zeigen die Zahlen der neuesten SOWI-Umfrage, dass sich nach wie vor ein Graben auftut zwischen den politischen Akteuren in Berlin und der Bevölkerung. Viele Bürger können Entscheidungen

aus Berlin nicht nachvollziehen und haben auch ihr Interesse daran verloren, da in ihrem persönlichen Alltag in Deutschland das Thema „AUSLANDSEINSÄTZE“ nur eine geringe oder gar keine Rolle spielt. Für die großen Teile der erwerbstätigen Bevölkerung stehen die Bewährung im Beruf und die Sorge um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes im Vordergrund, um sich selbst und Angehörigen eine Lebensgrundlage zu schaffen. Im täglichen „Überlebenskampf“, Wohnung, Kleidung, Essen, Gesundheit und Schule für die Kinder, sinkende Nettolöhne bei gleichzeitigen massiven Preiserhöhungen von Gütern des täglichen Bedarfs (z. B. Milchprodukte oder Autokraftstoffe) werden Themen wie „Auslandseinsätze“ in der deutschen Bevölkerung vielfach nicht verstanden oder gar als „Lu-

¹ Dr. Andreas Rauch, Gymnasiallehrer im kirchlichen Dienst; Professor ehrenhalber und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln; Mitglied im Förderverein der Jugendoffiziere, des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI); Mitglied der Görres-Gesellschaft.

xus“ wahrgenommen. Für Themen der internationalen Politik ist dies in der Politischen Wissenschaft keine neue Erkenntnis. Seit der Gründung des Europarates 1949, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1952 und dem Abschluss der Römischen Verträge im Jahr 1957 wird im europäischen Integrationsprozess um eine Akzeptanz durch die Bürger gekämpft. Doch die regelmäßigen Umfragen von Eurobarometer belegen seit Jahren, dass die Europapolitik in der Bevölkerung ein Akzeptanzproblem hat. Ähnliches gilt für die Bevölkerung der USA. Und bei den US-Präsidentenwahlen 2009 wird sich herausstellen, inwieweit das mitunter erfolglose militärische Auslandsengagement der USA Einfluss auf die Wahl des neuen US-Präsidenten zeitigen wird.

Erinnerungen an die Zeiten des politischen Bonn

Die 4. Petersberger Gespräche fanden wieder auf Initiative von Ulrike Merten, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, auf dem geschichtsträchtigen Petersberg bei Bonn am 8. März 2008 statt. Nachdem zwei Wochen zuvor bereits die SPD- und CDU-Bundestagsfraktion im Alten Wasserwerk in Bonn tagte und dabei unter anderem beschloss, dass die Riesterförderung auch zum Erwerb von Haus- und Wohnungseigentum genutzt werden darf, fand innerhalb kurzer Zeit eine weitere Veranstaltung statt, die an die Tage der Bundeshauptstadt Bonn und die Bonner Republik erinnerten.

So begrüßte Frau Merten bedeutende Vertreter aus dem Bereich Politik und Bundeswehr.² Im Unterschied

zu vor zwei Jahren, wo der Autor bereits über die 2. Petersberger Gespräche zur Sicherheit für die GKS-Zeitschrift AUFTRAG berichtete³, kann also hier von einem eindeutigen Bedeutungszuwachs der Petersberger Gespräche gesprochen werden. Zugleich wird deutlich, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr immer wieder Anlass zu einem Bedarf an Diskussionen und Gesprächen und Reflektionen geben.

Die sicherheitspolitische Lage

MdB Ulrike Merten hob darauf ab, dass die Bundesrepublik Deutschland auf die veränderte sicherheitspolitische Situation reagiere, die vor allem durch den 11. September 2001 hervorgerufen wurde. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses stellt fest, dass die Bundesregierung drei wesentliche Schlussfolgerungen gezogen habe, die im Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik 2006 zum Ausdruck kämen, so

1. müsse den Gefährdungen für die Sicherheit Deutschlands dort begegnet werden, wo sie entstehen;
2. sei ein umfassender, vernetzter Ansatz erforderlich, der neben militärischen und polizeilichen vorrangig politische, diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Mittel einschließe;
3. müssen Maßnahmen zur Krisenvermeidung im multinationalen Verbund erfolgen. Dazu sei die Zusammenarbeit im Bereich der Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union soweit wie möglich zu intensivieren.

Abteilungsleiterin für Wehrverwaltung, Infrastruktur und Umweltschutz, Ministerialdirektorin Alice Greyer-Wieninger;

Kommandobereiche: Befehlshaber des Heeresführungskommandos, Generalleutnant Otto, Kommandeur der 13. Panzergrenadierdivision, Generalmajor Kammerer, Kommandeur Operative Luftstreitkräfte, Generalleutnant Plöger; Kommandeur des Zentrums Innere Führung, Brigadegeneral Bach;

Wehrverwaltung: Präsident des Bundesamtes für Wehrverwaltung;

Militärseelsorge: Leitender Katholischer Militärdekan Mainz, Msgr. Rainer Schnettker.

3. AUFTRAG Nr. 258/Juni 2005, Seite 24 ff.

Diese drei Elemente fasse das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ zusammen.

Frau Merten führte auf dem Petersberg aus, dass es für die Ausgestaltung einer vernetzten Sicherheitspolitik erste, viel versprechende Ansätze gebe. So habe die Bundesregierung im Mai 2004 den Aktionsplan „ZIVILE KRISENPRÄVENTION, KONFLIKTLÖSUNG UND FRIEDENSKONSOLIDIERUNG“ verabschiedet, der einen ressort- und bereichsübergreifenden Überblick über die Methoden, Ansätze und Handlungsfelder deutscher Beiträge zum internationalen Krisenmanagement gibt und insgesamt 161 konkrete Aktionen vorsehe. Der Plan beziehe sich explizit auf den erweiterten Sicherheitsbegriff und verankere Krisenprävention als Querschnittsaufgabe deutscher Außenpolitik. Krisenprävention umfasse dabei das gesamte Spektrum ziviler und militärischer Mittel. Doch in der öffentlichen Wahrnehmung dominierten häufig noch die militärischen vor den zivilen Elementen.

In diesem Zusammenhang sei das Parlamentsbeteiligungsgesetz aus dem Jahr 2005 anzuführen, welches ausdrücklich festschreibe, dass jeder Einsatz bewaffneter Streitkräfte außerhalb Deutschlands der Zustimmung – und zwar grundsätzlich der vorherigen Zustimmung – des Parlaments bedürfe. Dies sei deshalb so ungewöhnlich, weil damit im Gegensatz zu anderen Ländern die deutsche Regierung bei der Frage der Entsendung von bewaffneten Truppen letztlich vollkommen abhängig vom deutschen Parlament werde, zumal der Bundestag seine Zustimmung zu einem Auslandseinsatz auch wieder zurückziehen könne, führte Ulrike Merten aus.

Bilanz der internationalen Stabilisierungsbemühungen

Botschafter Ulrich Brandenburg, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantischen Vertrag in Brüssel, zog eine Bilanz der vergangenen Jahre von militärischen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, nachdem deutsche Truppen auf dem Balkan seit gut zwölf Jahren und nunmehr seit sechs Jahren in Afghanistan engagiert sind. Brandenburg führt aus, dass es sich lohne, auf den Anfang

2 **Bereich Politik:** Vorsitzende der SPD Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Landtages Hannelore Kraft, die Bundestagsabgeordnete Elke Hoff (FDP), Jörn Thiesen (SPD) und Paul Schäfer (Die Linke);
Präsident des Reservistenverbandes Ernst Reinard Beck (CDU), Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Rainhold Robbe;
Bundesverteidigungsministerium: Staatssekretär Rüdiger Wolf, Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Klaus-Peter Stieglitz, Abteilungsleiter Personal, Soziales und Zentralangelegenheiten, Dr. Georg Wilmers, Abteilungsleiter Rüstung, Ministerialdirektor Ellinger,

der neunziger Jahre zurückzublicken, als manche mit der Überwindung der deutschen Teilung und des Ost-West-Konfliktes bereits ein „Ende der Geschichte“ und einen Zustand ewigen Friedens kommen sahen. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien hätten solche Illusionen sehr schnell unter sich begraben.

Heute unterhielten die Vereinten Nationen, so Botschafter Brandenburg, weltweit rund 83.000 Blauhelme und 15.000 zivile Mitarbeiter in Kriseneinsätzen. Ihr Haushalt für Friedensmissionen liege mit 6,8 Milliarden Dollar auf Rekordhöhe, allein 4,5 Milliarden hiervon kosteten die Friedensmissionen in Afrika. Deutschland sei mit 8,662 Prozent an der Finanzierung maßgeblich beteiligt (im Haushaltsjahr 2007 mit 378 Millionen Euro). Etwa 1.000 deutsche Soldaten waren bis vor kurzem im VN-Einsatz, 850 davon vor der libanesischen Küste. Die Zahl sei jetzt geringfügig zurückgegangen.

Die NATO hat auf dem Balkan, im Mittelmeer und in Afghanistan rund 60.000 Soldaten im Einsatz, darunter rund 5.500 deutsche Soldaten. Insgesamt rund 3.000 Soldaten sind im Einsatz für EU-geführte Militäroperationen, dazu eine Vielzahl von Polizisten und zivilen Experten in insgesamt 16 Missionen. Auch die OSZE hält mit ihren Missionen oder „Field Offices“ immer noch eine Nische besetzt. Im Einsatz sind dort rund 3.000 Mann; etwa zehn Prozent des entsandten Personals sind Deutsche.

Neu hinzugekommen seien in den letzten Jahren, so Brandenburg, andere, regionale Akteure. ASEAN habe gemeinsam mit der EU eine Beobachtermission in Indonesien (Aceh) durchgeführt. Australien und Neuseeland beteiligten sich nicht nur in Afghanistan, sondern engagierten sich über regionale Organisationen im pazifischen Raum, und die Afrikanische Union entwickle sich mit massiver westlicher Unterstützung – bisher allerdings mit eher wenig Erfolg – zu einem „Security Provider“ im Sudan und in Somalia. Stabilisierung, Friedenserhaltung und „Post Conflict Peace Building“ seien weltweit zu einer Wachstumsbranche geworden.

Auf der zivilen Seite gebe es seit Mitte der 90er Jahre – Bosnien war der

erste größere Anwendungsfall – größere internationale Polizeieinsätze. Rund 220 deutsche Polizisten seien heute im Auslandseinsatz, und das Bundesinnenministerium habe vor kurzem eine eigene Einsatzhundertschaft der Bundespolizei für Auslandseinsätze (ZIF)⁴ aufgestellt. Die Vorbereitung und Vermittlung anderen zivilen Personals konnte durch die Gründung des ZIF organisiert und systematisiert werden: In dessen Stellenpool seien zurzeit rund tausend deutsche Experten verschiedener Fachrichtungen aufgeführt.

Schlussfolgerungen

Dem deutschen NATO-Botschafter Brandenburg folgend lassen sich drei Schlussfolgerungen aus den vergangenen militärischen Auslandseinsätzen der Bundeswehr ziehen:

1. Auf Eigenverantwortung muss großer Wert gelegt werden. In Afghanistan wurde dies mit dem Petersberger-Prozess versucht. Heute – gut sechs Jahre später – sollte nicht von einem Fehlschlag gesprochen werden. Jedoch muss noch größeres Gewicht auf die Ausbildung gelegt werden: Ausbildung von Militär, Polizei, Verwaltung, Justiz und allem, was zur Übernahme von Eigenverantwortung benötigt wird.
2. Die EU muss dem Anspruch, den sie mit ihrer Sicherheitsstrategie erhoben hat, aber noch viel zu wenig einzulösen vermag, genügen: Militärische Effizienz wird noch zu oft abgelöst von zivilem Chaos oder dem schlichten Fehlen ziviler Instrumente. Der Ruf nach einem zivilen Koordinator für Afghanistan ist Ausdruck dieses Defizits.
3. Es ist vermessen, in Afghanistan innerhalb weniger Jahre ein modernes Staatswesen aufbauen zu wollen – in einem Land, das in seiner Geschichte nie einen starken Zentralstaat erlebt hat. Die internationale Gemeinschaft muss deshalb mit mitunter fragwürdigen Partnern in Afghanistan zusammenarbeiten. Fest steht: Afghanistan wird nicht innerhalb weniger Jahre zu einer westlichen, offenen

und toleranten Gesellschaft werden.

Kriterien, Erfolge und multilaterale Entscheidungsfindungen

Der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Prof. Dr. Volker Perthes, führte auf dem Petersberg aus, dass die Kriseneinsätze deutscher Streitkräfte in den internationalen Prozess der Globalisierung einzuordnen seien. Globalisierung bedeute nicht nur die Umsetzung eines freien Wettbewerbs oder eben ein Konkurrenzverhalten auf einer ansonsten rein wirtschaftlichen Ebene. Es bedeutet auch eine Grenzenlosigkeit der Risiken, etwa bezogen auf Terrorismus und Kriminalität, und auf andere Politikfelder wie auf soziale und kulturelle Fragestellungen. Diese Breitenwirkung von Globalisierung sei vielfach noch nicht in das Bewusstsein der deutschen Bevölkerung vorgedrungen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen. Perthes machte deutlich, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Armeen relativ spät in eine Neuausrichtung und Transformation der Streitkräfte hin auf die Bewältigung von Aufgaben der internationalen Krisen- und Konfliktprävention eingestiegen sei.

Perthes legte dar, dass noch stärker als in der Vergangenheit Kriterien und Fragenkomplexe herausgearbeitet werden müssten, die auf militärische Auslandseinsätze angewendet werden können. Allerdings könne die Politische Wissenschaft keine „Check-Liste“ geben, welche Kriterien hier zu entwickeln seien. Dies sei Aufgabe der Politik. Ähnliches gelte für die Frage der Bewertung von Erfolgen und Misserfolgen von Auslandsmissionen, wo eben auch unterschiedliche parteipolitische Wahrnehmungen zum Tragen kämen.

Die Politische Wissenschaft könne jedoch festhalten, dass militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr auf multilateralen Entscheidungsfindungen – vor allem auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrates – basieren müssten, um Legitimität herzustellen. An der universellen Geltung von Freiheits- und Menschenrechten sowie Demokratie dürfe in der internationalen Politik nicht gerüttelt werden – hier biete sich der Prozess der Globalisierung auch als eine politische Chance an! □

⁴ s. a. AUFTRAG Nr. 248/2002, S. 47; 249/2003, S. 67; 252-253/2004, S. 65, 262/2006, S. 8 ff.

Problemfelder (Dilemmata) für den Einsatz von Streitkräften in Friedensmissionen

VON LUDWIG JACOB¹

In diesem Beitrag geht es um die Urteilsbildung zu durchgeführten, andauernden und zukünftigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Als Arbeitsgrundlage möchte er die Bewertung dessen erleichtern, was von der Regierung jeweils der Öffentlichkeit und dem Parlament als Begründung für diese Einsätze vorlegt wird, was von der NATO und EU und anderen Organisationen verlautet, aber auch welche abweichenden tatsächlichen Gründe – die so genannten „hidden agendas“ – dabei möglicherweise eine Rolle spielen.

Auch die Parlamentsdebatten zu den Auslandseinsätzen sind zu bewerten. So können z. B. im Hinblick auf die Begründung des Engagements in Afghanistan Oberflächlichkeiten und Ungenauigkeiten festgestellt werden, die nicht nur bei Soldaten zu manchen Fragen führen:

- Was geschieht aus Bündnisverpflichtungen und was aus humanitärem Interesse?
- Wieso wird unseren Soldaten nicht das beste Gerät und Personal zur Verfügung gestellt?
- Warum wird der Kampfeinsatz in Afghanistan als Peacekeeping-Mission „verkauft“ mit allen rechtlichen, militärischen, verwaltungstechnischen und psychologischen Problemen und Nachteilen für die Soldaten?
- Warum wird der Öffentlichkeit nicht gesagt, dass ca. 70-80 % der Soldaten in Afghanistan keine Patrouillen laufen, sondern in den Camps verbleiben und „sauer geritten“ nach Hause kommen?
- Die Ablehnungsfront für weitere Einsätze in Afghanistan wächst nicht nur in der Öffentlichkeit ständig sondern auch im Parlament – welche Konsequenzen könnte das z. B. im Wahljahr 2009 haben?

Der Autor ist der Meinung, hier sei die Verantwortung und Expertise der GKS und insbesondere des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ ge-

fragt, vielleicht als eine Art von Frühwarnstelle („whistleblower“).

1. Planungs-dilemma

Militärische Führung ist naturgemäß an einer eher langfristigen Planung von Einsätzen interessiert (Grundlage jeder Strategie). Dagegen zeichnet sich politische Führung tendenziell durch langwierige Entscheidungsprozesse aus, bei denen der Einsatz von Streitkräften dann eher relativ kurzfristig bestimmt wird.

Erläuterung: Angesichts von Völkermord, ethnischen Säuberungen und massenhaften Vergewaltigungen sind heute die völkerrechtlichen Mittel, dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten, unvollkommen und weitgehend wirkungslos. Außerdem haben die meisten Regierungen kein grundlegendes Interesse an einem Engagement, weil eigene Sicherheitsinteressen häufig nicht unmittelbar bedroht sind und langfristige nationale Ressourcenbindung die Folge sein kann.

Daraus ergibt sich ein eigenartiges Paradoxon, auf das John Chipman (Director-General und Chief-Executive des ISS in London) hingewiesen hat: „*Paradox ist, dass die Streitkräfte, die noch am ehesten akzeptabel für die Konfliktparteien sind, von Staaten gestellt werden, bei denen man davon ausgeht, dass sie keine unmittelbaren Interessen in der Auseinandersetzung verfolgen; wenn es jedoch nicht um eigene Interessen geht, ist es schwierig, im Entsendestaat Übereinstimmung über Dislozierung und Einsatz von Streitkräften in Gebieten zu erzielen, die als gefährlich gelten.*“²

2 Vgl. John Chipman, Das Wesen der Höheren Strategie und die Ursachen

In Demokratien bedürfen derart schwierige Entscheidungen, die nicht auf einer existentiellen Bedrohung des eigenen Landes beruhen, eines breiten gesellschaftlichen Konsenses. Das aber verlangt eine öffentliche Diskussion, Abstimmung und Koordination ebenso wie die notwendige parlamentarische Debatte und die notwendigen Absprachen im Bündnis, da es fast immer um multinationale Einsätze geht, und das kostet Zeit. Diese Zeit fehlt aber später häufig bei der Umsetzung der politischen Entscheidungen in militärische Maßnahmen, die dann möglichst umgehend erwartet werden; denn der militärische Einsatz wird häufig zum Symbol entschlossenen politischen Handelns. Der Versuch der militärischen Führung, durch frühzeitige vorbereitende Maßnahmen dem Zeitdruck entgegenzuwirken, kann aber schnell zum Vorwurf führen, noch nicht gefällte politische Entscheidungen zu präjudizieren.

2. Auftragsdilemma

Aus militärischer Sicht bedarf es eines klaren politischen Mandats, das in einen durchführbaren militärischen Auftrag im Sinne unserer Auftragstaktik umgesetzt wird. Aus politischer Sicht sind angesichts eines zumeist unklaren Konfliktbildes sowie der vielfältigen Legitimationsnotwendigkeiten im Hinblick auf die Anwendung militärischer Gewalt eher „interpretationsfähige“ Mandate gewünscht, die,

für die heutige „Strategische Arthritis“ in: Strategien und Strukturen deutscher Sicherheitspolitik. Schriften zur neuen Sicherheitspolitik der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Bd. 9, hrsg. von Dieter Wellershoff, Berlin/Bonn/Hamburg 1995, S. 29.

1 Ludwig Jacob, Oberst a. D., Dozent an der FüAk Bw; Mitarbeiter am Institut Theologie und Frieden (ThF) in Hamburg; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

gekoppelt mit einer engen Anbindung der militärischen Führung, den politischen Gestaltungsspielraum erhöhen sollen.

Erläuterung: Die zentrale Problematik im Rahmen einer multinationalen Intervention in innerstaatliche Konflikte ist darin begründet, dass sich dafür bei den interventionsfähigen Staaten meistens keine überzeugenden nationalen Interessen definieren lassen; für allgemeine Interessen aber, z. B. zur Wahrung und zum Schutz der Menschenrechte, ist nur sehr begrenzt Unterstützung zu bekommen.

John Chipman spricht deshalb auch von strategischer Arthritis, weil die Durchsetzung genereller Normen mit militärischen Mitteln ohne die Definition eines strategischen Interesses äußerst schwierig sei bzw. an der natürlichen Abneigung gegen die Anwendung von Gewalt scheitern würde.³

Grundsätzlich ist die Anwendung von Gewalt nur zu rechtfertigen, wenn eine realistische Aussicht besteht, durch **Intervention die Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen in dem betroffenen Staat entscheidend zu verbessern**.

Das Ziel der militärischen Intervention kann daher nicht im militärischen Sieg gesucht werden, z. B. in der Vernichtung des Gegners, der in innerstaatlichen Kriegen sowieso nicht immer eindeutig identifizierbar ist, sondern in einer Strategie, die die Nachkriegssituation, d. h. den Wiederaufbau einer zerstörten Gesellschaft, in entscheidendem Maße mitberücksichtigt. Da derartige Konzepte meistens schwierig zu planen zu implementieren sind, lässt sich folgerichtig auch ein militärisches Konzept nach den Grundsätzen der Auftragstaktik nicht durchhalten. Stattdessen muss die militärische Führung damit rechnen, dass aus politischen Erwägungen bis in die taktische Ebene hinunter durchgegriffen wird, was durch die modernen Kommunikationsmittel zusätzlich erleichtert wird.

Für dieses Dilemma stehen die Peacekeeping-Einsätze in Somalia und Bosnien, die die militärische Sei-

te chronisch überforderten, weil ein klar formuliertes Mandat durch den Sicherheitsrat fehlte und der Truppeneinsatz über die Selbstverteidigung hinaus sehr schnell eine eskalierende Eigendynamik entwickelte. Ein aktives „offensives“ Eingreifen in die Kämpfe widersprach aber dem VN-Mandat und dem Neutralitätsgebot der Blauhelme, diese Situation führte dann auch zu Geiselnahmen und hohem Blutzoll.⁴

Damit ist bereits ein weiteres Dilemma angesprochen.

3. Einsatzdilemma

Aus militärischer Sicht ist tendenziell ein früher Einsatz wünschenswert (z. B. um mit dem Moment der Überraschung das Gesetz des Handelns zu bestimmen)⁵, während aus politischer Sicht wegen der immer strittigen Frage der Verhältnismäßigkeit von Mittel und Ziel der Einsatz von Streitkräften eher ultima ratio (und zwar mehr im Sinn des „letzten“ Mittels) bleiben wird.

Erläuterung: Seit dem Krieg auf dem Balkan mehrten sich die Stimmen, die aus dem Konflikt die Lehren ziehen, dass der Einsatz begrenzter militärischer Macht zu einem sehr frühen Zeitpunkt den Aggressor eher beeindruckt und womöglich auch gestoppt hätte als ein massiver Einsatz zu einem späteren Zeitpunkt, zumal der Schaden dann bereits weitgehend eingetreten sei.

Derartige Erkenntnisse gewinnen ihre Plausibilität aber immer ex post; denn gerade zu Beginn einer gewaltsamen Auseinandersetzung ist niemals verlässlich auszuschließen,

dass eine militärische Intervention den Konflikt nicht noch weiter verschärft.

Die entscheidenden Fragen, wer setzt militärische Mittel zu welchem Zweck ein, und inwieweit ist die Verhältnismäßigkeit von Mittel und Ziel garantiert, müssen vor einer politischen Entscheidung geklärt sein. In der politischen Praxis bedeutet das in der Regel einen eher späten Einsatz von Streitkräften – gleichsam als Symbol für mangelndes Krisenmanagement im Sinn präventiver Konfliktbearbeitung.

4. Gewaltdilemma

Militärische Führung wird aus operativer Perspektive schon im Interesse der Schonung eigener Kräfte an einer möglichst überwältigenden Entfaltung von Gewalt interessiert sein. Dabei ist jedoch die Verhältnismäßigkeit in der jeweiligen Situation zu prüfen und besagt, dass nicht mehr (tödliche) Gewalt angewendet werden darf, als unbedingt notwendig. Da die Verhältnismäßigkeit nicht als Regel abgeleitet werden kann, erfordert dieser Grundsatz eine genaue Lagebeurteilung durch die Verantwortlichen. Verantwortungsträger (einschl. der Politiker) müssen sich dessen bewusst sein. Die Politische Führung tendiert aus strategisch-politischer Perspektive zu einer stärkeren Begrenzung der militärischen Handlungsmöglichkeiten, um so die politische Risikokontrolle zu behalten – häufig jedoch zu Lasten militärischer Effizienz.

Erläuterung: Anthony Lake, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Clinton, machte folgendes Statement: „Die Hauptaufgabe unserer Streitkräfte ist nicht, Friedensmissionen zu betreiben, sondern Kriege zu gewinnen.“⁶ Ziel der US-Kriegführung wird daher die Ausschaltung des feindlichen Gewaltpotentials durch den optimalen Einsatz des eigenen Zerstörungspotentials sein. Dass innerstaatliche Auseinandersetzungen auf diese Art (erkennbar durch die vielen Kollateralschäden) kaum in „den Griff zu

4 Unstrittig ist, dass Streitkräfte für derartige Einsätze einen Soldatentyp ausbilden, für den die klassischen Kämpfertugenden allein nicht mehr ausreichen. (Gustav Däniker spricht in diesem Zusammenhang vom „miles protector“, der sowohl seine Waffen professionell zu gebrauchen versteht, aber mit gleicher Effizienz helfen und retten kann und zunehmend bei präventiven friedenssichernden Einsätzen gefragt ist. Vgl. Wende Goldkrieg. Vom Wesen und Gebrauch künftiger Streitkräfte, Frankfurt 1992. a. a. O. S. 151 f.).

5 Klassisch z. B. die Situation am Vorabend des ersten Weltkrieges. Als die politischen Eliten überzeugt waren, daß der Krieg mit Frankreich unvermeidlich sei, plädierte die militärische Führung für sofortiges Losschlagen.

6 Vgl. Anthony Lake: Yes to an American Role in peace keeping, but with Conditions, in: International Herald Tribune vom 07.02.1994.

3 a. a. O., S. 30f.

bekommen“ sind, ist besonders im Irak und Afghanistan hinreichend deutlich geworden.

Allerdings hat sich auch der gegenläufige Versuch der UNO, durch „situativ angemessene Gewaltanwendung“ sowohl der Neutralitätsdoktrin gerecht zu werden, als auch auf die Konfliktparteien mäßigend einzuwirken, vor allem in Bosnien, als nicht praktikabel erwiesen. Das politische Konzept, in jeder Situation nur ein Minimum an Gewalt anzuwenden anstatt die militärischen Kräfte den übergeordneten Lagerfordernissen entsprechend wirkungsvoll einzusetzen, hat Blauhelmen und Zivilbevölkerung in Bosnien einen hohen Blutzoll abverlangt und Ansehen und Autorität der UNO erheblich geschadet.

Mit dem Einsatz militärischer Gewalt verbindet sich aber noch ein weiteres Dilemma.

5. Funktionsdilemma

Aus militärischer Sicht hängt die Effektivität eines Einsatzes wesentlich von der Homogenität der Truppen und einer einheitlichen Führung und Verantwortung ab, während aus politischer Sicht schon aus Gründen der Legitimation eines Militäreinsatzes Truppen aus möglichst vielen Staaten beteiligt sein sollten.

Erläuterung: Bei innerstaatlichen Kriegen sind multilaterale Versuche der Konfliktbearbeitung unabdingbar, wenn nicht der Verdacht genährt werden soll, die humanitäre Intervention sei ein Vorwand für machtpolitische Interessen des intervenierenden Staates. Bei den traditionellen Blauhelmeinsätzen, bei denen es primär um Überwachungsaufgaben geht, ist die Heterogenität der Zusammenstellung der Truppen weitgehend problemlos, zumal die Zuständigkeit für „command and control“ (C2) klar geregelt ist. Bei den erweiterten Blauhelmeinsätzen mit fließenden Übergängen zu Kampfeinsätzen stellt die Heterogenität der Truppe große Anforderungen an Führung, Logistik und Ausrüstung, und wenn diese Fragen nicht vorab klar geregelt sind, sind Konflikte zwischen den Kriterien militärischer Erfordernisse und der Einhaltung der politisch festgelegten „rules of engagement“ vorprogrammiert.

Eine systematische Analyse von Konfliktsachen und Krisenpotenti-

alen als den strukturellen Vorläufern gewaltsamer Konflikte wird regelmäßig auf die komplexen ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen und politischen Potentiale zurückverweisen, die durch den Einsatz militärischer Gewalt naturgemäß nicht allein gelöst werden können.

Der de facto inadäquate Einsatz von Streitkräften wird aber häufig deshalb gewählt, weil Militär als Instrument rasch verfügbar und vermeintlich schon finanziert ist, und sich außerdem durch die Fähigkeit internationaler Zusammenarbeit auch bei den humanitären Interventionen augenscheinlich geradezu aufdrängt.

Die Tendenz zur militärischen Lösung als „ultima ratio“ entlarvt sich dann als Politik der Ratlosigkeit, weil trotz Früherkennung den Gefahrenpotentialen nicht wirksam mit „zivilen“ Maßnahmen begegnet wird. Militärische Gewalt als Nachweis politischer Entschlossenheit, kann allenfalls „Zeit kaufen“, und nicht die dem Konflikt zugrunde liegenden Probleme lösen.

6. Frühwarnndilemma

Das „strukturelle Dilemma“ des Frühwarners ist: Je früher er warnt, desto weniger glaubwürdig erscheint die Eintretenswahrscheinlichkeit des vorhergesagten Ereignisses, desto größer ist jedoch der Zeitraum für präventives Handeln. Je später er warnt, desto glaubwürdiger ist seine Warnung, doch desto mehr verringert sich der für präventive Aktionen noch verbleibende Handlungsspielraum.

Erläuterung: Prävention soll, um einem weit verbreiteten Missverständnis vorzubeugen, nicht soziale und politische Konflikte als solche verhüten, sondern nur deren gewaltsamen Ausbruch! Daher plädieren manche Wissenschaftler auch für den präziseren Begriff der „Gewaltprävention“. International vorherrschend ist ein weitgefasster und dynamischer Präventionsbegriff, der präventives Handeln vor, während und nach einem gewaltsamen Konfliktausbruch fordert. Als Hauptproblem der Krisenprävention gilt – plakativ gesprochen – die sogenannte „Lücke“ zwischen „early warning und early action“, also zwischen erfolgreicher Frühwarnung und ausbleibendem präventiven Handeln.

7. Dilemma Terrorismusbekämpfung

Erläuterung: Das Dilemma der Politik besteht darin, es nicht nur bei einer kurzfristig erforderlichen Symptombehandlung der Krise zu belassen (direkte Terrorismusbekämpfung), sondern die Strategien auf eine langfristig angelegte, differenzierte Ursachenbeseitigung durch eine nachhaltige und umfassende Friedensgestaltung zu konzentrieren, obwohl westliche Demokratien mit Blick auf die Wahlen strukturell eher Kurzzeitreaktionen und Symbolhandlungen präferieren.

Definitions-Kontroverse: Kriegsführung oder Verbrechensbekämpfung?

Allgemeiner Konsens ist: Terror-Verbrechen dürfen nicht ungesühnt bleiben, weil sonst jegliche Tabugrenze fällt und die Stärke des Rechts gegenüber dem Terror der Gewalt unterliegt. Eine wichtige, weil folgenreiche Definitionsfrage ist jedoch, ob die Terrorgefahren durch Kriegsführung oder durch Verbrechensverfolgung zu bekämpfen sind. US-Präsident Bush hat im Zusammenhang mit dem „war on terror“ vom „ersten Krieg des 21. Jahrhunderts“ gesprochen, von einem „neuen Krieg“ mit anderen Dimensionen, gegen ein weltweites Netzwerk in über 60 Staaten, gegen teilweise unbekannte, verdeckt agierende Gegner und mit einer vermutlich jahrelangen Dauer. Seine ungezügeltere Kriegsrhetorik in den Tagen nach den Terroranschlägen, die die Begriffe Krieg und Kreuzzug verwendete, die von einem Kampf zwischen dem Guten und dem Bösen sprach und die die Welt in Freunde und Feinde teilte, hat der Logik und Dynamik des Krieges den Vorrang vor einer Logik der Verbrechensbekämpfung gegeben.

Die Kritiker des Krieges argumentieren demgegenüber, dass die Verteidigung gegen den Terrorismus der Logik der Verbrechensbekämpfung folgen müsse, d. h., es geht darum die Täter zu identifizieren, ihre individuelle Verantwortung festzustellen, und sie nach Recht und Gesetz zu bestrafen. Sie fordern, die zivilen und rechtsstaatlichen Methoden und Mittel zur Verhinderung und Überwindung von Terror-Gewalt und Verbrechen strikt und konsequent auszuschöpfen und die Internationale Straf-Gerichtsbarkeit (Den Haag) auszubauen. □

GKS formuliert Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr:



Verantwortung übernehmen – moralisch handeln!

Für Recht und Freiheit

Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich in der Präambel ihres Grundgesetzes, „dem Frieden der Welt zu dienen“. Als Mitglied der Vereinten Nationen steht Deutschland in der Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien und sieht sich deshalb herausgefordert, nicht nur für sich selbst (lokal), sondern auch in Europa (regional) und weltweit (global) Verantwortung zu übernehmen.

Frieden sichern – Frieden fördern

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) steht zu dieser Selbstverpflichtung ihres Landes. Sie nimmt die Vorgaben des II. Vatikanischen Konzils als Maßstab und Auftrag ernst und betrachtet Soldaten „als Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker“ (GS 79). Indem sie diese Aufgabe recht erfüllen, tragen sie „wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Die kirchliche Friedenslehre, insbesondere die päpstlichen Enzykliken, die jährlichen Friedensbotschaften des Papstes sowie die Hirtenworte der deutschen Bischöfe bieten ethische Orientierung.

Frieden zu sichern und Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu fördern ist Imperativ christlicher Friedensethik. Frieden bedeutet heute nicht nur Abwesenheit von Krieg, sondern ist Grundbedingung für ein Leben aller Menschen in Wohlfahrt. Dies wiederum ist das Ergebnis von Leben und Wirken in einem freien, sozialen und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Wirtschaftssystem in Verbindung mit sicherheitspolitischer Klugheit und friedenspolitischer Weitsicht. Deshalb argumentiert die GKS aus der Perspektive eines umfassenden Friedensbegriffs und setzt sich dafür ein, dass das Völkerrecht durchgesetzt, die Menschenwürde geschützt und Wohlfahrt verwirklicht werden.

Völkerrecht und Menschenwürde

Gleich der erste Artikel des Grundgesetzes stellt die Menschenwürde unter den besonderen Schutz des Staates. Kein Staatsziel übertrifft die Verpflichtung auf den Schutz der Menschenwürde; jede politische Entscheidung, jedes militärische Handeln muss sich an ihr messen lassen.

Wenn die Menschenwürde massiv verletzt und die sie schützenden und fördernden Menschenrechte missachtet werden, ist ein Einschreiten, gleich ob es sich um Institutionen oder Personen handelt, aus Sicht der GKS ein Gebot der Vernunft und moralisch gerechtfertigt. Wer einen (Angriffs-)Krieg beginnt, wer sein eigenes Land oder andere terrorisiert, hat sich von der Vernunft verabschiedet; Krieg und Terror sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Als lebensfeindliche Akte lassen sie sich durch nichts rechtfertigen.

Sicherheit zu garantieren, Frieden zu sichern und zu fördern sind vorrangige und vornehmliche Aufgabe eines jeden Gemeinwesens (Subsidiarität) und, wenn es allein dazu nicht willens oder in der Lage ist, Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft (Solidarität).¹

Ethische Orientierung: Kriterien²

Die Soldaten in der GKS verstehen sich als dem Völkerrecht verpflichtete ‚Diener des Friedens‘. Als ‚Staatsbürger in Uniform‘ sind sie auf das Grundgesetz eingeschworen und ihrem Gewissen verpflichtet. Sie halten sich an die aus der kirchlichen Friedenslehre heraus entwickelten Kriterien, dass **militärische Gewalt**

nur eingesetzt werden darf (ius ad bellum), wenn

- eine Mandatierungsmacht (auctoritas legitima) einen entsprechenden Kampfeinsatz anordnet und dabei aus redlichen Motiven (intentio recta) die Absicht verfolgt, schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht zu vermeiden oder zu beenden, um eine friedliche Entwicklung der Staatengemeinschaft zu ermöglichen und abzusichern;
- eine ernste Bedrohung (causa iusta et gravis) vorliegt, wenn also die Welt-Rechtsordnung gestört, die Sicherheit der Völker gefährdet oder Menschenrechte massiv verletzt werden;
- sie als äußerstes Mittel (ultima ratio) geeignet erscheint, einen Konflikt zu vermeiden oder zu beenden, weil wirksame mildere Mittel erschöpft sind oder aussichtslos erscheinen;
- Aussicht auf Erfolg besteht, die Bedrohung abzuwenden oder einen Konflikt zu beenden und einen Zustand herbeizuführen, in dem der Frieden weniger bedroht ist als vorher;
- sie als kleineres Übel (minus malum) nicht Schäden und Wirren auslöst, die schlimmer wirken als das zu beseitigende Übel.

Mandatierungsmacht

Nach den Regeln des Völkerrechts dürfen unabhängig vom Recht auf Notwehr nur die Vereinten Nationen den Einsatz militärischer Gewalt anordnen. Völkerrechtlich korrekt kann auch ein Staat(enbündnis) der Bitte um Beistand entsprechen, wenn ein anderer Staat sich gegen einen Angriff verteidigen will. Einsätze zur Friedenssicherung verlangen die Zustimmung der Konfliktparteien. Das Völkerrecht leidet allerdings darunter, dass einige Vetomächte im VN-

1 vgl.: Papst Benedikt XVI. vor den Vereinten Nationen am 18.04.2008.

2 vgl.: Beestermöller, Gerhard: Krieg gegen den Irak – Rückkehr in die Anarchie der Staatenwelt?, Stuttgart 2002, s. insbesondere Kapitel IV.

Sicherheitsrat immer wieder eigene Interessen über das Welt-Gemeinwohl stellen und notwendige Friedensmissionen verhindern. Während des Balkankriegs 1999 handelte die NATO aus moralischer Verpflichtung, allerdings ohne VN-Mandat, um massiven Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen. In Fortentwicklung des Völkerrechts sollten daher auch regionale Sicherheitsorganisationen ein Mandat zum Einsatz militärischer Mittel erteilen können, wenn der VN-Sicherheitsrat sich selbst blockiert und so schwerwiegende Folgen herbeiführen oder in Kauf nehmen würde. Die Vereinten Nationen sollten dringend reformiert und das Völkerrecht entsprechend weiterentwickelt werden. Der Beachtung der Menschenrechte müsste dazu Vorrang vor dem Prinzip der staatlichen Souveränität eingeräumt werden. Die GKS begrüßt diesen Ansatz und unterstützt alle Bemühungen in diese Richtung.³

Die Mandatierungsmacht muss sich um *stabile Sicherheit* und *nachhaltigen Frieden* sorgen und ihre Entscheidungen aus redlichen Motiven, insbesondere nach unparteiischen Standards, treffen. Der Einsatz militärischer Gewalt hat immer die ehrliche Absicht zu verfolgen, Leiden der Bevölkerung zu vermeiden oder zu beenden. Methoden und Mittel des Gewalteinsatzes sind auf dieses Ziel hin auszurichten. Dabei sind die militärischen Führer gehalten, das humanitäre Völkerrecht und insbesondere die Gebote der Menschlichkeit streng zu beachten. Wenn militärische Gewalt eingesetzt wird, dann konsequent und wirkungsvoll, also mit Klugheit, Augenmaß und zur rechten Zeit. Dabei darf nicht zerstört werden, was eigentlich geschützt werden soll. Zur Wiederherstellung des Rechts darf kein massives Unrecht zugelassen werden; neuerliches Unrecht durch die vorherigen Opfer (Vergeltung) muss vermieden werden.

3 R2P: „Responsibility to Protect“: Auf VN-Ebene entwickeltes Konzept, nachdem sich die Staatengemeinschaft auf die Garantie der Menschenrechte in jedem(!) Staat verpflichtet [„Patenschaft“]. Kofi Annan, ehem. Generalsekretär der VN, hat diese Idee in seinem Bericht zur VN-Reform „In Larger Freedom“ aufgegriffen.

Ernste Bedrohung

Militärische Gewalt darf ausschließlich zum Zweck der **Notwehr** oder zur **Nothilfe** im Rahmen kollektiver Selbstverteidigung eingesetzt werden. Ein Einsatz kann notwendig sein, wenn internationales Recht gegen illegitime Gewalt durchgesetzt werden muss, weil die Staatengemeinschaft zur Nothilfe verpflichtet ist. Es muss also um eine gerechte Sache gehen, denn eine militärische Intervention ist eine außergewöhnliche Maßnahme der internationalen Gemeinschaft, die dem Ziel dienen muss, Menschen zu schützen und gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen.

Ethisch gerechtfertigt sind Interventionen dann, wenn ein Staat nicht willens oder in der Lage ist, seine Bevölkerung vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Dabei ist es unerheblich, welche Motive dem „Staatsversagen“ zugrunde liegen, ob es um Krieg oder Terror geht oder ob durch das bewusst passive Verhalten eines Staates Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen werden.

Allerdings ist bis heute völkerrechtlich strittig, ob Staaten das Recht oder sogar die Pflicht haben, militärische Gewalt **schützend** anzuwenden, um die Bürger von Drittstaaten vor Völkermord oder ähnlichen Verbrechen zu retten⁴.

Äußerstes Mittel

Bevor militärische Gewalt eingesetzt wird, sind mögliche Alternativen wie z. B. diplomatische Bemühungen, politischer Druck oder wirtschaftliche Sanktionen zu erwägen.

Wenn jedoch Appelle an die Vernunft nicht überzeugen und die genannten Mittel nicht greifen oder von vornherein offensichtlich aussichtslos erscheinen, kann oder muss militärische Gewalt als **äußerstes Mittel** im Sinne des geringeren Übels eingesetzt werden.

Gewalteinsatz als **äußerstes Mittel** ist nicht temporal (letztes Mittel auf der Zeitschiene) sondern konditional (den Umständen entsprechend) zu verstehen. Unter allen als wirksam betrachteten Mittel ist das jeweils gewaltärmste zu wählen. Der Einsatz mi-

4 vgl.: Kofi Annan: In Larger Freedom.

litärischer Gewalt ist keine Frage des „alles oder nichts“ oder von „jetzt oder nie“ im Sinne eines Ausverkaufs der Optionen, sondern der Wirksamkeit; denn bereits zur Überwachung und Durchsetzung eines Handelsboykotts sind militärische Mittel notwendig.

Aussicht auf Erfolg

Der Einsatz militärischer Gewalt lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn eine begründete Aussicht auf Erfolg besteht. Wenn es keine hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass der Gewalteinsatz Erfolg verspricht, ist es unmoralisch, weitere Menschenleben zu opfern und zusätzliche Zerstörung und Vernichtung zu verursachen. Ebenso verbietet es sich, aussichtslosen Widerstand zu leisten. Um die Erfolgswahrscheinlichkeit richtig einschätzen zu können, bedarf es einer nüchternen Lageanalyse mit einer realistischen Vorstellung davon, worin der Erfolg bestehen soll: Er liegt in einem Zustand, der den Frieden weniger bedroht als vorher und verlangt demzufolge ein kalkuliertes Vorgehen, das Sicherheit stabilisiert und Frieden konsolidiert.

Kleineres Übel

Ein bereits eingetretener Schaden darf nicht so beantwortet werden, dass ein noch größerer Schaden herbeigeführt wird (minus malum-Forderung). Ein Waffeneinsatz darf nicht Schäden und Wirren verursachen, die das zu beseitigende Übel übersteigen. Dabei sind personelle und institutionelle sowie materielle Folgen ebenso zu bedenken wie ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Auswirkungen. Wer beabsichtigt, militärische Gewalt einzusetzen und die vorgenannten Kriterien berücksichtigt, muss sämtliche positiven und negativen Folgen so abwägen, dass er entsprechend der *Goldenen Regel* („Alles, was ihr von anderen erwartet, das tut auch ihnen“ (Mt 7,12)) bereit wäre, die negativen Folgen des Waffeneinsatzes zu ertragen.

Humanität und militärische Notwendigkeit

„Im Krieg ist nur diejenige Gewaltanwendung erlaubt, die zur Bekämpfung des Gegners erforderlich ist. Kriegshandlungen sind nur dann zulässig, wenn sie gegen militärische

Ziele gerichtet sind, wenn sie keine unnötigen Leiden erwarten lassen und wenn sie nicht heimtückisch sind.“⁵

Das *Proportionalitätsgebot* verlangt einen angemessenen Einsatz militärischer Gewalt. So ist jeweils getrennt zu prüfen, ob (1) das Ziel als solches und ob (2) die gewählten Mittel und Methoden zum Erreichen eben dieses Ziels sittlich vertretbar, also notwendig und nützlich sind. Dabei ist der *Schutz der Zivilbevölkerung* (Diskrimination) zwingend zu beachten (*ius in bello*).

Voraussetzungen für militärische Einsätze

Der Einsatz militärischer Macht ist nur dann legitim, wenn alle zuvor genannten Kriterien erfüllt sind. Bei der Güterabwägung geht es in der Regel um das Erkennen des höheren Gutes oder des geringeren Übels, also um die Abwägung der Achtung des Interventionsverbots (Souveränität) einerseits und dem Verhindern oder Unterbinden von Verbrechen gegen die Menschlichkeit andererseits. Nach moralischen Gesichtspunkten hat der Schutz des Lebens immer Vorrang vor der Wahrung der staatlichen Souveränität. Letztendlich geht es um die Achtung der Menschenrechte im Allgemeinen und um den *Schutz der Menschenwürde* im Besonderen. Beide Ziele sind miteinander verwoben und lassen sich nur unter friedlichen

Bedingungen verwirklichen. Deshalb ist eine militärische Intervention immer nur als *notwendige* Maßnahme in einem übergeordneten zusammenhängenden Friedensprozess zu verstehen.

Rüstung – nur soviel wie nötig

Ein Staat oder ein Bündnis, das von der Staatengemeinschaft im internationalen Verkehr glaubwürdig als Förderer des Friedens wahrgenommen werden will, sollte bedenken, dass übermäßige Rüstung nach außen bedrohlich wirkt, Ressourcen bindet, die Entwicklung des Volkes hemmt, das Wettrüsten stimuliert und die Gefahr der Ausbreitung von Kriegen erhöht. Nach dem *Suffizienz-Prinzip* ist es ethisch geboten, nur hinlänglich zu rüsten, also nur soviel Militär zu unterhalten, wie zu einer sittlich erlaubten *Verteidigung* (Notwehr) oder für *Einsätze im Rahmen von Friedensmissionen* notwendig ist (Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit). Schließlich sollten ernsthafte politische Anstrengungen unternommen werden, um durch *Abrüstung* und *Rüstungskontrolle* gefährliche militärische Potentiale zu verringern und dadurch Sicherheit zu stabilisieren und Vertrauen zwischen den Staaten zu bilden.

Politische Verantwortung

Wegen multi- und internationaler Verflechtungen, durch Arbeitsteilung in NATO und EU, aber auch wegen seiner Stellung in den VN kann und

will sich Deutschland seiner *Verantwortung für Sicherheit und Frieden in der Welt* nicht entziehen. Jedoch darf es bei der Entscheidung für einen deutschen Beitrag keinen Automatismus geben. Die politisch Verantwortlichen sollten immer danach fragen, wie dringlich der Einsatz ist und ob es nicht doch andere wirksamere Mittel und Methoden zur Konfliktlösung gibt. Dabei sollte bedacht werden, dass die Mission politisch durchgehalten werden muss.

Bundestag und Bundesregierung sollten daher

- einen bewaffneten Einsatz immer im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes betrachten;
- einen Einsatz mit allen Beteiligten koordiniert planen und durchführen;
- ihre Entscheidung anhand einer Konflikt-, Risiko- und Chancenanalyse gründlich vorbereiten und gewissenhaft zu Ende denken;
- ihre Sichtweise gegenüber der Öffentlichkeit begründen und die Soldaten von der Notwendigkeit eines Einsatzes überzeugen;
- im Zuge ihrer Entscheidungsfindung immer bedenken, dass dabei sein nicht alles ist.

Umfassendes Einsatzkonzept

Bewaffnete Friedensmissionen der Bundeswehr dienen dazu, inner- und zwischenstaatliche Konflikte notfalls auch gewaltsam zu beenden oder internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Im Verbund mit Institutionen der *zivilen Konfliktbearbeitung* verfolgt die Bundeswehr das Ziel, ein sicheres Umfeld für den Aufbau staatlicher Strukturen herzustellen, die sich an demokratischen und rechtsstaatlichen Standards orientieren. Realistischerweise ist davon auszugehen, dass der Prozess der Friedenskonsolidierung schwierig und langwierig sein dürfte, auch weil Akteure für konzertierte oder vernetzte Aktionen gewonnen werden müssen, für die jedes Konkurrenzdenken abträglich ist.

Der Einsatz sollte so schnell wie möglich die Voraussetzungen für *selbsttragende Sicherheitsstrukturen* und damit für *staatliche Handlungsfähigkeit* schaffen; denn Sicherheit schafft erst die Voraussetzungen für Wiederaufbau. Dabei sollten von Anfang an Er-

⁵ Hg. BMVg, VR II 3: Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten – Handbuch, 1992, Seite 18, Ziffer 130.

Kurz berichtet:

Fast vier Millionen Palästinenser in Autonomiegebieten

Die Zahl der Palästinenser in den Autonomiegebieten und in Ostjerusalem ist auf 3,76 Millionen gestiegen, teilte das palästinensische Statistikbüro im April mit. Beim letzten Zensus im Jahr 1997 waren 2,89 Mio. Einwohner gezählt worden. Im Gazastreifen leben den Angaben zufolge 1,416 Mio. Palästinenser, im Westjordanland und in Ostjerusalem 2,345. Die Zahl von geschätzten 208.000 für Ostjerusalem wurde von der Autonomiebehörde in Zweifel gezogen. Er glaube nicht, dass diese Daten verlässlich seien, sagte Hatem Abdel Kader, der für Jerusalem zuständige Berater von Ministerpräsident Salam Fajjad, weil Israel die Volkszählung von 1997 behindert hatte. – Demografische Daten spielen im Nahost-Konflikt eine große Rolle: Eine gestiegene Einwohnerzahl könnte die Forderungen der Palästinenser nach einem größeren Staatsgebiet untermauern. Die Palästinenser haben eine der höchsten Geburtenraten weltweit. Die israelische Bevölkerung zählte nach Regierungsangaben im September vergangenen Jahres 5,45 Mio. Juden, 1,4 Mio. Araber und 310.000 weitere Einwohner. (KNA)

fahrungen vor Ort konstruktiv genutzt werden. Der alsbaldige Einsatz von einheimischem Personal im Staatsdienst wirkt innenpolitisch stabilisierend, hebt das Selbstwertgefühl, der Bevölkerung weckt das Bewusstsein um die eigene Verantwortung und stärkt den Mut zur Zukunft.

Der Aufbau wirtschaftlicher Strukturen im Sinne von „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollte grundsätzlich nachhaltig angelegt sein und in jeder Phase entschlossen, zügig und konsequent gefördert werden, um unnötige und schädliche Verzögerungen sowie letztlich teure und frustrierende Endloseinsätze zu vermeiden.

Deshalb ist von Anfang an ein Endzustand zu definieren und anzustreben, nach dem zunächst die Truppen und, je nach Fortschritt, auch die zivilen Friedenskräfte abziehen können. „Nationbuilding“ hat Vorrang!

Erwartungen

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten möchte mit diesen kritischen Impulsen die sicherheitspolitische Debatte bereichern und vertiefen. „Wohllollendes Desinteresse“ (Bundespräsident Horst Köhler) ist keine staatsbürgerliche Haltung gegenüber Streitkräften in der Demokratie; sie wird weder der politischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für den Frieden in der Welt noch der Bundeswehr als dem Instrument dieser Politik gerecht. Vielmehr verdient *jeder einzelne Soldat* Achtung und Anerkennung für seinen Einsatz für das Weltgemeinwohl, dafür, dass er Leib und Leben für Sicherheit und Frieden einsetzt.

Die Führungskultur der Bundeswehr, die *Innere Führung*, folgt einem anspruchsvollen Ansatz: Sie fordert einen politisch, historisch und (inter-)kulturell gebildeten Soldaten, der weiß, was er tut. Er kann in *gewissenhaftem Gehorsam* Verantwortung übernehmen und moralisch richtig handeln. Regierung und Parlament dürfen einen Einsatz erst dann anordnen, wenn er *politisch notwendig, ethisch gerechtfertigt, rechtlich zulässig und militärisch sinnvoll* ist. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, kann der Soldat in gewissenhaftem Gehorsam Verantwortung übernehmen und moralisch richtig handeln. □

Forderung nach einem Gesamtkonzept für den Afghanistaneinsatz

Sechs Kriterien für die Friedenskonsolidierung

VON LOTHAR MARK UND KLAUS LIEBETANZ¹

Im SPIEGEL vom 07.04.2008 (15/08) wird berichtet, dass sich die NATO bei ihrem jüngsten Gipfel in Bukarest auf einen „NATO-Geheimplan“ für Afghanistan geeinigt habe, demzufolge das Bündnis einen Ausstieg aus der Mission plane, allerdings ohne einen konkreten Abzugstermin für die NATO-Truppen zu nennen. „Insider“ sprächen von einem „Einstieg in den Ausstieg“. In der Medienberichterstattung wird dabei immer wieder auch das fehlende Verständnis insbesondere der deutschen Öffentlichkeit für den Einsatz in Afghanistan genannt. Im Zentrum der Kritik steht vor allem die Beteiligung deutscher Truppen an der US-geführten „Operation Enduring Freedom“. Allen Beteiligten dürfte klar sein, dass der Ausstieg nicht innerhalb weniger Jahre, sondern nur langfristig (gefallen ist schon mal die Zahl 2015), vollzogen werden kann. Deshalb brauchen wir schon heute ein schlüssiges Gesamtkonzept für die weitere deutsche Beteiligung.

Glaubwürdiges Gesamtkonzept gefordert

Vor dem Hintergrund der weiteren erforderlichen Beteiligung Deutschlands am bewaffneten Einsatz in Afghanistan scheint uns ein glaubwürdiges und schlüssiges Gesamtkonzept für die nächsten Jahre erforderlich, das sich an folgenden Kriterien orientieren sollte:

1. Im Vordergrund eines Engagements der Bundesrepublik muss stärker als bisher der zivile Aufbau stehen. Dieser wird laut Umfragen in der afghanischen Bevölkerung auch wahrgenommen und geschätzt. Augenblicklich besteht ein Ungleichgewicht zwischen den Ausgaben des Bundeshaushalts für den zivilen Aufbau und für die militärische Absicherung in Afghanistan. Die Bundesrepublik Deutschland als viertgrößtes Geberland verwendet jährlich mehr als fünfmal so viel Mittel für das Militär wie für die Entwicklungszusammenarbeit.

Das Verhältnis beim rechtsstaatlichen Polizeiaufbau beträgt sogar rund 15 zu 1. Dazu die neuesten Zahlen der Bundesregierung: Während die europäische Polizeikomponente für das Kosovo ca. 1.400 Polizeibeamte umfasst, sind es nach neuesten Zahlen lediglich 217 europäische Polizeikräfte für Afghanistan. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Afghanistan 40-mal so groß wie der Kosovo ist, fällt der Anteil für Afghanistan besonders ernüchternd aus. Ohne einen effektiven rechtstaatlichen Polizeiaufbau in Afghanistan könnten auch die gewaltigen Militärausgaben am Ende sinnlos sein.

2. Das extrem teure deutsche militärische Engagement sollte schrittweise durch gut ausgebildete und motivierte afghanische Soldaten ersetzt werden, um die frei werdenden Mittel verstärkt für den zivilen Aufbau einsetzen zu können. Hier gehen uns die Forderungen der sogenannten „Task Force Afghanistan“ nach einem stärkeren Gewicht auf dem zivilen Aufbau nicht weit genug, auch wenn der Ansatz richtig ist. Die Schwerpunkte des Frie-

¹ Lothar Mark, MdB, ist Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für den Haushalt des Auswärtigen Amtes. Klaus Liebetanz, Major a. D., ist Fachberater für Katastrophenmanagement und Mitglied im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

denseinsatzes sollten sich noch stärker als bisher auf einen effektiven, rechtsstaatlichen Polizeiaufbau, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Entwicklungsprojekte, den Ausbau von rechtsstaatlichen Einrichtungen (Justiz, Verwaltung etc.) und die Stärkung der Zivilgesellschaft konzentrieren. Die Afghanistan-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik, Citha D. Maass, hat sich im TAGES-SPIEGEL vom 27.03.2008 dafür ausgesprochen, verstärkt „zivile Landeskenner ein(zu)setzen, um den vertrauensbildenden Dialog mit Autoritäten und der Zivilgesellschaft zu stärken.“

Das im September 2007 aktualisierte Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, das als zentrale Herausforderungen des zivilen Wiederaufbaus die Stärkung politischer und staatlicher Institutionen sowie den Aufbau und die Stärkung des Justizsystems benennt, begrüßen wir. Dies gilt auch für die Anhebung der Mittel für die humanitäre Hilfe insbesondere im Rahmen des Stabilitätspakts Afghanistan.

3. Wie auch von der „Task Force Afghanistan“ gefordert, muss der Einsatz der Mittel und deren Erfolg im Friedensprozess in regelmäßigen Abständen evaluiert und durch den Deutschen Bundestag überprüft werden.
4. Deutsche Soldaten müssen auch, und gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, mit der Motivation und dem Ziel ihren Auslandseinsatz antreten, dem Frieden in der Welt zu dienen und dazu beitragen zu wollen, die Welt menschlicher zu machen. Auslandszulagen dürfen nicht der einzige Beweggrund sein. *„Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. In dem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“* (Gaudium et spes Nr. 79).
5. Soldaten und deutsche Bevölkerung müssen möglichst umfas-

send über die Lage der in Mitleidenschaft gezogenen Zivilbevölkerung (Frauen, Kinder und ältere Menschen) informiert werden und lernen, zwischen ideologisch verblendeten Terroristen oder Kriminellen und den Menschen vor Ort zu unterscheiden. Auch wenn uns bewusst ist, dass die Taliban zivile Opfer gern als „menschliche Schutzschilde“ benutzen, die propagandistisch ausgeschlachtet werden, müssen die Soldaten noch stärker daran arbeiten, unschuldige Zivilisten nicht zu Schaden kommen zu lassen oder gar zu töten. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel darf auch in gefährlichen Situationen nie aus den Augen geraten. Hier ist auch eine gute psychologische Betreuung vor Ort erforderlich. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die seit Sommer 2007 geltende Befehlslage für ISAF und OEF, die Maßnahmen zur weiteren Vermeidung ziviler Opfer beinhaltet.

6. Die Soldaten müssen heute Beschützer, Helfer und Vermittler (Weißbuch 2006, S. 81) sein, wobei die Tätigkeit des Beschützers folgerichtig einschließt, kämpfen zu können und notfalls auch kämpfen zu wollen. Die militärische Absicherung der humanitären Hilfe und des zivilen Aufbaus ist unabdingbar, da die unbewaffneten humanitären Helfer sonst der Willkür bewaffneter, krimineller Elemente ausgeliefert sind. Die Koordination zwischen humanitären Helfern und dem Militär muss weiter verbessert werden.

Erfreulicherweise konnten im Haushalt 2008 durch das Engagement der zuständigen Berichterstatter mit 35,7 Mio € für den Polizeiaufbau in Afghanistan die Mittel fast verdreifacht werden. Damit sollen im Rahmen der europäischen Polizeimission „EUPOL Afghanistan“ u. a. 195 afghanische Polizisten und Trainer als Sicherheitskräfte ausgebildet werden, die anschließend als Polizei-Ausbilder zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen an Deutschland kann der weitere Einsatz deutscher Soldaten unserer Meinung nach nur dann verantwortet werden, wenn ein zielführendes Gesamtkonzept für die nächsten Jahre vorgelegt wird. Klare Vorgabe muss ein sich selbst tragender Friedensprozess sein, der eine stärkere Konzentration auf den zivilen Aufbau und die humanitäre Hilfe ermöglicht, ohne dass die militärische Absicherung des Friedensprozesses vernachlässigt wird. Damit würde endlich der seit langem geforderte „Strategiewechsel“ eingeleitet.

Auch die US-Armee muss ihre Aktivitäten – weg vom Konzept des reinen Anti-Terror-Kampfes – im Süden stärker auf den zivilen Aufbau konzentrieren, denn – darin waren sich Regierungs- und Oppositionsparteien bei der Afghanistan-Debatte im Deutschen Bundestag am 21.02.2008 einig: Der Krieg in Afghanistan kann nicht militärisch gewonnen werden.

Eigener Haushaltstitel des Auswärtigen Amtes für Friedenskonsolidierung

Nach dem Prinzip Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit sollte im Haushalt des Auswärtigen Amtes möglichst bald ein eigener Titel Friedenskonsolidierung eingerichtet werden, aus dem schnell und unbürokratisch alle notwendigen Maßnahmen für eine nachhaltige Friedenspolitik finanziert werden können. Dafür schlagen wir die Einrichtung eines ressortübergreifenden „Arbeitsstabs Friedenskonsolidierung“ beim Auswärtigen Amt vor, in den die beteiligten Ministerien für Verteidigung (BMVg), wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Justiz (BMJ) und Inneres (BMI), Vertreter entsenden. Leider scheitert bei der Friedenskonsolidierung die dringend notwendige Mittelvergabe für sinnvolle Projekte häufig an den rigiden Vorgaben der Bundesregierung.

Mit der Schaffung eines einheitlichen Titels für die Friedenskonsolidierung beim Auswärtigen Amt könnte die Abstimmung, Koordination und der schnelle Einsatz der Mittel künftig erleichtert werden. □

Die Frist läuft ab!

Katholische Sicht zur Überwindung nuklearer Abschreckung

Atomwaffen spielen in der öffentlichen Diskussion derzeit – anders als noch in den 1980er Jahren – keine Rolle. Zu Unrecht, meint die Deutsche Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden) und legte dazu Ende Februar 2008 eine Erklärung vor, in der sie die „Überwindung nuklearer Abschreckung“ als „unaufgebbares Ziel der Friedenspolitik“ in Erinnerung ruft. Auf politische Resonanz stieß das Papier bisher nicht.

In den seinerzeit viel beachteten Worten des Zweiten Vatikanischen Konzils sowie mehrerer Bischofskonferenzen, betont Justitia et Pax, sei die begrenzte Tolerierbarkeit der nuklearen Abschreckung immer an eine Frist gebunden worden. Angesichts der aktuellen Trends gewannen die Argumente dafür, „dass dieses ‚NOCH‘ seine Geltung zunehmend einbüßt“, an Gewicht. Die Kommission beklagt das wachsende Streben mancher Staaten nach nuklearer Bewaffnung und die damit verbundenen Destabilisierungen.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, fordert Justitia et Pax einen Verhaltenskodex der Nuklearmächte. Sie knüpft damit an einen u. a. vom früheren US-amerikanischen Außenminister Henry Kissinger vor

einem Jahr eingebrachten Vorschlag an. Dabei dürften allerdings nicht die bestehenden Asymmetrien zwischen nuklearen und nicht nuklearen Staaten auf Dauer festgeschrieben werden. Vielmehr müsse ein solcher Kodex ausdrücklich an den Abrüstungsartikel 6 und an Artikel 1 des Atomwaffensperrvertrags gekoppelt werden. Das weiter gesteckte Ziel müsse in einer umfassenden Abrüstung nuklearer Potenziale bestehen, so die Kommission. Als spezifische Aufgaben der Kirche dabei nennt sie Mitwirkung an sicherheitspolitischen Debatten, die Schärfung des Gewissens, die Überschreitung nationaler und kultureller Diskursgrenzen sowie das Gebet für den Frieden. (KNA-ID Nr. 9)

Nachfolgend veröffentlicht AUFTRAG das Kapitel 3 des von der Ar-

beitsgruppe „GERECHTER FRIEDE“ der deutschen Kommission „JUSTITIA ET PAX“ erarbeiteten Positionspapiers mit dem Titel „DIE WACHSENDE BEDEUTUNG NUKLEARER RÜSTUNG ALS FRIEDENSETHISCHE UND -POLITISCHE HERAUSFORDERUNG“. Gerade an diesem Kapitel 3 haben Mitglieder des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ mit- und gearbeitet. Die darin zum Ausdruck kommende bedingte Tolerierung der nuklearen Abschreckung durch die katholische Kirche (das berühmte „NOCH“) ist für die Diskussion und Meinungsbildung innerhalb unserer Gemeinschaft von grundlegender Bedeutung. Dies zeigt auch die sich daran anschließende 5. Fortschreibung der Beiträge von Werner Bös zur „Proliferationsproblematik“ (s. S. 34 ff.)



Die Überwindung nuklearer Abschreckung – ein unaufgebbares Ziel der Friedenspolitik

Kapitel 3. des Arbeitspapiers „Die wachsende Bedeutung nuklearer Rüstung als friedensethische und -politische Herausforderung“ der deutschen Kommission Justitia et Pax, Arbeitsgruppe „Gerechter Friede“

3.1 Die Aktualität der kirchlichen Friedenslehre

Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil lautet die Position der katholischen Friedenslehre, dass nukleare Abschreckung wegen der mit ihr verbundenen Risiken und Kosten nur auf begrenzte Zeit toleriert, nicht aber als dauerhaftes Prinzip des Friedenserhalts moralisch akzeptiert werden kann. Diese Position ist wiederholt, insbesondere durch die

Hirtenworte verschiedener Bischofskonferenzen seit 1983, eindrucksvoll entfaltet worden: Die *begrenzte* Tolerierbarkeit beruht auf der Voraussetzung, dass Abschreckung bis auf weiteres als Methode der Kriegsverhütung unverzichtbar erscheint. Diese begrenzt tolerierbare Abschreckung ist auf eine Weise zu implementieren, in der eine sukzessive allgemeine Abrüstung möglich und sogar erleichtert wird. Vor dem Hintergrund

der Entwicklungen und Trends im Bereich der Nuklearrüstung gewinnt diese kirchliche Position an weiterer Plausibilität und Dringlichkeit.

Eine ethische Bewertung der heutigen sicherheitspolitischen Situation muss die Kriterien der Kriegsverhütungsfähigkeit und Abrüstungsverträglichkeit ins Zentrum rücken. Trotz einer nicht unbedeutenden Zahl von Ereignissen seit 1983, die sich im Hinblick auf diese Kriterien positiv

bewerten lassen, ist insgesamt die weitere Erosion der Stabilität wechselseitiger Abschreckung und damit auch ihrer kriegsverhindernden Wirkung, vor allem infolge fortschreitender Proliferationsprozesse, offenkundig. In dieser besorgten Analyse stimmen nicht wenige politische bzw. militärstrategische Analytiker mit der von kirchlicher Seite vorgetragenen Problemsicht überein. Es besteht die große Gefahr, dass die anzumahnende Suche nach Alternativen zur Kriegsverhütung durch Abschreckung nicht mit jener Dringlichkeit geschieht, in der die „Frist, die uns noch von oben gewährt wurde“¹, sinnvoll genutzt erschiene. Das „NOCH“ der Tolerierung nuklearer Abschreckung beruht aber auf eben dieser Erwartung. Blickt man auf die tatsächlich beobachtbaren Trends im Bereich der Nuklearrüstung, so gewinnen die Argumente dafür, dass dieses „NOCH“ seine Geltung zunehmend einbüßt, immer mehr an Gewicht².

Das Konzil sah eine direkte Verbindung zwischen der Überwindung der Abschreckung als Kriegsverhütungsstrategie und der Überwindung des Krieges selbst. Es ist offensichtlich, dass viele Widersprüche, Stabilitätsrisiken und andere, politisch schwer beherrschbare negative Auswirkungen nuklearer Abschreckung in den internationalen Beziehungen bereits dann zu erwarten sind, wenn allseits lediglich defensive Motive vorherrschen. Um so mehr gilt dies, wenn durch politische Rhetorik zusätzlich der Eindruck aggressiver Absichten anderer Staaten entsteht, gegen die man sich allein durch eigene, möglichst diversifizierte und zahlreiche militärische Vorkehrungen sichern zu können meint. Das strukturell unge löste Sicherheitsproblem im internationalen System ist bis auf weiteres eine Hauptquelle jener Trends, die die nukleare Abschreckung immer gefährlicher und zugleich immer schwieriger überwindbar werden lassen.

Eine friedensethische Stellungnahme zu diesen Entwicklungen muss daher auf die grundsätzlichen friedenspolitischen Defizite aufmerksam machen, die es zu beheben gilt, sollen Sicherheitsvorkehrungen, die sich militärischer Mittel – und hier insbesondere nuklearer Rüstung – bedienen, an politisch wie ethisch prekäreren Charakter verlieren. Dabei ist es wichtig, die Gesamtperspektive des „Gerechten Friedens“ konkret im Blick zu behalten. Eine Verengung auf sicherheits- und rüstungspolitische Perspektiven wäre wenig hilfreich. Der weite Horizont der Friedenslehre sollte andererseits aber auch nicht dazu verleiten, die spezifischen sicherheitspolitischen Herausforderungen aus dem Blick zu verlieren.

Es kommt darauf an, die derzeit stattfindenden destabilisierenden Prozesse im Abschreckungssystem möglichst aufzuhalten und umzukehren. Es gilt, das wachsende Risiko eines Scheiterns dieser Abschreckung mit seinen katastrophalen Konsequenzen zu verringern. Vor dem Hintergrund, dass das tolerierende „NOCH“ der 1980er Jahre, das stets mit Abrüstungsappellen an alle Seiten verbunden war, seitens der Politik zu oft entweder überhört oder als friedensethisch gerechtfertigte Akzeptanz umgedeutet und die kirchliche Position dadurch instrumentalisiert wurde, kommt dabei einer Klarstellung der friedensethischen Position der Kirche eine große Bedeutung zu.

Die Rede vom „NOCH“ war und ist nicht als Legitimation zur einfachen Fortschreibung der Abschreckung zu verstehen. Sie soll lediglich den notwendigen politischen Spielraum zur deutlichen Verringerung der Abhängigkeit der Kriegsverhütung von Mitteln nuklearer Abschreckung, zur angestrebten vollständigen Überwindung atomarer Rüstungen und damit auch der mit ihnen verbundenen Einsatz-Szenarien erhalten. An der konkreten Nutzung dieses Spielraums ist die Politik zu messen.

verdeutlichen den Ernst der Fragestellungen. Angesichts der gewachsenen Bedeutung nuklearer Rüstung in der internationalen Politik kommt es unmittelbar vor allem darauf an, nach Möglichkeiten einer Verminderung nuklearer Rüstungsdynamik und einer Stabilisierung der mit ihr einhergehenden sicherheitspolitischen Konstellation zu suchen. Das weiter gesteckte Ziel muss in einer umfassenden Abrüstung nuklearer Potentiale bestehen, auf die trotz aller mittlerweile eingetretenen Modernisierungen auch künftig weiterhin die Bezeichnung „Massenvernichtungsmittel“ zutrifft. Ein unverzichtbarer Schritt auf dem Weg zur Abschaffung von Nuklearwaffen ist ihre internationale Ächtung. Hinsichtlich der B- und C-Waffen, die ebenfalls Massenvernichtungsmittel darstellen, sind mittlerweile ihre globale politische Ächtung und entsprechende vertragliche Abrüstungsverpflichtungen möglich geworden³. Dasselbe Ziel muss auch für Kernwaffen gelten. Ansonsten droht nicht zuletzt die erreichte Ächtung der anderen Kategorien von Massenvernichtungsmitteln in Zweifel gezogen zu werden.

Um die Ächtung und Abrüstung nuklearer Bewaffnung erreichen zu können, bedarf es der Ausarbeitung und Umsetzung von regionalen und globalen Sicherheitsstrukturen. Nukleare Bewaffnung darf künftig keinen Vorteil, sie muss stattdessen deutliche Nachteile bieten. Nukleare Abrüstung hängt entscheidend davon ab, ob nu-

3 Vgl. zu den Chemie- und Biowaffen das Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden oder giftigen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege, Genf, 17. Juni 1925 (Genfer Protokoll), das den Einsatz von Chemie- und Biowaffen im Krieg verbietet und durch die Biowaffenkonvention von 1972 sowie durch die Chemiewaffenkonvention von 1997 deutlich erweitert und verbessert wurde. Die Produktion und Bereithaltung von Biowaffen wird durch die Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen international verboten, die Konvention sieht jedoch keinen Verifikationsmechanismus vor. Die Chemiewaffenkonvention verbietet die Entwicklung, Herstellung, den Besitz und die Weitergabe von chemischen Waffen und schließt einen Verifikationsmechanismus ein.

1 GS 81.

2 So bereits 1997 die Argumentation in einer Stellungnahme von 75 Pax-Christi-Bischöfen in den USA: Die Moralität der nuklearen Abschreckung, deutsch in: Probleme des Friedens (1998) H.3, 143-152.

3.2 Ächtung und Abrüstung von Nuklearewaffen als politische Herausforderung

Die kirchliche Friedenslehre hat sich seit der Existenz der Nuklearewaffen mit diesen kritisch befasst. Die gegenwärtigen Entwicklungen

kleare Waffen in einem militärischen wie politischen Sinn zunehmend obsolet werden. Sich dynamisierende militärische Bedrohungslogiken lassen sich letztlich nur durch eine nachhaltige Friedenspolitik überwinden. Der Zeithorizont der gebotenen Abrüstung ist nicht unendlich dehnbar. Sichtbare Ergebnisse sind gefordert.

Für eine solche Friedenspolitik sprechen sowohl schwerwiegende ethische Argumente als auch das längerfristige Eigeninteresse der Beteiligten. Wo Rückwirkungen eigener Bewaffnung auf eine Verstärkung von Bedrohtheitswahrnehmungen anderer Akteure – und damit möglicherweise kontraproduktive Folgen eigener Rüstungsmaßnahmen – sichtbar werden, bedürfen sie einer politischen Klarstellung, die solche Befürchtungen entkräftet. Die Zeit drängt, die derzeit zu beobachtende Dynamik der nuklearen Rüstung und ihre Auswirkungen drohen, die Spielräume für wirksames Handeln zunehmend einzuzengen.

Die nachstehenden Überlegungen gelten daher vor allem für jene kurz- und mittelfristige Phase, in der entscheidende Weichen dafür gestellt werden, dass sich der Trend zu einer Revitalisierung nuklearstrategischer Planungen und zur Einleitung entsprechender Rüstungsschritte stoppen und womöglich umkehren lässt. Erst eine solche Kehrtwende kann den Weg für eine Reduzierung der Bedeutung nuklearer Bewaffnung, für fortschreitende nukleare Abrüstung und somit perspektivisch für die Überwindung nuklearer Abschreckung freimachen.

3.3 Plädoyer für einen internationalen Verhaltenskodex gegen die weitere Proliferation von Nuklearwaffen

Als erste Schritte haben der ehemalige Außenminister Kissinger und weitere prominente ehemalige US-amerikanische Politiker im Januar 2007 konkrete Maßnahmen vorgeschlagen⁴ – nicht zuletzt um die geschwundene Glaubwürdigkeit der Atomkräfte hinsichtlich der von ihnen übernommenen Abrüstungsverpflichtungen wieder herzustellen und

akute Bedrohungen abzuwehren: Eine Verlängerung der Vorwarnzeiten und eine Verringerung der Gefahr eines versehentlichen bzw. unautorisierten Einsatzes von Nuklearwaffen; eine Abschaffung von Kurzstreckenraketen, die nahe der Nahtstelle eines Konfliktgebietes stationiert sind; eine Ratifikation des umfassenden Teststoppvertrags durch die USA und andere wichtige Mächte; eine weltweite Erhöhung der Sicherheitsstandards für Nuklearwaffen und nukleares Spaltmaterial; eine wirksamere Kontrolle der Urananreicherung für zivile Zwecke und einen Stopp derjenigen für militärische Verwendbarkeit; eine Verstärkung des Einsatzes für die Lösung regionaler Konflikte, aus denen sonst neue Nuklearstaaten hervorgehen könnten. Bei ihren Vorschlägen berufen sich die Autoren nicht zuletzt auf die Vereinbarung von Reykjavik 1986, in der US-Präsident Reagan und der Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, sich zum Ziel einer „atomwaffenfreien Welt“ bekannten.

Ein Verhaltenskodex für Nuklearmächte könnte ein hilfreiches Instrument sein, um unter den Bedingungen zunehmender Multipolarität und einer wachsenden Zahl von nuklear gerüsteten Staaten Sicherheit und Stabilität im internationalen System zu fördern. Dabei darf es freilich nicht darum gehen, die Asymmetrien zwischen nuklearen und nicht nuklearen Staaten auf Dauer festzuschreiben. Der Verhaltenskodex sollte deswegen ausdrücklich an den Abrüstungsartikel 6 sowie an Artikel 1 des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) gekoppelt werden.

In einer multipolaren Welt, in der gemäß der UN-Charta alle Staaten gleiche Souveränitätsrechte genießen, stellt das Streben nach militärischer Überlegenheit die Bemühungen um nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung in Frage. Der in vielerlei Hinsicht instabile Zustand der nuklearen Abschreckung kann so nicht überwunden werden. Er wird vielmehr bei Hinzukommen weiterer Nuklearstaaten verschärft. Zwar lassen sich unvermeidbare politische Machtasymmetrien nicht aufheben, doch der Verzicht auf eine deklarierte Politik, die prinzipielle Überlegen-

heit anstrebt, wäre eine wichtige Voraussetzung dafür, einem allgemeinen nuklearen Abrüstungsprozess zum Erfolg zu verhelfen. Darüber hinaus sind gerade die stärksten Nuklearmächte aufgefordert, in der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Nonproliferation Beispiele zu setzen, die die Bereitschaft zu Kontrolle, Beschränkung und Abrüstung dieser Waffen auch bei den übrigen Nuklearstaaten fördern können. Da Bemühungen zur globalen Raketenabwehr auch die strategischen Offensivfähigkeiten nuklearer Staaten verbessern können, dürften sie von Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen für strategische Potentiale nicht ausgeklammert werden.

Darüber hinaus sollten alle Nuklearstaaten ihre Militärdoktrinen und entsprechenden Planungen den politischen und vertraglichen Verpflichtungen aus dem NVV anpassen. Besonders die negative Sicherheitsgarantie (Verzicht auf Drohung und Einsatz von atomaren Waffen gegen nicht nukleare Staaten) gilt es dabei zu stärken, zumal seit 1995 eine deutliche Verlangsamung des Prozesses zur Schaffung nuklearwaffenfreier Zonen (Pellindaba-Prozess) zu beobachten ist. Immerhin haben die Nuklearstaaten auf der NVV-Überprüfungskonferenz im Jahre 2000 zugesichert, die Rolle von Atomwaffen in ihren Militärdoktrinen zu vermindern. Der Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz wäre dabei ein wichtiger Zwischenschritt. Im gleichen Sinne sollte nicht nur auf Optionen zu einem – ohnedies völkerrechtswidrigen – präventiven, sondern auch auf präemptive Einsatzoptionen von Nuklearwaffen wegen der damit verbundenen destabilisierenden Wirkungen verzichtet werden.

Zwischen nuklear gerüsteten Staaten bestehende Konflikte, die die internationale Sicherheit gefährden, bedürfen eines permanenten Dialogs und geeigneter Maßnahmen zur Vertrauensbildung. Es gilt, Fehlwahrnehmungen der gegnerischen Politik zu vermeiden, die Berechenbarkeit des Handelns der jeweiligen Akteure und damit die Chancen für eine friedliche Beilegung solcher Konflikte zu erhöhen. Rüstungskontrolle und Abrüstung können hierbei eine begleitende und unterstützende Rolle spielen, vor

⁴ Vgl. G. P. Shultz / W. J. Perry / H. A. Kissinger / S. Nunn: A World Free of Nuclear Weapons, in: Wall Street Journal, 4. 1. 2007, A15.

allem indem sie die Krisenstabilität regionaler Kriegsverhütungssysteme nachhaltig verbessern.

Ungleiche normative Standards in der Nonproliferationspolitik einzelner Staaten gegenüber Partnerländern sind grundsätzlich zu vermeiden, damit nicht weitere Proliferationsanreize für dritte Staaten entstehen. Dies erfordert, regionale Instabilitäten so weit zu reduzieren, dass ein Abbau nuklearer Potentiale auch für Länder vertretbar erscheint, die ihre Rüstung in diesem Bereich mit einer für sie anders nicht lösbaren Sicherheitsproblematik begründen. Insofern verweist die Diskussion über eine Beseitigung unterschiedlicher Standards der Nonproliferationspolitik auf die Bedeutung, die der Schaffung regionaler Sicherheitsstrukturen zukommt, unter denen solche Standards obsolet werden. Vor allem im Nahen und Mittleren Osten stellt das Fehlen derartiger Strukturen einen entscheidenden Grund für Rüstungsdynamiken auf allen Ebenen, einschließlich des Strebens nach nuklearer Bewaffnung dar.

Sofern sich trotz aller Bemühungen zur Vermeidung der Proliferation die Entstehung neuer nuklear bewaffneter Staaten nicht verhindern lässt, sollten sie so schnell wie möglich in internationale Dialogprozesse und Beschränkungsmaßnahmen eingebunden werden, um das weitere Anwachsen von Unsicherheit und Instabilität im internationalen System zu begrenzen. Die Verhängung von Sanktionen oder eine Politik der Isolierung solcher Staaten ist sorgfältig darauf zu prüfen, dass sie nicht kontraproduktive Wirkungen zeitigen und den Proliferationsdruck ungewollt eher steigern. Deswegen sollten sie möglichst mit der Perspektive einer kooperativen Überwindung des Proliferationsproblems verknüpft werden. Ebenso ist zu vermeiden, dass Exportkontrollregime zur Vermeidung weiterer Proliferation darauf hinauslaufen, Entwicklungsländern die Möglichkeit ziviler Kernenergienutzung zu verwehren. Immerhin beinhaltet Artikel 4 des NVV nicht nur das Recht aller Vertragsmitglieder auf zivile Nukleartechnik, vielmehr formuliert er ausdrücklich einen Anspruch der nicht-nuklearen Staaten auf Förderung ih-

res Zugangs zu solcher Technologie durch diejenigen Staaten, die über sie bereits verfügen. Allerdings benötigen Entwicklungsländer in aller Regel internationale Beratung und Unterstützung beim Schutz solcher Anlagen und der Kontrolle der in ihnen durchgeführten Aktivitäten, um das Nonproliferationsziel nicht zu gefährden. Darüber hinaus sollten nicht nur mögliche Vorteile, sondern auch Risiken und Nachteile ziviler Nuklearnutzung im Dialog mit den Entwicklungsländern abgewogen und Alternativen geprüft werden.

Gänzlich ungelöst ist das Problem, wie künftig mit nuklearen Staaten umzugehen wäre, deren staatliche Strukturen zu zerfallen drohen oder sich bereits im Zerfall befinden. Hier könnte ein noch zu entwickelnder freiwilliger Verhaltenskodex zumindest im zivilen Bereich der Kernenergienutzung zu mehr Berechenbarkeit und Sicherheit beitragen. Neue Formen der internationalen Kooperation sollten entwickelt werden, um im Falle der Auflösung von staatlichen Strukturen das Risiko zu minimieren, dass ein unautorisierter Zugriff auf Spaltmaterial erfolgt. Anzustreben ist, dass die Beaufsichtigung und der Schutz der zivilen Nukleareinrichtungen und Lagerstätten eines zerfallenden Staates zeitweise treuhänderisch an internationale Organisationen übergehen.

3.4 Spezifische Aufgaben der Kirche

Die Überwindung der oben genannten Probleme ist zuerst eine Aufgabe der Politik und der Staatengemeinschaft. Jedoch sind ebenso gesellschaftliche Akteure, unter ihnen die Kirchen, durch die drängenden Probleme der nuklearen Rüstung in spezifischer Weise herausgefordert. Es kommt darauf an, Kriegsverhütungsstrategien, die auf dem Prinzip der Abschreckung beruhen, durch eine ethische Vernunft zu überwinden, in der sich die von Johannes Paul II. geforderte Kultur des Lebens entfalten lässt.

Die Arbeit an der Überwindung der nuklearen Abschreckung und an den Aufgaben nuklearer Abrüstung ist keineswegs ein beliebiges unter den vielen Problemen der Gegenwart. Sie verkörpert wie wenige andere unsere

kulturelle und politische Fähigkeit, eine menschengerechte Entwicklung voranzutreiben. Der damit verbundene politische und kulturelle Prozess wird, wie alle grundlegenden Veränderungen, viel Energie und Zeit in Anspruch nehmen. Die Kirche ist gefordert, zu jener Beharrlichkeit, die nicht Starrheit, und zu jener Geduld, die nicht Gleichgültigkeit wird, beizutragen. Dies kann in vielfältiger Form geschehen.

Es ist von kaum zu überschätzender Bedeutung, dass die gravierenden friedensethischen und politischen Problemstellungen in angemessener Weise, d. h. nicht zuletzt in der Sache kompetent, zur Sprache gebracht werden. Daher ist die Mitwirkung von Vertretern der Kirche an einer *Qualifizierung* der aktuell in ihren Herkunftsländern geführten *sicherheitspolitischen Debatten* geboten. Sie müssen vor allem auf die ethischen Implikationen vieler im Einzelnen diskutierter Vorschläge und Konzepte, von denen ein Zugewinn an Sicherheit erwartet wird, und ihre oft problematischen Kehrseiten hinweisen, damit diese Aspekte in verantwortungsbewussten Entscheidungsprozessen hinreichend berücksichtigt werden. Ebenso ist darauf hinzuwirken, dass der gesamte Horizont der friedenspolitischen Diskussion im Blick bleibt und nicht unter dem Druck der Entwicklungen sicherheitspolitisch verengt wird.

Die Kirche sollte *Aufklärungsaktionen* hinsichtlich solcher Folgen der Entwicklung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln unterstützen, durch die die menschliche Sicherheit gefährdet wird. Dies kann zur Schärfung des politischen Bewusstseins hinsichtlich der Dringlichkeit der Aufgaben nuklearer Rüstungskontrolle und Abrüstung und einer Erhöhung der internationalen Sicherheit beitragen. Dementsprechend sollte die Kirche *Gedenktage* wie diejenigen anlässlich der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki bewusst begehen und Fragen von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung bei friedens- und sicherheitspolitischen Veranstaltungen oder bei internationalen Kirchenkonferenzen einbeziehen. Das *Engagement* von Initiativen, die sich seit langem für

eine nuklearwaffenfreie Welt in Frieden und Gerechtigkeit einsetzen, ist zu *stärken und zu würdigen*.

Ein besonderes Anliegen der Kirche ist es, zur *Schärfung des Gewissens* derjenigen beizutragen, die an der Produktion von Nuklearwaffen, an der Aufrechterhaltung der Abschreckung mittels solcher Waffen und an ihrer Verbreitung beruflich beteiligt sind⁵. Sie sollen ein eigenständiges Gewissensurteil in der Frage fällen können, an welchen Entwicklungen sie sich beteiligen dürfen, an welchen nicht.

Es ist offensichtlich, dass die angesprochenen Probleme den nationalstaatlichen Rahmen überschreiten. Dies muss sich auch in der Art und Weise der Auseinandersetzung mit ihnen niederschlagen. Die Überschreitung nationaler aber auch kultureller Diskursgrenzen ist unerlässlich. Die weltkirchlichen Erfahrungen im sich vertiefenden Dialog der Ortskirchen, in der christlichen Ökumene sowie zwischen Religionen und Kulturen stellen eine unverzichtbare Ressource für die Entwicklung jener *internationalen Begegnungen* dar, derer wir so dringend bedürfen. Die Kirche ist gefordert, ihre weltkirchlichen Möglichkeiten in den Dienst dieser Arbeit zu stellen.

Dies trifft insbesondere auf Beiträge zur Stärkung des Vertrauens zwischen den betroffenen Gesellschaften und Akteuren zu. Vertrauen ist eine der wesentlichen Ressourcen in den internationalen Beziehungen. Ohne diese empfindliche Ressource sind positive Entwicklungen unwahrscheinlich. Die Kirche sollte daher wo möglich z. B. durch Diplomatie und Moderationsangebote *Beiträge zur Vertrauensbildung* leisten, die Gespräche zwischen den Vertretern von Konfliktparteien fördern. Vor dem Hintergrund, dass bestehendes Misstrauen und historische Verletzungen insbesondere in den Nord-Süd-Beziehungen nicht selten einen Nährboden für nationalistische Massenmobilisierungen und kalkulierte Konflikte-

eskalation darstellen, kann die Bedeutung vertrauensbildender Maßnahmen kaum überschätzt werden. In diesem Zusammenhang sollte die Kirche z. B. durch Unterstützung von *Weltethos- und Erdcharta-Initiativen* dazu beitragen, dass Ziele wie Vertrauensbildung und Lebensförderung, Gerechtigkeit und Versöhnung als orientierende Kategorien politischer Konzepte stärkeres Gewicht erhalten.

Nicht zuletzt aber ist die Kirche gefordert, das *Gebet für den Frieden* zu vertiefen, wie dies beim Weltge-

betstag für den Frieden seit Jahren wegweisend geschieht. Das Gebet als Quelle der Hoffnung ermöglicht nicht selten erste Schritte wirklicher Veränderung⁶. □

6 Diese und weitere Aspekte kirchlichen Handelns und kirchlicher Sendung für den Frieden sind differenziert und systematisch beschrieben im Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“, hrsg. v. Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, Bonn, September 2000, v. a. in Kap. III „Aufgaben der Kirche“ (89-112).

Päpstlicher Rat Justitia et Pax:

Abrüstung heißt Förderung einer Kultur des „Präventivfriedens“

Kardinal Renato Raffaele Martino eröffnet Symposium des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden

Es sei notwendig, eine Kultur des „Präventivfriedens“ zu fördern, bekräftigte Kardinal Renato Raffaele Martino, Präsident des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden (Justitia et Pax) am 11. April 2008 bei der Eröffnung der Arbeiten des internationalen Symposions über „Abrüstung, Entwicklung und Friede. Perspektiven einer ganzheitlichen Abrüstung“.

Das Eintreten für Abrüstung kommt für den Kardinal dem Einsatz für den so genannten „Präventivfrieden“ gleich, der den Ursachen zuvorkomme, die das menschliche Miteinander „zum Skandal des Krieges“ entarten lassen können.

Jeder Mensch ist für Martino ein potentieller „Abrüstungsarchitekt“ – wenn er den Mut aufbringe, sein eigenes Herz „abzurüsten“. Jeder Mensch sei dazu berufen, zunächst in seinem Herzen und dann in der Welt Friedensstifter zu sein. Diese Friedenskultur müssten sich insbesondere die politisch Verantwortlichen zu Eigen machen, in deren Aufgabenbereich es liege, den Dialog, das gegenseitige

Vertrauen und die diplomatischen Mittel zur Prävention und friedlichen Konfliktlösung zu fordern bzw. zu verfeinern.

Kardinal Martino erinnerte auch an die wichtige Rolle der großen Religionen. Sie seien aufgerufen, einen gemeinsamen Standpunkt hinsichtlich der Verteidigung der Würde und des Lebens des Menschen zu finden und eine Pädagogik des Friedens zu fördern. Jeder Staat hat nach Worten des Präsidenten des Päpstlichen Rates das Recht auf Bewaffnung zum Selbstschutz. Dies dürfe allerdings weder auf moralischer noch auf juristischer Ebene bedeuten, dass Waffen angehäuft oder kommerzialisiert werden dürfen. „Entwicklung“ ist für Martino, einem Wort Pauls VI. folgend, „der neue Name für Frieden“. Diese Entwicklung dürfe nicht nur materieller Art sein. Sie müsse vor allem eine kulturelle, moralische und geistliche Entwicklung sein. Wird sie verwirklicht, so werde die Menschheit einen Weg eingeschlagen haben, der zu einem wahren und dauerhaften Frieden führt. (ZENIT.org)

5 Vgl. die diesbezüglichen Aussagen im Hirtenwort der US-Bischöfe „Die Herausforderung des Friedens – Gottes Verheißung und unsere Antwort“ von 1983, in: Stimmen der Weltkirche Bd. 19, hrsg. v. Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1983, 111ff.

Zur Proliferationsproblematik:

Die Entwicklung der Konflikte im Rahmen der nuklearen Proliferation

(5. gekürzte Fortschreibung)

VON WERNER BÖS¹

Die Redaktion will auch weiterhin die Entwicklung der Konflikte im Rahmen der nuklearen Proliferation im Auge behalten. Sie wird jedoch bis auf weiteres auf die Wiedergabe der ins Einzelne gehenden chronologischen Entwicklung der Lage verzichten und sich auf die Bewertungen zum Iran, zu Nordkorea und hinsichtlich der Anderen beschränken. Mit den gestrafften Analysen sollen breitere Leserschichten angesprochen werden. Im Falle besonderer Ereignisse wird die chronologische Entwicklung der Lage wieder publiziert. – An Einzelheiten interessierte Leser können die Entwicklung der Lage zur jeweiligen Bewertung bei der Redaktion AUFTRAG per Email abrufen (redaktion-auftrag@kath-soldaten.de).

Iran. In der Rhetorik des amerikanischen Präsidenten ist der Konflikt mit dem Iran längst eskaliert. Dabei ist der „Dritte Weltkrieg“, vor dem Bush nach der einfachen Formel „Iran + Atomwaffen = Dritter Weltkrieg“ warnt, nicht einmal ein völlig neuer Ton. Die drastische Wortwahl liegt mehr auf der Linie dessen, was er schon seit Jahren warnend sagt. Seine Warnung richtet sich an drei Empfänger: die Führung in Teheran, die internationale Gemeinschaft und an die eigenen Landsleute. Auch wenn man Bushs Worte für verfehlt hält, sie verheißen nichts Gutes.

In den nun schon jahrelangen Debatten, wie man die Führung in Teheran zur Vernunft bringen kann, ist eine Frage immer offen geblieben: Was soll geschehen, wenn am Ende eines langen Sanktionsprozesses alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind? Kann oder muss man sich vielleicht früher oder später damit abfinden, dass es eine Atommacht mehr gibt, in diesem Fall eine besonders unberechenbare? Sollte man, statt von der „militärischen Option“ zu sprechen und dem „Dritten Weltkrieg“ zu schwadronieren, vielleicht Vorbereitungen dafür treffen, wie eine wirkungsvolle Abschreckungspolitik gegen die künftige Atommacht Iran entwickelt werden kann?

Die vorläufige Antwort lautet: Viele könnten sich mit iranischen Atombomben abfinden. Das gilt zum Beispiel für die Europäer, die zwar die

amerikanischen Ängste im Kern teilen, aber mit einer Politik der Abschreckung bessere Erfahrungen gemacht haben, als mit den Versuchen, politische Probleme militärisch zu lösen. Das gilt auch für China, das vom Iran nichts zu befürchten hat und im Nahen Osten weder seine besten Freunde noch seine Erzfeinde wohnt. Und erst recht gilt es für Russland, das mit einem nuklear aufgerüsteten Iran wohl oder übel leben könnte. Und in den USA selbst? Unter den Präsidentschaftskandidaten, die nach heutiger Lage die Favoriten für die Bush-Nachfolge sind, gibt es einige, deren Iran-Rhetorik Bush in nichts nachsteht. Aber es gibt auch diejenigen, die einen militärischen Konflikt mit dem Iran unter allen Umständen vermeiden wollen. Hinzu kommt ein zweites Land, das sich mit iranischen Atomwaffen nicht abfinden kann und zum äußersten bereit ist: Israel, dessen Vernichtung Ahmadinedschad mehrfach angedroht hat.

Geschlossenheit war bislang das Zauberwort in der internationalen Debatte gegenüber den iranischen Nuklear-Ambitionen. Nur wenn sich Iran einer starken, breiten Front gegenüber sieht, wird er nachgeben. Seit die Amerikaner nun im Alleingang die Sanktionen verschärft und die Russen das rundheraus für falsch und gefährlich erklärt haben, ist endlich offensichtlich, dass es mit der geschlossenen Front nicht weit her ist. Natürlich wird man versuchen, die Risse noch einmal zu kitten. Ende November 2007, als die IAEA ihren Bericht vorlegte, hat man sich noch einmal mit Ach und Krach zusammengerauft.

Es gibt keine klaren Antworten auf die heiklen Fragen, die oft ausgeblendet werden: Zeigen die VN-Sanktionen überhaupt Wirkung? Kann man Russland und China auf Dauer bei der Stange halten? Wie lange sind die USA noch bereit auf diplomatische Lösungen zu warten, bevor sie doch mit einer „begrenzten“ Militäraction die Atomwaffenträume von Ahmadinedschad zerstören? Die Amerikaner, vom direkt durch Iran bedrohten Israel heftig gedrängt, geben sich dem Gedankenspiel eines militärischen Eingriffs hin.

Glaubt man den US-Geheimdiensten, dann hat Teheran zwar 2003 sein Atomwaffenprogramm gestoppt. Das Regime in Teheran hat seine Ambitionen, eine Atommacht zu werden, aber nicht aufgegeben und hält sich auch heute die Option dazu offen.

Trotzdem, die Glaubwürdigkeit Amerikas ist ein Problem für die Welt. Im Spätsommer war der Präsident das erste Mal gebrieft worden und doch hat er sich in der Folge zu alarmistischer Rhetorik gegen Teheran – wider besseres Wissen und die Welt irreführend – hinreißen lassen. Er hat sein Wort vom „Dritten Weltkrieg“ fallen lassen, im Wissen, dass das Atomwaffenprogramm des Iran höchstwahrscheinlich seit vier Jahren auf Eis liegt. Man fühlt sich an die Lüge von Saddams vermeintlichen Massenvernichtungswaffen erinnert.

Es ist nützlich, sich die Chronologie der Ereignisse in Erinnerung zu rufen: Die islamische Republik nahm das Atomprogramm, das der Schah in den siebziger Jahren begonnen hatte, Mitte der Achtziger wieder

¹ Werner BöS, Oberst a. D., Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

auf. Damals stand der Iran mit dem Irak im Krieg, dieser setzte chemische Kampfstoffe gegen unvorbereitete Iraner ein. Mit der Wiederaufnahme des Atomprogramms wollte der Iran sich in die Lage versetzen, jeden Gegner abschrecken zu können.

Erst im Laufe der Jahre 2002 und 2003 sickerte durch, dass der Iran an einem Urananreicherungsprogramm arbeitet. Die Vereinten Nationen waren davon nicht unterrichtet worden. Die USA sprachen 2002 erstmals von einem geheimen Atomprogramm des Iran. Im Herbst 2003 reisten die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands nach Iran und brachten Teheran dazu, das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag (NPT) zu unterzeichnen. Demnach verpflichtete sich Iran, die Urananreicherung einzustellen. Iran, so lässt sich schlussfolgern, hat damals auf Druck von außen reagiert und sich rational verhalten. Seit der Wahl Ahmadinedschads allerdings, hat sich das Bild eines aggressiven und unberechenbaren Staates in der Öffentlichkeit festgesetzt.

Die substantielle russische Unterstützung für das umstrittene iranische Atomkraftwerk in Bushehr zeigt die beiden Seiten der russischen Iran-Politik. Zum einen ist Russland daran interessiert, gute wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten und diese nicht wegen politischer Spannungen aufs Spiel zu setzen. Zum anderen kommt Russland so wenig wie den westlichen Staaten eine Atommacht Iran gelegen. Vielleicht sieht Russland in seiner nuklearen Lieferanten-Funktion die Chance, beide Interessen zu verknüpfen und Teheran auf die friedliche Nutzung der Atomenergie festzulegen.

Ob es nun eine gute Politik ist, im Iran weiterhin durch Drohungen und Sanktionen Angst zu schüren, darf bezweifelt werden. Im Iran entsteht eine Festungsmentalität, die die Bevölkerung trotz aller Ablehnung des islamistischen Regimes um die Regierung schart. Besser wäre es, dem Iran die Angst zu nehmen. Es gibt Gründe anzunehmen, dass der Iran auf Atomwaffen verzichten und sich Kontrollen vollständig öffnen würde, wenn man seinen Bestand und seine Unabhängigkeit durch einen überzeugenden

Nichtangriffspakt garantieren würde. Allerdings müssten diesem Pakt alle Großmächte, alle Nachbarstaaten und Israel beitreten.

Danach sollte man die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht mehr massiv behindern, sondern ernsthaft fördern. Entfallen der Druck von außen und die wirtschaftliche Not im Innern, so wird sich in wenigen Jahren auch im Iran eine Mentalität einstellen, in der eine Halb-Diktatur unmöglich wird und in sich zusammenfällt.

Im inneriranischen Kräftemessen muss es das Ziel des Westens, Russlands und Chinas sein, diejenigen zu stärken, die rationalen Argumenten und somit echten Verhandlungen aufgeschlossen sind.

Eine Kältewelle seit Anfang 2008 bringt Irans Präsidenten Ahmadinedschad in Bedrängnis, da er die Versorgung der Bevölkerung mit Gas zum Heizen nicht sicherstellen kann. Selbst der oberste geistliche Führer Ajatollah Ali Chamenei hat sich eingemischt und den Präsidenten angewiesen, mehr für die Versorgung der Bevölkerung zu tun. Die Kritik auch aus den eigenen Reihen an Ahmadinedschad hat in dem Maße zugenommen, wie der Präsident die Bevölkerung enttäuscht. Die wirtschaftliche Lage hat sich für alle Schichten beständig verschlimmert. Die Sanktionen, die den Iran mit seinem Crashkurs beim Atomkonflikt geradezu provoziert hat, haben die Außenhandelsbeziehungen gelähmt. Eine Zusammenarbeit mit internationalen Banken ist beispielsweise nicht mehr möglich.

Die neue Sanktionsresolution des Weltsicherheitsrats gegen den Iran wird die wirtschaftliche Isolation Teherans verstärken. Zwar sind die völkerrechtlich bindenden Strafmaßnahmen nur moderat ausgeweitet worden, jedoch sind auch Klauseln enthalten, durch die zumindest westliche Unternehmen und Finanzinstitutionen von weiteren Geschäften mit dem Iran abgeschreckt werden dürften.

Während Ahmadinedschad 2005 bei den Präsidentschaftswahlen noch klar gegen die Reformer siegen konnte, hat er im Jahr 2007 alle wichtigen Stimmungstests verloren: Die Kommunalwahlen bescherten ihm eine schwere Schlappe, und zum Chef des

mächtigen Schlichtungsrats wurde sein gemäßigter Erzrivale Ex-Präsident Rafsandschani gewählt. Die Parlamentswahlen im März 2008 haben ihm mit Hilfe massiver Behinderung der Opposition – bis zu 2000 Reformer um den früheren Präsidenten Mohammad Chatami als Kandidaten für die Wahl wurden durch die iranische Führung ausgeschlossen – zwar eine Mehrheit der Sitze gesichert, aber er konnte vor allem die gemäßigten und pragmatischen Konservativen bei der weder fairen noch freien Parlamentswahl nicht aus dem Feld schlagen. Vor dem Hintergrund wachsender Unzufriedenheit wird die Wahl allgemein als ein Stimmungstest für den seit gut zweieinhalb Jahren amtierenden Präsidenten Ahmadinedschad durch die 43 Millionen Iraner verstanden.

Nach dem am 27.04.2008 veröffentlichten Wahlergebnis erhielten die Konservativen insgesamt über 200, die Reformer 46 und die unabhängigen Bewerber 44 Sitze.

Die pragmatischen konservativen Kritiker von Ahmadinedschad um den ehemaligen Atomunterhändler Ali Laridschani, der jetzt die neue konservative Fraktion anführt, gehen gestärkt aus den Wahlen hervor. Für die 2009 anstehende Präsidentschaftswahl muss Ahmadinedschad mit einem konservativen Gegenkandidaten rechnen.

Beide Wahlen im Iran werden die Richtung bestimmen, die das Land in den nächsten Jahren nimmt. Die Auswahl von Maßnahmen (Zuckerbrot-Peitsche) gegen den Iran muss berücksichtigen, welche Wirkung sie auf das komplexe politische und soziale Gefüge des Landes und seine zukünftige Entwicklung haben. Ganz sicher sollten dem Iran Gespräche ohne Vorbedingungen angeboten werden; über jedes Thema, über das die islamische Republik sprechen will und in direkten Verhandlungen zwischen Washington und Teheran. Um dieses Ziel zu erreichen, wird auf beiden Seiten viel Kompromissfähigkeit, Beweglichkeit und Vorstellungskraft nötig sein – eben Diplomatie.

2. Nordkorea
Das krisenträchtige Verhältnis zwischen den USA und Nordkorea hat sich zwar etwas entspannt und vorsichtige Schritte in Richtung ei-

ner Normalisierung scheinen möglich. Trotzdem ist eine Lösung im Atomstreit nicht in Sicht, obwohl die Militärs in 2007 eine Liste ihrer Nuklearanlagen vorlegten. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung ist sie jedoch unvollständig.

Seither herrscht ein diplomatisches Patt: Die USA beharren darauf, dass Pjöngjang nicht nur sein Plutonium-Programm offen legt, sondern auch über seine Versuche der Uran-Anreicherung Auskunft erteilt. Für das Kim-Regime ist die Situation bitter, da es sich von der Stilllegung des Atomreaktors in Yongbyon ein Ende seiner internationalen Isolierung und kräftige Wirtschaftshilfen erhoffte.

Das ausgepowerte Land braucht im Frühjahr dringend Dünger, Saatgut und Diesel für die Landwirtschaft. Mit provozierenden Aktionen und Warnungen hofft Pjöngjang offenbar, Zusagen zu erpressen. Doch die Chancen stehen schlechter als sonst: Das Regime des „Großen Führers“ Kim Jong-il kann nicht mehr mit großzügiger Hilfe aus Südkorea rechnen. Denn in Seoul ist seit Februar 2008 mit Präsident Lee Myung Bak ein Mann an der Macht, der die „Sonnenchein-Politik“ seiner Vorgänger scharf kritisiert und eine deutlich härtere Linie gegenüber dem Norden angekündigt hat.

Lee will alle Hilfen an konkrete Bedingungen knüpfen: Dazu gehören deutliche Fortschritte bei der atomaren Abrüstung gemäß der Sechs-Parteien-Vereinbarung, die 2007 in Peking beschlossen worden war. Außerdem müsse Nordkorea die von Agenten in den vergangenen Jahrzehnten entführten südkoreanischen Landsleute in ihre Heimat zurückkehren lassen. In den Vereinten Nationen wird Seoul für eine Resolution stimmen, die Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea verurteilt.

Damit hat die neue Regierung in Seoul den Norden schwer verärgert. Sie weiß aber ihre Wähler hinter sich, die entnervt sind von der arroganten Bettlermentalität der nordkoreanischen Funktionäre und sich dagegen wenden, Pjöngjang ohne Gegenleistung weiterhin mit Dollargeschenken zu unterstützen. Den Nordkoreanern steht ein neues hartes Jahr bevor.

3. Andere In **Russland** hat Putins Rüstungssoffensive, im Fernsehen live verkündet, nichts wirklich Neues gebracht. Er steckte schon mitten im Wahlkampf und da waren markige Sprüche gefragt.

Der Vorschlag der sechs Staaten des Golfkooperationsrates, um u. a. die Blockade im Atomstreit mit dem Iran zu überwinden, das Recht des Irans auf friedliche Nukleartechnologie zu garantieren sowie zur Gründung eines Konsortiums im Mittleren Osten zur Versorgung aller Nutzer mit angereichertem Uran für Atomkraftwerke, unterstreicht die vorhandenen Ängste der **arabischen Staaten**, dass der iranische Alleingang zu einem Rüstungswettlauf und Krieg führen könnte. Die sunnitischen Mächte könnten im Falle eines Versagens der Krisenbewältigung der Meinung sein, sie bräuchten ihre eigene Atombombe.

Zwei Resolutionen des VN-Sicherheitsrates und die jüngsten einseitigen Sanktionen der USA haben den Druck zweifellos erhöht. Ein Durchbruch ist aber nicht in Sicht. Iran baut weiter seine Zentrifugen. Dass die Zeit knapp wird, hängt mit Wahlterminen zusammen: In Amerika geht es im November 2008 um die Präsidentschaft, im Iran wurde im März/April 2008 ein Parlament sowie im darauf folgenden Jahr wird ein Präsident bestimmt. Für die arabischen Staaten und die **Türkei** drängt sich in dem strategischen Umfeld ein eigenes Mittel zur Abschreckung auf. Der Gedanke liegt nahe, dass der Weg zur Beherrschung der Nukleartechnik auf jeden Fall über zivile Kernreaktoren führt. Ob dann auch die Aufstockung zu einem voll ausgebildeten Rüstungsprogramm erforderlich ist, um sich gegen arrogante Nuklearmächte in der Region behaupten zu können, bliebe abzuwarten. Jedenfalls scheint ein nahöstlicher Zuwachs auf der Liste der bisher 31 Länder mit Atomkraftwerken binnen der nächsten Generation recht wahrscheinlich.

Man erinnere sich: Das Urananreicherungsprogramm **Pakistans** führte zur ersten „islamischen“ Atombombe. Mehr noch, der Vater des Programms, Abdul Kadir Khan - der erst in 2004 mit seinem Atomwaffenverkaufsring aufflog - war bereit, gegen gutes Geld

auch anderen muslimischen Ländern den Weg zur Bombe zu zeigen. 1987 kam es zwischen seinem Netzwerk und Nuklearexperten des Irans, das damals noch im Krieg mit dem Irak steckte, in Zürich zu einem Treffen. Der Iran bezahlte der Gruppe um Khan wenig später zehn Millionen Dollar für Pläne und Komponenten von Uran-Zentrifugen.

Ein Jahrzehnt später hatte Khan einen neuen Kunden gefunden: **Libyen**. Gaddafis Wüstenstaat entlohnte die Nuklearschieber in der Folge mit über 80 Millionen Dollar für den Aufbau einer Anreicherungsanlage. Nach den Ermittlungsergebnissen der IAEA gelangten über Khans Netzwerk Dutzende von Lieferungen mit nukleartechnisch relevanten Gütern nach Libyen. Die Amerikaner schauten lange zu. Im Oktober 2003 schlugen sie zu: Kurz vor dem Ziel wurde das Frachtschiff „BBC China“ auf amerikanische Intervention hin zum italienischen Hafen Tarent umgeleitet. Die Durchsuchung brachte fünf Container mit Hülsen, Pumpen, Röhren, Flanschen und anderen Präzisionsteilen getarnt als „Landwirtschaftsmaschinen“ ans Licht.

Zwei Tage später konfrontierten amerikanische und britische Geheimdienstler den libyschen Diktator mit ihren Beweisen, und Gaddafi gab sich geschlagen. Noch im selben Jahr gab Libyen öffentlich den Abbruch seines Atom- und Chemieprogramms bekannt. Ein frappierender Abrüstungserfolg – erreicht ohne blutigen Krieg und ohne jahrelange diplomatische Seiltänze wie im Fall Nordkorea, das ja auch von Khan mit den Kenntnissen über die Atombombe versorgt worden war.

Im März 2008 hat **Ägyptens** Staatspräsident Hosni Mubarak in Moskau mit Russland ein Kooperationsabkommen zum Bau von vier zivilen Atomkraftwerken abgeschlossen, das erste soll 2016 eingeweiht werden. Seit Mai letzten Jahres hat Iran den Ägyptern mehrfach die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen angeboten. Sie waren von Teheran vor 28 Jahren abgebrochen worden, nachdem Ägypten Frieden mit Israel geschlossen hatte. Die auch angebotene Atomkooperation passt in das Bild einer versuchten Annäherung des Irans an Ägypten.

(Bearbeitung: bt)

Leserbrief zu einer „skurrilen Nachricht“:

NATOchannel.tv ist Propaganda – oder Gedanken zum Freien Journalismus

Will man uns gängeln – sind wir nicht zum eigenen Urteil im Stande?

So stand es in den GKP-Informationen¹ IV/2008 vom April 2008, S. 21 (ohne Quellenangabe!)

„Die NATO startet einen eigenen Fernsehkanal im Internet“

„Seit die Menschen ihren eigenen Regierungen nicht mehr so glauben und so vertrauen, wie sie es früher mal gewohnt waren, hat das Prinzip der „public diplomacy“ in der Politik Konjunktur. Was erstens heißt, sich besser zu verkaufen. Und zweitens die Darstellung der eigenen Arbeit nicht den Journalisten zu überlassen. Früher nannte man das Propaganda, heute hat beispielsweise die Europäische Union dafür eine veritable Kommission und einen großen Etat und versichert, es gehe ihr nur um Bürgernähe.

Nun steigt auch die NATO in dieses Geschäft ein. Pünktlich zum Gipfel des Bündnisses geht NATO TV via Internet auf Sendung. Die Allianz, deren Grundprinzip bislang die Verschwiegenheit war, will weltweit zeigen, was sie so tut. Aber natürlich will sie die Kontrolle über die Bilder und die Töne behalten. So erwarten den Zuschauer Beiträge, die die fünf nach Afghanistan in Marsch gesetzten Nato-Videokameras nach „strategischer Anweisung“ der „Öffentlichkeitsarbeitsoffiziere“ produzieren werden. Eigentliches Ziel der Nato ist aber, Bildmaterial in privaten und öffentlichen Fernsehsendern unterzubringen. In deren Sendungen kann der Zuschauer dann nicht mehr erkennen, dass der Bericht über die Lage in Afghanistan möglicherweise aus Material des Verteidigungsbündnisses stammt.“

Hierzu folgt in den GKP-Informationen der folgende Kommentar:

„NATOchannel.tv ist Propaganda in Reinform“

„Der Deutsche Journalistenverband rät Journalistinnen und Journalisten davon ab, Filmmaterial des neuen Nato-Fernsehschkanals für ihre eigenen Berichte zu übernehmen. NATOchannel.tv, das im Internet angebotene Fernsehprogramm des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, genügt aus Sicht des DJV nicht den journalistischen Mindestanforderungen an Unabhängigkeit und Recherche. „NATOchannel.tv ist PR mit der Haubitze“ kritisierte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. „Der Informationsgehalt tendiert gegen Null. Stattdessen überwiegt Lohbudelei in eigener Sache.“

Der DJV-Vorsitzende sieht insbesondere die Ankündigung von NATOchannel.tv kritisch, den Medien Filmmaterial zur Ausstrahlung zur Verfügung zu stellen. Wenn es dazu käme, sei damit zu rechnen, dass die gelieferten Bilder einseitig über Erfolge und Einsätze der Nato berichteten und Kritik ausgeblendet werde. „Das ist mit dem Auftrag der Medien, kritisch und unabhängig zu berichten, nicht zu vereinbaren“ sagte Konken. Er forderte die NATO auf, akkreditierte Journalistinnen und Journalisten bei ihrer Arbeit zu unterstützen, statt ihnen Propagandafilme zu liefern.“

Soweit diese so genannten Informationen – nicht tendenziell, nicht in eigener Sache, um der Ehre des vierten Standes wegen (wo gibt es den eigentlich in unserem Rechtssystem?). Aber alle Journalisten glauben ja, sie wüssten es besser – ich übrigens auch.

Gehen wir auf die Details – von vorn nach hinten – ein; also:

1. Der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), Michael Konken ergreift einseitig gegen das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO), dessen Informationspolitik und dessen Presseoffiziere Partei. Als Mitglied des DJV und der GKP fordere ich ihn hiermit auf, diese einseitige – politische – Stellungnahme zurückzunehmen oder zurückzutreten. Wenn der DJV wie sein Vorsitzender gegen die NATO eingestellt ist, haben militärische Presseoffiziere, wie auch für die Sicherheit unseres Landes engagierte Katholiken keinen Platz mehr im DJV.
2. Ein Bericht in einem Medium sollte die Quelle enthalten – wo ist diese bei dem Artikel in den GKP-Informationen – „Die Nato startet eigenen Fernsehkanal im Internet?“
3. Worin besteht das Problem, dass die NATO einen eigenen Fernsehkanal im Internet startet? Tun dies nicht Bischofskonferenzen, Vatikan, Staaten, Wirtschaftsunternehmen, private Organisationen, Gewerkschaften (DJV!), Religionsgemeinschaften u. a. auch – ist das verboten oder unmoralisch?
4. Wieso sollen diese Institutionen die Darstellung ihrer eigenen Arbeit (auch) den Journalisten überlassen, um sich (besser oder zuverlässiger?) zu verkaufen? Wieso ist das Propaganda – und nicht Information? Und wieso ist das keine Bürgernähe – sind nur Journalisten bürgernah?
5. Wieso soll eine Allianz wie die NATO nicht weltweit zeigen, was sie tut? Bisher war nie ihr Prinzip „Verschwiegenheit“ – so einen Quatsch habe ich noch nie von einer Informationsinstitution gelesen. Was heißt hier „Kontrolle“ behalten? Das gibt es doch gar nicht – schauen Sie selbst mal nach Peking. Im übrigen sind die Männer, die für die NATO – und die Bundeswehr – Informationen an die Medien weitergeben (und nicht, wie Sie behaupten, ihnen vorenthalten), keine „Öffentlichkeitsarbeitsoffiziere“, sondern Presseoffiziere, mit denen nach meiner Kenntnis die Medien und die Öffentlichkeit vertrauensvoll und ehrlich kommunizieren.
6. Und – darf ein Bericht über die Lage in Afghanistan nicht aus Material des Verteidigungsbündnisses NATO stammen – ein Bündnis, zu dem unser Land gehört, ein Bündnis, das seit Ende des 2. Weltkriegs den freien Journalismus in unserem Bereich geschützt hat und das von unserer Regierung selbst bei einer – zugegebenermaßen nicht unumstrittenen – Entscheidung zum Einsatz von Streitkräften in Afghanistan gestützt wird?
7. Michael Konken unterschätzt ganz offensichtlich die Urteils- und Kritikfähigkeit der Journalisten (oder nur der Mitglieder der Gewerkschaft DJV?). Deren Fähigkeit, auf Grund des von der NATO gelieferten „einseitigen“ Informationsmaterials über Erfolge und Einsätze „kritisch und unabhängig zu berichten“, stellt er in Frage. Wie kommt Michael Konken dazu, unsere (der Journalisten) Fähigkeiten zur objektiven und kritischen Berichterstattung auf Grund eigener Recherchen derart in Frage zu stellen?
8. Unabhängig von der gezeigten politischen Voreingenommenheit stellt sich wirklich die Frage, ob der DJV sich in dieser Form von seinem Vorsitzenden gängeln lassen will?

In Sorge um die journalistische Kompetenz und unsere freiheitliche (NATO-)Rechtsordnung und mit besten Grüßen an alle freien und (möglichst) objektiven Journalisten
Jürgen Bringmann

¹ Informationen, hrsg. von der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands (GKP)

Ehe – Familie – Kinder:

Warum Familie unersetzbar ist

VON JOHANNES SCHWARTÉ¹

Die Debatte um das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ist nur noch eine Frage der Zeit – „Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte muss als Alarmzeichen gelten – Wer die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder fördern will, sollte die ‚Gender‘-Ideologie bekämpfen.“

Die Familien geraten in unserer Gesellschaft immer mehr in Bedrängnis. Nicht nur bewegen sich viele Mehrkindfamilien in finanzieller Hinsicht an der Armuts-grenze. Auch politisch geraten die Familien mehr und mehr ins Abseits. Sie müssen erfahren, dass der öffentliche Konsens hinsichtlich der Bedeutungseinschätzung der Familien für den Fortbestand der Gesellschaft brüchig wird. Ihre Unersetzbarkeit wird immer

aufnehmen. Elternpaare, die ihre kleinen Kinder nicht in fremde Obhut geben wollen, geraten zunehmend mehr unter Rechtfertigungszwang.

Auch in begrifflicher Hinsicht gerät die Familie mehr und mehr in Bedrängnis. Es gibt die unübersehbare Tendenz, den herkömmlichen Familienbegriff bis zur Unkenntlichkeit auszuweiten, um ihn am Ende gänzlich verschwinden zu lassen. Wurde über Jahrhunderte hin in unseren Breiten

unter Familie die (zumeist mehrere Generationen umfassende) Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft von Eltern und ihren Kindern verstanden, wobei es selbstverständlich war, dass die sozialen Eltern auch die biologischen waren, so gibt es heute bis in regierungsamtliche Verlautbarungen hinein die unübersehbare und beunruhigende Tendenz, jedwede Form des

Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern als „Familie“ zu bezeichnen. Dieser Tendenz liegt unverkennbar die Absicht zugrunde, die biologische Kategorie der Zuordnung von Erwachsenen und Kindern und damit von Eltern – ganz im Sinn der Gender-Ideologie – zum Verschwinden zu bringen.



Vier Generationen treffen sich in der Großfamilie zu einem 90. Geburtstag. Auffällig ist die hohe Zahl der zur den beiden mittleren Generationen gehörenden Familienmitglieder, der nur noch eine geringe Zahl von Urenkeln folgt. (Foto: PS)

häufiger angezweifelt. Auch verstärkt sich der von Gesellschaft und Politik ausgehende Druck auf die Familien. Immer selbstverständlicher wird von Müttern kleiner Kinder erwartet, dass sie bald nach der Geburt eines Kindes dasselbe in fremde Obhut geben, in ihren Beruf zurückkehren und ihre außerhäusliche Beschäftigung wieder

Durchbruch erzielt (DT vom 14. Februar). Denn das Gericht hat entschieden, dass gleichgeschlechtlichen Paaren das Adoptionsrecht nicht verweigert werden dürfe, weil das einer „Diskriminierung“ ihrer geschlechtlichen Orientierung gleichkäme. Das muss alle wachrütteln und zum entschiedenen Widerstand herausfordern, die um die Bedeutung der Familien für das Gelingen der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder wissen und sich um die Sicherung der gesellschaftlichen Zukunft sorgen.

Dieses Urteil muss als Alarmsignal verstanden werden! Es macht deutlich, wie weit die Gender-Ideologie inzwischen in die europäischen Institutionen eingedrungen ist. Viel zu selbstverständlich ist es bisher hingegenommen worden, dass die Bundesregierung und die Länderregierungen diese Ideologie jährlich mit beträchtlichen Summen subventionieren und eine kaum noch überblickbare Anzahl von Planstellen (vor allem an Universitäten) finanzieren, die keine andere Aufgabe haben, als diese Ideologie weiterzuentwickeln, sie zu verbreiten und ihr nach und nach universelle Dominanz in öffentlichen Debatten und politischen Entscheidungen zu sichern, wie es der Ausdruck „Gender-Mainstreaming“ besagt. Man fragt sich, wie Menschen die natürlichen Grundlagen ihrer eigenen Existenz so grundlegend aus den Augen verlieren können, dass sie gegen die menschliche Natur rebellieren. Denn die Gender-Ideologie ist letztlich eine Rebellion gegen die menschliche Natur beziehungsweise die Schöpfungsordnung.

Besonders paradox ist, dass diese mit wissenschaftlichem Anspruch auftretende Ideologie die einschlägigen Erkenntnisse der Humanwissenschaften über die Entwicklungsbedingungen des Menschen ignoriert. Sie argumentiert, als gäbe es diese Erkenntnisse nicht. Anthropologische Ignoranz ist ihr herausragendes Merkmal. Sie nimmt die fundamental bedeutsamen anthropologischen und humanwissenschaftlichen Erkenntnisse über die Besonderheiten des Menschen und die daraus resultierenden Bedingungen eines Gelingens der Persönlichkeitsentwicklung schlicht nicht zur Kenntnis. Würden diese Erkenntnisse ernst genommen, so könnte ein Gericht nicht

1 Beitrag aus: „Die Tagespost“ vom 01.04.2008. Dr. theol. Johannes Schwarte: Sozialethiker, Studiendirektor a. D., 1974-76 Referent für gesellschaftliche Grundsatzfragen und politische Bildung beim BDKJ in Düsseldorf. Website: www.dr-johannes-schwarte.de

Anthropologische Ignoranz und ideologische Verblendung

Diese Ideologie hat durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte einen neuen

so brutal über die elementaren Bedürfnisse der Kinder hinweggehen, wie es mit diesem Urteil geschieht. Das Wohl der Kinder, ihr natürlicher Anspruch darauf, einen Vater und eine Mutter zu erleben, um in dieser Dreierbeziehung (Triangulation) ihre Persönlichkeit zu entwickeln, spielt offensichtlich keine Rolle. Allein der „Anspruch“ des adoptionswilligen gleichgeschlechtlichen Paares auf „Nichtdiskriminierung“ zählt.

Mit diesem Urteil wird der Tatbestand der Diskriminierung endgültig ad absurdum geführt. Wenn der biologisch unbezweifelbare Sachverhalt, dass zwei gleichgeschlechtliche Menschen kein Leben zeugen und infolgedessen auch nicht Eltern sein können, nicht mehr festgestellt werden kann, ohne dass dies den Vorwurf der „Diskriminierung“ nach sich zieht, dann kommt dies einem Verbot gleich, elementare Sachverhalte der menschlichen Existenz und der gesellschaftlichen Überlebenssicherung öffentlich zu erörtern. Das ist absurd und kann um der Zukunft der Gesellschaft willen nicht hingenommen werden!

Die Folgen haben jene Kinder zu tragen, für die das Adoptionsrecht Gleichgeschlechtlicher in der Konsequenz ein Leben ohne die Erfahrung der Dreierbeziehung mit Vater und Mutter, also entweder ohne Vater oder ohne Mutter bedeutet. Den gleichen Entwicklungsnachteil haben Kinder natürlich auch dann, wenn sie einen Elternteil durch Tod oder durch Scheidung entbehren müssen. Aber es ist ein grundsätzlicher Unterschied, der in diesem Zusammenhang nicht unterschlagen werden darf: ob nämlich die Entbehrung eines Elternteils Folge eines Schicksalsschlages (Tod) ist, für den niemand verantwortlich zu machen ist, oder von menschlichen Fehlentscheidungen infolge mangelnder anthropologischer Kenntnisse oder ideologischer Verblendung.

Was die „Scheidungsweisen“ anbetrifft, so kann vermutet werden, dass ihre Zahl erheblich geringer wäre, wenn scheidungswillige Eltern anthropologisch aufgeklärter wären und also mehr über die elementare Bedeutung beider Elternteile für das Gelingen der kindlichen Entwicklung wüssten. Dann würden sie wahrscheinlich nicht so leichtfertig mit dem Scheidungsge-

danken spielen, sofern kleinere Kinder davon betroffen sind. Dabei wird hier nicht verkannt, dass es zweifellos auch Fälle gibt, in denen eine Scheidung wohl unvermeidlich ist, was für die betroffenen Kinder bedeutet, dass sie in solchen Fällen das kleinere Übel darstellt.

Ein Übel aber ist es allemal. Und auf diese Feststellung kommt es im Hinblick auf die Forderung nach einem Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare entscheidend an: Was im Falle des Todes eines Elternteils oder auch des (weitgehenden faktischen) Verlustes eines Elternteils durch Scheidung unvermeidbar ist und also (aus Sicht des Kindes) als schicksalhaft hingenommen werden muss, würde im Falle der Einführung eines Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare bewusst zum Nachteil des Kindes in Kauf genommen. Das wäre schlicht unverantwortlich.

Persönlichkeitsentwicklung in wissenschaftlicher Perspektive

Mehr noch: Es wäre ein Vergehen, wenn nicht gar Verbrechen am Kind, ihm durch die Adoption durch ein gleichgeschlechtliches Paar von vornherein die Chance zu nehmen, einen Vater und eine Mutter zu erleben und an ihnen – je unterschiedlich und gegenseitig unersetzbar – zu reifen. Es bleibt zu hoffen, dass dies aufgrund der hohen Stellung der Würde der menschlichen Person im Grundgesetz politisch nicht zulässig sein wird und dass ein Gesetz, sollte es dafür je eine Mehrheit im Bundestag geben, am Bundesverfassungsgericht scheitern würde.

Es ist für diese Frage von entscheidender Bedeutung, wie es um die anthropologischen Kenntnisse der Debatteilnehmer und Entscheidungsträger bestellt ist und in welcher Perspektive sie demgemäß den Persönlichkeitsentwicklungsprozess des Kindes betrachten. Denn die erwähnten anthropologischen und humanwissenschaftlichen Erkenntnisse verändern den Blick auf den Menschen und insbesondere auf die Problematik der Persönlichkeitsentwicklung grundlegend. Die sich aus diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen ergebende neue Perspektive, die sozialisationstheoretische, unterscheidet sich grundlegend von der vorwissenschaftlichen oder

naturwüchsigen, die das öffentliche Bewusstsein, allen wissenschaftlichen Erkenntnissen der vergangenen Jahrzehnte zum Trotz, noch immer weitgehend beherrscht. Worin besteht dieser Unterschied?

In naturwüchsiger Betrachtungsweise kommt die Persönlichkeitsentwicklung der Entfaltung eines genetischen Programms gleich, so dass es eigentlich nur eine Frage der Zeit ist, bis aus dem neugeborenen Menschenkind ein lebensstüchtiger, mündiger, verantwortungsfähiger erwachsener Mensch geworden ist. In sozialisationstheoretischer Perspektive dagegen kommt der Mensch höchst „unfertig“, als „normale Frühgeburt“ zur Welt (Adolf Portmann). Sein Geburtszustand ist als plastischer Organismus mit der Möglichkeit der Menschwerdung zu charakterisieren. Dabei übernimmt die „Natur“ keine Gewähr dafür, dass diese Möglichkeit realisiert wird, das heißt, dass der ergebnisoffene und hochgradig störanfällige Persönlichkeitsentwicklungsprozess gelingt. In dieser Perspektive ist das, was wir Persönlichkeitsentwicklung nennen, nicht Ergebnis einer Entfaltung von etwas bereits Vorhandenem, sondern Resultat eines Formungs- und Verarbeitungsprozesses, in dem die ererbten biologischen Vorgaben selbstverständlich eine Rolle spielen, der aber maßgeblich durch die sozialen Impulse bestimmt wird, die auf den „plastischen Organismus“ einwirken.

Es ist offenkundig, dass die Einschätzung der Bedeutung der Familie für das Gelingen der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes entscheidend davon abhängt, ob man diesen Vorgang in sozialisationstheoretischer Perspektive betrachtet oder in naturwüchsiger. Stellt die Familie in naturwüchsiger Perspektive lediglich den Ort dar, an dem das Kind Schutz und Versorgung erfährt, so hat sie in sozialisationstheoretischer Perspektive darüber hinaus die wichtige Funktion der „Formgebung“ zu erfüllen, damit aus dem formungsbedürftigen plastischen Organismus (des Menschen im Geburtszustand) überhaupt ein Mensch werden kann.

In dieser Perspektive verbürgt die Natur das Gelingen der Menschwerdung des Menschen nicht. Vielmehr müssen die Eltern dafür die Ge-

währ übernehmen. Das gibt ihnen ihre wichtige, unersetzbare Bedeutung als Prägefaktoren im gelingenden Persönlichkeitsentwicklungsprozess ihrer Kinder.

Die prägende Bedeutung der Eltern wird bestritten

Diese prägende Bedeutung der Eltern wird von der Gender-Ideologie verkannt beziehungsweise bestritten. Ihre Verdrängung der biologischen Kategorie der Zuordnung von Erwachsenen und Kindern läuft auf eine völlige Entwertung der Eltern hinaus. Da diese Ideologie jedwede Form des Zusammenlebens von Erwachsenen mit Kindern als „Familie“ bezeichnet, verlieren Eltern ihre entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Kinder. Unterschiede in der Intensität der Beziehung zwischen den Erwachsenen, die konkret Verantwortung für Kinder tragen, und den betroffenen Kindern sollen möglichst gar nicht mehr thematisiert werden. Nach dem Wohl des Kindes wird nicht gefragt. Das Kindeswohl spielt keine Rolle. Es wird argumentiert, als sei es ohne Belang für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder, ob die Erwachsenen, mit denen sie aufwachsen und die sich um sie kümmern, ihre leiblichen Eltern sind oder nicht. Aber es ist durchaus nicht unerheblich, sondern wichtig für das Gelingen der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, ob es die Bipolarität der Geschlechter in der Dreierbeziehung zu Vater und Mutter in der eigenen Familien kennen lernt, wie die Natur es vorgibt – oder ob es in der eigenen „Familie“ zwei „Väter“ beziehungsweise zwei „Mütter“ erlebt, nicht aber den gegengeschlechtlichen Elternteil.

Diese Feststellung gilt jedenfalls dann, wenn man sich in der Beurteilung der kindlichen Entwicklung am Gesichtspunkt des Maximums beziehungsweise Optimums orientiert und nicht minimalistisch denkt. Selbstverständlich können Kinder unter allen möglichen Konstellationen – auch in der Beziehung mit gleichgeschlechtlichen Paaren – überleben und sich irgendwie auch weiterentwickeln. Aber optimal sind solche Konstellationen nicht. Vom Optimum sind sie weit entfernt. Die minimalistische familienpolitische Position gibt sich mit ih-

nen zufrieden. Sie verdient minimalistisch genannt zu werden, weil sie das Optimum für Kinder und Familien gar nicht erst in den Blick nimmt.

Kinder finden optimale Bedingungen für ihre Persönlichkeitsentwicklung vor, wenn ihre biologischen Eltern sich eindeutig und in der Absicht der lebenslangen Dauer miteinander verbunden und diese Verbindung institutionalisiert, das heißt geheiratet haben; wenn die Kinder erfahren, dass ihre Eltern sie bedingungslos lieben, sich ihnen intensiv zuwenden, intensiven Anteil an ihrem Leben nehmen, sich in intensiver altersgemäßer Kommunikation mit ihnen befinden und viel Zeit mit ihnen verbringen; wenn die Eltern (vor allem die Mütter) in den ersten Lebensjahren jederzeit ansprechbar sind, das heißt immer dann zur Stelle und erreichbar sind, wenn das Kind nach ihnen ruft, weil es sie braucht.

Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung

Zu optimalen Entwicklungsbedingungen trägt ferner entscheidend bei, wenn die Eltern in der Gestaltung des Familienlebens, auch des Freizeitverhaltens und des Urlaubs, die Bedürfnisse und Verarbeitungsmöglichkeiten der Kinder angemessen berücksichtigen; wenn die Eltern ferner für vielfältige förderliche Anregungen sorgen und möglichst vielfältige soziale Kontakte zu möglichst verschiedenen „Menschentypen“ (Charakteren) unterhalten. Es sei an das vielzitierte afrikanische Sprichwort erinnert, wonach ein ganzes Dorf an der Erziehung eines Kindes mitwirkt. Das ist nicht als Plädoyer für kollektivistische Erziehung gemeint, sondern als Ausdruck der Lebenserfahrung, dass es für die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes besonders förderlich ist, wenn es vielen verschiedenen Charakteren und „Menschentypen“ begegnet. Dadurch lernt es, sich anzupassen, nachsichtig und tolerant zu werden.

Eine Gesellschaft bleibt ihren Kindern Entscheidendes schuldig, wenn sie sich nicht wirklich um die Gewährleistung optimaler Bedingungen für ihre Persönlichkeitsentwicklung bemüht, sondern sich faktisch damit zufrieden gibt, wenn sie sicherge stellt zu haben glaubt, dass die Kinder

keinen schwer wiegenden Schaden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung davontragen. Mit einem solchen Minimalismus, der sich mit einer minimalen Lebenstüchtigkeit des Nachwuchses zufrieden gibt, darf eine Gesellschaft sich nicht begnügen. Vielmehr ist sie überlebensnotwendig darauf angewiesen, dass ihre nachwachsenden Kinder sich zu gereiften Persönlichkeiten mit stabiler psychischer Struktur, vielfältiger Kompetenz, Orientierungssicherheit, Bindungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft in Gesellschaft und Staat und in diesem Sinn zu mündigen Bürgern entwickeln können.

Von dieser Zielperspektive muss sich verantwortliche Familienpolitik bestimmen lassen. Deshalb ist die Überwindung der minimalistischen Perspektive durch eine maximalistische anzustreben. Sie orientiert sich an einschlägigen humanwissenschaftlichen Erkenntnissen und will den Kindern in Orientierung an den kindlichen Bedürfnissen, wie sie sich aus den humanwissenschaftlichen Erkenntnissen ergeben, optimale Bedingungen für ihre Persönlichkeitsentwicklung gewähren.

Ohne die vielen suboptimalen familien-ähnlichen Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen mit Kindern „unterhalb“ der optimalen Form – Familie als Folge einer auf lebenslange Dauer angelegten Ehe – abzuwerten, ist es um des Kindeswohl willen erforderlich, die optimale Form deutlich herauszustellen und für sie zu werben. Diese optimale Form muss im öffentlichen Bewusstsein als solche präsent sein und bleiben, damit sie in Debatten über Ehen ohne Tauschein, Patchwork-Familien, Scheidungsfolgen, Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare und ähnliche Themen nicht völlig ausgeblendet wird, sondern der Orientierungspunkt in der Urteilsbildung bleibt.

Solche Feststellungen dürfen nicht etwa deshalb unterbleiben, weil man natürlich weiß, dass Elternpaare ohne Tauschein oder Mitglieder von Patchwork-Familien sie nicht gern hören. Aber was für den medizinischen Bereich gilt, hat auch hier seine Richtigkeit: nämlich dass eine Diagnose nicht deshalb verschwiegen werden darf, weil sie dem oder den Betroffenen nicht gefällt. □

Kinder brauchen beide Eltern

VON JÜRGEN LIMINSKI¹

Drei von vier jungen Vätern sind heute bei der Geburt ihres Kindes dabei. Jeder zehnte Vater nimmt das Elterngeld in Anspruch. Junge Väter kümmern sich um ihr Kind. Tun sie das? Und wenn ja, wie? Was heißt es, Vater zu sein? So zu sein, wie die Mütter? Es gibt spezifische Funktionen. Väter sind wichtig. Sie sind notwendig. Sie sind unersetzbar. Der Autor, selbst vielfacher Vater, sagt warum.

Eine klassische Vatersituation: Es geht um Freitagabend, wie lange darf der Sohn auf die Party? Er steht kurz vor dem Abitur, will Pilot werden. Es stünden noch Klausuren an, da müsse man doch etwas pauken, vor allem Mathe und Physik. Seine Verhandlungsposition: so gegen zwei oder drei. Der Vater: Also halb zwei. Nach einiger Zeit landen sie bei „so gegen zwei“. Der Vater wechselt unvermittelt das Thema und sagt: Er habe da einen Piloten getroffen, der habe auf die Bedeutung von Mathe und Physik hingewiesen und vor allem, dass man genau sein müsse, präzise Angaben. Also einigen sie sich auf zwei. Am nächsten Morgen schaut der Vater kurz vor acht in Sohnnemanns Zimmer. Kein Sohn, Bett gemacht, also unberührt, denkt der Vater. Und er ist auch nicht nach Hause gekommen, schließt er messerscharf. Es brodeln. Die väterliche Vulkanstimmung kommt in Wallung. Er will anrufen, hält inne. Besser eine SMS, dann sieht er, dass der „Alte“ sich anstrengt. Mit Humor startet jede pädagogische Offensive besser. Mühsam tippt er die Botschaft ins Display: Fliegst du noch den Heimathafen an oder bleibt es bei der Bauchlandung (ohne Fragezeichen, weil er nicht weiß, wie das geht). Sekunden später die Antwort, allein diese Schnelligkeit ist peinlich. Sie lautet: „Bin schon in der Schule. War um zehn nach zwei zu Hause. Gegenwind erschwerte die Landung just in time.“ Wirklich peinlich. Vater hatte vergessen, dass der Sohn an diesem Samstag Schule hat. Jetzt blieb nur der geordnete Rückzug. Der „Alte“ antwortet mit einer Filmszene aus

dem Boot, sozusagen untergetaucht: Gut Johann, gut.

Der Vaterverlust der 68er

Was lernen wir daraus? Erstens: Väter haben nicht immer Recht. Zweitens: Humorvolle Pädagogik ist gute Pädagogik. Drittens: Kinder sind manchmal selbstständiger und verantwortungsbewusster als Väter glauben. Und vor allem, viertens: Im Zweifel zuerst die Mutter fragen, sie hätte gesagt, dass er in der Schule ist. Mütter wissen meistens, was mit den Kindern ist oder sein sollte. Man ergänzt sich eben.

Überhaupt die Ergänzung von Mann und Frau, ein modernes Thema. Früher wurde in der Psychoanalyse der Vater eher als bedrohlicher Rivale und als repressives Autoritätsmodell (Sigmund Freud) dargestellt. Heute weiß man: Die primäre Väterlichkeit im ersten Jahr dient der Unterstützung der Mutter, die dem Kind am nächsten ist, es ja auch schon neun Monate lang war; in den weiteren Jahren, wenn das Kind sich aus der sogenannten Mutter-Kind-Dyade langsam löst, entsteht die Triangulation, also die Dreier-Beziehung, die so wichtig ist für die geschlechtliche Identitätsfindung. Und schließlich hat der Vater eine Aufgabe in der Pubertät und Präpubertät, also etwa ab acht, neun Jahren. In dieser Zeit identifiziert sich das Kind mit dem Vater und löst sich dann von ihm, es braucht ihn als Reibebaum und als Vorbild.

Wenn der Vater fehlt, entfallen vielfach diese Funktionen. Sie sind von der Mutter nur partiell zu ersetzen. Das lässt sich historisch beobachten. Der Düsseldorfer Psychotherapeut Matthias Franz hat mit empirischen Daten darauf hingewiesen, wie sehr die 68er Revolution auch tiefenpsychologisch vom Vaterverlust geprägt war. Es war ein regime- und kriegsbedingter Vaterverlust. Bei 56 % der

Kinder des Jahrgangs 35 war der Vater abwesend, bei 36 % des Jahrgangs 45. Die unvollständige Dreierbeziehung schuf erhebliche Identitätsprobleme und Sehnsüchte nach Ersatzvätern. Die flatterten bei den 68ern auf den Fahnen und waren wohlbekannt: Ho Chi Minh, Karl Marx, Lenin, etc. Andere Autoritäten wurden nicht mehr akzeptiert. Die psychischen Störungen des Vaterverlusts sind selbst nach 50 Jahren noch zu spüren, wenn sie nicht behandelt werden.

Alleinerziehende drogenanfällig

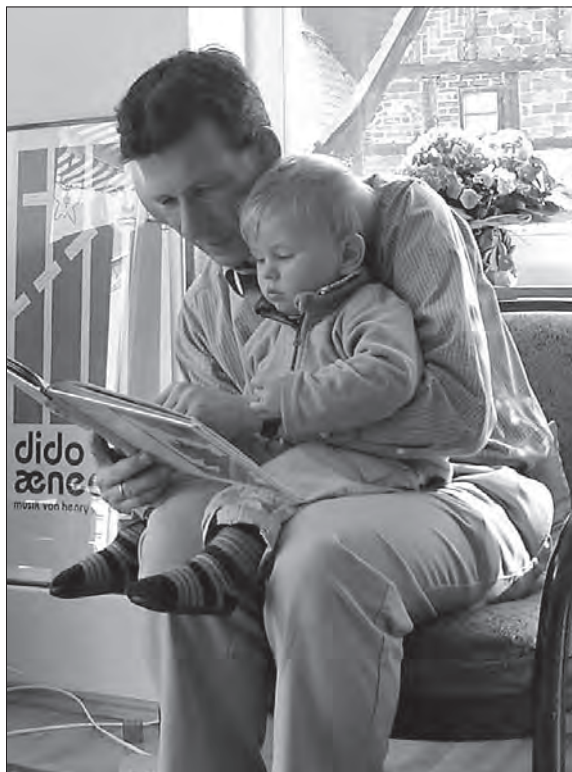
Auch heute erleben wir Triangulierungsnöte, spüren wir die Defizite der vaterlosen Gesellschaft, übrigens ein Begriff, der schon 1919 von dem Psychoanalytiker P. Federn geprägt wurde. Heute wenden sich die vaterlosen Kinder an Ersatzväter in Kino, Fernsehen und Computerspiel und die alleinerziehenden Mütter bekommen Schuldgefühle. Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Anfälligkeit für Depression und Vaterlosigkeit. In Schweden, wo man angeblich am besten für Alleinerziehende sorgt und die %zahl der alleinerziehenden Mütter auch erheblich höher liegt (mehr als die Hälfte aller Kinder werden außerhalb einer Ehe geboren), ist im Vergleich zu Deutschland die Anfälligkeit für Drogen viermal so groß, die %zahl der Selbstmorde doppelt so hoch und ebenfalls doppelt so hoch ist die %zahl an psychischen Krankheiten. Hier rollt – auch in Deutschland – eine Lawine heran. Denn die Zahl der alleinerziehenden Mütter ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, insgesamt sind es heute 2,6 Millionen. Noch schneller stieg die Zahl der alleinerziehenden Väter. 1991 waren es 204 000, heute sind es nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes 308 000 mit Kindern unter 18 Jahren.

¹ Artikel aus: DT vom 11.03.2008. Jürgen Liminski: Jg. 1950; Journalist, Fachbereich Gesellschafts- u. Familienpolitik; Mitarbeiter bei der DT und mehreren Tageszeitungen; Moderator politischer Sendungen im DLF. Website: www.liminski.de

Also sollte man die Dreier-Beziehung wieder ernster nehmen. Der Psychologe Horst Schetelig beschreibt die „Triangulation“ so: „Die Verschiedenheit und nicht die Gleichheit von Vater und Mutter erleichtert die Ich-Findung und Identifikation mit dem eigenen Geschlecht. Denn sowohl der kleine Sohn als auch die kleine Tochter identifizieren sich bereits im Kleinkindalter mit dem gleichgeschlechtlichen Elternteil. Darüber hinaus erhält der gegengeschlechtliche Elternteil Vorbildfunktion für die spätere Partnerwahl.“ Die Präsenz des Vaters ist heute umso wichtiger, als die Medien, insbesondere das Fernsehen, die Identifikations- und Vorbildfunktion erheblich erschweren. Fast immer sieht man die Männer als monströs kämpfende Helden oder als Versager, als Liebhaber oder als Verbrecher, höchst selten aber als liebende Väter. Hinzu kommt, dass auch im Kindergarten und in der Grundschule es kaum männliche Erzieher gibt. In den ersten zehn Jahren haben die Kinder es fast ausschließlich mit Frauen zu tun, als Mutter, Erzieherin, Lehrerin. Da sollten die Väter wenigstens in der Familie präsent sein.

Die Familienforschung im Ausland hat die Väter entdeckt. Die Entwicklung vaterloser oder ihrem Vater entfremdeter Kinder ist in Deutschland dagegen immer noch kaum Gegenstand der Forschung. Den fast hundert Lehrstühlen für Frauenforschung steht kein einziger für Väterforschung gegenüber. In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung zum Stand der Bindungsforschung und pädagogischer Arbeit wurde vor ein paar Monaten in einer Antwort eine Liste der Forschungsarbeiten gegeben. Von den Vätern keine Spur. Väter laufen in der Politik de facto immer noch als Bezugsperson am Rande mit. In Deutschland haben wir hier ein statistisches Loch. Bei jugendlichen Tatverdächtigen wird die Vaterpräsenz nicht erfasst. Die Psychologie aber weiß, dass der „Vaterfaktor“ bei der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes nachhaltiger zu Buche schlägt als bisher angenommen. „Kinder geraten nicht zwangsläufig auf die schiefe

Bahn, nur weil sie vaterlos sind“, sagt der Psychologe Henry Biller, der das Buch „The Father Factor“ geschrieben hat, „aber zwei Eltern stellen einen deutlichen Vorteil dar.“ Kinder mit Vätern hätten mehr Selbstvertrauen in einer Gemeinschaft, seien insgesamt unabhängiger und verantwortungsvoller und würden schneller mit



Erklär mit die Welt“ – Kinder brauchen Väter
(Foto: PS)

neuen Situationen fertig. Auch erzielen sie bessere Ergebnisse bei Intelligenz- und Geschicklichkeitstests. Das läge daran, dass Mann und Frau unterschiedlich mit Kindern umgehen und das Kind so mit einer umfangreicheren Palette an Erfahrungen konfrontiert würde.

Wenn der Vater fehlt, ist die emotionale Stabilität der einzelnen Familienmitglieder und der Familie selbst geschwächt oder ungeschützt. Er ist eben integrativer oder konstituierender Teil der Familie. Die Politik müsste also dafür Sorge tragen, dass der Kern dieser emotionalen Stabilität, die für eine gesunde Entwicklung des Kindes grundlegend ist, wie man aus der Hirnforschung mittlerweile vielfach abgesichert weiß, stabilisiert wird. Immerhin steht die Ehe mit der Familie unter dem besonderen Schutz der

Verfassung. Und es ist bezeichnend, dass – folgt man der wissenschaftlichen Literatur – „die Erzeugung solidarischen Verhaltens“ als ein Grund für den verfassungsrechtlichen Schutz der Familie genannt wird. Es sei eine Leistung, schreibt etwa der Nestor der Familienforschung, Heinz Lampert, die in der Familie „in einer auf andere Weise nicht erreichbaren Effektivität und Qualität“ erbracht werde.

Ist das nicht nur eine Frage der Wertevermittlung? Könnte das nicht auch in der Arbeitswelt oder in der Schule geschehen? Dafür gebe es professionelle Erzieher, Staat und Gesellschaft könnten das leisten. Nur: Gesellschaft ist namenlose Sachgemeinschaft, sie erzeugt weder Liebe noch Solidarität, sie lebt aber von ihr.

Garant der Familiensolidarität

Als Sachgemeinschaft ist die Gesellschaft auch dem Wandel der Arbeitswelt unterworfen. „Vor 25 Jahren noch“, schrieb der amerikanische Soziologe Fitzhugh Dodson schon Mitte der siebziger Jahre, „bereiteten die Väter ihre Söhne auf ein Leben als Erwachsene vor, das dem ihren sehr ähnlich war. Unsere Kultur aber ändert sich mit solch einer Geschwindigkeit, dass dies nicht mehr möglich ist. Man weiß, dass von hundert Kindern, die heute auf einem Schulhof spielen, fünfzig Berufe ausüben werden, die heute noch gar nicht existieren. Die Väter können ihre Kinder also gar nicht auf ein Leben, wie sie es führen, vorbereiten. Der Wandel der Gesellschaft geht zu schnell voran.“ Konstant aber bleibt die persönliche Beziehung. Für sie zählt nicht, was der andere hat – Geld, Güter, Ideen, sondern was er ist: Vater, Sohn, Mutter, Tochter, Freund – Menschen, Gesichter mit Namen. Für sie lebt man Solidarität.

Hier kommt das Proprium, das Wesentliche, die Urfunktion des Vaters zum Vorschein. Er schützt. Er garantiert die Konstante der personalen Beziehung. Er ist Garant des familiären Konsenses. Vieles kann er mit der Mutter oder mit den Kindern oder mit

allen gemeinsam tun. Die Rückversicherung für das Miteinander-Auskommen, der Schutz für die Intimität der Familie, der Mantel über Verfehlungen, der die Blößen der Person bedeckt. Eines ist ihm eigen: Der Vater ist der Garant des konsensualen Lebens in der Familie, er ist der Wächter der Solidarität.

Konsens setzt Kommunikation voraus. Das bedeutet nicht nur reden. Mehr noch gehört dazu das Zuhören. Die Klassiker ordneten die Solertia, die Tugend des Zuhören-Könnens, zur Kardinaltugend der Klugheit. Der Sachverhalt ist eigentlich selbstverständlich: Wer nicht zuhört, manchmal sogar die Zwischentöne heraushört, der kann nicht nur die rationalen und emotionalen Tatbestände eines Argumentes nicht wirklich wahrnehmen, er wird auch zum „verbretterten“ Oberlehrer, mit dem es sich nicht lohnt zu diskutieren. Kaum etwas kann im Bemühen um Erziehung schlimmer sein als dieser Vorwurf: „Der hört gar nicht zu, meine Befindlichkeit interessiert ihn nicht, mit dem ist ein Gedankenaustausch gar nicht möglich.“ Denn das würgt die Beziehung ab und kann sie sogar ersticken. Das Hinhören ist wie die Aufnahme des Sauerstoffs. Erst luftholen, dann reden.

Der permanente Austausch im Beziehungsprozess in der Familie, lehrt der spanische Familienforscher Pedro Juan Viladrich, muss geschützt und garantiert werden. Das sei vor allem die Aufgabe des Ehemannes und Vaters. Deshalb gelte er noch weiterhin als „Familienoberhaupt“. Viladrich erklärt: „Oberhaupt bedeutet keineswegs eine Art von Herrschaft des männlichen Elementes aufgrund einer körperlichen Überlegenheit. Es bedeutet, dass es jemanden geben muss, der die gegenseitige Achtung, die gleichberechtigte und wahre Teilnahme am Meinungsaustausch zwischen Mann und Frau und in der Familie als Dienst an der gemeinsamen Lebensgestaltung wahrnimmt, deckt und rückversichert. Diese Aufgabe kommt in erster Linie dem Mann und Vater zu. Er trägt hier besondere Verantwortung für die Eintracht in der Familie, für den Schutz der liebevollen Atmosphäre. Das heißt es, ein Mann zu sein.“ Wächter der Solidarität, Garant des Konsenses. Das ist der spezifische

Beitrag des Vaters zur gemeinsamen Lebensgestaltung, beim Vorbildsein für die Partnerwahl, beim Austarieren des Gefühlshaushalts. Wunderbar hat das der Psychotherapeut und mehrfache Buchautor Wolfgang Bergmann in seinem jüngsten Buch „Disziplin ohne Angst“ so formuliert: „Kinder brauchen die Mütter und ihre Bindungsinzigkeit, um sich den Vätern vertrauensvoll zuzuwenden, und sie benötigen die Geborgenheit beim Vater, um befreit zum Mütterlichen zurückzukehren oder anders: Die Vermischung des Männlichen und Weiblichen ist eine seelische und körperliche Basis für ein glückliches Kinderleben.“ Diese Komplementarität schafft emotionale Stabilität.

Und die Autoritätsfrage? Eine kurze Feldumfrage unter den Jugendlichen im Hause des Autors zu diesem Thema ergab erstaunliche Antworten. Thomas, der älteste der sieben Jungen, meinte: „Väterliche Autorität – wir müssen schon Respekt haben, das gehört auch zur Freundschaft. Das darf aber nicht übertrieben werden. Ich würde sagen, wir dürfen keine Angst haben.“ Wie sich das denn konkret äußere, will der „Alte“ wissen. Thomas: „Man muss immer alles fragen dürfen.“ Eine wunderbare Definition von Autorität. Denn hinter solch einer Definition steht Vertrauen. Das allerdings macht den „Vaterjob“ manchmal etwas schwierig. Denn die nahezu universale Antwortkompetenz wird dem „Alten“ nicht nur aufgrund der natürlichen Autorität zugeordnet, sondern, schwieriger noch, auch abverlangt.

Er ist die Person, die die Welt auf das handliche Maß der Familie reduziert, die weiß, wie und warum die Menschen auf den Mond fahren, warum der Tidenhub im Norden der Bretagne der größte der Welt ist, wohin die Erde sich dreht und die sogar weiß, warum man trotzdem in die Schule muss, obwohl man auch zu Hause alles lernen könnte. Das in Vater (vielleicht mehr noch in die Mutter) gesetzte Vertrauen ist riesig, die Verantwortung auch. Heikel wird es dann, wenn Konkurrenz auftritt. Das kann ein Lehrer sein, der etwas besser weiß (kommt ziemlich häufig vor). Das kann der Freund sein, der Besitzansprüche auf eine Hand der Tochter

und – unausgesprochen – natürlich auch auf alles andere anmeldet, obwohl man über die Beziehung nicht glücklich ist.

Quelle des Gemeinsinns

Das kann ein Studium sein, zu dem man immer geraten hat, das aber plötzlich auch Geld kostet. Das kann der Führerschein sein, den man versprochen hat, falls bis zum 18. Lebensjahr nicht geraucht wird und plötzlich ist dieser Geburtstag da und das Anmeldeformular mit den entsprechenden Gebührenforderungen auf dem Tisch. Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der väterlichen Autorität grenzt manchmal schon an Überforderung. Aber es zählt das gesprochene Wort im Kreis der Familie. Ausflüchte von wegen Beruf und Arbeit zählen nicht. Da droht Gesichtsverlust und, schlimmer noch, das Platzen pädagogischer Weisheiten und Ratschläge.

Alexander Mitscherlich hat die Spannung zwischen Erziehungsfunktion und Arbeitswelt der Väter psychologisch untersucht. In seinem Buch „Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft“ spricht er von der „Entleerung der Autorität“. Der klassenlose Massenmensch habe den Vater sowohl als Vorbild wie als Quelle der Autorität verworfen. Es fehle „die verbindliche, anschauliche väterliche Unterweisung im tätigen Leben“, die „verlässliche Tradition“ entfalle, weshalb man sich mehr am Verhalten der Altersgenossen orientiere. „Die peer group wird zur Richtschnur des Verhaltens.“ Das habe gravierende Folgen für den Strukturaufbau der Gesellschaft. Denn die kommt nicht ohne Autoritäten aus. Es müssen aber Autoritäten sein, die dienen und nicht herrschen.

Die Anerkennung von Autoritäten fängt in der Familie an. Auch deshalb ist „die Familie der Kern aller Sozialordnung“ (Benedikt XVI.). Die Familie – also Vater, Mutter, Kinder – ist die Quelle der dienenden Autorität, des Gemeinsinns und der Solidarität. Das Kind braucht beide Eltern. Deshalb kann es für den Vater vielleicht Ersatzspieler und Ersatzmänner geben, das Original, der Stammspieler, bleibt die natürlichste und sicherste Variante. Er sollte in Forschung, Arbeitswelt und Leben nicht weiter auf die lange Bank gesetzt werden. □

Der Große Bruder wird legal

**Marxismus pur: Kindeswohl und Elternrecht sollen entkoppelt werden
Wie der Staat sich zum ersten Erzieher aufschwingt**

VON JÜRGEN LIMINSKI

Auf den ersten Blick kann man dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 02.04.2008 eigentlich nur zustimmen: Wenn der Vater sein Kind, das aus einer unehelichen Beziehung stammt, nie gesehen hat und nicht sehen will, dann sollte man ihn auch nicht dazu zwingen. Erst recht nicht, wenn er ansonsten seinen Unterhaltspflichten nachkommt und auch das Kind ihn nicht sehen will. Kindeswohl geht vor. Aber beim zweiten Blick kommen Zweifel. Muss man Kinder nicht manchmal zum Guten drängen? Etwa bei den Hausaufgaben, beim Essen, beim Aufräumen? Wieviel mehr dann, wenn es um die Identität des Kindes geht, wenn das Kind wissen wollte, wer der Mann ist, dessen – verflüssener – Liebe es sein Leben verdankt.

Eltern müssen die ersten Erzieher der Kinder bleiben

Für den zweiten Blick hat der Gesetzgeber den Paragraphen 1684 des Bürgerlichen Gesetzbuches erfunden, der die Eltern nicht nur zum Umgang mit dem Kind berechtigt, sondern auch verpflichtet. Und nicht nur das. Das Grundgesetz selbst bestimmt in Artikel 6: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ Man kann die väterlichen Pflichten nicht auf Zahlpflichten beschränken. Hätte das Kind selbst den Wunsch nach einer Begegnung geäußert, sähe die Sache wohl anders aus. Das Gericht hat mit beiden Augen den Einzelfall betrachtet und beide Blicke zusammen ergaben das Urteil.

Das Recht und die Pflicht der Eltern als erste („zuvörderste“) Erzieher ist damit nicht aufgehoben. Es wäre geradezu einäugig, wenn man dieses Urteil als Begründung für eine weitere Entmündigung der Eltern und eine Stärkung der Ämter und des Staates ansehen wollte. Man kann Kindeswohl und Elternrecht nicht gegeneinander ausspielen, sie gehören zusammen. Hier ist aber leider eine unheilvolle Entwicklung zu beobachten, die unter dem Etikett Kindeswohl von Justiz- und Familienministerium betrieben wird und die es den Ämtern erleichtern soll, Eltern ihre Kinder schlicht wegzunehmen. Hierzu wäre eigentlich auch ein Urteil mit offenen Augen für die Wirklichkeit von Familien fällig.

Dieses Urteil wird früher oder später kommen. Denn gerade das jetzt ergangene Urteil vom 1. April wird von den Betreibern der elterlichen Entmündigung, Justizministerin Zypries und Familienministerin von der Leyen, als Bestätigung ihrer Politik aufgefasst, obwohl bei genauerem Hinsehen dieses Urteil eine solche Bestätigung nicht hergibt. Dessen ungeachtet jubelt Frau Zypries: „Die Entscheidung gibt uns Rückenwind für unsere gesetzgeberische Arbeit“. Sie verweist sogar ganz offen auf die geplante Reform des Strafgesetzbuches (StGB) und des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), mit der Familiengerichte demnächst sehr viel früher als bisher in Familienstrukturen eingreifen könnten – vermutlich auch sollen „um die Eltern zu zwingen, ihr Kind in eine Kindertagesstätte abzugeben. Die Novellierung des BGB ist im Gang, und bereits am kommenden Dienstag findet die erste Lesung für die Novellierung des StGB im Bundestag statt.

Familienexperten sind in großer Sorge

Experten schlagen Alarm. Während etliche Verbände schweigen oder gar zustimmen – nicht wenige sind durch Subventionen vom Familienministerium abhängig –, weisen das „Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit“ und das „Familiennetzwerk“ darauf hin, dass mit diesen Reformschritten die Elternrechte ausgehöhlt werden und der Staat sich in Form von Familiengerichten und Jugendämtern zum

gleichberechtigten, mitbestimmenden Erzieher aufschwingt. Diese Tendenz wird durch das jüngste Urteil keineswegs gedeckt oder gefördert. Das Heidelberger Familienbüro schreibt treffend dazu: „Tatsächlich haben die Verfassungsrichter das grundgesetzlich garantierte Elternrecht bekräftigt, indem sie die zentrale Bedeutung von Müttern und Vätern für das Kindeswohl hervorheben.“

In der Tat heißt es in der Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Urteil: „Die in § 1684 BGB gesetzlich statuierte Pflicht eines Elternteils zum Umgang mit seinem Kind ist eine zulässige Konkretisierung der den Eltern grundrechtlich zugewiesenen Verantwortung für ihr Kind [...] Die Pflicht der Eltern zur Pflege und Erziehung ihres Kindes besteht nicht allein gegenüber dem Staat, sondern auch ihrem Kind gegenüber. Mit dieser elterlichen Pflicht korrespondiert das Recht des Kindes auf Pflege und Erziehung durch seine Eltern aus Art. 6 Abs. 2 GG [...] Recht und Pflicht sind vom Gesetzgeber näher auszugestalten. Da ein Umgang zwischen Eltern und Kind dem Wohl des Kindes und seiner Entwicklung grundsätzlich zugute kommt, hat der Gesetzgeber in § 1684 BGB die Eltern zum Umgang mit ihrem Kind verpflichtet und damit angemahnt, dass sie ihrer Verantwortung gegenüber dem Kind nachkommen.“

Mit anderen Worten: Die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten im Falle elterlichen Erziehungsversagens waren ausdrücklich nicht Gegenstand

der Entscheidung des Gerichts gewesen. Es ging um die Grenzen des elterlichen Umgangsrechts, nicht um die Durchsetzung der Umgangspflicht oder gar die Ersetzung des elterlichen Umgangsrechts durch Vater Staat. Es gibt also, so das Heidelberger Büro, „keine neuen verfassungsrechtlichen Argumente, die die Bundesregierung für ihre angestrebte Einschränkung der Elternrechte in Anspruch nehmen könnte“.

Genau das versuchen die Ministerinnen Zypries und von der Leyen mit den hinter ihnen stehenden Ideologen der staatlichen Erziehung und Familienführung in ihren jeweiligen Ministerien. Denn die Novellierung zielt – darauf weist das Familiennetzwerk in seiner Stellungnahme zum Kinderförderungsgesetz hin – ab auf eine Entkoppelung des Kindeswohls vom Elternrecht und damit auf eine Nivellierung des Elternrechts aus Artikel 6, indem es die ebenfalls in Artikel 6 stehende Wächterfunktion des Staates aufwertet und nicht nur auf gleiche Augenhöhe mit dem Elternrecht bringt, sondern Vater Staat, besser den Großen Bruder Staat, sogar mitbestimmend von oben herab auf

die Eltern schauen lässt. Dass diese Absicht mit dem freiheitlichen Geist des Grundgesetzes nichts mehr zu tun hat, ist evident.

Noch haben nach Artikel 6 des Grundgesetzes die Eltern die Hauptverantwortung. Diese Rückbindung an das Grundgesetz wird durch die Streichung entsprechender Passagen in den neuen Gesetzestexten gekappt. Damit sprechen sich die zuständigen Politikerinnen – und deren Parteien – faktisch ein Kontrollrecht, mithin ein Definitionsrecht über die Gestaltung der Erziehung zu. Das Familiennetzwerk formuliert es so: „Damit stehen sich Eltern und Staat künftig gleichberechtigt in Fragen der Kindererziehung gegenüber: Der Staat kann mitbestimmen, was gut für das Kind ist, statt über die Betätigung der elterlichen Erziehung schützend im Interesse des Kindeswohls zu wachen.“ Der Wächter mit seinen ganz anderen Interessen wird zum Erzieher. Das Kind ist nicht mehr geliebte Person, es wird zum Objekt der Manipulation im Sinne einer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Das ist Marxismus pur. Marx und Engels fassten dieses Bestreben in die Einheits-Formel: Er-

ziehung und Produktion zusammen. Die Gesellschaft habe zu bestimmen, nicht die Eltern.

Ein neues Menschenbild ohne Liebe und ohne Bindung

Die Sozialisierung des Kindeswohls und die Herabstufung der Eltern zu gesellschaftlichen Funktionsträgern ist nicht neu. Man kennt das schon aus dem Zweiten Familienbericht. Allerdings war es bisher den Ideologen im Familienministerium noch nicht gelungen, diese an utopische Romane wie „schöne neue Welt“ von Aldous Huxley oder „1984“ von George Orwell erinnernden Absichten in Gesetzestexte zu gießen. Davor stehen wir nun. Mit der Option zur totalen Vergesellschaftung und Instrumentalisierung des Menschen entsteht unter dem kalten Auge des Großen Bruders Staat ein neues Menschenbild ohne Liebe und ohne Bindung. Der große Bruder wird legale Wirklichkeit. Und die CDU kann sagen: Wir haben mitgemacht. □

Hinweis: Weitere Informationen unter www.heidelberger-familienbuero.de und www.familie-ist-zukunft.de

Ehe und Weltfrieden:

Benedikt XVI. sieht Zusammenhang zwischen Ehe und Weltfrieden

Neue Studie in den USA beleuchtet 111 diesbezügliche Stellungnahmen des Papstes

Eine neue Studie verdeutlicht die originelle Wendung, die Benedikt XVI. den Gesprächen über eine mögliche Beendigung globaler Konflikte gegeben hat: Er bekräftigt nämlich, dass die Achtung vor der Ehe wesentlich sei, will die Welt tatsächlich in Frieden leben. „POPE BENEDICT XVI ON MARRIAGE: A COMPENDIUM“ (Papst Benedikt XVI. über die Ehe: Ein Kompendium) wurde im April am Vorabend des Papstbesuchs in den USA vom Institute for Marriage and Public Policy veröffentlicht, das im US-Bundesstaat Virginia angesiedelt ist. Die Studie weist darauf hin, dass Benedikt XVI. in den beinahe drei Jahren seines Pontifikats bei 111 Gelegenheiten über die Ehe gesprochen und sie mit Themen wie Menschenrechte, Weltfrieden oder Dialog zwischen Glaube und Vernunft in Verbindung gebracht habe.

Maggie Gallagher, Präsidentin des „Institute for Marriage and Public Policy“, erklärte: „Immer wieder hat er klar gemacht, dass die Debatte um Ehe und Familie grundlegend und keineswegs nebensächlich

ist, um die menschliche Person zu verstehen und unsere menschliche Würde zu verteidigen.“ In der Studie werden die Kommentare beleuchtet, die der Papst etwa beim Empfang der neuen US-Botschafterin beim Heiligen

Stuhl oder in seiner Botschaft zum diesjährigen Weltfriedenstag am 1. Januar 2008 zu dieser Thematik abgegeben hat.

Auch auf die Ansprache des Heiligen Vaters an die Mitglieder des Exe-

kutivsausschusses des Weltverbandes der christlich-demokratischen und zentristischen Parteien „*Centrist Democrat International*“ wird hingewiesen. Damals, am 21.09.2007, sagte Benedikt XVI. im Empfangssaal in der päpstlichen Sommerresidenz Castel Gandolfo: „*Einige meinen, dass die menschliche Vernunft nicht in der Lage sei, die Wahrheit zu erfassen, und daher unfähig, das Wohl anzustreben, das der Würde der Person entspricht. Einige halten auch die Zerstörung des menschlichen Lebens in seiner vorgeburtlichen Phase oder in seiner Endphase für rechtmäßig. Besorgnis erregend ist darüber hinaus die Krise, in der sich die Familie befindet, die Keimzelle der Gesellschaft, die auf der unauflöslichen Ehe zwischen einem Mann und einer Frau gründet. Die Erfahrung zeigt: Wenn die Wahrheit des Menschen verletzt wird, wenn die Fundamente der Familie untergraben werden, dann ist der Friede selbst gefährdet, dann droht das Recht Schaden zu nehmen und man geht, als logische Folge daraus, Ungerechtigkeiten und Gewalt entgegen.*“

Gallagher räumte ein, dass die Aufnahme der Ehe in den Katalog jener Bedingungen, die für die Stiftung des Weltfriedens unentbehrlich sind, vielen Amerikaner als Kuriosum erscheine. Aber: „*Wenn dem so ist, dann hat Benedikt XVI. verdeutlicht, dass es kein unbeabsichtigtes Kuriosum ist.*“ Die Wissenschaftlerin bekräftigte: „*Das kurze Pontifikat Benedikts XVI. bedeutet schon jetzt eine Zurechtweisung all jener Stimmen unserer Zeit, die danach trachten, dass wir uns schämen oder verlegen sind, weil wir uns um die Ehe sorgen und um Themen, die mit den beiden Geschlechtern zu tun haben; die sich darum bemühen, dass wir die moderne Ehedebatte als etwas sehen, was bloß von wichtigeren Dingen ablenkt.*“

Der Papst, so Gallagher, „*verknüpft Leben und Ehe, die menschliche Person in der Menschheitsfamilie, mit den fundamentalsten internationalen Themen wie Friede und Menschenrechte, mit denen wir heute konfrontiert sind.*“

(ZENIT.org)

Wie Katholiken in den USA die Ehe sehen

Ergebnisse einer im Auftrag der US-Bischöfe durchgeführten Umfrage

Die Ergebnisse einer von der US-Bischofskonferenz in Auftrag gegebenen Erhebung zum Thema Ehe gäben Grund zu Hoffnung und Dankbarkeit, stimmten aber auch nachdenklich, erklärte vor kurzem Erzbischof Joseph Kurtz, Vorsitzender des bischöflichen Kommission für Ehe und Familie.

Sieben von zehn US-Katholiken hatten angegeben, „*einigermaßen*“ mit der katholischen Lehre über die Ehe vertraut zu sein, rund ein Drittel hatten bekundet, mit ihr „*sehr vertraut*“ zu sein. Nach der Studie werden zudem rund 70 % aller katholischen Ehen in den USA kirchlich geschlossen oder zumindest gesegnet.

Angesichts der Tatsache, dass nur eine schwache Mehrheit der Katholiken der Auffassung ist, über die Ansichten der Kirche bezüglich Ehe immerhin „*ein wenig*“ informiert zu sein, wies der Erzbischof von Kentucky darauf hin, dass zwischen praktizierenden Katholiken, die wöchentlich zur Messe gehen, und jenen unterschieden werden müsse, die das nicht tun. Erstere seien mit größerer Wahrscheinlichkeit besser über katholische Inhalte informiert, würden kirchlich heiraten und katholische Ehepartner wählen.

Die Untersuchung, die der kirchlichen Ehe- und Familienpastoral dienlich sein soll, verrät noch einen weiteren Zusammenhang: Kinder, deren Eltern nicht in Scheidung gelebt haben, wollen eher heiraten. Dies zeige die Macht des positiven Beispiels von Treue, kommentierte Erzbischof Kurtz.

Generell sei der familiäre Hintergrund für viele Menschen ausschlaggebend für die eigene Entscheidung. Die Prägung in Sachen Ehe und Familie gehe in erster Linie von den eigenen Eltern aus. Dies könne im Hinblick auf die nächsten Generationen gar nicht hoch genug angeschlagen werden. „*Wird der Einfluss positiv oder negativ sein? Das ist die Kernfrage*“, so der Würdenträger.

Die Katholiken der Vereinigten Staaten unterscheiden sich kaum vom Rest der amerikanischen Bevölkerung, was Ehestatus, Alter bei der Eheschließung oder Scheidungsrate anlangt: 23 % aller katholischen Ehen werden geschieden. 12 % davon bleiben getrennt, und 11 % heiraten wieder oder leben mit einem Partner.

Wenn Eheprobleme auftreten, nehmen die Katholiken, wie Erzbischof Kurtz darlegte, nicht immer die Hilfe der Kirche in Anspruch, obwohl ein gutes Angebot bestehe. Die Kirche müsse sich daher verstärkt darum bemühen, den Ehepaaren noch besser in ihrem Wachstum in Glück und Heiligkeit unterstützend entgegenzukommen, und dies das ganze Eheleben hindurch.

Die Umfrage datiert vom Juni des vergangenen Jahres und umfasst einen Kreis von etwa 1.000 Personen, die sich selbst als katholisch bezeichnen. Der Unschärfbereich liegt bei rund 3 %. (ZENIT.org)

Gesellschaft nah und fern:

Bedrohung des Friedens in Europa?

Die Gefahr des Rechtspopulismus in Westeuropas Gesellschaften

VON FRANK GELDMACHER UND ANDREAS RAUCH¹

Wie Papst Benedikt XVI. in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung in New York am 18. April 2008 ausführte, sollte die Weltgemeinschaft Frieden und Menschenrechte nach Innen und nach Außen verwirklichen. Aber mit dem Frieden nach Innen ist es in Europa gegenwärtig nicht immer zum Besten bestellt. Das wird vor allem am Problem des Rechtspopulismus in Europa deutlich, der mitunter die Würde des Menschen infrage stellt, so wie es häufig im Auftreten und medialen Wirken der Rechtspopulisten zum Ausdruck kommt.

So kam es seit Ende der achtziger Jahre in zahlreichen westeuropäischen Ländern zur Etablierung einer neuen und zugleich neuartigen Parteienfamilie, für die sich in der Wissenschaft und im Journalismus der Begriff „neuer Rechtspopulismus“ eingebürgert hat.² Neu, da es bereits

in der ersten Hälfte des 20. Jhs. einen rechten Populismus gab.³

Als die rechtspopulistischen Parteien der Front National in Frankreich, der Vlaams Blok in Belgien, die FPÖ in Österreich und die Lega Nord in Italien damals ihre ersten



Neonaziaufmarsch am 2. April 2005 in München
(Quelle: Wikipedia.org)

Wahlerfolge erzielten, hielt man es in Europa noch für ein ausgewähltes Phänomen, das durch ein größeres Maß an Aufklärung und politischer Bildung überwunden werden könnte. Man erwartete also, dass die Parteien entweder viele ihrer Stimmenanteile wieder einbüßen bzw. über kurz oder lang wieder aus dem Parteiensystem verschwinden würden. Die Folgezeit sollte diese Erwartung jedoch gründlich widerlegen.⁴

Die genannten Rechtspopulisten konnten ihre Stimmenanteile nicht nur halten, sie konnten ihre Stimmenanteile sogar zum Teil weiter ausbauen und sind heute etablierte Parteien in ihren jeweiligen Ländern geworden. Des weiteren hat sich das Phänomen des Rechtspopulismus auch auf zahlreiche andere westeuropäische Na-

tionen und ebenfalls auch auf einige Staaten in Mittel- und Osteuropa ausgebreitet.⁵

Rechtspopulismus in Deutschland

Deutschland scheint bis jetzt gegenüber diesem Phänomen auf Bundesebene immun zu sein. Die Bevölkerung weiß verantwortungsvoll mit ihrer Vergangenheit umzugehen und hat die rechtsextremistischen Parteien noch nicht in den Bundestag gewählt, was sich mit großer Sicherheit auch in den nächsten Jahren nicht ändern wird.⁶ Der Rechtspopulist Roland Schill hatte vor einigen Jahren durchaus Erfolg in Hamburg, jedoch verwirkte er sich einen Durchbruch auf Bundesebene durch seinen dilettantischen Politikstil selber.⁷

Der geringe Erfolg der Rechtspopulisten in Deutschland hat mehrere Ursachen. Die Rechtsextremisten haben in Deutschland aufgrund des geschichtlichen Erbes einen sehr schwierigen Stand, und ihnen stehen zusätzlich noch die CDU und die CSU gegenüber, die viele Themen in Fragen der Ausländerpolitik – was das erfolgreichste Mobilisierungsterrain der Rechtspopulisten in Deutschland ist – bereits in moderater Form vertreten, wodurch die Rechtspopulisten hier nur wenig Spielraum haben.⁸ Zu-

1 Frank Geldmacher ist Lehrer am christlichen Gymnasium in Oud-Beyerland bei Rotterdam und er promoviert gegenwärtig an der Universität von Amsterdam.

Dr. Andreas Rauch ist Gymnasiallehrer im kirchlichen Dienst, Professor ehrenhalber und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln, Mitglied im Förderverein der Jugendoffiziäre, des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr und Mitglied der Görres-Gesellschaft.

2 Zum folgenden Abschnitt über den Rechtspopulismus siehe vor allem: Decker, F.: Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004. Decker, F. (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden 2006. Werz, N. (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003. Fröhlich-Steffen, S./Rensmann L. (Hrsg.): Populisten an die Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005. und Geldmacher, Frank / Rauch, Andreas M.: Das Ende der multikulturellen Gesellschaft – Rechtspopulismus im Wertebewusstsein der Niederländer, Die Neue Ordnung (Nr. 1 / 2008).

3 Ein Werk, welches sehr detailliert auf den „alten“ Rechtspopulismus eingeht, ist: Lukacs, John: Democracy and Populism – Fear and Hatred, London 2005.

4 Vgl.: Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, S. 9ff.

5 Vgl.: Decker, Frank: Die populistische Herausforderung – Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden 2006, S. 9-32.

6 Vgl. hierzu u. a.: Decker, Frank/Hartleb, Florian: Populismus auf schwierigem Terrain – Die rechten und linken Herausforderungen in der Bundesrepublik, in: Decker, F. (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden 2006, S. 191-215. und vgl.: Kailitz, Steffen: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Einführung, Wiesbaden 2004.

7 Vgl.: Hartleb, Florian: Rechts- und Linkspopulismus – Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004. und vgl.: Decker, Frank/Hartleb, Florian: Das Scheitern der Schill-Partei als regionaler Machtfaktor – Typisch für Rechtspopulismus in Deutschland?, in: Fröhlich-Steffen, S./Rensmann L. (Hrsg.): Populisten an die Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005, S. 105-120.

8 Vgl.: Decker, Frank.: Der neue Rechtspopulismus und Werz, Nicolaus: Das Phänomen des „Populismus“ in der

sätzlich fehlt den Parteien in Deutschland eine charismatische Führerfigur, der es gelingen könnte, große Wählergruppen zu mobilisieren. Ebenfalls finden die Rechtspopulisten in der Bundesrepublik – im Vergleich zu unseren Nachbarländern – in den Medien kaum Unterstützer. Ganz im Gegenteil, sie finden in den Medien nur selten eine Plattform, auf der sie sich profilieren könnten und werden oft von vorneherein durch die Medien diskreditiert. Viele Moderatoren sind keineswegs geübt im Umgang mit Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, was Harald Bergsdorf sehr gut am Beispiel der Bundesrepublik ausgeführt hat,⁹ und scheuen daher den Kontakt mit ihnen.

Rechtspopulismus in Europa

Deutschlands westeuropäische Nachbarn haben mit Ausnahme von Luxemburg alle rechtspopulistischen Parteien, die auch alle in naher Zukunft nicht so schnell von der politischen Bildfläche verschwinden werden. Was also in den achtziger Jahren als Randerscheinung begann, ist heute aus dem europäischen Parteiensystem (wenige Ausnahmen bilden u. a. Großbritannien, Irland und Spanien, wobei Griechenland bis Mitte des Jahres 2007 auch noch dazu zählen durfte) nicht mehr wegzudenken. Seit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Januar 2007 in die Europäische Union sind die rechtsextremen Parteien (viele der Rechtspopulisten sind in anderen Fraktionen) auch mit einer Fraktion, der „Identität, Tradition und Souveränität“ (ITS), im Europaparlament in Straßburg vertreten.¹⁰

In Dänemark und Norwegen waren die neugegründeten Rechtspopulisten schon in den siebziger Jahren erfolgreich und konnten nach einer kleinen Pause Ende der achtziger Jah-

re mit einer veränderten politischen Agenda wieder an ihre alten Erfolge anknüpfen. Heute sind die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) und die norwegische Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet) so stark wie noch nie zuvor. In Norwegen konnte die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung ohne die Rechtspopulisten von 2001-2005 nicht regieren, wodurch sie sehr einflussreich wurde. 2001 erzielte sie noch 14,6 % der Wahlstimmen und 2005 waren es 22,1 %. Die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti), die sich 1995 von der Dänischen Fortschrittspartei (heute ist diese rechtspopulistische Partei in der Bedeutungslosigkeit verschwunden) abgespalte, toleriert heute die dänische liberal-konservative Regierung von Premierminister Rasmussen. Sie erzielte 2005 ihr bis dahin bestes Ergebnis von 13,3 %.¹¹

In der Schweiz vollzog sich eine Transformation der Schweizer Volkspartei unter Christoph Blocher erst in den neunziger Jahren zum Rechtspopulismus: Nach der Transformation – der bereits etablierten Partei – zum Populismus avancierte sie in der Folgezeit zur stärksten Kraft im Lande.¹²

Italien ist ein absoluter Sonderfall. Hier sind die Rechtspopulisten so stark, dass sie sogar die Oberhand in der Regierung von 2001-2006 hatten. Die Regierung Berlusconi bestand unter anderem aus den drei rechtspopulistischen Parteien der Alleanza Nazionale, der Lega Nord und der Forza Italia Berlusconis. Berlusconi hatte sogar die längste Regierungszeit eines

italienischen Ministerpräsidenten in der Nachkriegszeit inne.¹³ Nach den Parlamentswahlen 2006 ist Romano Prodi mit seiner Mitte-Links-Regierung bis 2008 der neue Ministerpräsident Italiens gewesen. Seine Regierung zerbrach, was auch niemanden verwundern kann, da seine Koalition ein bunter Haufen aus u. a. Kommunisten, Sozialisten, Liberale, Grünen und Christdemokraten mit einer schwachen Mehrheit war. Die Koalition verband vor allem eines, nämlich das Verhindern einer dritten Amtszeit von Berlusconi. Im April 2008 entschieden sich die Italiener das dritte Mal für Berlusconi.

Die FPÖ und die neue Partei BZÖ von Jörg Haider sind heute beide in Österreich im Parlament vertreten, jedoch ist die Regierungsverantwortung für Jörg Haider, nach seinem einstigen Regierungsdebakel, erst mal in weite Ferne gerückt.¹⁴

In Belgien sorgt eine Absprache der etablierten Parteien dafür, dass weder der rechtsextreme Vlaams Belang (früher Vlaams Blok, bevor dieser verboten wurde) noch der rechtsextreme Front National im wallonischen Teil Belgiens in Regierungsverantwortung kommen. Diese Absprache, „cordon sanitaire“ genannt, hatte anfänglich noch die Hoffnung, dass vor allem der viel stärkere Vlaams Belang in der Bedeutungslosigkeit verschwinden würde, wenn man ihn nicht an der Regierung teilhaben lassen würde. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht; der Vlaams Belang wird von Wahl zu Wahl stärker und heute ist es ungewiss, ob der „cordon sani-

politischen Landschaft Deutschlands, in: Thadden, Rudolf von/Hofmann, Anna (Hrsg.): Populismus in Europa – Krise der Demokratie?, Göttingen 2005, S. 101-108.

9 Vgl.: Bergsdorf, H.: Rechtsextreme Populisten im Fernsehen. Diagnose und Therapie, Die Neue Ordnung, 1 / 2007, S. 52-56.

10 Was diesen Parteien bis dahin noch nicht gelungen ist, da sie die erforderliche Anzahl von 20 Mitgliedern aus sechs Ländern bis dato nicht erreichen konnten.

11 Vgl. u. a.: Rydgren, Jens: Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit – Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark, in: Decker, F. (Hrsg.): Populismus, S. 165-190. und: Decker, Frank.: Der neue Rechtspopulismus, S. 97-106 und: Scharsach, Hans-Henning: Rückwärts nach rechts – Europas Populisten, Wien 2002, S. 152-159. und: Gruner, Wolf. D./Woyke, Wichard: Europa-Lexikon – Länder, Politik, Institutionen, München 2004, S. 78-85 und S. 118-125.

12 Vgl.: Fröhlich-Steffen, Susanne: Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien – Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden, in: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus, S. 144-164. und Frank.: Der neue Rechtspopulismus, S. 85-96.

13 Vgl.: Decker, Frank.: Der neue Rechtspopulismus, S. 39-52. und: Grassi, Mauro/Rensmann, Lars: Die Forza Italia: Erfolgsmodell einer populistischen Regierungspartei oder temporäres Phänomen des italienischen Parteiensystems, in: Fröhlich-Steffen, S./Rensmann L. (Hrsg.): Populisten an die Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005, S. 121-146.

14 Vgl.: Pelinka, Anton: Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition, in: Fröhlich-Steffen, S./Rensmann L. (Hrsg.): Populisten an die Macht, S. 87-104. und: Geden, Oliver: Diskursstrategien im Rechtspopulismus – Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden 2006.

taire“ nicht in naher Zukunft zerbrechen wird. Im Nachhinein kann natürlich niemand sagen, ob der Weg der Isolation die bessere Lösung war. Niemand kann wissen, ob sich der Vlaams Belang nicht vielleicht selber, wie die FPÖ in Österreich oder die LPF in den Niederlanden, durch Regierungsverantwortung zu tragen, „entzaubert“ hätte.¹⁵

Die Niederlande haben heute, mehrere Jahre nach dem Erfolg von Pim Fortuyn noch stets Rechtspopulisten im Parlament. Geert Wilders und seine PVV (Partij voor de Vrijheid) sorgen gerade im Ausland immer wieder für großes Aufsehen. Hinzu kommt noch eine neue Partei (TON, „Trots op Nederland“, zu Deutsch „Stolz auf Nederland“) der ehemaligen Integrationsministerin Rita Verdonk. Die Niederlande haben ebenfalls wie Deutschland eine sehr starke linkspopulistische Partei. Die sozialistische Partei (SP) würde nach heutigen Prognosen zusammen mit der TOS und der PVV auf etwa ein Drittel der Stimmen kommen.¹⁶

In Frankreich stellt die rechtsextreme Front National lediglich ab und zu einige Bürgermeister, jedoch schaffte es Jean-Marie Le Pen 2002 zu einer Sensation, als er im Präsidentschaftswahlkampf als Zweitplatzierte im ersten Wahlgang in die Stichwahl einzog. Jacques Chirac erhielt im zweiten Wahlgang 82,06 % der Stimmen und Le Pen 17,94 %, was auf nationaler Ebene das höchste Ergebnis des Front National war.¹⁷

Was die Politik einer rechtspopulistischen Partei in Regierungsverantwortung in Osteuropa kennzeichnet,

ließ sich in den letzten Jahren am Beispiel der Politik des Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski und seiner Partei „Recht und Gerechtigkeit“ in Polen verfolgen.

Deutlich wurde nun, dass der Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien auf dem Vormarsch ist bzw. dass er sich bereits in vielen Ländern etabliert hat. Was aber ist Populismus bzw. Rechtspopulismus überhaupt? Handelt es sich hier um eine besondere Ansprache an den Wähler oder ist es mehr als ein rhetorischer Stil? Der Frage nach dem Wesen des Populismus wird im folgenden Abschnitt nachgegangen.

Der Begriff des Populismus

Holtmann, Krappidel und Rehse beschreiben den „Populismus als Droge“, da er nach ihrer Auffassung bei einem gewissen Personenkreis eine Wirkung erzeugt bzw. erzeugen soll, die auf der einen Seite den Empfänger betäubt und zugleich berauscht, bis er mitunter sogar süchtig ist.¹⁸ Betäubt wird die Vernunft der Wähler, die dann durch ihre Emotionen geleitet, sich wie im Rausch durch den Populisten verstanden fühlen und so ggf. wie Süchtige der gesellschaftlichen Bewegung des Populisten folgen. Wenn nun jedoch durch den Rausch die rationale Urteilskraft betäubt wird, wird eine Grundvoraussetzung unserer demokratischen politischen Kultur in Frage gestellt. Daher ist Populismus das krasse Gegenteil einer politischen Aufklärung.

Erfolgreich vermarkten lässt sich der Populismus daher, weil die gesellschaftliche Anfälligkeit hierfür in der Regel groß ist.¹⁹ Oder wer genießt es nicht, wenn er von einer anderen Person das Gefühl erhält, in seinen Ängsten und Sorgen verstanden zu werden? Die hohe Wirkungskraft der populistisch aufbereiteten Politikvermittlung ist daher eine stetige Gefahr für unsere Demokratie.

18 Vgl.: Holtmann, Everhard/Krappidel, Adrienne/Rehse, Sebastian: Die Droge Populismus – Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006.

19 Vgl.: Holtmann, Everhard/Krappidel, Adrienne/Rehse, Sebastian: Die Droge Populismus – Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006, S. 7.

Der Populismus in Europa ist nicht nur zu Zeiten des Wahlkampfes, sondern auch im politischen Alltag allgegenwärtig. Wissenschaftler die sich mit dem Thema beschäftigen, kommen zu der Schlussfolgerung, dass die Zahl der „populistisch“ agierenden Politiker und Parteien europaweit zugenommen hat²⁰ und auch noch weiter zunehmen wird.

Die Populisten verstoßen bewusst gegen die Spielregeln des eingebürgerten Politikstils und versuchen die etablierten „Altparteien“ zu denunzieren. Pathologische Politikvermittlung, Polarisierung, Protest und Provokation sind Merkmale der Populisten. Sie geben sich als die Stimme des Volkes, als einzig wahres Sprachrohr aus.²¹

Populistische Parteien probieren gegenüber dem existierenden Parteiensystem externen Druck aufzubauen. Um sich „von außen“ hinreichend Gehör zu verschaffen, treten die neuen Bewegungen typischerweise in der Kombination von fundamentaler Opposition, radikaler Protestpartei und/oder Anti-Parteien-Partei auf.²²

Kriterien des Populismus

Florian Hartleb hat einen Kriterienkatalog aufgestellt, durch den sich populistische Parteien kennzeichnen lassen. Er besteht aus acht Kriterien, die auf populistische Parteien, sowohl linke als auch rechte, zutreffen:

- Anti-Partei-Partei
- Anti-Establishment-Partei
- Partei des Tabubruchs
- stark medienfokussierte Partei
- Partei einer charismatischen Führerpersönlichkeit
- Partei einer abgrenzbaren Wirkgruppe
- Plebiszitär ausgerichtete Partei
- „One-issue“-Partei.²³

20 Ich selber habe in der gesamten wissenschaftlichen Literatur niemals eine gegenteilige Position gelesen. Vgl. hierzu auch: Hauch, Gabriella/Hellmuth, Thomas/Pasteur, Paul (Hrsg.): Populismus – Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich, Wien 2002.

21 Vgl.: Holtmann, Everhard/Krappidel, Adrienne/Rehse, Sebastian: Die Droge Populismus – Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006, S. 7-45.

22 Vgl. ebd.

23 Kriterien übernommen aus: Hartleb, Florian: Rechtspopulistische Parteien, Arbeitspapier Nr. 143 / 2005, hrsg. von

15 Vgl.: Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, S. 107-122. und Ivaldi, Gilles/Swyngedouw, Marc: Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok, in: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus, S. 121-143.

16 Vgl.: Geldmacher, Frank/Rauch, Andreas M.: Das Ende der multikulturellen Gesellschaft – Rechtspopulismus im Wertebewusstsein der Niederländer, Die Neue Ordnung (Nr. 1/2008).

17 Vgl.: Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, S. 53-67 und: Ivaldi, Gilles/Swyngedouw, Marc: Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok, in: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden 2006, S. 121-143.

Dieser Kriterienkatalog müsste noch um die „streng hierarchische Parteienorganisation“ ergänzt werden, da mit dem Begriff „Partei einer charismatischen Führerfigur“ zwar deutlich wird, dass es einen „Führer“ mit charismatischer Persönlichkeit gibt, jedoch wird hier nicht deutlich, welche beinahe uneingeschränkte Machtposition der „Führer“ in einer strengen hierarchischen Parteienorganisation inne hat.

Populistische Parteien sind nicht nur durch ihren rhetorischen Ansprachestil – wie viele glauben – gekennzeichnet, sondern wie oben aufgeführt, haben diese Parteien auch viele andere Merkmale, die weit über einen rhetorischen Ansprachestil hinausgehen.

Außenpolitische Folgen des Populismus

Die nationalistische und europakritische Haltung der Populisten ist ein typisches Kennzeichen ihrer außenpolitischen Haltung. Jegliche Vertiefungsprozesse der EU werden vehement abgelehnt. Die Linkspopulisten in Europa sind gegen jegliche militärische Auslandseinsätze und zugleich auch Kritiker der NATO.

Welche Folgen Rechtspopulisten auf die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik haben können, wird an dem islamkritischen Film „Fitna“ des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders deutlich. Nicht nur, weil sich nach dem Erscheinen des Films im März 2008 die außenpolitischen Beziehungen der Niederlande mit vielen islamischen Ländern drastisch verschlechtert haben, sondern auch weil die islamischen Fundamentalisten mit häufigeren Anschlägen auf niederländische ISAF-Truppen im Süden Afghanistans drohen. Wie ernst die Drohung war, wurde bereits im März und April durch zahlreiche Anschläge deutlich. So wurden am 18.04.2008 zwei niederländische Soldaten tödlich durch ein Attentat verwundet. Einer der beiden Soldaten war der Sohn von Peter van Uhm, dem Kommandanten der niederländischen Streitkräfte in Afghanistan. Van Uhm hatte die Leitung der niederländischen Truppen in Afghanistan, erst

einen Tag vor dem schlimmen Ereignis, von Dick Berlijn übernommen.

Innenpolitische Folgen des Populismus

Populisten wirken u. a. als nützliches Korrektiv, indem Populisten auf Versäumnisse der etablierten Parteien hinweisen. Nachdem Populisten aber länger in politischer Verantwortung stehen, steht ihnen oft ihre „inhaltslose“ Politik im Weg und verhindert eine innovative und detaillierte Politik.

Die Wandlung des Parteiensystems durch das Aufkommen und Erstarken der Populisten auf der linken und rechten Seite ist heute bereits in einigen Ländern vollzogen. In vielen europäischen Ländern beeinflussen die Populisten heute so stark das Parteiensystem, dass Koalitionen, wie sie einst möglich waren, in weite Ferne gerückt sind.

In den Niederlanden sind die Populisten zur linken und rechten Seite zurzeit so stark vertreten, dass eine große Koalition aus Christdemokraten (CDA) und Sozialdemokraten (PvdA) heute nur mit Hilfe der CU (Christen Unie) möglich ist. Was hier zu beobachten ist, ist nur ein Anfang von dem, was den meisten westdemokratischen Regierungen in den nächsten Jahren bevorstehen kann, wenn die Verantwortlichen (Politik, Medien, Bildung usw.) nicht rechtzeitig die Notbremse ziehen.

Auch in Deutschland ist das Parteiensystem durch den Einzug der Linkspopulisten mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Wann und ob die alten Konstellationen aus Rot-Grün und Schwarz-Gelb überhaupt noch mal regierungsfähig sein werden, ist noch ungewiss. Was die Lösung sein wird, eine ewige Große Koalition oder eine Ampel- oder Jamaika-Koalition, oder ggf. sogar eine „Linke Koalition“ aus der SPD, den Grünen und der Linken, kann niemand sagen. Fakt ist, die Populisten haben nicht nur in den Niederlanden, sondern auch bereits in Deutschland und anderen europäischen Ländern das Parteiensystem auf den Kopf gestellt.

Eine Veränderung des Parteiensystems ist generell sogar erfreulich, da sie die politische Landschaft bewegt und die Demokratie mit neuem Leben erfüllt. Jedoch sollte man dem ganzen kritisch gegenüber stehen, wenn die

neuen Vertreter einer populistisch-unaufgeklärten Politik angehören.

Schlussfolgerung

Der unbeschwerte Umgang vieler Medien (vor allem im Ausland, da die deutschen Medien dem Populismus kritisch gegenüberstehen) mit den Populisten muss aufhören, da er eine Gefahr für eine aufgeklärte Demokratie ist.

Es geht keinesfalls darum, dass die Populisten durch die Medien isoliert werden, schließlich gehört der Kontakt zu den Medien zu den legitimen Rechten einer Partei. Bereits Voltaire bemerkte: *„Ich hasse Ihre politischen Vorstellungen, doch ich würde mich töten lassen, damit sie das Recht behalten, sie vorzutragen.“* Es geht darum, dass die Medien sich ihrer Pflicht eines kritischen Umgangs mit den Populisten bewusst werden müssen. Die Moderatoren im Radio und im Fernsehen müssen sich gut auf die Populisten vorbereiten. Die Medien dürfen nicht der Spielball der Populisten sein.

Eine Partei, die intern unterschiedliche Meinungen vertritt, kann in den Medien und beim Wähler nicht mit Sympathie rechnen. Etablierte Parteien müssen probieren, mit einer einheitlichen Position entschieden nach Außen aufzutreten. Gerade wenn Parteien, wie z. B. die SPD in Deutschland, die in direkter Konkurrenz zu „Der Linken“ steht, Schwächen zeigt oder/und mit unterschiedlichen Stimmen spricht, gerade dann profitieren die Linkspopulisten davon. Die Rechtspopulisten in Deutschland sind unter anderem auch nur deswegen so erfolglos, weil die Christdemokraten ihnen die wichtigen Themen nicht überlassen.

Der Romanist Victor Klemperer schrieb einst über die Veränderungen der Sprache im aufkommenden Dritten Reich: *„Worte können sein wie winzige Arsendosen: Sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“*²⁴ Man kann nur hoffen, dass die Wirkung der populistischen Worte in den nächsten Jahren entzaubert wird und dass die Wähler sich wieder einer inhaltvollen, detaillierten und aufgeklärten Politik zuwenden, die dem Frieden in Europa dient. □

der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2005, S. 45.

24 Klemperer, Victor: LTI – Notizbuch eines Philologen, Leipzig 2005.

Zur (Sicherheits-)Lage in Kenia:

Die Katholische Kirche in Kenia setzt ein Zeichen

Anlässlich einer Ergebnisprüfung für deutsche humanitäre Hilfsprojekte bei den Nachwahlunruhen in Kenia hat unser Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, Major a. D. Klaus Liebetanz, im März 2008 auch Gespräche mit kirchlichen Vertretern vor Ort geführt. Dabei ist er auf das beispielhafte Verhalten der katholischen Kirche Kenias gestoßen, worüber er im Folgenden berichtet. Die Ergebnisprüfung vor Ort an der Grenze zwischen den verfeindeten Ethnien konnte nur unter Polizeischutz durchgeführt werden.

VON KLAUS LIEBETANZ

Zur Situation in Kenia

Nach den Wahlen am 27.12.2007 in Kenia kam es landesweit zu schweren Ausschreitungen, weil sich der bisherige Amtsinhaber Mwai Kibaki vom Mehrheitsvolk der Kikuyu überraschend für alle Wahlbeobachter zum Sieger erklärte. Bei den folgenden Un-

ruhen, seinen Wahlbezirk hat. Die Bewohner von Kibera (Nairobi), dem größten Slumgebiet Afrikas mit einer Million Einwohner auf fünf Quadratkilometern, waren besonders enttäuscht und aufgebracht, weil der „Heilsbringer“ Odinga ihnen Geldchipkarten nach einem Wahlsieg versprochen

nur seine jeweilige Ethnie bevorzugt. Auf der Berliner Konferenz von 1884 wurden die Grenzen von Kenia sehr willkürlich gezogen, ohne die Ethnien zu berücksichtigen.

Anfang März 2008 einigten sich Kibaki und Odinga nach wochenlanger Vermittlung durch Kofi Annan auf eine notwendige Verfassungsreform, die eine Machtteilung von Präsident und Ministerpräsident vorsieht. Der Ministerpräsident kann nur vom Parlament abgewählt werden. Ferner wurde eine große Koalition aus beiden Parteigruppierungen vereinbart. Die Verteilung der 40 Ministerien wurde erst im Laufe des Aprils abgeschlossen. Zwar bleibt noch viel zu tun, aber Kenia ist auf einem guten Weg. Kofi Annans Geduld hat sich ausgezahlt. Er wollte nicht denselben Fehler wie beim Völkermord in Ruanda machen, wo er als Chef des Peacekeeping Department seinen Untergebenen, General Dallaire, im Regen stehen ließ.

Die Katholische Kirche in Kenia setzt ein Zeichen

Bereits wenige Tage nach den ersten Ausschreitungen und ethnischen Vertreibungen, nämlich am 02.01.2008, hat die kenianische Bischofskonferenz einen Hirtenbrief herausgegeben, der von allen 22 Bischöfen (Kikuyus, Luos und Kalenjin) unterschrieben war. In diesem aufrüttelnden Hirtenbrief wurden die Gläubigen aufgerufen, sich unter keinen Umständen an ethnischen Säuberungen zu beteiligen und auch Nachbarn davon abzuhalten, sich an den Übergriffen zu beteiligen. Acht Tage spä-



50 km südlich von Nakuru (Rift Valley) nahe der Ortschaft Kuresoi (Mauberge) verlassen Bewohner von der Ethnie der Kikuyu mit Hausrat ihre angestammte Heimat, weil sie von der Ethnie der Kalenjin vertrieben werden. Vorn links im Bild der Ergebnisprüfer Klaus Liebetanz.

ruhen wurden bislang mehr als tausend Personen getötet und ca. 500.000 aus ethnischen Gründen vertrieben. Schwerpunkt der gewaltsamen Ausschreitungen und ethnischen Säuberungen waren die Westprovinz, das fruchtbare zentral gelegene Rift Valley (frühere Gebiet der englischen Siedler) und die Slums von Nairobi, wo der Oppositionsführer Raila Odinga,

hatte, von denen sie monatlich ihre Grundsicherung bei Geldautomaten abtippen könnten.

Unruhen von geringerer Intensität gab es jedoch schon bei den Wahlen in 1992, 1997 und 2002, weil das bisherige präsidentiale System nur Sieger und Verlierer kannte. Tiefere Ursache der Unruhen ist letztlich die ungeklärte Landfrage. Jeder Präsident hat bislang



Quelle: www.africa.de/kenia



Justus K. Kinyua, Direktor der Sozialdienste der Diözese Nakuru (Anglikanische Kirche) (2.v.l.) bespricht mit den begleitenden Polizisten die Sicherheitslage in KURESOI. Polizei und Militär sind in Kenia mit dem gewehr G3 bewaffnet. Polizistinnen tragen die Kurzform dieser Waffe.

ter wurde die Weisung noch einmal verschärft: Wer sich an ethnischen Säuberungen beteiligt und dazu aufruft, solle von den Sakramenten ausgeschlossen werden. Die Katholische Kirche ist mit 27 % Anteil an der Bevölkerung die größte religiöse Gruppierung in Kenia.

Vorbildliche Versöhnungsarbeit in der Hl. Kreuz Kirche in Nakuru

Bei seinem Besuch in der Hl. Kreuz Kirche in Nakuru (Rift Valley) erfuhr der Ergebnisprüfer von einem



In Njoro (ca. 20 km südwestlich von Nakuru) stellt der dortige Pfarrer einen älteren Vertriebenen vor, dem die Kalenjin versucht hatten, den Kopf abzutrennen. Eine ortsübliche Methode, um klare Verhältnisse zu schaffen.

jungen Geistlichen, Father Bernhard, dass in der Kirche bereits am 30. Dezember bedrängte Flüchtlinge aufgenommen wurden. Teilweise waren es

bis zu 2.000 Vertriebene. Jeweils zwei Polizisten bewachten rund um die Uhr das Kirchengebäude. Die Hl. Messe in den Außenstationen bei den Kalenjin musste eingestellt werden, weil ein Kikuyu-Priester offensichtlich von ihm bekannten Gemeindemitgliedern umgebracht wurde. Noch im März war ein Versöhnungsgottesdienst an der Stelle geplant, wo der Priester umgebracht wurde. Daran sollten sich sowohl Kikuyu als auch Kalenjin beteiligen. In der katholischen St. Josef Kirche im Norden von Nakuru haben sich die Gemeindemitglieder aus Kikuyu und Kanlenjin von vorneherein darauf verständigt, sich als Christen nicht zu bekämpfen und Frieden zu halten.

Rückblick auf die sog. Reichskristallnacht

Man stelle sich vor, die deutschen katholischen Bischöfe hätten am Sonntag nach dem Judenfrevel am 9. November 1938 einen Hirtenbrief auf allen Kanzeln mit dem Inhalt verlesen lassen: „Wer sich an Übergriffen auf jüdische Mitbürger beteiligt und jüdische Gotteshäuser schändet, wird von den Sakramenten ausgeschlossen.“ Die vorkonziliare deutsche Kirche war dazu als Ganzes nicht in der Lage. Es fehlte an christlicher Courage. Diesen Mut hatte allerdings der „kleine“ Wachtmeister Lübke. Er hat am 09.11.1938 mit gezogener Pistole die Nazi-Rowdies daran gehindert,

die herbeigerufene Feuerwehr vom Löschen der großen Berliner Synagoge abzuhalten. Die Synagoge in der Hannoverschen Straße blieb erhalten. Lübke wurde zu keinem Zeitpunkt von den Nazis zur Rechenschaft gezogen, weil seine unmittelbaren Vorgesetzten festgestellt hatten, dass er nach Recht und Gesetz gehandelt hatte.

Forderung an die Deutsche Bischofskonferenz von heute

Es ist an der Zeit, dass die Deutsche Bischofskonferenz in ihrem Geschäftsbereich, eine funktionsfähige und kompetente „Zentrale Kirchliche Melde- und Informationsstelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“ (s. dazu AUFTRAG 260/Dez. 2005, S. 18 f.) einrichtet, um den bedrängten Schwesterkirchen in der Dritten Welt von Anfang an mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dies war nach den Erfahrungen des Ergebnisprüfers vor Ort in Kenia nicht zu erkennen. □

Kurz berichtet:

Neuer Erzbischof in Kenia ernannt

Peter J. Kairos (66), bislang Bischof von Nakuru in Kenia, leitet künftig das zweitgrößte Erzbistum des Landes, Nyeri. Der Vatikan teilte die Ernennung durch Papst Benedikt XVI. am 19. April 2008 mit. Kairos Amtsvorgänger in Nyeri, Erzbischof Nicodemus Kirima, war im November im Alter von 71 Jahren gestorben. Kurz zuvor wurde sein Erzbischof-Koadjutor John Njue zum neuen Erzbischof der Hauptstadt Nairobi ernannt. Nyeri, etwa 100 Kilometer nordwestlich von Nairobi gelegen, ist bekannt als Heimat der Umweltaktivistin und Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai. Außerdem verbrachte dort Robert Baden-Powell (1857-1941), der Gründer der Pfadfinderbewegung, seine letzten Lebensjahre. (KNA)

Völkermord in Ruanda:

Notwendige Ergänzungen zum Bericht über die Tragödie von General Dallaire

Kritische Stellungnahme zum Artikel im AUFTRAG 269, Seite 20ff:

„Diener nationaler Interessen oder der Sicherheit und Freiheit der Völker?“ von Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven

VON KLAUS LIEBETANZ

1. Zur Rolle der USA beim Völkermord in Ruanda 1994

Dr. Justenhoven schreibt zur Erklärung der persönlichen Katastrophe von General Dallaire, dem verantwortlichen der Blauhelm-Truppe in Ruanda 1994, im o. a. Artikel:

„Auf keinen Fall sollte Dallaire seine Soldaten zum bewaffneten Schutz der verzweifelt um Hilfe nachsuchenden Tutsis gegen die mordenden Milizen einsetzen. Die Mitglieder des Sicherheitsrates, insbesondere die US-Regierung unter Bill Clinton, stellten sicher, dass der Begriff „Völkermord“ vermieden und von einem „Bürgerkrieg“ gesprochen wurde. Auf diese Weise sollte vermieden werden, dass der Sicherheitsrat zu einer Intervention verpflichtet gewesen wäre.“

Als Erklärung für das amerikanische Verhalten gibt Justenhoven die Begründung: *„Nach dem Desaster des Somalia-Einsatzes und Sparauflagen im Kongress wollte und konnte US-Präsident Clinton das Risiko einer militärischen Intervention in Ruanda nicht eingehen.“* Diese häufig geäußerte Begründung ist nicht ausreichend. Die Vereinigten Staaten hätten durchaus den Sicherheitsrat anrufen können, ohne eigene Truppen zu stellen. Bei der bislang größten Friedensmission der Vereinten Nationen im Ostkongo MONUC ist kein einziger amerikanischer Soldat beteiligt. Der deutsche Bundestag gedenkt jährlich am 27. Januar gebetsmühlenartig des Völkermordes an den europäischen Juden und leistet zur Abwehr des schleichenden Völkermordes in Dafur keinen nennenswerten Beitrag.

Warum schwieg also die amerikanische Administration zum Völkermord in Ruanda?

Der entscheidende Grund für das Schweigen der amerikanischen Regierung zum laufenden Völkermord in Ruanda liegt in ihrer verdeckten militärischen Operation zur Ablösung des französischen Einflusses in Ost- und Zentralafrika. Die USA hatten die von Uganda aus operierenden anglophonen Tutsis unter General Kagame so massiv militärisch ausgerüstet, dass diese in der Lage waren, die von den Franzosen ausgebildete und aufgerüstete ruandische Hutu-Armee innerhalb von drei Monaten vernichtend zu schlagen und zu vertreiben. Ein durch den Sicherheitsrat initiiertes Waffenstillstand hätte die Absichten der Vereinigten USA konterkariert. Diese Auffassung wurde u. a. von dem damaligen Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Graf Waldburg-Zeil (CDU), vertreten. Er tat das jedoch nicht öffentlich, um die guten Beziehungen der Kohl-Regierung zur amerikanischen Administration nicht zu gefährden und verwies den Verfasser dieser Zeilen an die spätere Staatssekretärin Uschi Eid (Grüne). Wenige Jahre später ist der anglophone Tutsi-General Kagame mit ugandischen Truppen und mit massiver amerikanischer Unterstützung nach Kinshasa marschiert und hat u. a. den amerikanischen Einfluss auch auf die Demokratische Republik Kongo ausgedehnt. Auf dem militärischen Teil des Flughafens von Kigali stehen zahlreiche amerikanische Kampfhubschrauber vom Typ „Apache“ (Wert pro Stück 10 Mio. USD), die den ruandischen Streitkräften von General Kagame zur Verfügung gestellt wurden.

2. Zur Rolle der Katholischen Kirche beim Völkermord in Ruanda 1994

Justenhoven widmet in seinem o. a. Artikel einen nicht unerheblichen Teil der jüngsten Menschenrechtspolitik der katholischen Kirche und insbesondere von Papst Johannes Paul II. Er führt u. a. aus: *„Gerade dieser Papst verstand es als integraler Teil seines Amtes, jeweils neu die Rechte des Menschen oder ihrer Missachtung anzusprechen, um alle Bereiche dieses Lebens der wahren Würde des Menschen zu entsprechen.“*

Justenhoven geht jedoch mit keinem Wort auf die fatale Rolle der katholischen Kirche und insbesondere des Vatikans beim Völkermord in Ruanda ein. Da die überwiegende Mehrzahl der 800.000 meist Frauen, Kinder und ältere Menschen in (kath.) Kirchen mit Macheten regelrecht abgeschlachtet wurden, hätte der Vatikan von Anfang an der These des amerikanischen Botschafters entgegentreten müssen: *„Alle Welt spricht vom Völkermord, aber bitte, wo sind die Beweise.“* Der Vatikan hat erst öffentlich protestiert, als am 27.04.1994 der Kardinal von Kigali, Erzbischof Nsengiyumva und drei seiner Bischöfe (alle Hutu) von aufgebrauchten Soldaten der Patriotischen Front erschossen wurden. Der Hutu-Kardinal hatte bis zu seinem Tode den Völkermord an den Tutsis geleugnet. Er war der unmittelbare und zuständige Informant des Vatikans. Er hätte wissen müssen, dass bereits hunderte von Tutsis in seinen Kirchen ermordet wurden, weil sie irriger Weise geglaubt hatten, in katholischen Kirchen Schutz zu finden. Man hatte die Menschen getauft und anschließend in der Stunde der größten Not im Stich gelassen. Weitere Informa-

tionen zur Rolle der Kirchen beim Völkermord in Ruanda findet man in der Veröffentlichung des World Council of Churches „The Angels Have Left us“ mit einem Vorwort von Bischof Desmond Tutu. Es würde dem Institut für Theologie und Frieden (IThF) gut anstehen, die Rolle der katholischen Kirche beim Völkermord in Ruanda wissenschaftlich zu untersuchen und die entsprechenden Forderungen für

ein besseres Informationssystem der Kirche vorzuschlagen. Es würde damit auch der Selbsterkenntnis der Katholischen Kirche und ihren Machtstrukturen dienen.

3. Reaktion aus der GKS

Das Informationsproblem nicht nur der katholischen Kirche beim Erkennen von schweren Menschenrechtsverletzungen und Völkermord

wird in der GKS bereits seit geraumer Zeit erörtert. Im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ wurde auf Vorschlag des Autors im Juli 2007 die Idee eines „Konzepts für die Errichtung einer Kirchlichen Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“ erarbeitet und der Arbeitsgruppe „Gerechter Friede“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax zu weiteren Überlegungen zugeleitet. □

Uganda zwischen Bürgerkrieg und Hoffnung auf Frieden

VON ANDREAS MARTIN RAUCH UND JAN-PHILIPP SCHOLZ¹

Anfang Februar 2008 bereiste Bundespräsident Horst Köhler Uganda, welches aufgrund einer bis heute andauernden christlichen Mission von vielen Katholiken bewohnt wird. Das ostafrikanische Land hatte in den vergangenen

veni. Tausende Zivilisten, darunter unzählige Kinder, wurden gefoltert, entführt und ermordet. Seit 2006 ist ein fragiles Waffenstillstandsabkommen in Kraft. Dies heißt jedoch nicht, dass das Land dauerhaft befriedet ist. Neben der Angst vor einem Wieder-

zehnten kommt es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen verfeindeten Clans in der Region. Aus rituellen Viehdiebstählen sind im Laufe der Zeit durch illegale Waffengeschäfte gewaltigen Ausmaßes blutige Raubzüge geworden.

Der Konflikt hat auch über die Grenzen Karamojas hinweg Auswirkungen auf das Leben benachbarter Volksgruppen, insbesondere der Iteso im Osten Ugandas. Sie wurden regelmäßig Opfer der gewaltsamen Raubzüge und so immer stärker in die Auseinandersetzungen einbezogen. Die über Generationen hinweg entstandene Feindschaft und Verbitterung scheint nur schwer überwindbar. Verschiedene christliche, lokale und internationale Organisationen versuchen im Konflikt zu vermitteln. Unter anderem ist hier der Zivile Friedensdienst des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) zusammen mit mehreren lokalen Partnerorganisationen im Einsatz. Es wird versucht, die verfeindeten Fraktionen durch gemeinsame Arbeit einander anzunähern und gemeinsame Wurzeln der verschiedenen Gruppen hervorzuheben.

Ursprünglich kamen die Iteso und Karimojong vor Jahrhunderten als ein Volk aus Äthiopien in die heutigen Regionen Teso und Karamoja. Lange Zeit lebten sie größtenteils friedlich nebeneinanderher. Zwar kam es immer wieder zu Viehdiebstählen. Diese wurden jedoch als Teil des Brauchtums akzeptiert, auch wenn sich die Iteso mehr und mehr dem Ackerbau



Auftritt ugandischer Frauen einer Karimojong-Musikgruppe bei einem Friedensfest im Januar 2008. (Foto: J.-P. Scholz)

Jahrzehnten wie kaum ein zweites mit einer Reihe blutiger Konflikte zu kämpfen. Der wohl prominenteste ist der Kampf der brutalen Lord's Resistance Army („Widerstandsarmee des Herrn“) gegen die ugandische Regierung unter Präsident Yoweri Muse-

ausbruch der Rebellenaktivitäten gibt es noch andere gewaltsame Konflikte im Land, die international jedoch erheblich weniger Interesse auf sich ziehen.

Im Nordosten befindet sich eines der ärmsten Gebiete Ugandas. Hier leben die Karimojong, eine ethnische Gruppe, die größtenteils von traditioneller Rinderzucht lebt. Seit Jahr-

¹ Jan-Philipp Scholz arbeitet für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in Uganda.

widmeten und somit das Ritual immer seltener praktizierten.

Ein verheerender Einschnitt kam 1979. Idi Amin, einer der wohl berühmtesten Diktatoren Afrikas, wurde gestürzt und seine fliehenden Regierungstruppen ließen enorme Waffenbestände zurück. Viele Karimojong bemächtigten sich der Handfeuerwaffen – die traditionellen Raubzüge wurden zusehends blutiger und brutaler. Ferner wurden alte Sozialstrukturen und Kontrollsysteme aufgebrochen. Die gesellschaftliche Macht lag nicht mehr – wie in vergangenen Zeiten – ausschließlich bei den Dorfältesten, sondern bei jenen mit dem größten Waffenbesitz. Ein einheitlicher politischer Wille zur Befriedung der Region ist nicht absehbar.

Seit den Waffenplünderungen am Ende der Amin-Ära scheint der Nachschub an Waffen schier unbegrenzt. Die Krisenherde Sudan, Kongo und seit jüngster Zeit Kenia sind nicht weit entfernt und der Waffenhandel floriert. Die Zivilbevölkerung – sowohl Iteso als auch Karimojong – flüchtete zu Tausenden in Vertriebenenzentren. Seit 2001 versucht die Regierung unter Präsident Museveni mit Hilfe der Armee das gesamte Gebiet zu entwaffnen – mit wechselndem Erfolg. Zwar konnten tausende Handfeuerwaffen beschlagnahmt werden, in ähnlicher Geschwindigkeit scheint jedoch neuer Waffen-Nachschub die Region zu erreichen. Außerdem bietet Karamoja mit seiner sehr geringen Besiedlungsdichte und entsprechend

viel Buschland mehr als genug Versteckmöglichkeiten. Hinzu kommt, dass es im Zusammenhang mit den Entwaffnungsaktionen wiederkehrend Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen gab.

Parallel zu den militärischen Entwaffnungsversuchen hat sich eine Vielzahl von lokalen Organisationen mit Unterstützung des Deutschen Entwicklungsdienstes zusammengeschlossen, um insbesondere in der Grenzregion zwischen Karamoja und Teso friedensfördernde Maßnahmen durchzuführen. Eine herausragende Stellung nimmt hier ein Projekt ein, das seit Anfang 2007 versucht, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung durch gemeinschaftliche Arbeit zu fördern.

Karimojong und Iteso kamen zusammen, um verlorene Dämme wieder instand zu setzen. Die gemeinsame Arbeit und der damit verbundene Austausch an Erfahrungen, Einstellungen und Lebensweisen sollen helfen, Vorurteile abzubauen und gegenseitiges Vertrauen zu bilden. Dies kann als Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben angesehen werden. Die von den Arbeitern gegründeten neuen Siedlungen in dem aufgrund der Bedrohungen lange Jahre weitgehend verlassenem Landstrich sollen zu einer Stabilisierung der Sicherheitslage beitragen. Mit Hilfe der erforderlichen Infrastruktur (Schulen, Straßen, medizinische Versorgung etc.) und den notwendigen Schutzvorkehrungen (eine angemessene Anzahl

von Sicherheitskräften vor Ort) soll schließlich ein friedliches Zusammenleben wieder möglich werden.

Zwar stimmen die von den zivilgesellschaftlichen Organisationen bisher erzielten Erfolge optimistisch. Von einer nachhaltigen Befriedung ist die Region jedoch noch weit entfernt. Regelmäßig kommt es zu Rückschlägen in den Friedensbemühungen, sei es durch immer wiederkehrende brutale Überfälle mit Todesfällen, durch Propaganda und Fehlinformationen in lokalen Medien oder durch anhaltende Knappheit an Nahrungsmitteln und anderen Gütern, die den Konflikt von Neuem anheizen. Nicht zuletzt ist es der fehlende Friedenswille einiger politischer Akteure vor Ort sowie die mangelnde internationale Aufmerksamkeit, die diesem Konflikt im Herzen Afrikas zuteil wird, die eine dauerhafte Lösung so schwierig machen.

Bundespräsident Horst Köhler, langjähriger Direktor der Weltbank und mit entwicklungspolitischen sowie weltwirtschaftlichen Fragestellungen bestens vertraut, wies bei seinem Besuch in Uganda auf die Enzyklika „*Progedio Populorum*“ von Papst Paul VI. hin, in dem Entwicklung als ein neuer Name für Frieden bezeichnet wird. Köhler wies darauf hin, dass im Sinne des Friedensverständnisses von Paul VI. noch viel in Uganda und in Afrika insgesamt zu tun sein und das Bewusstsein hierfür auch unter den Deutschen sensibilisiert und wach gehalten werden sollte. □

Die den Tod suchen

Hans Maier spricht in der Katholischen Akademie München über die religiösen Motive von Selbstmordattentätern und findet beunruhigende Begriffsunschärfen

VON RENZO SPIELMANN

„**M**artyrium in Afghanistan: In der südlichen Provinz Kandahar tötete sich erneut ein Märtyrer. Dabei starben 55 Menschen, 120 wurden verletzt.“ So ähnlich würden wohl allzu oft unsere Nachrichten lau-

ten, wenn wir den Sprachgebrauch der islamischen Welt übernehmen. Selbst in laizistischen Staaten wie der Türkei kennt man den Begriff des „Selbstmordattentäters“ nicht und bezeichnet Menschen, die aus Glaubensgründen andere mit sich

in den Tod reißen, im Gespräch als „Märtyrer“.

Der säkulare Westen dagegen sieht mit seinem rein sozialen Erklärungsmodell die religiösen Motive der Attentäter meist als Camouflage, mit deren Hilfe eine abgeschirmte Kom-

mandoebene verzweifelte Einzeltäter für ihre Welteroberungspläne instrumentalisiert. Wohl daher schockierte es die westliche Welt besonders, dass gerade die Attentate in Europa und den Vereinigten Staaten von Menschen aus großbürgerlichen, als integriert geltenden Milieus begangen wurden. Diese hatten wohl kaum aus purer Verzweiflung heraus so durchorganisiert ihr Leben weggeworfen, sondern waren – wie ihre nachgelassenen Schriften bezeugen – einer hochentwickelten Auserwählungs-Ideologie gefolgt.

Hans Maier, lange Jahre bayerischer Kultusminister, beschäftigte sich nicht nur als Inhaber des Romano-Guardini-Lehrstuhls bis 1999 mit verschiedenen Ausprägungen von Religion, sondern hatte auch bereits zuvor als Professor für Politikwissenschaften das Konzept der „Politischen Religionen“ entscheidend mitentwickelt: Damit gelang es ihm, vor allem die totalitären, auf einen quasmessianischen Führer zugeschnittenen Gesellschaftsmodelle des 20. Jhs. zu beschreiben. Diese hatten Heilserwartung und Erlösungstypie aus dem religiösen Raum in die innerweltliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse verlegt.

Kein Wunder, dass den Nachfolger von Romano Guardini dabei vor allem eben jener religiöse Aspekt am islamistischen Fundamentalismus interessiert, der in der westlichen Diskussion häufig ausgeblendet wird. Wenn aber der Dialog zwischen den abrahamitischen Religionen funktionieren soll, müsse man sich – so Maier – auf „ein Minimum gemeinsamer Begriffe, Konzeptionen und Wertvorstellungen“ einigen. Gerade das Martyrium als radikalste Form des Glaubensbekenntnisses sei für den Religionsbegriff so fundamental, dass eine gemeinsame Diskussion nur möglich sei, wo dieses präzise definiert werde.

Definitionen des Märtyrers

Nun gibt es allerdings innerhalb der islamischen Welt mit ihrer Gebundenheit an einzelne Autoritäten keine allgemein verbindliche Definition von religiösen Begrifflichkeiten. Theologie als analytische Wissenschaft ist teilweise unbekannt und die Auslegung des Korans übernehmen tra-

ditionell eher Juristen als Seelsorger. So können radikale Strömungen des Islam im Soldaten, der im „*Dschihad*“ für Allah gegen „*Ungläubige*“ kämpft und im Falle seines Todes direkt in das Paradies aufgenommen wird, durchaus den Prototyp des Märtyrers sehen. Während liberalere – und nota bene verbreitete – Strömungen den Koran als Weisheitslehre lesen, prägt bei Fundamentalisten die kriegerische Islamisierungswelle unter Mohammed und seinen unmittelbaren Nachfolgern das Glaubensverständnis.

Aber auch auf der westlichen Seite ist die Definition des Märtyrers aufgeweicht, seit der Begriff im öffentli-



Ein Hamas-Selbstmordattentäter verliest sein „Vermächtnis“ vor laufender Videokamera.

(Quelle: Internet)

chen Dialog des 20. Jhs. allgemein für den personalen Protest gegen anonyme Mächte verwendet wird. Zu Märtyrern werden so auch Menschen, die für innerweltlich-ethische Ziele ihr Leben preisgeben. Auch im Abendland hat sich also der Märtyrerbegriff vom reinen Glaubenszeugnis (martyrs hieß vor dem antiken Gericht der Zeuge) entfernt, wie Polykarp und Augustinus ihn geprägt und Benedikt XIV. ihn im 18. Jh. zuletzt endgültig definiert hatte. Erst durch jüngste Änderungen unter Johannes Paul II. wurde es immerhin so möglich, auch den todbringenden Einsatz für Moralität bei Christen wie Edith Stein und Maximilian Kolbe als Martyrium im kirchlichen Sinne zu begreifen.

Unstrittig blieb im Christentum dabei jederzeit, dass der Märtyrer den Tod für den Glauben „erleiden“ muss und ihn nicht suchen darf – und vor allem dass er dabei unter keinen Umständen andere Menschen mit sich in den Tod ziehen darf. Auch der Is-

lam kennt natürlich ein Tötungsverbot. Der fundamentalistische Islam aber bezieht dieses aufgrund zentraler Koran-Stellen (der andere deutlich widersprechen) nur auf gläubige Muslime, während die „*Ungläubigen*“ als Abweichler gesehen werden, da für den Muslim stets die ganze Welt Gemeinde („*Ummah*“) ist. Dabei darf aber auch der Muslim niemals mit einem selbsternannten Auftrag außerhalb eines Krieges einfach losmorden. Die „*Dschihadisten*“ sehen jedoch die Auseinandersetzung mit der westlichen Welt als Krieg – was ja paradoxerweise von der Kreuzzugs-Rhetorik der derzeitigen amerikanischen Regierung durchaus noch unterstützt wird. Ein wichtiges inner-islamisches Argument ist allerdings, dass auch hier der Selbstmord als schwere und im Jenseits bestrafte Sünde gesehen wird. Der gläubige Muslim darf also seinen eigenen Tod nicht suchen.

Jenseits der theologischen Unschärfen, wird – so Maier weiter – der Dialog in der Gegenwart zusätzlich dadurch erschwert, dass sich islamische Geistliche aufgrund der weit verbreiteten Sympathie für die „*Märtyrer*“ in der arabischen Bevölkerung kaum trauen, sich öffentlich von den neuen „*Blutzeugen*“ zu distanzieren. Außerdem müsse man wohl einfach zur Kenntnis nehmen, dass der Islam sich gerade in seiner „*Kreuzzugsphase*“ befinde. Auch das ohnmächtige nachexilische Judentum habe in der Bibel israelitische Krieger zu jüdischen Glaubenszeugen verklärt. Und Urban II. habe es im 11. Jh. zu einem religiösen Ziel erklärt, die heiligen Stätten des Christentums den Muslimen mit kriegerischen Mitteln zu entreißen – ebenso, wie heutige Muslime Mekka und Medina von den dort stationierten amerikanischen Truppen „*eingegenommen*“ sehen.

In der abschließenden Diskussion mit Horst Möller, dem Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, und dem zahlreich erschienenen Publikum näherte Maier den kämpferischen Islam seinem Konzept der „*politischen Religionen*“ an. Erschreckend sei immer wieder, wie viele Täter in der Geschichte bei grausamsten Morden ein gutes Gewissen gehabt hätten. Schließlich hätten sie diese in ihrer eigenen Weltsicht für ein gutes „*Endziel*“ begangen. Maier zitierte Hein-

rich Himmler: „Wir müssen das tun, und zukünftige Generationen werden uns dankbar sein, dass wir diese Aufgabe erledigt haben.“ Genau in diesem Sinne sehen auch islamistische Täter sich selbst und die von ihnen getöteten Menschen als notwendige Opfer für die Verbreitung ihrer religiösen Überzeugungen. Wo aber angesichts derselben Tat die einen von Attentätern sprechen und die anderen von Märtyrern, wird wohl eine rational-ethische Verständigung über die pure Grausamkeit ihrer Taten auch in den nächsten Jahren noch auf große Schwierigkeiten stoßen.

(aus: Die Tagespost vom 06.03.2008)

Kurz berichtet:

Umfrage: 60 Prozent vertrauen auf Demokratie

Nur 60 % der Deutschen haben Vertrauen in die Demokratie. Im Westen sind es 64 %, im Osten dagegen 44 %, wie eine am Montag vorab veröffentlichte Umfrage im Auftrag der Leipziger Volkszeitung ergab. Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft haben danach 48 % der Bundesbürger. Im Westen sind es 51 %, im Osten 33 %. Soziale Sicherheit erwarten bundesweit 40 % der Befragten: 43 % im Westen und 30 % im Osten. Zuversichtlich sind die Deutschen (62 %) in der Erwartung, dass ihre individuelle Freiheit garantiert wird. Darauf setzen 63 % der Westdeutschen und 55 % der Ostdeutschen.

Die Studie fragte auch nach dem Vertrauen in bestimmte Dienste und Institutionen. An der Spitze liegt die Polizei mit 85 %. Es folgen der Flugverkehr (75 %), die Berichterstattung im Fernsehen (64 %), die Justiz (62 %), die Bundeswehr (60 %) und die Zeitungen (57 %). Den Banken und Kirchen vertrauen 53 %. Auf weiteren Plätzen liegen die Bahn (49 %), die Gewerkschaften (41 %), die Bundesregierung (38 %) und die im Bundestag vertretenen Parteien (22 %). (KNA)

Vor 90 Jahren:

Europa, mit begrenzter Reichweite

VON STEPHAN BAIER

Weder eine Friedens- noch eine internationale Rechtsordnung standen am Ende des Ersten Weltkriegs. Im Gegenteil: Viele Probleme, unter denen Südosteuropa und der Nahe Osten heute leiden, wurden vor 90 Jahren grundgelegt. Die europäische Idee hat wesentlich dazu beigetragen, den Ersten Weltkrieg zu bewältigen – jetzt zeigen sich aber die Grenzen ihrer Reichweite.

Es klingt paradox, und ist es auch: Eben jenes Prinzip, das Europa in den bis dahin schrecklichsten aller Kriege, den Ersten Weltkrieg, führte, diente vor neun Jahrzehnten auch als Grundlage für die Nachkriegsordnung. Der Nationalstaatsgedanke, die illusionäre Identifikation von Staat und Nation, hatte mit der Französischen Revolution ihren blutigen Siegeszug begonnen und mit der Zerschlagung Österreich-Ungarns das letzte Bollwerk des übernationalen Reichsgedankens gestürmt. Am Anfang des Ersten Weltkriegs standen die Schüsse des serbischen Nationalisten Gavrilo Princip auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand, auf jenen reformorientierten Hoffnungsträger der Monarchie, der den slawischen Völkern mehr Rechte geben wollte und damit dem Nationalismus den Boden entzogen hätte. Am Ende des Ersten Weltkriegs stand der Zerfall der letzten übernationalen Reiche: Österreich-Ungarns wie auch des Osmanischen Reichs.

Im alten Österreich des Kaisers Franz Joseph wurde die Volkshymne in 14 Sprachen gesungen. Im Osmanischen Reich des Jahres 1900 lebten 14 Ethnien; nur 74 % der Einwohner waren muslimischen Glaubens. Die Nachkriegsordnung änderte dies radikal: Unter dem Vorwand, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Durchbruch zu verhelfen, wurde die Habsburger-Monarchie zerschlagen, doch trat an ihre Stelle weder eine Rechts- noch eine stabile Friedensordnung. Viele Ungarn fanden sich in der Tschechoslowakei, in Rumänien und Jugoslawien plötzlich als Minderheit wieder; viele Deutsche in der Tschechoslowakei, in Italien (Südtirol) oder in Jugoslawien ebenso. Der Kunststaat Jugoslawien entartete zu

einer serbischen Königsdiktatur. Die mitteleuropäischen Kleinstaaten belauerten einander misstrauisch, rangen um ihre Identität, waren wirtschaftlich kaum lebensfähig und politisch instabil. Von Hitler und Stalin ab 1938 – beginnend mit dem Anschluss Österreichs am 12. März 1938 – in die Zange genommen, zerbarsten sie.

Nicht weniger tragisch war die Geschichte im Orient, wo sich mit Mustafa Kemal Atatürk ebenfalls – unter ausdrücklicher Berufung auf die heidnische Französische Revolution – der Nationalstaatsgedanke breit gemacht hatte. Die Hauptstadt des Osmanischen Reichs, Istanbul (das alte Konstantinopel bzw. noch ältere Byzanz), hatte 1914 noch 23 christliche Griechen, 18 % christliche Armenier und fünf % Juden, während die Muslime am Sitz des Kalifen nur 44 % der Einwohner stellten. 1856 hatte das Osmanische Reich die Religionsfreiheit eingeführt, wovon das protestantische Nordeuropa noch weit entfernt war. Damit war es vorbei, als Griechenland am Ende des Ersten Weltkriegs die Schwäche der Türken nutzen wollte, um seine „megali idea“ (große Idee) der Wiedererrichtung des Byzantinischen Reichs durchzusetzen. Nachdem die nach Anatolien vorrückenden griechischen Truppen von den Türken geschlagen wurden, vereinbarten Athen und Ankara im Vertrag von Lausanne einen Bevölkerungsaustausch, der das Christentum in Kleinasien nahezu liquidierte.

Die Lösung nationaler Fragen

Diese höchst fatale „nationale Lösung“ führte zusammen mit dem ideologischen Nationalismus und fanatischen Laizismus Atatürks dazu, dass das Christentum heute in der Türkei



eine kleine, um ihr Überleben ringende Minderheit ist. Aber auch andere Probleme, die heute an die Oberfläche treten, haben ihre Wurzeln in den Geschehnissen und ideologischen Verschiebungen vor neun Jahrzehnten: Der Versuch, die Trümmer des alten Osmanischen Reichs nach den aus Europa importierten nationalstaatlichen Kriterien neu zu ordnen, hat den ohnedies nicht geringen Spannungen neue hinzugefügt. Der Irak ist ein Beispiel für einen Kunststaat ohne wahre Identität und folglich ohne eine Loyalität seiner Staatsbürger. Wer die innerislamische Gewaltgeschichte kennt, kann nicht glauben, dass Kurden, arabische Sunniten und arabische wie persische Schiiten zusammen einen Staat aufbauen.

Bei allem, was Mitteleuropa vom Orient unterscheidet, ist eines gemeinsam: Eine mit dem Lineal auf der Landkarte zu markierende Trennung der Nationen kann hier nicht funktionieren. Folglich schafft eine national-

staatliche Einteilung immer Ungerechtigkeiten, gegen die sich die betroffenen Volksgruppen je nach Mentalität mehr oder weniger gewaltsam wehren. Es wäre fahrlässig, den Kurden-Aufstand von 1925 mit dem Widerstand der Südtiroler gegen die Assimilierung in einen Topf zu werfen, doch eine Grundproblematik ist gleich: Nach dem Nationalstaatsprinzip funktionierende Staaten und Grenzziehungen schaffen in gemischt nationalen Räumen immer Ungerechtigkeiten.

Die europäische Idee – 1922 erstmals von Richard Coudenhove-Kalergi präzise formuliert, 1930 mit dem Briand-Plan tragisch gescheitert – gibt auf dieses Problem eine Antwort. Indem sie die gemeinsamen Interessen der Völker Europas vor das Nationale stellt, nimmt sie den Grenzen ihren trennenden Charakter. Die Geschichte der Einigung Europas hat bewiesen, dass dies tatsächlich funktioniert: So ungerecht die Abspaltung des südlichen Tirols von Österreich am Ende

des Ersten Weltkriegs war, so schmerzhaft die Unterdrückung und Überfremdung in der Mussolini-Ära nachwirkt, hat sich die Frage, ob Südtirol nicht wieder an Österreich angegliedert werden müsse, doch längst erledigt. Einerseits durch Europäisierung, weil Italien wie Österreich zur Europäischen Union, zum Schengen-System und zur Euro-Zone gehören, wodurch die Grenze, die Tirol teilt, an faktischer Bedeutung verloren hat. Andererseits durch einen Autonomie-Status, der es der Volksgruppe ermöglicht, ihre Identität zu wahren und gleichzeitig dem Staat Italien loyal zu sein.

Dieser doppelte Ansatz – Europäisierung und Volksgruppenrechte – löst das Dilemma, das der Nationalstaatsgedanke geschaffen hat und das die Volksgruppen scheinbar in die Alternative zwischen totaler Assimilierung und Separatismus-Kampf zwingt. Die Lösung der so genannten nationalen Frage Ungarns oder Polens konnte nur in diesem Kontext friedlich zustande

kommen. Deshalb hat etwa Kroatien seine Staatlichkeit nicht geschwächt, sondern gestärkt, als es ein Volksgruppenrecht verabschiedete und als Ministerpräsident Sanader die Vertreter der serbischen Minderheit in die Regierung holte. Ein Staat, der seine gewachsenen Volksgruppen unterdrückt und zwangsassimiliert statt ihre berechtigten Anliegen zu befriedigen, provoziert Separatismus und gefährdet sich damit selbst.

Das Ideal der europäischen Idee

Genau deshalb gab es letztlich zur Unabhängigkeit des Kosovo keine Alternative: Die jahrzehntelange Unterdrückung, Diskriminierung und Schikanierung der Kosovo-Albaner durch die serbische politische Klasse, die in Milosevics versuchtem Völkermord gipfelte, lässt ein weiteres Zusammenleben in einem serbisch dominierten Staat mit nationalistischer Ausrichtung einfach unzumutbar erscheinen. Serbien verlor das Kosovo, weil es sich beiden oben beschriebenen Lösungen widersetzte, nämlich der Europäisierung und dem Volksgruppenrecht. Hätte Kostunica nach Milosevics Sturz einen radikalen Schwenk gewagt, den Kosovoalbanern umfangreiche Volksgruppenrechte zugestanden und zeitgleich sein Land auf EU-Kurs gebracht, dann hätte er den pazifistischen Albanerführer Rugova als Verbündeten gewinnen, dem Separatismus den Wind aus den Segeln nehmen und in Brüssel offene Türen einrennen können. Das zeigt aber die Grenze des europäischen Modells: Es reicht nur so weit, wie die Akzeptanz der europäischen Idee. Wo Europa als Idee und Ideal nicht mehr verstanden und/oder nicht mehr akzeptiert wird, funktioniert auch das europäische Lösungsmodell nicht mehr. Das zeigt sich schon innerhalb des vereinten Europa: Die Frage des Separatismus und der dafür angewendeten Gewalt im Falle des Baskenlandes oder Nordirlands wurde nicht gemildert durch die Tatsache, dass alle beteiligten Staaten innerhalb der Europäischen Union waren. Im Gegensatz dazu wurden tradierte so genannte Erbfeindschaften, etwa zwischen Deutschland und Frankreich, tatsächlich so tief begraben, dass sie keine politischen Nachwirkungen mehr haben.

Noch deutlicher wird dies an den Rändern Europas: Die friedliche, historisch richtige Trennung der Tschecho-Slowakei, der wirtschaftliche und politische Wandel der mitteleuropäischen Ex-Ostblock-Staaten waren möglich, weil das europäische Modell zukunftsfruchtbar schien. Wenn heute Europaskepsis und Nationalismus in vielen Ländern wachsen, dann auch deshalb, weil die Granden Europas großteils unfähig geworden sind, der europäischen Idee Ausdruck zu verleihen oder ihr gar ein Gesicht zu geben. Die Uneinigkeit des vereinten Europa hat historische Mitschuld an den jugoslawischen Nachfolgekriegen Serbiens gegen Kroatien und Bosnien-Herzegowina, am staatlichen Chaos und an der Orientierungslosigkeit vieler südosteuropäischer Staaten. Viele Probleme südlich der kroatischen Grenzen wären durch die Doppelstrategie aus europäischer Integration plus Volksgruppenrechten zu lösen, doch fehlt der Europäischen Union in ihrem aktuellen Zustand hierfür die Kraft und Ausstrahlung. Dieser Zustand ist mit tausend Sachargumenten zu begründen – und doch unentschuldig.

Wie aber soll das europäische Modell die Probleme der Türkei lösen, wenn es sich bereits an Bosnien-Herzegowina nicht nur die eigenen, sondern auch fremde Zähne ausbeißt? Wenn die Strahlkraft des europäischen Erfolgsmodells nicht bis Belgrad leuchtet, wie könnte es dann Ankara erhelten? Statt nun unaufhörlich Haare in der türkischen Suppe zu suchen, sollten die Europäer den Mut aufbringen, ehrlich zu sagen, dass sie gerade etliche Suppen gegessen und noch weitere vor sich haben. Eine ehrliche Analyse des europäischen wie des türkischen Ist-Zustands zeigt, dass der Beitritt der Türkei keines der kommenden Probleme der Europäischen Union löst, dass aber auch umgekehrt die EU für kein Problem der türkischen Staatlichkeit ein Rezept hat.

Weder für die komplexe Kurdenfrage noch für das Ringen zwischen ideologischem Kemalismus und muslimisch motivierter Abkehr von Atatürks Laizismus, dem Hauptschlachtfeld türkischer Innenpolitik, gibt es in Brüsseler Schreibtischen ein Lösungskonzept. Wenn das beschriebene europäische Modell zur Lösung aktu-

eller Grenz- und Volksgruppenfragen nur so weit reicht, wie die europäische Idee Akzeptanz hat, dann wird es die Kurdenfrage im Spannungsfeld von Türkei, Irak, Iran und Syrien keinesfalls lösen. Den Virus des Nationalismus, mit dem Europa den Orient angesteckt hat, können wir nicht einfach zurücknehmen. Der Infizierte muss ihn selbst besiegen.

Die Türkei ehrlich bewerten

Wenn sich Europa jedoch seiner eigenen Identität und damit seiner Grenzen neu bewusst wird, kann es auch die türkische Entwicklung wieder ehrlich bewerten, anstatt die in der türkischen Suppe gefundenen Haare feinsäuberlich auf die Goldwaage der Beitrittsverhandlungen zu legen. Statt den bereits beendeten türkischen Militärschlag gegen die im irakischen Kurdistan operierende kommunistisch-separatistische Terrororganisation PKK zu verurteilen, könnte man wahrnehmen, dass die PKK deshalb so aktiv und nervös ist, weil die türkische Regierung unter Erdogan ihr – wie Franz Ferdinand 1914 den serbischen Nationalisten – die Basis des militanten Separatismus entzieht. Erdogan wagt mit Volksgruppenrechten für die Kurden eine schrittweise, doch riskante Abkehr vom kemalistischen Etatismus.

Ebenso in der Religionspolitik: Während Kirchenvertreter in der Türkei sehr wohl begriffen haben, dass der langsame Abschied vom Laizismus Atatürks auch den Christen wieder Luft zum Atmen gibt, stöhnt man im Westen über eine Islamisierung der Türkei, weil Studentinnen – wie in nahezu jedem westlichen Land – künftig auch mit Kopftuch an die Universität gehen dürfen. Konservativ ist in diesem Zusammenhang die kemalistische Oppositionspartei CHP, die jedes Atemholen der Religion – das Kopftuchgesetz ebenso wie die Eigentumsrechte der christlichen Kirchen – vor den Verfassungsgerichtshof bringt. Wenn die Europäer sich darüber einig werden könnten, dass die Argumente wider einen Vollbeitritt der Türkei zur Europäischen Union so oder so schwerer wiegen, dann könnten sie diesem wichtigen Nachbarn zumindest durch faire Bewertungen dabei helfen, das schwere Erbe des vergangenen Jahrhunderts endlich zu bewältigen. (KNA)

Aktuelle Statistik der katholische Weltkirche:

„Annuario Pontificio“ – Erfassung und Schätzung

Den weltweit 1,1 Milliarden Katholiken standen 2006 rund 1,3 Milliarden Muslime gegenüber. Damit lag der Anteil der Katholiken an der Weltbevölkerung bei 17,4, der der Muslime bei 19,2 Prozent, wie der Leiter des zentralen kirchlichen Statistikamtes, Vittorio Formenti, dem „Osservatore Romano“ erklärte. Während die Katholikenzahl jährlich systematisch über die Apostolischen Nuntiaturen in allen 2.789 Kirchenbezirken und bei allen Ordensgemeinschaften für das „Annuario Pontificio“ erhoben wird, stützen sich die Angaben zur Zahl der Muslime laut Formenti auf Schätzungen. Der Anteil der Christen an der Weltbevölkerung lag 2006 bei 33 Prozent.

Das aktuelle Jahrbuch der katholischen Kirche, der „Annuario Pontificio“ 2008, wurde am 29. Februar in Rom vorgestellt. Neben der aktuellen Liste der Päpste, der Zusammensetzung des Kardinalskollegiums und der Römischen Kurie umfasst es ein vollständiges Verzeichnis aller Diözesen, Kirchenterritorien und Ordensgemeinschaften sowie ein Register aller Personen, die in den genannten Kapiteln angeführt werden. Darüber hinaus erscheinen alle kirchlichen Würdenträger, die einen päpstlichen Ehrentitel (Apostolischer Protonotar, Prälat, Kaplan Seiner Heiligkeit/Monsignore) erhalten haben.

Nach dem aktuellen Jahrbuch ernannte Benedikt XVI. im vergangenen Jahr acht neue Bischofssitze, eine Apostolische Präfektur, zwei Metropolansitze und ein Apostolisches Vikariat. Außerdem wurden insgesamt 169 neue Bischöfe ernannt (2007 waren es 180 gewesen).

Die statistischen Daten erlauben es, die hauptsächlichen Aspekte der pastoralen Präsenz und Aktivität der katholischen Kirche in den 2.923 Kirchenbezirken der ganzen Welt zusammenzufassen.

Von 2005 bis 2006 stieg die Zahl der Katholiken weltweit von 1.115 auf 1.131 Millionen. Dies bedeutet einen Zuwachs von 1,4 %. Die Amerikaner, die 14 % der Weltbevölkerung ausmachen, stellen 49,8 % der katholischen Weltbevölkerung. Die Europäer, die nur wenig hinter den Amerikanern zurückbleiben, was die Weltbevölkerung angeht, stellen 25 % der katholischen Weltbevölkerung. Die Asiaten, die rund 61 % der Weltbevölkerung ausmachen, stellen 10,5 % der katholischen Weltbevölkerung.

Die Zahl der Bischöfe stieg im Zeitraum 2005-2006 von 4.841 um 1,2 Prozent auf 4.898, wobei ein leichter Aufschwung vor allem in Asien und Amerika und eine leicht rückläufige Tendenz in Afrika, Europa und Ozeanien zu verzeichnen ist.

Die Zahl der Diözesan- und Ordenspriester stieg im genannten Binnennium weltweit von 406.411 auf 407.262 (Zuwachsrate: 0,21 %). Der Priesterbestand ist somit von 2000 bis 2006 konsequent gestiegen.

Die in Europa und Amerika tätigen Priester stellten im Jahr 2006 78 % des Weltpriestertums (2000 machten sie noch 81 % aus), was auf

einen stärkeren Priesteranteil in Afrika und Asien zurückzuführen ist. Die auf dem afrikanischen Kontinent wirkenden Priester stellten 2006 immerhin 8 %. Und in Asien, wo im Jahr 2000 43.566 Priester gezählt worden waren, gab es zuletzt, das heißt 2006, 51.281 (14 %).

Die Zahl der Studenten in den Diözesan- oder Ordensseminaren stieg von 114.439 im Jahr 2005 auf 115.480 im Jahr 2006 an, was eine Zuwachsrate von 0,9 % bedeutet. 24.034 studierten in Afrika, 37.150 in Amerika, 30.702 in Asien, 22.618 in Europa und 976 in Ozeanien.

(KNA/ZENIT.org)

Der Laie unter den Papstwählern:

Vor 150 Jahren wurde zuletzt ein Nicht-Priester Kardinal

VON BURKHARD JÜRGENS (KNA)

Mehr als 40 Jahre trug er den Kardinals-Purpur, sechs Jahrzehnte war er eine der einflussreichsten Gestalten der römischen Kurie; Priester war er nicht. Theodulf Mertel (1806-1899), engster juristischer Berater zweier Päpste, stieg als Laie in den Kreis der Kirchen senatoren und Papstwähler auf. Seine Ernennung zum Kardinal vor 150 Jahren war das bislang letzte Mal, dass einem ungeweihten Katholiken diese Ehre zuteil wurde.

Mertels Lebensweg war eine Auswanderer-Karriere: Der Vater des Kardinals, Isidor Mörtl aus dem bayerischen Eglfing, suchte im damaligen Kirchenstaat sein Glück als Bäcker. Nach Startschwierigkeiten in Rom fand er 1803 Anstellung in Allumiere, einer päpstlichen Bergwerkssiedlung im nördlichen Latium. Der Ehe mit der Vorarlbergerin Maria Franzis-

ka Lunadei entsprang am 9. Februar 1806 als erstes Kind Theodulf – oder Teodolfo, wie ihn die staatlichen Akten führen. Was die Eltern sich vom Leben in der Fremde an Glück erhofft hatten, sollte der Junge einmal einlösen. Theodulf Mertel studierte in Rom und wurde Jurist mit einer glänzenden Karriere: Mit kaum 37 Jahren stand er dem Zivilgerichtshof als Präsident

vor, 1848 ernannte ihn der Papst zum Auditor im Kirchengengericht der Römischen Rota. Mertel führte damit den Titel eines Prälaten, obwohl er keine geistliche Weihe erhalten hatte.

Die Gärungen der Revolutionszeit brachten gewaltige staatsrechtliche Herausforderungen für die Kirche, und Pius IX. lernte den begnadeten Advokaten an der Kurie schnell schätzen. Mertels Meisterstück wurde der Entwurf für die Statuten des Kirchenstaats. Als Sekretär der Kardinalskommission fertigte er in fieberhafter Arbeit über Nacht einen 69 Artikel umfassenden Entwurf; der Papst akzeptierte den Text ohne jede Änderung. Mertel galt nun als juristische Autorität am päpstlichen Hof. 1853 berief ihn Pius IX., kurz zuvor aus dem Exil in Gaeta zurückgekehrt, in die Leitung des Kirchenstaats; zunächst als Justizminister, dann als Chef des Innenressorts. Nur folgerichtig war, dass der Papst ihn auch in seinen engsten Beraterkreis holte. Am 15. März 1858 empfing Theodulf Mertel den Kardinals-Purpur. Ernannt wurde er als Laie - aber unmittelbar vor der feierlichen Kreierung erbat

er sich die niederen Weihen bis zum Subdiakon und trat damit in den Kleinerstand über.

Als „Senator“ des Papstes nahm Mertel am Vatikanischen Konzil von 1870/71 teil – und sprach sich in den erhitzten Debatten für eine juristisch-differenzierte Fassung der Unfehlbarkeit aus. *„Man muss aufpassen, dass nicht Eiferer ohne Unterscheidungen und Verfechter exzessiver Auffassungen größere Probleme bereiten als die Gegner“*, mahnte er. *„Es geht nicht an, dass alles, was Päpste getan und gesagt haben, als Dogma gilt.“* Die Ereignisse um die italienische Nationalerhebung beendeten das Konzil vorzeitig. Auch in dieser Krisenzeit war Mertel der Mann des Vertrauens von Pius IX.: Er formulierte das Schreiben, mit dem der Papst gegen die Auflösung des Kirchenstaats protestierte. Pius IX. dankte es dem loyalen Juristen, indem er ihn zum Vizekanzler der Heiligen Römischen Kirche und zu seinem persönlichen Testamentsvollstrecker erhob. Mertel war es, der in der dramatischen Nacht vom 13. Juli 1881 die Überführung des Leichnams von Pius IX.

aus dem Vatikan in die Basilika San Lorenzo leitete, während eine aufgebrauchte Menge den Sarg in den Tiber stürzen wollte.

Eine der glanzvollsten Stunden erlebte der Kardinal bei der Wahl Leo XIII. zum Papst: Der Sohn des Bäkkers aus Eglfing krönte in der großen Zeremonie in der Sixtinischen Kapelle das neue Kirchenoberhaupt mit der Tiara. Auch unter dem neuen Papst blieb Mertel der maßgebliche Jurist an der Kurie. Seine *„Decisiones“* – eine Sammlung von Rechtsentscheidungen – gingen zu großen Teilen in den späteren Kodex des Kirchenrechts ein. Aber das erlebte Mertel schon nicht mehr. Im Sommer 1899 reiste er noch einmal in sein geliebtes Allumiere, dessen Geschichte er in seiner Freizeit erforscht und in einer nie veröffentlichten Historie niedergeschrieben hatte. Dort starb er am 11. Juli 1899, mit 93 Jahren ältestes Mitglied des Kardinalskollegiums. Sogar die *„New York Times“* nahm tags darauf Notiz vom Tod des Kardinals, *„der nie zum Priester geweiht wurde“*. (KNA)

Kurz berichtet:

Türkisches Religionsamt: Übertritt vom Islam gestattet

Das staatliche Religionsamt der Türkei erklärt Übertritte vom Islam zu anderen Religionen offiziell für erlaubt. Neben der göttlichen Strafe sehe der muslimische Glaube keine weltliche Strafe für den Abfall vom Glauben vor, heißt es in einer am Freitag in der Monatszeitschrift der Behörde veröffentlichten Fatwa, einem islamischen Rechtsgutachten. Die Fatwa könnte die Lage der türkischen Christen und insbesondere der Protestanten im Land erheblich erleichtern. „Der Prophet (Mohammed) hat niemandem seinen Glauben aufgezwungen; er hat gegen Andersgläubige nie Gewalt angewendet“, so das Gutachten. Davon gebe es „keinerlei Ausnahmen, auch nicht für Konvertiten vom Islam.“ Das Religionsamt tritt in der Türkei als oberster Glaubenshüter des Islam auf.

Christen, die vom Islam übergetreten sind, werden in der türkischen Öffentlichkeit oft angefeindet oder bedroht. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder

tätliche Angriffe auf Christen, denen Missionstätigkeit vorgeworfen wurde. Unter anderem wurden im vergangenen Jahr im osttürkischen Malatya drei Protestanten brutal ermordet. Die protestantischen Kirchen in der Türkei forderten daher seit langem eine öffentliche Erklärung des Religionsamtes, dass Mission und Konversion nicht verboten sind. Die Fatwa des Religionsamtes beschäftigt sich insbesondere mit Vers 137 der koranischen Nisa-Sure. „Siehe, diejenigen, welche glauben und hernach ungläubig werden, dann wieder glauben und dann noch zunehmen an Unglauben, denen verzeiht Allah nicht und nicht leitet Er sie des Weges“, heißt es dort. Die verbreitete Annahme, dass der Koran eine Todesstrafe für den Abfall vom Glauben vorsehe, werde damit klar widerlegt, so das Rechtsgutachten. Ansonsten wäre es ja unmöglich, dass jemand zum Glauben zurückkehrt und ein zweites Mal davon abfällt, wie in dem Vers beschrieben. (KNA)

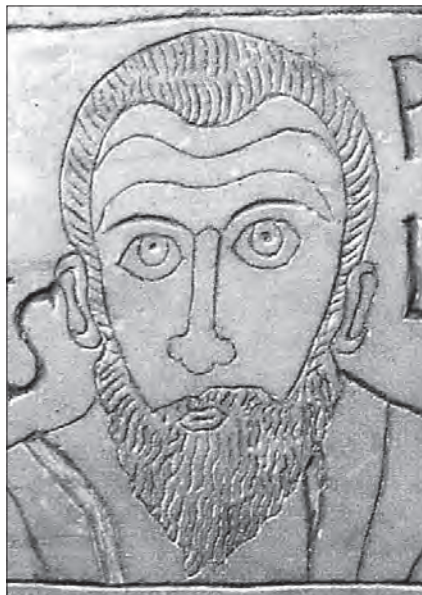
Vor 2000 Jahren: Saulus von Tarsus geboren – Papst eröffnet Paulus-Jahr am 28. Juni:

Das Paulus-Jahr 2008/2009, eine „missionarische Bombe“

VON GUIDO HORST¹

Es gibt die Nachfolger Petri. Nachfolger Pauli gibt es nicht. Der Völkerapostel ist eine einzigartige, überragende Gestalt in der Anfangszeit der Christenheit, die in ihrer besonderen Bedeutung für die Kirche keine Nachfolger gefunden hat. Er allein war es, der aus Tarsus stammende Pharisäer mit römischer Staatsbürgerschaft, der der verrücktesten aller Nachrichten, die die Welt damals zu hören bekam, universalen Anspruch verlieh: der Kunde aus der fernen Provinz der Juden, derzufolge Gott ein Mensch und getötet worden sei, am dritten Tage aber auferstand. Der Apostel Thomas hat das Evangelium nach Indien gebracht, andere brachten es nach Afrika. Aber Paulus war der Vordenker, der die „jüdischen Vorkommnisse“ in die Welt der Heiden, das heißt allen Völkern brachte. Für einen körperlich wohl nicht sehr beeindruckenden und geistig bisweilen auch bedrückt und leidend wirkenden Mann eine unglaubliche Mission. Hier wurde Weltgeschichte geschrieben.

Ob es dem Vatikan gelingt, das Faszinosum dieses Mannes erneut wachzurufen, wenn am kommenden 28. Juni das große Paulus-Jahr (ungefähr) zweitausend Jahre nach der Geburt des Saulus beginnt, hängt auch von den Bemühungen der Ortskirchen ab. In Rom jedenfalls steht Paulus seit jeher im Schatten des Fischers. Der Petersdom mit dem dortigen Apostelgrab ist der Höhepunkt jeder Rom-Wallfahrt. Außerhalb der aurelianischen Mauern des antiken Roms, an der Via Ostiense, liegt die gewaltige Basilika Sankt Paul vor den Mauern. Sie ist nicht geostet, wie es für die großen Dome und Basiliken der katholischen Kirche üblich ist, denn jener Sarkophag, der 394 die sterblichen Überreste des Völkerapostels aufgenommen hat, liegt am ursprünglichen Bestattungsort, einer einfachen Nekropole direkt neben der alten Via Ostia, deren Lauf die im Auftrag Kai-



So sieht der Apostel Paulus nach einem Phantombild des Landeskriminalamts NRW aus. Die Ähnlichkeit mit der Abbildung oben auf einem spätrömischen Sarkophag aus dem 4. Jh. ist auffallend. (Abb. aus dem besprochenen Buch von M. Hesemann)

ser Konstantins im vierten Jahrhundert errichtete Pilgerkirche berücksichtigen musste. Auch heute noch weisen deshalb nicht Altar und Grab, sondern die Kirchenschiffe der nach

einem Großbrand 1823 neu errichteten Basilika nach Osten, wo genügend Platz war für den Kirchenbau.

Drei Quellen erinnern an die Hinrichtung

Hier, an der Ausfallstraße der Römer in Richtung Ostia, hat Paulus unter Kaiser Nero sein Haupt auf den Steinquader gelegt. Abgeschlagen soll es drei Mal auf dem Pflaster aufgesprungen sein, bevor es ausblutete. Drei Quellen, die „Tre Fontane“, sollen an den drei Aufschlagpunkten entsprungen sein. Heute erhebt sich darüber die Barockkirche San Paolo alle Tre Fontane. An diesem alten Hinrichtungsplatz der Römer hat man Münzen aus der Zeit des Nero gefunden.

Für besonderes Aufsehen sorgte aber vor nicht langer Zeit die Wiederentdeckung des Sarkophags, der beim Neubau der Basilika im neunzehnten Jahrhundert unter Schutt und Erde vergraben worden war. Das altrömische Steingrab wurde bei Grabungsarbeiten in den Jahren 2002 bis 2006 exakt unter dem Epigraph „Paulo Apostolo Mart“ (dem Apostel und Märtyrer Paulus) an der Basis des Hauptaltars der Basilika gefunden und freigelegt. Eine Glasplatte ermöglicht einen Blick auf den mächtigen Sarkophag, in dem seit 1600 Jahren die Gebeine des heiligen Paulus ruhen.

Doch das Interesse wird sich im Paulus-Jahr 2008/2009 nicht nur auf die archäologischen Befunde richten. Die Basilika untersteht jetzt, wie die anderen römischen Patriarchalbasiliken auch, einem Erzpriester. Zuvor war diese Aufgabe einem Päpstlichen Administrator übertragen. Erzpriester ist heute der ehemalige Vatikan-diplomat Erzbischof Andrea Cordero Kardinal Lanza di Montezemolo. Das Paulus-Jahr soll nach Worten des Kardinals den folgenden Zwecken dienen: der Wiederentdeckung der Gestalt des Apostels; dem Studium seiner zahlreichen Briefe, die an die ersten christlichen Gemeinschaften gerichtet sind; der lebendigen Wiederent-

¹ Guido Horst, Rom-Korrespondent der Tagespost.

deckung der ersten Zeiten der Kirche; der Vertiefung der Lehren des Apostels; der Wallfahrt zu seinem Grab und den zahlreichen Orten, die er besucht hatte; der Belebung des Glaubens und der Rolle der Gläubigen in der Kirche von heute im Licht seiner Lehren, und schließlich dem Gebet und dem Arbeiten für die Einheit der Christen in einem wahren „*mystischen Leib Christi*“.

Eine Paulus-Flamme, die das ganze Jahr über brennt

Das Pilgerprogramm beginnt mit der Wallfahrt, die Papst Benedikt am 28. Juni 2008 nach Sankt Paul vor den Mauern unternehmen wird. Dabei wird eine „*Porta Paolina*“, ein „*Paulustor*“, geöffnet und eine Paulus-Flamme entzündet, die das ganze Jahr über brennen soll. Das Römische Pilgerwerk wird Reisen zu den paulinischen Orten in Rom, aber auch in der Türkei, dem Heiligen Land, auf Malta und so weiter organisieren.

Der heilige Paulus gehört der gesamten Christenheit und so sollen Angehörige aller christlichen Kirchen und Konfessionen in das Paulus-Jahr einbezogen werden. Benedikt XVI. hatte das Paulus-Jahr während der ersten Vesper des Hochfestes der heiligen Apostelfürsten Peter und Paul 2007 ausgerufen. Der Papst erklärte damals: „*Der Völkerapostel, der sich besonders darum bemühte, die Frohe*

Buchbesprechung:

Archäologen auf den Spuren des heiligen Paulus

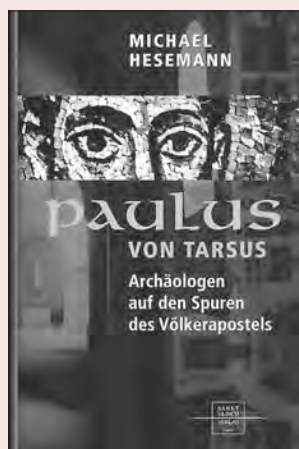
„**P**aulus von Tarsus. Archäologen auf den Spuren des Völkerapostels“ ist eine beeindruckende Reise durch Zeit und Raum. Der Autor Michael Hesemann hat ein lehrreiches Geschichtsbuch geschrieben, das sich zudem noch so spannend liest wie ein Krimi.

Der Völkerapostel Paulus, der sich durch den Anruf Gottes vom Christenverfolger zum glühenden Zeugen Jesu Christi wandelte, gehört zu den eindrucksvollsten Gestalten des Christentums. Für den Autor ist Paulus „*der Globalisierer des Christentums*“, „*der Kosmopolit unter den Aposteln*“, „*ein intimer Kenner sowohl des Judentums ebenso wie der antiken griechisch-römischen Geisteswelt*“.

Im Vorfeld des Paulusjahrs 2008/2009 hat sich Hesemann auf die Spuren des Völkerapostels begeben. Acht Jahre lang hat er auf den Spuren des Völkerapostels den Mittelmeerraum bereist, hat Kirchstätten besucht, Wissensinterviews und dabei die Erkenntnisse gewonnene Buch „*PAULUS VON TARSUS*“ auf eine abenteuerliche Reise am Grab des Apostels Tarsus in der heutigen Jerusalem und folgt von dort die Missionsreisen des Apostels, der die Türkei, Syrien, hinterlassen haben.

Tausende Kilometer im gesamten Mittelmeerraum das Evangelium zu verkünden, während Exegeten Fragen befassten, bringen mehr Spuren dieser Mission. Sie beweisen mit ihren Funden, dass viele Angaben in der Bibel weit genauer sind, als von Skeptikern oft behauptet. Genau diese archäologischen Funde hat der Historiker Michael Hesemann unter die Lupe genommen.

Der Autor, Michael Hesemann, ist international tätiger Autor, Historiker, Dokumentarfilmer und Fachjournalist für populärwissenschaftliche und kirchengeschichtliche Themen. Er studierte von 1983 bis 1989 Geschichte, Kulturanthropologie/Volkskunde, Literaturwissenschaft und Journalistik an der Universität Göttingen.



hat der heilige Paulus Raum zurückgelegt, um künden. Und während über sein Vermächtnis ten sich mit Datierungs-Archäologen mehr und onreisen ans Tageslicht.

hat der heilige Paulus Raum zurückgelegt, um künden. Und während über sein Vermächtnis ten sich mit Datierungs-Archäologen mehr und onreisen ans Tageslicht.

Phantombild des Apostels Paulus veröffentlicht

Pünktlich zum Paulus-Jahr 2008 hat das Landeskriminalamt (LKA) in Düsseldorf ein Phantombild des Apostels Paulus aus Tarsus erstellt. Der Dargestellte ist allerdings nicht zur Fahndung ausgeschrieben. Vielmehr dient das Bild zur Illustration des oben kurz besprochenen Buchs „Paulus von Tarsus. Archäologen auf den Spuren des Völkerapostels“ von Michael Hesemann.

Das Phantombild entstand laut Landeskriminalamt am Computer auf der Grundlage von historischen Zeichnungen, Texten und Bildern, die Paulus aus dem heute süd türkischen Tarsus darstellen. Die Person auf dem Phantombild sei, so das LKA, zwischen 7 und 10 nach Christus in Tarsus geboren und zwischen 64 und 67 nach Christus in Rom hingerichtet worden.

Michael Hesemann: „Paulus von Tarsus. Archäologen auf den Spuren des Völkerapostels.“ St. Ulrich Verlag Augsburg 2008, geb., 92 Farbfotos, 256 Seiten.

Botschaft allen Völkern zu bringen, hat sich vollkommen für die Einheit und Eintracht aller Christen aufgeopfert. Möge er uns bei dieser Zweitausend-Jahrfeier leiten, schützen und uns helfen, in der demütigen und aufrichtigen Suche nach der vollen Einheit aller Glieder des mystischen Leibes Christi voranzuschreiten.“

Ein besonderes Schreiben, so hat der Vatikan angekündigt, sei deshalb

gen. Paulus hatte weder zum Kreis der Zwölf gehört, noch war er Zeuge des Sterbens Jesu oder der Erscheinungen des Auferstandenen. Ihn betraute Gott mit einer besonderen Mission. Er war wie ein Turbolader, der der sich rasch ausbreitenden Kirche besondere Kraft verlieh. Eine solche „*missionarische Bombe*“ kann ansteckend wirken, wenn das Paulus-Jahr als Gelegenheit begriffen wird,

an den Patriarchen von Moskau und ganz Russland, Alexej II., ergangen, um ihn zur Eröffnung des Festjahres am 28. Juni 2008 einzuladen. Das Paulus-Jahr erhält somit besondere ökumenische Akzente. Dazu wird die bisherige Taufkapelle, die sich zwischen der Basilika und dem Kreuzgang befindet, zur ökumenischen Kapelle umgestaltet. Damit soll den Christen anderer Konfessionen ein besonderer Ort des Gebetes geboten werden.

Vor allem aber wird das Paulus-Jahr wieder die ersten Jahrzehnte der jungen Kirche in den Blick nehmen, als der Völkerapostel mit seinen Missionsreisen und seinen Briefen, die einen nicht unerheblichen Teil des Neuen Testaments ausmachen, dazu beitrug, den in Jerusalem entzündeten Flächenbrand in alle Teile der damals bekannten Welt zu tragen.

sich wieder dem Wesentlichen der christlichen Botschaft zuzuwenden. (aus: *Die Tagesspost* vom 12.02. 2008)

Die christlichen Spuren in der Türkei: Bischof Padovese zum Paulus-Jahr

Vielleicht erschließe sich das religiöse Erbe der Türkei nicht auf den ersten Blick, so Bischof Luigi Padovese, Vorsitzender der Türkischen Bischofskonferenz. Es erschließe sich aber, sobald man ein wenig an der Oberfläche kratze. Padovese, der auch Apostolischer Vikar von Anatolien ist, äußerte dies in einem Gespräch mit ZENIT über Programm und Ziele des „Paulus-Jahres“, das Papst Benedikt für die Zeit vom 28. Juni 2008 bis zum 29. Juni 2009 ausgerufen hat.

Was die Organisation von Wallfahrten und Reisen an die Wirkungsstätten des Völkerapostels betrifft, so seien vor allem religiöse Ziele maßgeblich, so der Würdenträger. Wichtig sei, in den Christen der Türkei und in aller Welt ein Gefühl für ihre eigene Identität zu wecken. Zu diesem Zweck gebe es eine Reihe von Initiativen: eine neue Übersetzung der Briefe Pauli ins Türkische, eine nationale Wallfahrt der katholischen Minderheit im Oktober 2008 oder auch ein Paulinischer Kurzkatechismus. Die Christen müssten selbst besser verstehen lernen, was es heißt, Christ zu sein, betonte der Bischof.

Paulus habe gezeigt, dass das Christentum eine radikale Neuheit sei und einen Bruch mit dem Traditionellen bedeute. Man werde nicht als Christ geboren, sondern man werde zu einem Christen, bekräftigte Padovese mit Verweis auf Worte Tertullians. Von diesem Neuen lege Paulus ununterbrochen Zeugnis ab und helfe so den Christen, ihren eigenen Standort, ihre christliche Identität zu begreifen.

„Es geht nicht nur um Kontinuität der jüdischen Religion“, erläuterte Padovese. Diese bestehe gewiss und sei ein anzuerkennendes Faktum, aber, „die Inkarnation ist doch ein so gewaltiger Qualitätssprung, und das „Ärgernis des Kreuzes und der Auferstehung übersteigt jede Vorstellung.“

Gelegenheit zum Dialog

Der Apostel Paulus habe gerade auch für die Türkei eine besondere

Bedeutung, was im bevorstehenden Paulus-Jahr neu verdeutlicht werden soll. Die Region der heutigen Türkei stand in apostolischer Zeit in Hochblüte. Hier fanden die fruchtbaren Begegnungen statt, die auch dem Christentum seine Ausbreitung und Inkulturation ermöglichten.

Das Paulus-Jahr sei daher eine exzellente Gelegenheit, auch mit den religiös und politisch Verantwortlichen des Landes ins Gespräch zu kommen. Auch die Ökumene solle davon profitieren. Orthodoxe Würdenträger seien an der Durchführung des Projektes beteiligt, darunter der ökumenische Patriarch Bartholomaios I. Die türkischen Autoritäten seien grundsätzlich am Projekt interessiert, hätten aber bis heute eine Anfrage betreffend den Bau einer Kirche zu Ehren des heiligen Paulus in Tarsus nicht beantwortet, berichtete Bischof Padovese.

Christus suchen

Aus archäologischer und historischer Sicht sei die Lage in der heutigen Türkei bedauernswert, fuhr der Bischof fort. Zu viel sei im Lauf der Zeit ausgelöscht worden. Sobald man jedoch beginne, an der Oberfläche zu kratzen, finde man enorm viele Zeichen christlicher Präsenz. Viele Kirchen der großen Städte seien zerstört, viele andere in Moscheen umgewandelt worden, wie etwa eine wunderschöne ehemalige Basilika in Tarsus. Doch seien bei weitem nicht

alle Spuren des Christentums beseitigt. In Antiochien etwa sei eine dem heiligen Paulus geweihte Kirche gefunden worden. In ihr habe der Apostel seine berühmte Missionspredigt gehalten.

Paulus habe mit Vorliebe in der heutigen Türkei gewirkt, so Bischof Padovese. Von den 10.000 errechneten Meilen, die der Völkerapostel zurückgelegt haben soll, falle ein großer Teil auf die Türkei. Es reiche, wenn man hierzu die Apostelgeschichte konsultiere.

Ein Zeugnis, eine Christenheit

Am 21. Juni soll das Paulus-Jahr in Tarsus unter Teilnahme des Vorsitzenden des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, Kardinal Walter Kasper, orthodoxer Kirchenoberhäupter und ziviler Autoritäten aus Ankara feierlich eröffnet werden. In einem von der Bischofskonferenz in der Türkei veröffentlichten Hirtenbrief wird die Bedeutung der Ökumene besonders unterstrichen. „Bevor wir katholisch, orthodox, syrisch, armenisch, chaldäisch oder protestantisch sind, sind wir doch Christen. Darin gründet unser Auftrag zum Zeugnis. Es steht einfach nicht an, dass unsere Differenzen Misstrauen und eine Beschädigung der Einheit des Glaubens bewirken. Wir dürfen nicht zulassen, dass Nichtchristen wegen unserer Zerspaltung von Christus entfremdet bleiben“, heißt es in dem Schreiben. (ZENIT.org)

Lammert: Religionen sind unverzichtbare Quelle von Werten

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat sich gegen eine „geradezu demonstrierende Distanzierung gegenüber Religionen und religiösen Orientierungen“ gewandt. Religion sei zwar nicht die einzige, aber doch eine unverzichtbare Quelle von Werten und Überzeugungen, schreibt Lammert in dem im März im Johannis-Verlag erschienenen Buch „Flagge zeigen. Vielfalt braucht Orientierung“. Das gelte auch für die Politik. Der Beitrag der Religion sei für politisches Handeln in der Gegenwart sowie modernen Gesellschaften völlig unverzichtbar.

Werte, gesellschaftliche Orientierungen und Verbindlichkeiten, so der CDU-Politiker, speisten sich „ganz wesentlich aus religiösen Überzeugungen.“ Ohne ein festes Fundament von Überzeugungen sei Politik lediglich die Selbstinszenierung von Macht und habe nur noch Zweckmäßighkeitsfragen im Blick. Weiter betont Lammert, Religion sei zwar zunächst einmal Privatsache. „Aber sie ist immer mehr und sie muss auch mehr sein.“ Lammert bekräftigt in dem Buch sein Plädoyer für eine Leitkultur. Dabei gehe es nicht um einen Dominanzanspruch von Kulturen gegeneinander. Aber innerhalb einer konkreten Gesellschaft sei es unverzichtbar, „dass klar sein muss, was gilt.“ (KNA)

Durchdrungen von der Liebe zu Gott

Zum Gedenktag des Heiligen Dominikus am 8. August

VON ANDREAS LASKA¹

Sich dem heiligen Dominikus zu nähern fällt nicht leicht. Für viele ist sein Name untrennbar mit Ketzerverbrennung und Inquisition verbunden. Doch wird das dem großen Heiligen gerecht, dessen Gedenktag die Kirche am 8. August begeht?

Wer sich näher mit Dominikus befasst, der wird schon bald überrascht sein. Denn der flammende Prediger, der große Mann des Wortes, hat der Nachwelt nahezu nichts aus eigener Feder hinterlassen. Ein einziger Brief ist erhalten, aber keine autobiographischen Notizen, keine Predigtsammlung, nicht einmal eine eigene Ordensregel. Dominikus war wohl zu bescheiden, als dass er seine eigenen Texte für aufhebungs- oder auch nur aufschreibenswert gehalten hätte. Sich Dominikus zu nähern, ist also eine Annäherung auf Umwegen – über Texte von Weggefährten und über Quellen, die sich mit der Ordensgründung befassen.

Dominikus wurde um 1174 in Caleruega in Kastilien, unfern von Burgos, geboren – eine genauere Angabe lässt sich nicht machen. Die häufig zu lesende Behauptung, dass seine Eltern zum kastilischen Hochadel gehörten, ist durch neuere Forschungen ins Reich der Legende verwiesen worden. Die Eltern waren wohlhabend, aber Adelige waren sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht. Schon früh bestimmten die Eltern den Jungen zur kirchlichen Laufbahn. Die erste diesbezügliche Erziehung übernahm ein Onkel, der selbst Priester war. Mit etwa 13 Jahren dann ging Dominikus an die Domschule von Palencia, wo er schon bald eine große Begeisterung für das Studium der Heiligen Schrift an den Tag legte.

Wann Dominikus die Priesterweihe erhalten hat, ist nicht mehr zu eruieren. Sicher ist nur, dass er schon 1199 das Amt eines „Sakrista maior“ in Domkapitel zu Osma innehat. Dort

wird Dominikus maßgeblich von Bischof Diego gefördert, der sich selbst wiederum einer Reformbewegung ver-



Dominikus. Nach einem Gemälde aus dem 13. Jh im Kloster San Domenico in Bologna, wo der Ordensgründer starb.

schrieben hat. Nicht nur, dass die Mitglieder seines Domkapitels als Kanoniker nach der Regel des heiligen Augustinus lebten, der Bischof verpflichtete sie als „regulierte Domherren“ auch zu persönlicher Armut, das heißt zu einem nahezu monastischen Leben. Der spätere Ordensgründer

Dominikus wurde hiervon entscheidend geprägt.

Schon bald erkennt Bischof Diego das besondere Talent des jungen Priesters. Er nimmt ihn mit auf eine Reise, die ihn im Auftrag des spanischen Königs nach Nord- oder Mitteleuropa führt – jedenfalls jenseits der Pyrenäen. Und genau auf dieser Reise kommt Dominikus' Leben an einen Wendepunkt. In Südfrankreich kommt er mit der Sekte der Katharer (*s. Kas-ten S. 66*) oder Albigenser in Berührung, deren rasche Ausbreitung damals Staat und Kirche in helle Aufregung versetzte. Dominikus möchte der Kirche helfen – und erkennt gleichzeitig, dass die Methode der päpstlichen Legaten wenig Erfolg versprach. Hoch zu Ross und mit feudalem Gefolge konnte man keine Menschen zum rechten Glauben zurückgewinnen, die alles Weltliche als Teufelswerk betrachteten, eine fleischlose Ernährung und sexuelle Enthaltsamkeit predigten. Also versuchen Diego und Dominikus es mit einer anderen Vorgehensweise: Zu Fuß und ohne Gepäck machten sie sich auf den Weg, um die Abtrünnigen zu bekehren. Diese Methode fand Nachahmer, so dass sich schon bald einige Gefährten um Dominikus scharten. Sie wurden „Predigerbrüder“ genannt – und stellten die Keimzelle des späteren Ordens dar.

Mit einem Empfehlungsschreiben des Bischofs von Toulouse geht Dominikus nun nach Rom, um die Predigerbrüder als klösterliche Gemeinschaft von Papst Innozenz III. anerkennen zu lassen. An die Gründung eines eigenen Ordens denkt er dabei nach neuesten Forschungen noch nicht. Es war vielmehr der Papst, der erste Anstöße in diese Richtung gab. Um die Ordensgründung schneller über die Bühne

¹ Laska, Dr. Andreas, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Sankt Ulrich Verlag, Augsburg.

zu bekommen, geben sich die „Prediger“ keine eigene Ordensregel, sondern nehmen die des Augustinus an. Sie war Dominikus ja seit seinen Tagen als Domherr in Osma bekannt. Dennoch verzögerte sich die institutionelle Festigung des neuen Ordens. Papst Innozenz nämlich starb und dessen Nachfolger Honorius III. musste erst von dem Projekt überzeugt werden.

Als das schließlich geschehen war, ging es Schlag auf Schlag. Dominikus sandte Brüder aus. An den intellektuellen Zentren der damaligen Welt sollten sie Niederlassungen gründen: in Paris, Bologna und Madrid. Dominikus selbst reiste von Ort zu Ort, um die Ausbreitung seines Ordens voranzutreiben. Auf einem Kapitel in Bologna erhielt der Orden schließlich auch eine eigene Verfassung. Doch die vielen Fußmärsche hatten Dominikus' Gesundheit geschwächt. Am 6. August 1221 starb er in Bologna. Nur wenige Jahre später, am 3. Juli 1234, wurde er von Papst Gregor IX. heilig gesprochen.

Wie diese knappe Lebensbeschreibung zeigt, war Dominikus vor allem eines – durchdrungen von der Liebe zu Gott und seiner Kirche. Er sah es als seine Aufgabe an, das Wort Gottes zu verkünden. Sein vehementer Kampf gegen die Ketzerei muss in diesem Kontext gesehen werden. Die Katharer mit ihrer Welt- und Leibfeindlichkeit stellten damals eine existentielle Bedrohung für Staat und Kirche dar. Diese Irrgläubigen mussten daher auf

Katharer [griech. „die Reinen“], die nach Umfang und polit. Einfluss bedeutendste religiöse Bewegung des Mittelalters von den Zeitgenossen auch Albigenser (in Frankreich), Patarerer (in Italien) und Manichäer genannt. Erstmals im Rheinland nachweisbar (Köln 1143), breiteten sich die K. im 12. und 13. Jh. vor allem in S-Frankreich und Oberitalien aus. Als kirchenkritische Bewegung lehnten sie Ehe, Eid, Bilder-, Heiligen- und Reliquienverehrung sowie den Kriegsdienst ab.

Theologie: Der gute Gott des N.T. liegt in einem ständigen Kampf mit dem bösen (Schöpfer-)Gott des A.T., in radikaler Interpretation mit Satan gleichgesetzt. Regional zeitweilig von großem Einfluss und blutig verfolgt (Albigenserkriege 1209-29), erlosch die Bewegung im 14. Jh., u. a. infolge der Ausbreitung der Bettelorden. (nach: Brockhaus 2001)

den rechten Weg zurückgeführt werden, damit sie das Ordnungsgefüge der mittelalterlichen Welt nicht aus den Angeln heben konnten. Das geschah nach den Rechtsvorstellungen der damaligen Zeit, zu denen eben

auch körperliche Strafen und öffentliche Hinrichtungen gehörten.

Entgegen einer weit verbreiteten Annahme gibt es allerdings keine Quellen, die Dominikus' direkte Teilnahme am Albigenserkreuzzug oder an Ketzerverbrennungen belegen. Seine Waffe war das Wort. Die Inquisition gar, die ganz entscheidend von Dominikanern geprägt war, wurde mehr als 20 Jahre nach dem Tod des Ordensgründers ins Leben gerufen. Ihre Auswüchse gehen also nicht auf das Konto des Heiligen.

Eine besondere Leistung des heiligen Dominikus ist sein Einsatz für die Frauenseelsorge und -bildung. Auch gegen den Widerstand aus dem eigenen Kloster begründete oder reformierte er mehrere Frauenklöster, die er zum Teil persönlich betreute.

Dominikus ist ein Mensch seiner Zeit – und aus diesem Blickwinkel muss sein Leben und Wirken betrachtet werden. Sein Lebenswerk aber, der Predigerorden, hat bis heute Bestand und ist zu einem unverzichtbaren Teil der Kirche geworden. Dominikaner wirken in der Wissenschaft und Publizistik, vor allem aber als Seelsorger, sei es in der Jugend- oder Citypastoral, in den Hochschulgemeinden oder in der Erwachsenenbildung.

Literaturhinweis: Paul D. Hellmeier, Dominikus begegnen, Sankt Ulrich Verlag Augsburg, 152 Seiten, ISBN 978-3-936484-92-2.



Vater – alles andere als ein einfacher Begriff! Wie sehr Väterlichkeit, Vaterbilder, Vaterfiguren problematisch und krisenhaft, aber auch lebensförderlich und unverzichtbar sind, wurde bei der Haupttagung 2008 der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands deutlich. 50 Männer aus diözesaner- und verbandlicher Männerarbeit waren vom 9. bis 11. Februar im Bonifatiushaus

Haupttagung 2008 der GKMD in Fulda:

Vater werden ist nicht schwer, Vater sein ...

Fulda zusammengekommen, um sich über das Thema der Tagung „Väterlich führst du mich – was Väter für unsere Gesellschaft bedeuten“ zu informieren und zu diskutieren.

Zunächst aber ging es in der Mitgliederversammlung um eine neue Männerstudie und um das gemeinsame Frauen- und Männerzentrum auf dem 97. deutschen Katholikentag in Osnabrück.

Eine im Jahr 1998 erarbeitete Männerstudie wurde weiter entwickelt. Die Meinungsumfrage unter einer repräsentativen Zahl von Männern

und Frauen wird zz. von Prof. Paul Zulehner ausgewertet und soll im November 2008 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Auftraggeber dieser Studie sind die GKMD und die Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Während des Katholikentages 2008 in Osnabrück gibt es am Freitag, dem 23. Mai, um 12:30 Uhr eine Männermesse „Mass4men“. Hauptzelebrant ist der für die Männerseelsorge zuständige Bamberger Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick. Die Messe hat Regionalkantor Thomas

Gabriel aus Seligenstadt komponiert. Darüber hinaus wird es ein gemeinsames Frauen- und Männerzentrum mit unterschiedlichen Themenbereichen geben.

In einem Grußwort zur GKMD-Tagung sprach sich der Fuldaer Diözesanbischof Heinz-Josef Algermissen dafür aus, dass die kirchliche Arbeitsstelle der Katholischen Männerarbeit weiterhin in Fulda verbleibt, denn schon die Fundamente der kirchlichen Männerarbeit gingen auf die Vorkriegszeit zurück. Er wies besonders auf den exemplarischen Männerseelsorger Pater Alfred Delp SJ hin, der während der NS-Zeit in Fulda sich „konspirativ“ u. a. mit Graf v. Moltke getroffen hatte.

Der Bamberger Erzbischof Prof. Dr. Schick feierte mit den Männern in der renovierten Kirche St. Peter auf dem Petersberg in Fulda eine hl. Messe. Dabei sprach sich der „Männerbischof“ für ein stärkeres politisches Engagement christlicher Männer aus. Kultur, Wirtschaft und Politik müssten in Einklang gebracht werden; Männer sollten sich auch als „Väter der Nation“ fühlen und Verantwortung übernehmen.

„Das Vatersymbol“

Prof. Helmut Jaschke von der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe sprach zum Thema „*Das Vatersymbol in Theologie und Tiefenpsychologie*“. Das Vatersymbol der vergangenen Jahrhunderte ist durch die heutige Zeit gründlich zerstört. Frauen brachen aus den herkömmlichen Strukturen aus, um sich zu emanzipieren. Das ursprüngliche Patriarchat gibt es nicht mehr, in dem Männer (Väter) die Macht hatten, ihren Willen durchzusetzen. Es gibt diese alte Vaterfigur nicht mehr. Jaschke wies darauf hin, dass in der patriarchalischen Tradition verhaftete Männer bei auftretenden Schwierigkeiten ihre Probleme durch Flucht in Arbeitswelt, Aggression, Alkohol oder Drogen „lösen“. Trotzdem spielt der Vater eine unverzichtbare Rolle für die Kinder, insbesondere für die Jungen. So wie Jahwe sein Volk Israel erziehe, so sei der Vater für die Familie da, sagt Jaschke unter Hinweis auf die Bibel: „Der Vater ist der Stellvertreter Gottes auf Erden, er muss diese Pflicht erfüllen, wie

will er sonst vor dem Throne Gottes erscheinen.“ Doch dieses Symbol ist in der letzten Zeit kaputt gegangen. Zeigt uns die Bibel den zornigen und beruhigenden Vater, so spricht Jesus ständig vom liebenden Vater, trotz allem. „*Wer mich sieht – sieht den Vater*“ (Joh).

In einer Diskussionsrunde schilberten einige Teilnehmer ihre verschiedenen Lebenswege. Dabei zeigte sich, dass nicht nur der eigentliche Vater, sondern auch die Großväter entscheidende Rollen als Bezugsperson innehaben.

„Die Jungenkatastrophe“

Konkreter ging Frank Beuster, Lehrer an einer Hamburger Hauptschule u. a. mit Behinderten, in seinem anschaulichen Vortrag „*Von Vätern und Vorbildern. Gelebte Väterlichkeit als Chance für Männer, Familie und Gesellschaft*“ auf das Tagungsthema ein. Er gab Hinweise für das Verhalten gegenwärtiger und künftiger Vätergenerationen und begründete plausibel, warum Jungen ohne Einwirken erwachsener Männer (Vater, Großvater) nicht zum Mann werden können. Dieser Erkenntnis gegenüber stehe, dass heute die Erziehung der Jungen in der Kinderzeit, bis einschließlich der Grundschuljahre, nahezu ausschließlich in den Händen von Frauen liege (Mutter, Kindergärtnerin, Lehrerin). Gerade aber junge Frauen in Erziehungsberufen hätten wenig Vorstellung davon hätten, wie Jungen „ticken“. Und mit Ironie, aber dennoch ernst gemeint, begründete Beuster sein Engagement in der Jungenerziehung: „*Sie, die ganz Anderen, (vom fernen Planeten Venus) wollen*

und sollen den kleinen wilden Kerlen in den Schulen sagen, wo es im Leben lang geht. Damit sind aber immer mehr weibliche Menschen überfordert und die Jungen mit der Schule, die sie vorfinden. Jungen bräuchten dafür sehr viel mehr männliche Weg- und Lernbegleiter. Männer, die sie verstehen, die ihnen das geben, was vielen von ihnen so sehr fehlt: Ein lebendes männliches Vorbild, auch zum Anfassen, zum Lernen am männlichen Modell.

Das Unverständnis meiner Studentinnen, ihre vielen Fragen zum anderen Geschlecht, ihre Einsicht, dass Jungen wohl dringend mehr Verständnis in bestimmten Bereichen und vor allem männliche Bezugspersonen bräuchten, motivierten mich, mein Bild von der aktuellen Situation vieler Jungen mit dem Ziel niederzuschreiben, Jungen in der Öffentlichkeit zum Thema zu machen und die katastrophale Situation von immer mehr Jungen in ihrer persönlichen Lebensentwicklung nicht länger passiv hinzunehmen.“

Beuster hat in Hamburg ein Partnerschaftsprojekt ins Leben gerufen: Eine Gruppe von Männern mit den verschiedensten Erfahrungen und Qualifikationen kümmert sich um Jungen an einer Schule und macht sie „patent für ihr Leben“. Aktivitäten vom Segeltörn bis zum gemeinsamen Kochen machen nicht nur Spaß, sondern stärken auch die Persönlichkeit. Gelebte Väterlichkeit ist somit auch ein gesellschaftlicher Auftrag.

(Heinrich Dorndorf)

(Hinweis: mehr zu F. Beuster „Die Jungenkatastrophe“ bei www.die-jungenkatastrophe.de, zur Männerarbeit bei www.kath-maennerarbeit.de)

Kurz berichtet:

Beim Papst in der ersten Reihe

Kostenlose Bilder aus dem Vatikan liefert ab sofort die neue Internetseite www.h2onews.org. Wer auch immer online ist, findet unter dieser Adresse einen neuen Nachrichtendienst, eine Art katholisches „YouTube“. „H2Onews“ erscheint in acht Sprachen, weswegen man die chemische Formel für Wasser als Namen des Dienstes wählte. Denn das verstehen auch Araber und Chinesen, die sich die Nachrichten ebenso in ihrer Sprache anhören können wie Engländer, Franzosen, Spanisch und Portugiesisch sprechende Menschen wie auch Italiener und Deutsche. (KNA)

Zeitgeschichte – 50 Jahre Bundeswehr:



Der erste Bundeskanzler und die Bundeswehr Dr. Konrad Adenauer – der distanziert-fürsorgliche Gründungsvater (Teil II)¹

VON DIETER KILIAN

Am 15. September 1949 wurde Adenauer mit dreiund-siebzig Jahren zum ersten Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Von den insgesamt dreizehn Bundesministern hatten sechs (Blücher, Dehler, Erhard, Schäffer, Schubert und Storch) als Soldat am Ersten Weltkrieg und zwei (Hellwege und Wildermuth) am Zweiten Weltkrieg teilgenommen. Fünf Bundesminister waren nicht Soldat gewesen (Heinemann, Kaiser, Lehr, Lukaschek, Niklas und Seeböhm). Im ersten Kabinett Adenauers gab es noch kein Verteidigungsressort. In der Debatte nach seiner ersten Regierungserklärung am 20. September entbrannte bei einer Bemerkung Adenauers über die Pensionen für „ehemalige Militärpersonen“ ein Wortgefecht. Als der KPD-Abgeordnete Friedrich Rische (1914-2007) einwarf, es fehle der „Kriegsminister“, entgegnete ihm Adenauer: „Ich sehe Sie ja schon in schöner Uniform!“ Daraufhin warf Heinz Renner (1892-1964), ebenfalls Abgeordneter der KPD, ein: „Dann sind Sie aber amerikanischer General!“ Adenauer wiederum konterte mit dem Satz: „Dann stehen Sie stramm vor mir!“

Wenige Wochen später, am 03.12.1949, signalisierte Adenauer in einem Interview mit John P. Leacacos vom „Cleveland Plain Dealer“, der größten Tageszeitung von Ohio, seine Bereitschaft, über eine deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen einer

westeuropäischen Verteidigungsarmee zu verhandeln. Dies kam einem Tabubruch gleich und zwar sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch gegenüber den Alliierten, deren Ziel es noch 1945 gewesen war, dass es nie wieder deutsche Soldaten geben dürfte. Doch die Weltlage hatte sich in den vier Jahren gewandelt. Im Frühjahr 1950 – d. h. noch vor Beginn des Korea-Krieges – hatte sich Adenauer von den ehemaligen Generalen Hermann Foertsch (1895-1961)², Speidel und Heusinger eine Studie mit dem Titel „Gedanken zur äußeren Sicherheit der Bundesrepublik“ erarbeiten lassen. Im Mai 1950 wurde der General der Panzertruppen a. D. Gerhard Graf von Schwerin (1899-1980) – „auf Empfehlung des britischen Hochkommissars“, so Speidel – nach einem persönlichen Gespräch am 24.05.1950 – zum Berater des Kanzlers für Militär- und Sicherheitsfragen ernannt. Nach dem Gespräch soll Adenauer gesagt haben: „Dat is ja gar kein Soldat, dat is ein ganz normaler Mensch.“³

Schwerins Dienststelle trug die Tarnbezeichnung „Zentrale für Heimatdienst“ und hat „im buchstäblichen Sinne in einem Dachkämmerchen des Palais Schaumburg verborgen – eine eher kryptische Rolle“ gespielt.⁴ Schwerin wurde von Adenauer mit der Vorbereitung der Him-

meroder Expertenkonferenz beauftragt, nahm selbst aber nicht daran teil. Doch schon Ende Oktober 1950, nach einem knappen halben Jahr, kam das Aus für Schwerin. Der agile Panzergeneral soll – neben internen Eigenmächtigkeiten – gegenüber Journalisten von der denkbaren Notwendigkeit einer allgemeinen Wehrpflicht gesprochen und damit ein Tabu gebrochen haben. Danach bedauerte Adenauer offenbar, einen ehemaligen General für diese Aufgabe ausgewählt zu haben. Wäre das „Experiment“ Schwerin hingegen gelungen, hätten die Chancen nicht schlecht gestanden, dass ein General erster Verteidigungsminister geworden wäre. So aber fielen militärische Anwärter für eine Nachfolge aus.⁵ Aussichtsreichster ziviler Kandidat schien zunächst Eberhard Wildermuth (1890-1952)⁶ zu sein. Als Bundesminister für Wohnungsbau besaß er politische und als Oberst der Reserve und Ritterkreuzträger auch fundierte militärische Erfahrung. Doch schließlich machte der Bundestagsabgeordnete und Gewerkschaftler Theodor Blank (1905-1972) das Rennen. Als Oberleutnant aus dem Zweiten Weltkrieg heimgekehrt, sprach für ihn vor allem, dass er aus dem „Gewerkschaftslager“ kam. Die Hoffnung indes, dies würde die ablehnende Haltung der Gewerkschaften zur Bundeswehr und Wiederaufrüstung aufweichen, erfüllte sich damals noch nicht. Blank wurde am 01.12.1950 ernannt und bekam

1 Dieser Beitrag von D. Kilian umfasst drei Teile. Teil I ist in AUFTRAG 269/März 2008, S. 72-79 erschienen. Der dritte und letzte Teil wird in AUFTRAG 271/September 2008 veröffentlicht und auch das Quellen-/Literaturverzeichnis enthalten.

2 Bruder des zweiten Generalinspektors der Bundeswehr, Friedrich Foertsch, der bis 1955 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft war. Mitte Oktober 1950 kam es zu einer persönlichen Begegnung zwischen Adenauer und Hermann Foertsch.

3 Zit. in: Kopp, Guido: Kanzler, S. 47 ff.

4 Kraske, Dr. Konrad: Anfänge der Öffentlichkeitsarbeit in der Dienststelle Blank, in: Vom kalten Krieg zur deutschen Einheit, S. 66.

5 General a. D. Heusinger wurde von Dr. Kurt Schumacher (SPD) favorisiert und General a. D. Speidel von seinem Landsmann Wildermuth, dem Wohnungsbauminister.

6 Speidel, Hans: Aus unserer Zeit, S. 297.

den Titel „Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ (auch: „Dienststelle Blank“ oder „Amt Blank“).

Am 29.08.1950 übermittelte Adenauer dem Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission John McCloy (1895-1989) – er war mit Adenauer weitläufig verwandt⁷ – zwei Denkschriften. Die erste sah vor, die Besetzung der Bundesrepublik Deutschland schrittweise zu beenden. Die zweite enthielt den Vorschlag, die westalliierten Truppen in der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken und deutsche Streitkräfte daran zu beteiligen.⁸ Zwei Tage später, am 31. August, kam es auf Wunsch der Hohen Kommission auf dem Petersberg bei Bonn zu einem Gespräch über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und der Bundesrepublik.⁹ Am 24.09.1950 besuchte McCloy Adenauer in Rhöndorf und sprach mit ihm über eine internationale Wehrmacht.

Vom 06. bis 09.10.1950 erarbeiteten zehn ehemalige Generale und Admirale und fünf ehemalige General- und Admiralstabsoffiziere der Wehrmacht, darunter Heusinger und Speidel, sowie die Grafen Kielmansegg und Baudissin¹⁰ (Bild 2) im Auftrag Adenauers im abgeschiedenen Kloster Himmerod in der Eifel eine Denkschrift über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas. Vorgaben und Rahmenbedingungen seitens des Kanzlers gab es für die zu erarbeitende Studie offenbar nicht. Am 02.11.1950 empfing Adenauer im

Beisein von Blank und Globke erneut eine Delegation ehemaliger Generale: Heusinger, Speidel und Gehlen, den Chef der „Organisation Gehlen“ (später: BND). Auf der Tagesordnung standen u. a. der Plevén-Plan¹¹ und die Ergebnisse der Tagung im Kloster Himmerod. Blank und alle Militärs lehnte den Plevén-Plan ab. Im Bundestag stimmten jedoch die Regierungsparteien CDU, CSU, FDP, sowie die DP (Deutsche Partei) am 08.11.1950 einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag auf der Basis dieses Planes zu. Auch die Verteidigungsminister der NATO billigten am 19.12.1950 die Teilnahme deutscher Kontingente an einer europäischen Armee. Offen blieb dabei aber, in welchem Rahmen dies erfolgen sollte – Plevén-Plan oder in der Form deutscher Divisionen im Atlantischen Bündnis. Nach einer EMNID-Umfrage vom Juni 1951 antworteten auf die Frage „Hat Ihrer Meinung nach Deutschland Pflichten im Rahmen der europäischen Verteidigung?“ bereits 45 % mit „Ja“, 26 % votierten mit „Nein“ und 29 % waren ohne Meinung.¹²

Am 21.12.1950 war Adenauer durch die Hohen Kommissare von der Berufung General Dwight D. Eisenhowers (1890-1969) zum ersten Obersten NATO-Befehlshaber Europa (SACEUR) unterrichtet worden. Dieser hatte seinen Soldaten im Krieg die Losung ausgegeben: „Wir kommen als Sieger, nicht als Befreier“. Nach einem Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald („horror camp“) am 12.04.1945 war er durch die dort gewonnenen Eindrücke nicht gewillt, nachsichtig mit den Soldaten der Wehrmacht zu verfahren. Daher gab es Ressentiments und Vorbehalte auf beiden Seiten. Doch am 22.01.1951 fand im Haus von McCloy in Bad Homburg („Haus am Walde“) ein Abendessen statt, an dem neben dem Gastgeber die US-Generale Eisenhower, Alfred M. Gruenther und

Thomas T. Handy (1892-1982; OB der US-Streitkräfte in Europa), sowie der stellvertretende britische Hochkommissar Sir Ivone A. Kirkpatrick (1897-1964) und der französische General Guillaume Widmer (1906-1968) teilnahmen. Von deutscher Seite waren neben Kanzler Adenauer, Vizekanzler Blücher, Prof. Carlo Schmid und Blank auch Heusinger und Speidel anwesend. Es gelang, die psychologische Kluft zu überwinden. Im Juni 1951 traf Adenauer Eisenhower zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als NATO-Oberbefehlshaber. Ihre dritte Begegnung am 02.05.1952 war bereits der Abschiedsbesuch des texanischen Generals. Er hatte sich zur Wahl für die Nachfolge von Präsident Harry S. Truman (1884-1972) gestellt und trat 1953 als 34. Präsident an die Spitze der USA.

Die Liste hoher deutscher Offiziere, denen Adenauer in seinem Leben begegnete, ist lang; darunter sind Ludwig Beck, Hermann Foertsch, Reinhard Gehlen (1902-1979),¹³ Heusinger, Paul von Hindenburg, Graf von Kielmansegg, Graf von Schwerin und Dr. Speidel – um die bekanntesten zu



Bild 2

7 Die Großväter der Ehefrauen von Adenauers zweiter Frau Gussie (geb. Zinser) und McCloy's Ehefrau Ellen (geb. Zinser) waren Brüder.

8 Von dieser Denkschrift erfuhr das Kabinett erst am 31.08. aus der Presse. Innenminister Gustav Heinemann schied im Oktober aus Protest gegen Adenauers Pläne aus der Regierung.

9 Adenauer, Konrad: Erinnerungen, Bd. 1, S. 360.

10 Der zunächst eingeplante Oberst a. D. von Bonin fiel aus und wurde durch Graf Baudissin ersetzt; weitere Teilnehmer waren: Hermann Foertsch, Gladisch, Knauss, Krüger, Meister, Nostitz, Röttiger, Ruge, Schulze-Hinrichs, Fridolin von Senger-Etterlin und von Vietinghoff.

11 Der französische Ministerpräsident René Plevén (1901-1993) hatte im Oktober 1950 vorgeschlagen, eine Europa-Armee unter einem europäischen Verteidigungsministers aufzustellen. Er scheiterte 1954. Plevén erlebte noch die Aufstellung der Deutsch-Französischen Brigade.

12 Adenauer, Konrad: Erinnerungen. Bd. 1, S. 469.

13 Chef der „Organisation Gehlen“ (1946-1956; danach BND); so z. B. am 02.11.1950.

nennen. So schreibt er in einem Brief vom 05.11.1955, er habe Generaloberst Ludwig Beck, den Generalstabschef von 1935 bis 1938 „gekannt und sehr geschätzt“.¹⁴ Details dieser Bekanntschaft sind nicht bekannt. Da Beck aber erst im Februar 1931 zum Generalmajor und im November 1932 – d. h. in der Endphase von Adenauers Zeit als Staatsrat in Berlin – zum Generalleutnant befördert wurde, dürfte dieser Kontakt nicht sehr intensiv gewesen sein. Eine engere Verbindung zwischen beiden nach 1933 erscheint unwahrscheinlich.¹⁵ General Friedrich Foertsch, der seine Freilassung nach zehn Jahren in sowjetischer Kriegsgefangenschaft dem Kanzler verdankt, lernte Adenauer erst kennen, als er 1961 zum zweiten Generalinspekteur berufen wurde; er wird jedoch weder in Adenauers Briefen noch in den Erinnerungen erwähnt. Die Vielzahl positiver Erfahrungen mit hohen deutschen Offizieren zwischen 1948 und 1963 haben Adenauers distanziertes Verhältnis zum Militär und den militärischen Gründervätern der Bundeswehr offenbar nur bei einigen von ihnen zum Positiven geändert. Allerdings lag dies nicht daran, dass Adenauer ihnen etwa die Schuld am Krieg angelastet hätte – im Gegenteil. Am 10.09.1955 hatte er die Generalität allgemein gegenüber Chruschtschow weitgehend vom Vorwurf der Kriegstreiberei exkulpiert: „Im übrigen lehre die Erfahrung der früheren Zeit, dass gerade die Generale meist keinen Krieg wollen. Die Kriege seien vielmehr meistens durch die Dummheit irgendwelcher Politiker verursacht worden“.¹⁶

Jedoch warf Adenauer einigen hohen Militärs vor, sie hätten sich – wie auch andere Eliten – widerstandslos durch die Nazis missbrauchen lassen. Obwohl er und seine Familie aber im Dritten Reich sehr gelitten hatten, hat

er dies nicht gegenüber jenen spüren lassen, die von 1933 bis 1945 aktiv oder passiv auf der anderen Seite, auf der Hitlers, gestanden hatten. Oft wird dies als Pragmatismus bezeichnet. Zu wenig jedoch wird es Adenauers christlichem Weltbild, dem Verzeihen und der Nächstenliebe zugeordnet. Hinzu kam, dass die Abneigung gegen alles Militärische – wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – nicht nur unter Politikern, sondern auch in der Bevölkerung weit verbreitet war.¹⁷ Das Militär war für Adenauer eine fremde Welt, mit der er nur marginal in Berührung gekommen war, und mit der er sich weder als Oberbürgermeister noch während seiner zwölf Jahre als Präsident des Preußischen Staatsrats näher zu beschäftigen brauchte. Erst als Regierungschef hatte er sich mit sicherheitspolitischen Fragen und dem Militär auseinanderzusetzen und stellte dazu fest: „Ich bin weder Militarist noch Kriegstreiber. Ich hasse den Krieg, wie ihn nur jemand hasen kann. Ich bin aber auch der Auffassung, dass wir, d. h. Deutschland und ganz Westeuropa, von Sowjetrußland verschlungen und versklavt werden, dass das Christentum ausgerottet werden wird, [...] Ich bin der festen Überzeugung, dass der Aufbau einer solchen Streitmacht, und allein der Aufbau einer solchen Streitmacht, den Frieden erhalten kann“.¹⁸

1989 – 22 Jahre nach Adenauers Tod – sollte sich der letzte Satz seiner Einschätzung bestätigen. Das Urteil Dritter über Adenauers Verhältnis zum Militär fällt überwiegend negativ aus. So bemerkt Helmut Schmidt: „Adenauer waren Geist und Gestalt der von ihm ins Leben gerufenen Bundeswehr in einer geradezu leichtfertigen Weise gleichgültig, und den hohen Rang einer klaren Einbettung unserer Streitkräfte in das Gefüge des Grundgesetzes hat er nicht erkannt.“¹⁹

Ähnlich urteilen General Speidel: „Adenauer hatte kein Verhältnis zum Soldaten, auch nicht zu militärischen Problemen.“²⁰ und R. F. Pauls: „Er (Adenauer) äußerte 1954 dem amerikanischen Außenminister [...] Dulles gegenüber seine Sorge vor einer Wiederkehr der ‚Preußischen Militärkaste‘ ...“ Das System, das für diese Art von Kontrolle der jungen Bundeswehr entwickelt wurde, war stark beeinflusst von dem ostentativen Misstrauen des Kanzlers gegenüber den Generalen beziehungsweise Offizieren.²¹

Auch Strauß berichtet von einer Begegnung mit Adenauer, die dessen Misstrauen gegenüber der Armee als „Staat im Staate“ als latenter Bedrohung jeglichen demokratischen Staatswesens beschreibt: Der damalige Brigadegeneral Albert Schnez (1911-2006) hatte im August 1960 in der Zeitschrift „Information für die Truppe“ eine Beilage mit dem Titel „Voraussetzungen für eine wirksame Verteidigung“ veröffentlicht, die in der Öffentlichkeit kritisiert wurde, weil einige sie als Angriff auf den Primat der Politik verstanden. Adenauer war diese Kritik unangenehm, und er rief Strauß aus dem Urlaub in Südfrankreich zurück. In der Besprechung stellte Strauß jedoch fest, dass das Geschriebene ihrer beider politischen Auffassung entspräche. Aber Adenauer bestand darauf, dass dies nur ein Politiker hätte schreiben dürfen, nicht aber ein General. „Und dann kam ein Satz, der mich perplex machte“, schreibt Strauß: „Vor kurzem hätten die Militärs in der Türkei die Macht übernommen, die Militärgerichtsbarkeit eingeführt und Todesurteile gegen Politiker ausgesprochen: ‚Meinen Sie, Herr Strauß, ich will vor ein Militärgericht zitiert werden? Wenn bei uns die Militärs die Macht übernehmen – glauben Sie, dass ich mich dann aufhängen lasse?‘“²²

Adenauers Kontrolle griff über mehrere Ebenen. So erinnerte er seinen Staatssekretär Dr. Globke im Februar 1962 schriftlich, „die Arbeit des

14 Adenauer Konrad: Briefe 1955-1957, Brief an General Speidel (Nr. 48.)

15 Abgesehen von der Herkunft Becks aus dem Rheinland (Bieberich) kreuzten sich ihre Wege nicht: Beck war in Breslau (1919), Münster (1922/23), Dresden (1925-29), Ulm (1929), ab 1.10.1933 in Berlin als Chef des Truppenamtes. In der Literatur über Beck findet sich kein Hinweis auf eine persönliche Bekanntschaft mit Adenauer.

16 Adenauer, Konrad: Erinnerungen, Bd. 2, S. 522.

17 Adenauer in einem Brief vom 15.11.1950: „Die Behandlung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch durch die Westalliierten hat die Achtung vor allem, was mit Wehrmacht irgendwie zusammenhängt, im deutschen Volke weitgehend vernichtet“.

18 Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945-1955 – Brief vom 09.05.1951 –, S. 123.

19 Schmidt, Helmut, Weggefährten, S. 510.

20 Speidel, Hans, a. a. O., S. 253.

21 Pauls, Rolf F., Adenauer und die Soldaten in: Vom kalten Krieg zur deutschen Einheit, S. 39.

22 Strauß, Franz Josef, Erinnerungen, S. 332.

Generals Schnez im Auge zu haben“.²³ Dies zeigt zugleich, wie informiert Adenauer über den Sachstand von Arbeitsprojekten im BMVg gewesen sein muss. Dies deckt sich mit einer Aussage in der Zeitung „Die Welt“ vom 04.03.1955, in der der Journalist Georg Schröder schrieb: „Sicher ist, dass Adenauer beabsichtigt, zumindest in der ersten Phase der Aufstellung deutscher Streitkräfte, weitgehend selber die Zügel in die Hand zu nehmen.“

Im direkten Umgang mit Soldaten hatte Adenauer offenbar keine Berührungängste. So berichtet General Dr. Kießling, der 1954 als Leutnant einer Hundertschaft der Bonner Grenzschutzabteilung angehörte, die zum Wach- und Protokolldienst eingesetzt war, dass der Kanzler ihn gelegentlich ansprach, „wenn er mich im Park des Palais Schaumburg traf“.²⁴

Adenauers Beziehung zum Militär blieb janusköpfig, und bisweilen gab er auch – wie in der Frage des Wesens von Nuklearwaffen (Teil 3) – weniger fundierte Urteile ab. Dennoch scheint die Kritik an seinen gering ausgeprägten Beziehungen zum und seinem Misstrauen gegenüber dem Militär zu scharf und überzogen, denn sie steht z. B. im Widerspruch zur Weitsicht Adenauers, „dass es sich bei dem Aufbau der Wehrmacht um ein entscheidendes Problem für die deutsche Zukunft handele“.²⁵ Auch sein – leider vergeblicher – Versuch, durch die Einbindung eines SPD-Politikers in die Spitzengliederung der Bundeswehr diese aus dem Parteienstreit herauszuhalten, ist ein Beleg dafür (Teil 3). Seine militäri-

schen Kenntnisse scheint er selbst durchaus angemessen eingeschätzt zu haben, denn nur so ist die folgende Aufforderung an Speidel während der deutsch-französischen Verhandlungen in Paris 1954 zu verstehen: „Gleich zu Beginn (der Verhandlungen) nahm mich der Bundeskanzler kurz auf die Seite und bat: ‚Machen Sie doch einmal diesem Herrn Mendès-France (der damalige französische Ministerpräsident) militärische Grundbegriffe klar! Er versteht nichts davon.‘“²⁶ Gleichwohl musste sich Adenauer auf seine militärischen Ratgeber verlassen und ihnen vertrauen, was ihm nicht leicht fiel. So ist sein Satz an Gumbel kolportiert: „Generale muss man gut behandeln. Stellen Sie aber auch niemanden ein, der später einmal putscht!“

Bis heute ist diese irrationale Sorge vor einem Militärputsch in Deutschland ein Hemmschuh für ein ungetrübtes Verhältnis zwischen Politik und Armee. Die Furcht, die Spitzenmilitärs könnten versucht sein, selbst Politik machen, war offenbar tief in Adenauers Innerem verwurzelt. Negative Erfahrungen eines langen Lebens in der Politik – verbunden mit den Namen von Tirpitz, Hindenburg, Ludendorff, Seeckt und Schleicher – blieben in seinem Gedächtnis. Um ähnliche Entwicklungen schon im Ansatz zu verhindern, schuf Adenauer bereits im „Amt Blank“ mit einer gezielten Personalpolitik, die hohe Beamte seines Vertrauens in Schlüsselstellungen brachte, ein effektives Kontrollinstrument. Wenn er Soldaten Vertrauen entgegenbrachte, so war dies gepaart mit strikter Kontrolle. Ein Beispiel ist die Aufforderung an Staatssekretär Dr. Josef Rust (1907-1997), den ersten obersten Verwaltungsbeamten im BMVg: „Ich ahne, dass Sie viele Missstände dort antreffen werden; ich fürchte manchmal, dass es dort schlimmer aussieht als irgend einer ahnt. Gehen Sie daher an Ihre Arbeit mit 100% Misstrauen gegen alle und jeden; besser, man wird angenehm enttäuscht und überrascht als umgekehrt“.²⁷

Die Beziehung Adenauers zur deutschen Generalität kann mit kritischem Respekt beschrieben werden. Dass Adenauer als Sohn eines subalternen Offiziers Komplexe gegenüber hohen Offizieren hatte, ist unwahrscheinlich. Adenauer schätzte die Generale Speidel und Heusinger ob ihrer fachlichen Qualifikation. Er suchte den Rat der beiden Repräsentanten der jungen Bundeswehr und traf sie so oft, dass man den Eindruck hat, diese direkten Begegnungen wären damals weit häufiger gewesen als bei späteren Regierungschefs und Generalinspektoren. Auch dies schwächt die Kritik an Adenauers angeblicher Militärdistanz und „geradezu leichtfertigen“ Gleichgültigkeit und lässt sie sehr überzogen erscheinen. Ebenso fällt auf, dass Adenauer – sieht man von Kabinettsitzungen ab – nur selten mit Blank allein diskutierte; zumeist waren Heusinger und Speidel, oder einer von ihnen dabei. Dadurch entfiel die Filterwirkung zwischen politischer und militärischer Ebene, konnten doch die Militärs – im Gegensatz zu späteren Zeiten – ihre Vorstellungen dem Regierungschef direkt und ungefiltert durch den Verteidigungsminister vortragen, was für beide Seiten sicherlich von Vorteil war. Pauls schreibt: „Von allen Generalen der Bundeswehr hat Adenauer ihn (Heusinger) wohl am meisten geschätzt“.²⁸

Auch General de Maizièrte teilt dieses Urteil. Adenauer, „der von Militärs im Allgemeinen keine hohe Meinung hatte, glaubte ihm (Heusinger) und schenkte ihm viel Vertrauen.“²⁹ Der Kanzler hat ihm für seine Arbeit mehrmals schriftlich gedankt. Beide Offiziere waren für den Aufbau der Bundeswehr unverzichtbar, doch Heusinger verkörperte sicher stärker als der selbstbewusste Speidel jenen bescheidenen preußischen Offizierstypus, der die Forderung „Mehr sein als scheinen“ verinnerlicht hatte. Adenauer nutzte das Fachwissen und Ansehen der beiden Generale nicht nur in zahlreichen Diskussionen mit den Westalliierten, sondern auch im innenpolitischen Disput. Als sich z. B. Wissenschaftler kritisch zur atomaren

23 Adenauer, Konrad: Brief an Staatssekretär Dr. Globke vom 19.02.1962 (Brief Nr. 63). Unklar ist, worum es sich handelte. Generalmajor Albert Schnez war damals Chef des Führungsstabes der Streitkräfte (Fü S) und einer der engsten Mitarbeiter von Generalinspekteur Foertsch. De Maizièrte glaubte später, es könne ein Traditionserlass gewesen sein. Dies erscheint unwahrscheinlich. In der Aufbauphase spielte Tradition keine herausragende Rolle. Wahrscheinlicher ist, dass es um Fragen der Bündnisstrategie ging.

24 Kießling, Günter, Versäumter Widerspruch, S. 135.

25 Adenauer, Konrad: Brief an Bundespräsident Heuss vom 22. Mai 1955, (Nr. 250).

26 Speidel, Hans, a. a. O., S. 323.

27 Adenauer, Konrad: Briefe 1955-1957 – Brief vom 16.10.1955, S. 415.

28 Pauls, Rolf F., a. a. O., S. 37.

29 Maizièrte, de Ulrich, In der Pflicht, S. 196.

Rüstung äußerten, ließ Adenauer am 17.04.1957 Speidel eigens dazu aus Fontainebleau von einer Übung nach Bonn anreisen. „Ich lud die Atomwissenschaftler [...] ein und ließ ihnen durch die Generale Heusinger und Speidel einen Vortrag über die militärische Weltlage halten.“³⁰

Im Dezember 1957 hätte Adenauer Heusinger allerdings wegen dessen falscher Auskunft über den Stand der



Bild 3: Empfang zum 80. Geburtstag von Kanzler Adenauer 1956

Nuklear- und Raketenbewaffnung in der Sowjetunion am liebsten abgelöst. Er verzichtete aber darauf, um keinen politischen Wirbel zu verursachen.³¹ Es gab darüber hinaus wiederholt Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und seinen beiden obersten Soldaten. So schrieben Speidel und Heusinger ihm am 05.09.1955 einen Brief, in dem sie ihre Sorge darüber ausdrückten, dass das Misstrauen gegenüber den künftigen Soldaten und eine damit verbundene Herabsetzung des Soldatentums ein schlechtes Fundament wäre, um eine leistungsfähige Armee aufzubauen. Ein Antwortschreiben hätten sie – so Speidel – nie erhalten. Drei Jahre später wurde das Tempo des Aufbaues der Bundeswehr unterschiedlich beurteilt.

„Das Jahr 1958 begann mit einer Aussprache bei Bundeskanzler Adenauer. Strittig war vor allem die Frage, in welchem Zeitraum die deutschen Divisionen aufgestellt werden könnten. Aus außen- wie innenpolitischen

Gründen drängte Adenauer auf eine Beschleunigung.“³²

Speidel hingegen mahnte zu Geduld und war gegen Improvisationen. Beim Empfang zu Adenauers 80. Geburtstag 1956 im Palais Schaumburg gratulierte eine Delegation der Bundeswehr unter Führung von Generalleutnant Dr. Speidel dem Jubilar (Bild 3), zusammen mit Generalmajor Hellmuth Laegeler (1902-1972), Fregattenkapitän Karl Adolf Zenker (1907-1998; später Inspekteur der Marine) und Oberstleutnant Werner Panitzki (1911-2000; später Inspekteur der Luftwaffe).

Als Speidel 1957 seinen Dienst bei der NATO als Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte Mitteleuropas antrat und zugleich den vierten goldenen Stern erhielt, nahm die Häufigkeit persönlicher Treffen ab. „Zu Beginn des Jahres 1961 empfing mich der Bundeskanzler zur Aussprache über die neue Linie der französischen Verteidigungspolitik.“³³ Als Adenauer im Juli 1962 nach Frankreich reiste, stattete er auch dem NATO-Hauptquartier SHAPE, das damals noch in Fontainebleau stationiert war, einen Besuch ab. Bei dem Treffen saßen Adenauer und Speidel in Harmonie und Eintracht zusammen. (Bild 4) Ein Jahr später jedoch kam es zum Bruch. Speidel war dem empfindlichen französischen Präsidenten General de Gaulle ein Dorn im Auge³⁴ und damit für Adenauer ein Hindernis bei der Aussöhnung mit Frankreich. Daher gab der Kanzler dem Drängen de Gaulles auf vorzeitige Entlassung Speidels im Herbst 1963 nach. Dies war für Speidel verletzend und ungerecht, für Adenauer jedoch nur eine Interessenabwägung, bei der Befindlichkeiten zurückstehen mussten, und ein General zu gehorchen hatte. Verbittert schreibt Speidel: „Wie Adenauer es [...] verstand, sich der Fähigkeiten seiner Mitarbei-

32 Speidel, Hans, a. a. O., S. 369.

33 Speidel, Hans a. a. O., S. 393. Am 10.06.1963 wurde Speidel letztmalig von Adenauer empfangen.

34 De Gaulle war u. a. darüber verärgert, dass Speidel in einem Buch über die Invasion 1944 die Rolle der Résistance als unbedeutend dargestellt hatte. Bei seinem Deutschlandbesuch im Juli 1962 „übersah“ er Speidels ausgestreckte Hand bei der offiziellen Begrüßung.

ter zu bedienen, so konnte er sie auch, wenn sie ihm entbehrlich geworden waren, kühl fallen lassen.“³⁵ Blank hatte dies ebenso erfahren müssen wie Graf Schwerin und Oberst a. D. Bogislaw von Bonin.

Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers nach Artikel 65 des Grundgesetzes ist eine Form der militärischen Auftragstaktik: Der Kanzler gibt den Auftrag, und das Parlament stellt die Mittel. Dann setzen die Bundesminister die vom Regierungschef vorgegebene Richtung eigenverantwortlich um. In der Ausgestaltung des Handlungsspielraumes hatte jeder Kanzler seinen eigenen Stil. Adenauer hielt die Zügel militärisch straff. Dabei regelte er selbst Details akribisch. „Der Kalbsrücken, ..., war schlecht. Das Fleisch war viel zu frisch und nicht abgehängt.“³⁶

Wer vereinbarte Vertraulichkeit nicht wahrte oder die Kabinettsdisziplin verletzte, wurde scharf zur Ordnung gerufen. Minister Strauß bekam dies wiederholt zu spüren: „Ihr Verhalten (Preisgabe vertraulicher Ge-



Bild 4: Bundeskanzler Konrad Adenauer und General Dr. Hans Speidel 1962 in Fontainebleau

sprache vom 18.06.1958) [...] nötigt mich, Sie mit allem Ernst und mit allem Nachdruck zu ersuchen, in Zukunft derartige Verstöße zu vermeiden. Ich sehe mich sonst gezwungen, von dem nach Art. 64 GG mir zustehenden Rechte, beim Herrn Bundespräsidenten Ihre Entlassung zu beantragen, Gebrauch zu machen.“³⁷

35 Speidel, Hans a. a. O., S. 253.

36 Adenauer, Konrad: Brief an Dr. Meinen (Königshof) vom 11.05.1959.

37 Adenauer, Konrad: Brief Nr. 101 an

30 Adenauer, Konrad: Erinnerungen Bd. 3, S. 299.

31 siehe: Adenauer – Heuss, Unter vier Augen, S. 257.

Auch Unpünktlichkeit seiner Minister duldete Adenauer nicht: „Ich habe es sehr peinlich empfunden, dass Sie (Minister Erhard) bei der gestrigen Sitzung [...] eine halbe bis dreiviertel Stunde zu spät gekommen sind.“³⁸

Selbst Außenstehende wurden, wenn es ihm nötig schien, kritisiert. So musste sich der katholische Pfarrer seines Wohnortes Rhöndorf, Martin Lemmen, von Adenauer am 19.04.1954 sagen lassen, dass er noch nie österlichen Gottesdiensten beigewohnt hätte, „die so wenig von österlicher Freude und österlichem Geiste verbreiteten, wie der Ihrige“. Das Adenauersche Misstrauen kam somit nicht nur gegenüber dem Militär zum Ausdruck, sondern wurde in seinem gesamten Wirkungsbereich praktiziert; nur die Familie und engste Freunde waren ausgenommen. Vielleicht lag der Grund dafür in seinem „pessimistischen, skeptischen oder manchmal auch zynischen Menschenbild“.³⁹

Am 9. Januar 1951, traf Adenauer mit Blank, Heusinger, Speidel und Oberst a. D. Graf von Kielmansegg zusammen. Sie diskutierten auf dem Petersberg bei Bonn mit den Alliierten Hohen Kommissaren unter Leitung des US-Generalleutnants George P. Hays (1892-1978) über einen westdeutschen Wehrbeitrag. Das Treffen wurde zunächst geheim gehalten. Am 04.07.1951 fand erneut eine Besprechung beim Kanzler statt, an der Blank, Hallstein, Blankenhorn, Heusinger, Speidel und Graf von Kielmansegg teilnahmen, und in der Adenauer verkündete, er wäre nun für eine „Europa-Armee“.⁴⁰ Aufgrund eines am 15. Februar vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes wurde am 16.03.1951 begonnen, eine Sonderpolizei des Bundes, den Bun-

desgrenzschutz (BGS), aufzubauen. Diese unterstand dem Innenminister und hatte Störungen der öffentlichen Ordnung im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern zu unterbinden. Die Beamten des BGS, die vorwiegend kaserniert waren, sollten im Kriegsfall den Kombattanten-Status erhalten.

Am 27.05.1952 wurde der Vertrag über die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unterzeichnet. Doch das ehrgeizige Projekt scheiterte. Am 30.08.1954 verzweigte sich Frankreich, in dem eine Mehrheit der Nationalversammlung die EVG von der Tagesordnung nahm. Plevens Plan landete im Papierkorb. Die Verhandlungen über den deutschen NATO-Beitritt drohten zu scheitern. Man suchte nach einem Ausweg, und Adenauer griff die Idee einer nationalen westdeutschen Armee wieder auf. Doch das Hauptproblem, die französische Angst vor einer deutschen Aufrüstung, war nur mit einem Verzicht auf bestimmte Waffen zu beseitigen. Dieses Ziel wurde auf der Neun-Mächte Konferenz in London im Herbst 1954 erreicht. Kielmansegg schildert, wie Adenauer ihn, den Leiter der militärpolitischen Unterabteilung im Amt Blank, und nicht einen hochrangigen Diplomaten, als einzigen Berater am 02.10.1954 zu jener Sitzung der Konferenz mitnahm, auf der er die von Frankreich erhoffte Verzichtserklärung abgab und dadurch die Zukunft Deutschlands bis heute prägte: „Adenauer musste entscheiden, wer ihn begleiten sollte. Er, Hallstein, Blank und ich standen in einer kleinen Gruppe zusammen. Hallstein gab unmissverständlich zu verstehen, dass er wohl der begleitende Berater sein ...würde. Daraufhin der Kanzler: 'Nee, nee, Herr Hallstein, ich brauche jemand, der etwas davon versteht. (Anmerkung: es ging um den Verzicht auf schwere Waffen und die ABC-Waffen) und das ist hier nur der Herr Blank.' Blank antwortete – und das ist sehr bezeichnend für ihn: 'Herr Bundeskanzler, nicht ich. Der einzige von uns, der wirklich etwas davon versteht, ist der Graf Kielmansegg, nehmen Sie den mit.' Adenauer stimmte sofort zu, und so ist es gekommen, dass der Kanzler und ich als sein Berater

allein in diese alles entscheidende Sitzung gingen.“⁴¹

Hallstein war darüber „sichtlich verärgert“. Auf der Sitzung des NATO-Rates am 22.10.1954 wurde einstimmig beschlossen, die Bundesrepublik zum Eintritt in die NATO einzuladen, und einen Tag später wurden die Pariser Verträge unterzeichnet. Am 5. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik Mitglied im Nordatlantischen Bündnis.

Leserbrief zu AUFTRAG 269 / März 2008, Seite 72 ff.:

Der erste Bundeskanzler und die Bundeswehr

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich im AUFTRAG die Serie über die Bundespräsidenten und ihr Verhältnis zur Bundeswehr verfolgt. So habe ich mich gefreut, dass Oberst a. D. Kilian nun auch unter gleichem Gesichtspunkt über die Bundeskanzler schreibt. Da ich kein Freund von „dicken“ Biographien bin, gefällt mir die klare und präzise Beschreibung von Oberst a. D. Kilian.

Zu Bundeskanzler Adenauer muss ich bemerken, dass sein Beispiel mir bei der Bewältigung mancher Zweifel an Glauben und Kirche geholfen hat. In den 50er Jahren sah ich in einer Wochenschau, wie Bundeskanzler Konrad Adenauer vor einem Kreuz kniete. Ich dachte mir damals, *„wenn dieser großartige und angesehene Mann seine Knie vor dem Kreuz beugt, dann sind deine Zweifel doch wohl kleinlich!“*

Karl-Heinz Kieserling

Am 7. Juni 1955, wurde Blank zum ersten deutschen Verteidigungsminister ernannt, und einen Tag später – im 2. Kabinett Adenauers – vereidigt. Mit dessen Ernennung wollte Adenauer „den Widerstand der Gewerkschaften paralisieren.“⁴² Doch bereits am

Minister Strauß vom 20.06.1958.

38 Adenauer, Konrad: Brief Nr. 175 an Minister Erhard vom 03.12.1958.

39 Hartmut Soell in: Ludwig Erhard und seine Politik – Diskussion der Beiträge, S. 42.

40 Speidel, Hans, a. a. O., S. 293. Im August 1950 hatte der Europarat die Bildung einer europäischen Armee mit deutschen Kontingenten befürwortet. Diese auf dem Plevens-Plan beruhende Armee sollte bis auf die Ebene der Kompanie/ Batterie aus integrierten Kontingenten bestehen.

41 Kielmansegg, Johann Adolf Graf von, in: Vom kalten Krieg zur deutschen Einheit, S. 118 f.

42 Adenauer, Konrad: Brief an Dr. Thomas Dehler (FDP) vom 06.09.1955.

16. Oktober – als die ehrgeizigen Pläne des Aufbaus der Bundeswehr ins Wanken gerieten – wurde er entlassen und durch Franz Josef Strauß ersetzt. Gleichwohl trug Blank fünf Jahre die Last der Vorbereitung für die Aufstellung der Bundeswehr. Der Dank dafür fiel verhalten aus.



Bild 5

Am 11. November 1955 erhielten die ersten Soldaten der Bundeswehr – einige in Zivil, einige in Uniform – in einem Festakt in der nur spärlich geschmückten Kfz-Halle der 1880 erbauten Ermekeil-Kaserne in Bonn von Blank ihre Ernennungsurkunden überreicht. (Bild 5) Adenauer kritisierte den Ablauf der Feier. Ein junger Mann, der daran teilgenommen hatte, schilderte Adenauer, bei der Feierstunde wäre man „doch in der Vereinfachung und Schmucklosigkeit zu weit gegangen“. Daraufhin schrieb der Kanzler an Blank, er hätte es „gerne gesehen [...], wenn alle schon Uniformen gehabt hätten und wenn zum Schluss der Feier das Deutschland-Lied gespielt worden wäre“. Er wies den Minister an, künftige Anlässe feierlicher zu gestalten.⁴³ Dies entkräftet den Vorwurf, Adenauer hätte für feierliche militärische Formen wenig Verständnis gehabt.

Quellennachweis & Literaturangaben in Teil III:

Bildnachweis: Privataarchiv Speidel (1, 2); Presse- und Informationsamt (BPA) der Bundesregierung (3)

⁴³ Adenauer, Konrad: Brief Nr. 52 vom 17.11.1955.

Buchbesprechung:

Aus Adenauers Nachlass

VON ANDREAS M. RAUCH

Wer heute nach Konrad Adenauer fragt, fragt nicht nur nach der Person des ersten Bundeskanzlers und Bundesaußenministers der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch zugleich nach der gesellschaftlichen, politischen und religiösen Identität, die Adenauer noch immer für viele Menschen verkörpert – vor allem in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland. Das vorliegende Buch des langjährigen wissenschaftlichen Leiters der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf, Hans Peter Mensing, vom November 2007 verdeutlicht zugleich, dass es noch eine Fülle an Material gibt, welches es zu erforschen gilt. In 17 Beiträgen zur Biographie und zur Politik des ersten Bundeskanzlers beleuchtet Mensing viele Seiten und Aspekte eines bislang weitgehend „unbekannten Adenauer“. Dabei bringt Mensing sein enormes Wissen nach mehr als 27 Jahren wissenschaftlicher Tätigkeit im Editions- und Publikationsbereich der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und als einer der besten Adenauer-Kenner ein.

Die nunmehr schon vierzigjährige Forschung über Konrad Adenauer, die bereits in seinem Todesjahr 1967 begann, macht deutlich, dass der Lebensweg und das Lebenswerk des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland in lebensgeschichtliche Beziehungen und Abhängigkeiten zu stellen ist. Gesellschaftliche, politische und religiöse Identität formt sich aus im Beziehungszusammenhang von Menschen, deren Einflüssen wir unterliegen, seien es Eltern, Ehepartner oder Freunde. Menschen in jedem sozialen Umfeld schüren Erwartungen, entwerfen Perspektiven auf die Gestaltung menschlichen Lebens und geben im Rahmen vorhandener Möglichkeiten Hilfestellungen, um menschliches Leben zu meistern und es gelingen zu lassen. Ebenso verhält es sich mit Konrad Adenauer.

Das Faszinierende am Lebensweg von Konrad Adenauer – so stellt Mensing zu Recht fest – liegt aber nicht nur an der Zeitspanne zwischen 1948 und 1967, sondern bereits in den Jahrzehnten zuvor, namentlich die schon in der wilhelminischen Kaiserzeit beginnende Tätigkeit als Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Köln (1917–1933) und Präsident des Preußischen Staatsrates (1921–1933). Aber auch die Ausnahmesituation, in der sich Adenauer während des Nationalsozialismus befand, insbesondere seine eigene Verhaftung

und die seiner Frau Gussi, gewinnt auch in der noch immer andauernden Verarbeitung der nationalsozialistischen Ära ihre ganz besondere Bedeutung.

Neben der Prägung durch Personen und zeitgeschichtliche Umstände tritt schließlich die Sozialisation durch die Bildung. So sagt Adenauer selber: „Ich fühle mich und meine Weltanschauung geprägt von den beiden großen Komponenten der abendländischen Kultur, dem Christentum und dem Humanismus der griechisch-römischen Antike. [...] Alle unsere geistigen Betrachtungen, die Philosophie, die Wissenschaft, die Kunst, die Dichtung, der Begriff des Rechtes und Gesetzes, die For-

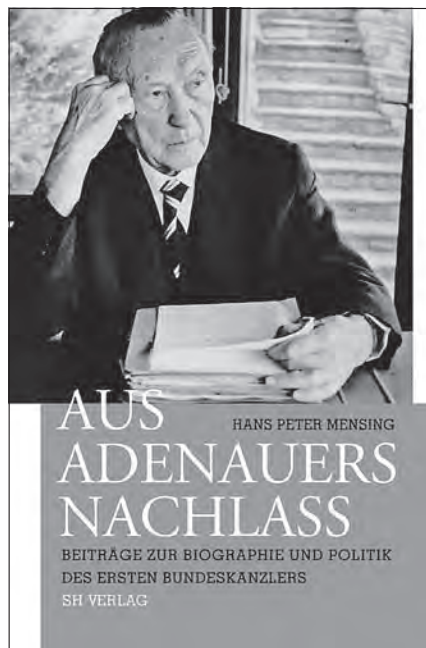
men der Staatsverbände, die Gestaltung der Gemeinde, die Regelung der Erziehung, ja auch die Mathematik und die Naturwissenschaften, leiten sich von den Griechen her.“

In dem rund 330 Seiten umfassenden Werk spricht Mensing zahlreiche Aspekte zu Adenauer an: Sie reichen von Adenauers erster Ehefrau Emma und ihrer Familie, den gemeinsamen Kindern und ihrer Bedeutung für ihn – vor allem als Witwer, über seine Beziehung zum Protestantismus, seinem Verhältnis zu einzelnen Personen der Zeitgeschichte wie etwa Theodor Heuss oder Ludwig

Erhard bis hin zu seiner Wahrnehmung der Universität Bonn.

Mensing sagt zum Thema „Adenauer und Erhard“, dass ihre nachhaltige Aktualität und ihre andauernde Präsenz fast den Eindruck erwecken, als stünden sie im Pro und Contra der Meinungen noch immer zur Wahl. Richtig ist, dass ihr Wirken uns auch in der Gegenwart die Richtung weist, etwa bei Ludwig Erhard sein Konzept von einer „Sozialen Marktwirtschaft“. Leider ist seit 1991 die Leitung des Ludwig-Erhard-Archivs unbesetzt, so dass Teile des Erhardischen Vermächtnisses noch nicht aufgearbeitet sind. Dazu gehören auch Briefe und Dokumente Adenauers an Erhard, die sich im Besitz von Erhards einziger Tochter Elisabeth Klotz befinden.

Von Konrad Adenauer bleibt nicht nur sein Wirken in einem zeitgeschichtlichen Kontext, sondern auch die Werte und Sinnorientierungen, für die er eintrat und die im Christlichen gründen. Adenauer gehört mit Robert Schuman zu jenen Gründungsvätern, die versuchten, Europa eine Seele zu geben. Wie aktuell diese Auffassung gerade heute ist, zeigt die



vieldiskutierte These von André Malraux: „Das 21. Jh. wird ein Jahrhundert der Religion sein oder es werde nicht sein.“ Von Adenauer können wir lernen, dass Europa tief im Christentum beheimatet ist, auch wenn sich heute vielerorts in Europa Sinnleere und Orientierungslosigkeit breit macht. Nach den Schrecken des zweiten Weltkrieges blieben die beiden christlichen Kirchen als einzige gesellschaftliche Instanzen übrig, die noch ein gewisses Maß an politischer und moralischer Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen konnten, weshalb sie gerade in den fünfziger und sechziger Jahre der Bundesrepublik Deutschland eine große Breitenwirkung erzielen konnten.

Bei Mensing wird deutlich, dass Adenauer Kanzler der „Bonner Republik“ war, nicht als Gegensatz zur „Berliner Republik“ verstanden, sondern einfach der Tatsache geschuldet, dass mitunter Weltpolitik aus dem kleinstädtischen und kleinbürgerlichen Bonn mit seinen mitunter großbürgerlichen Attitüden, die häufig noch in der wilhelminischen Kaiserzeit wurzeln, gemacht wurde. Der Begriff der „Bonner Republik“, sofern er sich mit Adenauer verbindet, steht zugleich für jene politischen Grundsätze, mit denen sich Deutschland heute noch immer identifiziert: die Einbindung in eine multilaterale Politik wie der NATO und der Europäischen Union und die Ächtung jedweden Angriffskrieges: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!“.

Die Veröffentlichung von Hans Peter Mensing richtet sich an Jeden, der an historisch-politischer Bildung interessiert ist, vor allem an Historiker und Politikwissenschaftler. Mensing wartet in seinem Buch mit vielen interessanten Details auf, etwa das der große Adenauer-Biograph Hans Peter Schwarz als junger Wissenschaftler bereits mit dem greisen Adenauer in Kontakt stand oder das ein Teil der Bilder in Adenauers Rhöndorfer Haus aus der Familie seiner ersten Frau Emma stammen.

Überhaupt regt die Lektüre des Mensing-Buches dazu an, die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf zu besuchen. Und der, der das Rhöndorfer Haus vielleicht schon kennt, wird vieles noch einmal aus einem neuen Blickwinkel erleben. Das Adenauer-Haus in Rhöndorf spiegelt nicht nur einen Abschnitt deutscher, bürgerlicher Kultur- und Wohngeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jhs. wieder – etwa in Form des Java-Marmors in der Diele oder dem wohlklingenden Glockenschlag der Standuhr im Wohnzimmer, sondern auch ein Ort des Treffens mit Politikern von Weltgeltung in der Ära Adenauer.

Bundeskanzler Konrad Adenauer war eben nicht nur Politiker, sondern eine Persönlichkeit, die an Kunst, Kultur und Ästhetik Gefallen fand, und ein Mensch, der um seine geistigen und seelischen Wurzeln in der Antike und im Christentum wusste und danach lebte. Vieles aus der Zeit Adenauers ist abgeschlossen, anderes sucht auch heute noch ihre Ausreifung und Verwirklichung.

Hans Peter Mensing: Aus Adenauers Nachlass. Beiträge zur Biographie und Politik des ersten Bundeskanzlers, SH-Verlag, Köln, 2007, 330 S., geb., ISBN 978-3-89498-186-0.

Nebenbeschäftigung ohne viel Einfluss

„Europäische Parlamentarische Versammlung“ begann vor 50 Jahren

VON CHRISTOPH LENNERT (KNA)



Zu sagen hatten die 142 Abgeordneten noch wenig. Doch mit der konstituierenden Sitzung der „Europäischen Parlamentarischen Versammlung“ am 19. März 1958 begann de facto der Weg zu mehr Demokratie bei der europäischen Einigung. Wegen der Karwoche feierten die Parlamentarier in Straßburg bereits am 13. März den 50. Geburtstag des Vorläufers jenes Europaparlaments, das als Volksvertretung heute Abgeordnete aus 27 europäischen Staaten vertritt. Damals waren nur die sechs Gründungsstaaten beteiligt: Deutschland,

gering ein. „Die Versammlung sprach über alles und nichts“, meinte er fast abschätzig 2006: „Das war eine Nebenbeschäftigung.“

Doch selbstbewusst waren die Abgeordneten bereits in den Anfangsjahren. Unter ihrem Präsidenten Robert Schuman, einem der Gründungsväter Europas, nahmen sie gleich von Anfang an Stellung zu wesentlichen Fragen der europäischen Einigung. Schon im Oktober ihres ersten Jahres setzten die Parlamentarier eine Arbeitsgruppe ein, die eine Direktwahl der Abgeordneten vorbereiten soll-



Am 19. März 1958 kamen 142 Abgeordnete aus sechs Staaten zur konstituierenden Sitzung jener Versammlung zusammen, die sich bald darauf Europäisches Parlament nannte und heute das größte demokratische gewählte Parlament der Welt ist und Bürger aus 27 Ländern vertritt.

(Foto: www.europarl.europa.eu)

Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten. Der Luxemburger Gaston Thorn, Ministerpräsident des Großherzogtums und EU-Kommissionspräsident, gehörte der Versammlung fast seit ihrer Gründung an. Den Einfluss des Gremiums schätzte er rückblickend in einem Interview als äußerst

te. Und bereits 1962 entschieden die Abgeordneten, sich künftig „Europäisches Parlament“ zu nennen. Doch es blieb dabei: Ihre Beschlüsse konnten keine Rechtskraft erhalten; sie hatten nur beratende Funktion.

Erst zu Beginn der 1970er Jahre änderte sich das. Mit dem Recht, den

Haushalt abzulehnen, erhielt das noch immer aus entsandten Abgeordneten bestehende Europaparlament 1971 eine entscheidende Funktion klassischer Abgeordnetenkammern. Den großen Paukenschlag zu mehr Demokratie bildete 1979 die erste Direktwahl des Parlaments. Freilich zögerten die Parteien damals angesichts der noch immer geringen Befugnisse des Hauses damit, Spitzenkräfte in die Positionen in Straßburg zu schicken. „*Hast Du einen Opa, schick' ihn nach Europa*“, lautete denn auch die sarkastische Reaktion der Öffentlichkeit auf einige der Listenvorschläge.

Doch de facto wuchs der Einfluss der Europaabgeordneten immer weiter, wenngleich im Schnecken tempo. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte wurden dem Europaparlament 1986 Mitentscheidungsrechte zugesprochen, die über das Votum zum Haushalt hinausgingen. Vor allem bei der Gestaltung des Binnenmarkts wurde es beteiligt und durfte künftig auch über Erweiterungen der Gemeinschaft abstimmen. Der Maastrichter Vertrag von 1992 machte das Parlament in weiteren Bereichen zum gleichberechtigten Partner des Minister rats, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten vertreten sind. Damals wurde auch die Einsetzung der Europäischen Kommission von der Zustimmung des Parlaments abhängig, und per Misstrauensvotum konnten die Abgeordneten seither auch die Kommission stürzen. Die Verträge von Amsterdam (1997) und Nizza (2000) stärkten noch einmal die Befugnisse des Europäischen Parlaments. In weiteren Politikfeldern wurden die Abgeordneten zum gleichberechtigten Gesetzgeber auf EU-Ebene.

Mit den EU-Erweiterungen wuchs gleichzeitig auch die Zahl der Parlamentarier. Gegenwärtig zählt das Haus 785 Mitglieder – eine Zahl, die künftig wieder sinken soll. Der Vertrag von Lissabon, den die EU-Staaten im Dezember unterzeichneten, sieht 750 Mitglieder plus einen Parlamentspräsidenten vor. Und nochmals werden die Zuständigkeiten des Europaparlaments verstärkt: In noch mehr Themenfeldern kann es künftig mitbestimmen – wenn der Vertrag tatsächlich in allen 27 EU-Staaten ratifiziert wird. (KNA)

Buchbesprechung:

Europa im Aufbruch

Dass in der Politik stets alles in Bewegung ist, gehört zu den Erkenntnissen von Studenten im ersten Semester eines Politikstudiums. Jedoch sind die Veränderungen in der Europapolitik mitunter so rasant, dass oftmals nur noch Fachleute den Überblick behalten.

Damit dies nicht so bleibt, hat der Politikwissenschaftler Stefan Fröhlich von der Universität Nürnberg-Erlangen das Buch *„Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung“* geschrieben. Dabei konnte Fröhlich auf seine langjährigen Erfahrungen im Graduierten-Programm des Zentrums für europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn zurückgreifen.

Inhaltlich setzt sich Fröhlich mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union (EU), der Rolle der EU in der Welt, den Außenbeziehungen der EU in der Praxis und der Nachbarschafts- und Regionalpolitik der EU auseinander. Damit füllt Fröhlich eine Lücke in der politikwissenschaftlichen Literatur.

So setzen sich zahlreiche Publikationen mit allen Phasen der europäischen Integration auseinander. Dabei stehen oftmals auch wirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund. Doch außen- und sicherheitspolitische Fragen der Europäischen Union bleiben mitunter unberücksichtigt, da die wirtschaftlichen Fragen zwar große Beachtung finden, jedoch die politische Ebene vielfach ausgeklammert werde. Auch die britische Fehlwahrnehmung, bei der Europäischen Gemeinschaft handele es sich nur um einen „Gemeinsamen Markt“, spielt auch in einer breiten Öffentlichkeit nach wie vor eine Rolle.

Fröhlichs Ausführungen sind fundiert und präzise. Davon zeugen die vielen Fußnoten und die ausführliche Bibliographie. Die Publikation von Fröhlich verdeutlicht, dass die nationalen Außenpolitiken der einzelnen EU-

Mitgliedsstaaten im Schwinden begriffen sind und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik immer mehr Raum greift. Besonders deutlich wird dies etwa im deutschen Auswärtigen Amt, wo es nur noch für Kleinststaaten wie Andorra, dem Heiligen Stuhl und San Marino ein Länderreferat gibt, während alle übrigen Länderreferate aufgelöst sind.

Fröhlich kommt auf das sensible Thema Irak zu sprechen, wobei sich hier für den Autor ganz grundsätzlich die Haltung der Europäischen Union gegenüber einer „pax americana“ stellt. In diesem Zusammenhang bekennt sich Fröhlich ganz offen zum transatlantischen Verhältnis zwischen Nordamerika und der NATO, die sich teilweise auch in der GASP abbildet.

Besonders interessant sind Fröhlichs Ausführungen zu den EU-Außenbeziehungen in der Praxis, und hier vor allem das Verhältnis zu Russland und China „zwei Großmächte, selbst in einem tief greifenden Wandel begriffen und deshalb für die Europäische Union von politisch großer Relevanz. In diesem Zusammenhang werden die „strategische Partnerschaft“ mit China angesprochen, aber auch die Bemühungen um eine gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland. Im Nahost-Konflikt zeigt sich die EU jedoch noch als stark im Schatten der USA stehend, daher mit geringen Einfluss- und Einwirkungsmöglichkeiten.

Insgesamt macht die Publikation deutlich, dass die Europäische Union auch in der internationalen Perzeption zu einem globalen Akteur aufwächst, auch wenn dies wohl von vielen EU-Bürgern selbst so noch nicht wahrgenommen wird. (Andreas M. Rauch)

Stefan Fröhlich: *Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, 305 S., ISBN 978-3-531-14121-3*

Nationenrekord bei 50. Soldatenwallfahrt in Lourdes

Zum Jubiläum unter dem Motto „FRIEDEN DEN MENSCHEN, DIE GOTT LIEBT“ waren vom 21.-25.05. fast 25.000 Militärangehörige aus rund 40 Nationen im südfranzösischen Marienwallfahrtsort zusammengekommen. Es war die bisher weltweit größte Soldaten-Pilgerfahrt. Auch Verteidigungsminister Franz Josef Jung und Militärbischof Walter Mixa zeigten ihre Verbundenheit mit den Soldaten. Mixa rief die rund 1.000 Soldaten und 500 zivilen Pilger aus Deutschland auf, während der Wallfahrt ihren „inneren Standpunkt zu überprüfen“. Die Wallfahrt sei keine „katholische Wichtigtuerei“. Der Bischof erinnerte auch an die Soldaten im Ausland. Diese stünden ebenso wie die sie begleitenden Militärseelsorger vor besonderen Herausforderungen. Früher als ihre Altersgenossen müssten sich die Soldaten mit Themen wie Leben und Tod auseinandersetzen.

Auch Jung lobte den weltweiten Einsatz der Soldaten „für Frieden und Stabilität“. Vor allem das soziale Engagement der Bundeswehr in den betreffenden Ländern müsse aber in der deutschen Öffentlichkeit noch bekannter gemacht werden. „50 Jahre Militärwallfahrt bedeuten auch 50 Jahre Völkerverständigung, Gemeinschaft und Gebet für den Frieden“, betonte der Minister. (KNA/PS)

Vor 50 Jahren – Lourdes 1958:

Erinnerungen an die 1. Internationale Soldaten-Wallfahrt

Im AUFTRAG Nr. 269/März 2008 las ich die Einladung zur diesjährigen 50. Internationalen Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes. Da erinnerte ich mich spontan an meine Teilnahme als junger Soldat an der ersten Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes im Jahr 1958.

Wir fuhren damals mit einem Sonderzug in Wagen der heute nicht mehr allgemein bekannten 3. Klasse nach Frankreich. Es war mein erster Aufenthalt im Ausland. Bei der Fahrt durch Frankreich mussten wir wegen der Algerien-Krise Zivil tragen. Die Fahrt dauerte zwei Tage. Geschlafen

haben wir auf den harten Holzbänken, auf dem Abteilm Boden oder im Gepäcknetz. Erst in Lourdes durfte wieder Uniform getragen werden.

Was hat mich besonders beeindruckt?

Die Frömmigkeit der teilnehmenden Soldaten aller Nationen, vor allem aber der französischen und amerikanischen Soldaten, die vor einem Einsatz in Algerien bzw. Vietnam standen. Die Ruhe im Heiligen Bezirk vor der

Grotte und die abendliche Lichterprozession über die „Esplanade des Processions“. Ebenso die vielen Gläubigen, die in langen Schlangen geduldig darauf harrten, bei den zahlreichen am Gave-Ufer stehenden Priestern beichten zu können. Die vorbehaltlose Kameradschaft

quartieren untergebracht wurden. Mein Urteilschein, der nur „z.W.“ (zum Wecken) genehmigt war, wurde deshalb vom damaligen militärischen „Zugführer“ Oberstleutnant Ernst Molinari (später erster Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes) bis 12 Uhr des Rückreisetages verlängert.

Ich habe dann in meiner Dienstzeit als Berufsoffizier an keiner weiteren Lourdes-Wallfahrt teilgenommen, weil



Abfahrt zur 1. Lourdeswallfahrt: Karl-Heinz Kieserling (l.) als 20-jähriger junger Soldat auf der Bahnfahrt nach Lourdes



Buntes internationales Treiben im Zeltlager

ich die überwältigenden Eindrücke dieser ersten Wallfahrt ungeschmälert in Erinnerung behalten wollte. Außerdem befürchtete ich, das Gefühl, inmitten tausender Kameraden im Gebet vor Gott „allein“ zu stehen, so nicht noch einmal erleben zu können. Auch hat mich der in späteren Jahren einsetzende „Uniformtausch“ und sogar „Uniformhandel“ von einer weiteren Teilnahme abgehalten. Übrigens, die beigelegten Fotos habe ich mit einer für die Reise geliehenen, einfachen „Agfa-Klack“-Kamera gemacht.



Soldaten auf dem Platz vor der Grotte stehen Schlange zum Beichtgespräch bei Priestern an der Mauer zum Fluss Gave.

der Soldaten anderer Nationen uns Deutschen gegenüber hatte ich so nicht erwartet. Diese konnten wir besonders im Zeltlager erfahren.

Auf der Rückfahrt kam es in Frankreich zu Verspätungen, so dass wir in Offenburg für die Nacht in Privat-



Der Original-Urlaubsschein von 1958 mit der bescheinigten Urlaubsverlängerung um einen halben Tag.

(Karl-Heinz Kieserling)

Anmerkung der Redaktion: Karl-Heinz Kieserling, Oberstleutnant a. D., Jg. 37, BS 1957-92, Vorsitzender GKS im Wehrbereich II 1986-91, viele Jahre Vorsitzender GKS-Kreis Lüneburg.



Der Kompass – neu geeicht

Rund ein Jahr nach der Neukonzeption der Monatszeitschrift „KOMPASS – soldat in welt und kirche“ zeigt sich Chefredakteur Josef König mit der Entwicklung zufrieden. Die seit Mai 2007 eingegangenen Reaktionen zeigten, erklärte er unlängst im Interview mit der KOMPASS-Online-Ausgabe, dass das 28-seitige Heft „intensiv gelesen“ werde und mit den Reformen ein „guter Weg“ eingeschlagen wurde. Herausgeber ist der Katholische Militärbischof für die Bundeswehr, derzeit der Augsburger Bischof Walter Mixa.

Der KOMPASS richtet sich vornehmlich an Soldatinnen und Soldaten, deren Familienangehörige, an Verantwortliche in der „Kirche unter den Soldaten“ sowie an Persönlichkeiten und Einrichtungen in Kirche, Staat und Politik. Da die Zeitschrift somit an eine heterogene Leserschaft adressiert ist, versteht die Redaktion ihre Arbeit als ein ergänzendes Element in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Katholischen Militärbischofsamtes (KMBA) in Berlin.

Ergänzend zur Zeitschrift, die auch als Web-Ausgabe erscheint und als PDF-Datei heruntergeladen werden kann, wurde zum April die KMBA-Internetplattform neu gestartet (www.katholische-militärseelsorge.de). Hier finden sich unter anderem aktuelle Video-, Audio- und Text-Nachrichten sowie ein ständig fortgeschriebener Terminkalender. Die Print-Version des KOMPASS ist nicht am Kiosk, sondern nur über den jeweiligen katholischen Militärpfarrer bzw. die Standortseelsorge erhältlich.

Ihre Hauptaufgabe sieht die Redaktion neben der aktuellen Berichterstattung über die Militärseelsorge in der Behandlung grundsätzlicher Themenstellungen. In jeder Ausgabe werden Fragestellungen aufgegriffen, die sich eng mit dem Dienst in der Bundeswehr befassen und von Experten aus der Sicht ethischer und kirchlicher Grundsätze beleuchtet werden. Dabei geht es laut König primär um einen pastoralen und friedensethischen Ansatz, letztendlich aber auch um allgemeinpolitische Bezüge. So wurde etwa im Februar-Heft die Thematik „Innere Führung zwischen

Kontinuität und Wandel“ aufgegriffen. Und die April-Ausgabe problematisiert aus unterschiedlichen Perspektiven die verschiedenen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Zur Neukonzeption gehört unter anderem die regelmäßige Kolumne des Wehrbeauftragten, zurzeit der Protestant Reinhold Robbe (SPD). In diesem Kontext moniert König im aktuellen Editorial, dass in Robbes Jahresbericht 2007 das Engagement der Soldatenseelsorge der beiden Kirchen „aus welchen Gründen auch immer – keine Erwähnung findet“. Ferner findet man Beiträge zur Geschichte der Militärseelsorge, eine Buchbesprechung, ein Lexikon der Ethik – und seit Januar die „Reportage vor Ort“. Im neuen Heft ist unter der Überschrift „Große Fläche, aber persönliche Kontakte“ Teil eins der Beobachtungen im Katholischen Militärpfarramt Kiel veröffentlicht. Mit diesen Reportagen sollen die Aufgaben für die praktische Seelsorge in den verschiedenen Standorten der Militärseelsorge veranschaulicht werden.

Die spannende und stets neue Herausforderung liegt für den KOMPASS-Chefredakteur darin, die Themen und Schwerpunkte so darzustellen, „dass erkennbar wird, es geht der Kirche unter den Soldaten um einen Beitrag zur Gesamterziehung.“ Aufgrund der Auflage von 20.000 Exemplaren könne nur ein begrenzter Ausschnitt aus dem Spektrum von Kirche und Bundeswehr erreicht werden. Und da der KOMPASS nicht für eine spezifische Zielgruppe produziert werde, so König, „merken wir, wie schwierig es ist, alle Wünsche an die Zeitschrift zu erfüllen.“ (aus: KNA – ID Nr. 16)

48.

KATHOLISCHE MILITÄRSEELSORGE WOCHE DER BEGEGNUNG

vom 15. bis 20. September 2008 in Potsdam

»Als Mensch, Soldat und Christ in Verantwortung! – Allein mit Gott?«

Zentrale Versammlung: 15. bis 18. September

Bundeskongress der GKS: 17. bis 20. September

Vor 25 Jahren starb Oberst Dr. Helmut Korn:

GKS-Festakademie zum 25. Jahrgedächtnis an den Mentor des katholischen Laienapostolats

Vor 25 Jahren, am 12. Juni 1983, starb der Vordenker des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge für die Bundeswehr, Oberst Dr. Helmut Korn.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten gedenkt ihres Mitbegründers und bedeutenden Impulsgebers mit



HELMUT KORN

* 4. November 1924
in Flörsheim/Main

† 12. Juni 1983 in Ulm

Ritter des Ordens vom
hl. Papst Silvester

Verdienstkreuz am Bande der
Bundesrepublik Deutschland

Verdienstmedaille des
Katholischen Militärbischofs

- 1952 Nach Studium der Altertumswissenschaft mit Schwerpunkt antike Religionswissenschaft Promotion zum Dr. phil.
Bundessekretär Deutsche Kath. Jugend
- 1956 Eintritt in die Bundeswehr als Oberleutnant; Verwendungen: Kompaniechef, Presseoffizier Division, Bundespräsidialamt
- 1961 Mitbegründer des Königsteiner Offizierskreises (KOK), 1971 nach Öffnung für Soldaten aller Dienstgrade umbenannt in Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)
- 1962-1971 Sprecher des KOK
- 1970-1983 Verwendungen im BMVg, zuletzt als Leiter Büro „Beauftragter für Erziehung und Bildung“ beim Generalinspekteur
- 1971-1977 Bundessprecher (heute Bundesvorsitzender) der GKS
- 1972-1973 Delegierter des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in der „Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland“
- 1973-1982 Vorsitzender der Beratenden Versammlung (ab 1977 Zentrale Versammlung – höchstes Laienberatungsgremium des Katholischen Militärbischofs)

einer Festakademie am 19. und 20. Juni im Bonifatiushaus Fulda. Dazu hat der Bundesvorsitzende vor allem den Bundesvorstand und ehemalige Weggefährten von

Helmut Korn eingeladen. Im Sinne von Oberst Korn lautet das Thema der Akademie „INNERE FÜHRUNG HEUTE“. Dazu hält am Donnerstag, dem 19. Juni, um 19:00 Uhr, im Rahmen eines offenen Akademieabends, an dem auch zivile Gäste aus der Region Fulda teilnehmen, Brigadegeneral Alois Bach, Kommandeur Zentrum Innere Führung Koblenz, den Festvortrag (*Programm der Festakademie s. S. 80*).

Während der 22. Woche der Begegnung 1982 in Himmelpforten bei Würzburg hatte Dr. Helmut Korn seine Führungsämter im organisierten Laienapostolat der „Kirche unter Soldaten“ niedergelegt, weil er 1983 wegen Erreichens der Altersgrenze aus dem aktiven Dienst der Bundeswehr hätte ausscheiden sollen. Niemand ahnte damals, dass die Zwischenbilanz¹, die er vor den Delegierten der Woche zog, nach einem höheren Ratschluss bereits seine Schlussbilanz war. Dennoch hat Helmut Korn der GKS auch ein Vermächtnis hinterlassen, neben zahlreichen Veröffentlichungen seiner Gedanken – die noch der zusammenfassenden Publikation durch die GKS harren – als letztes Dokument seine „Anmerkungen zu einer Standortbestimmung der GKS: FRIEDEN IN UNSEREN TAGEN – FRIEDEN IN DER ZUKUNFT.“²

Die Redaktion AUFTRAG hat sich entschlossen, Helmut Korn selbst zu Wort kommen zu lassen, um das Denken, Bekennen und Streben des unvergessenen Mentors der Laienarbeit in Erinnerung zu rufen. Dies sind kurze Ansprachen, deren Botschaften auch heute durchaus noch hörens- bzw. lesenswert sind:

- „Die Zwischenbilanz vom Mai 1982“ und ein
- „Grußwort des Vertreters der Laienarbeit.“³ (PS)

1 Helmut Korn: Zwischenbilanz Mai 1982, in: auftrag 122/123/August 1982, S. 122-124.

2 ders.: Frieden in unseren Tagen – Frieden in der Zukunft. Anmerkungen zu einer Standortbestimmung der GKS. in: auftrag 124/Okttober 1982, S. 25-52.

3 ders.: Grußwort des Vertreters der Laien bei der Gesamtkonferenz der hauptamtlichen Katholischen Militärgeistlichen 15.-20.10.1979 in Bad Kissingen, in: auftrag 144/145/April 1985.



Zwischenbilanz Mai 1982

VON HELMUT KORN

Ein Personenwechsel gibt immer Anlass, in erster Linie geistige Zwischenbilanz zu ziehen. Personen verkörpern nämlich ein Programm von Grundsätzen, Absichten und Zielen. Bei einer solchen Zwischenbilanz ist allseits redliche Nüchternheit geboten. So nüchtern vermag ich aber nicht zu sein!

Heute trete ich in die Front und dort in ein hinteres Glied unserer Laienarbeit zurück. Ich tue es gern, denn es ist höchste Zeit. Der in den vergangenen Jahren oft angemahnte Wechsel war längst überfällig. Unsere Laienarbeit bedarf genau so sehr der erneuernden Impulse durch Personen wie der Kontinuität und Stabilität in der Sache.

Ich tue es auch ohne Unruhe und Sorge. Unsere Laienarbeit besitzt nämlich Kraft, Selbstvertrauen und Achtung bei anderen. Ich tue es schließlich in der Genugtuung, dass Soldaten in unserer Kirche und Kirche unter Soldaten einen selbstverständlichen, festen Platz haben, und zwar nicht in der hintersten Ecke.

Dabei fühle ich mich keineswegs selig lächelnd wie ein satter Säugling, der nunmehr nach einem Bäuerchen genossene gute Kost friedlich verdauen kann; auch nicht wie ein Leichenbitter zur eigenen Beerdigung; vielmehr wie ein vertrautes Besatzungsmitglied auf einem tüchtigen Schiff, das auf gutem Kurs ist und durch seine Fahrt erstaunliche Bugwellen aufwirft.

Im April 1956 erörterten Hans-Georg Marohl und ich in Köln erstmals den Gedanken, einen „Ring aktiver katholischer Soldaten“ der neuen Bundeswehr zu schaffen. Das war vor 26 Jahren.

Am 17.03.1961 wurde in Königstein der KÖNIGSTEINER OFFIZIERKREIS (KOK) gegründet. Am 16.06.1962 erfolgte meine Wahl zum Sprecher des KOK (als Nachfolger von Hubert Walitschek). Das war vor 20 Jahren. Seitdem holten mich Wahlen in eine solche oder ähnliche Verantwortung immer wieder ein. Das war nicht Frucht des Ehr-

geizes, sondern der Liebe zur Aufgabe, oft auch der Verlegenheit in Angebot und Nachfrage.

Die Mühen, Freuden und Leiden eines solchen Ehrenamtes sind nur zu ertragen, wenn es Sinn hat und wenn es von vielen Gesinnungsgenossen mitgetragen wird.

Es hatte Sinn! Glaube, Mitverantwortung für die Kirche, christliches Engagement unter dem soldatischen Auftrag und angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse – das war der grundlegende Sinngehalt, dem wir uns schon in der „Königsteiner Ordnung 1963“ verschrieben hatten. Seitdem ging es uns fürwahr nicht nur um ein gottseliges jenseitiges Vergeltsgott, sondern um die diesseitige, sehr konkrete Aufgabe: um Kirche, Menschsein, Soldatsein und Bürgersein, alles in allem um ein vollsaftiges Christsein.

Gott sei Dank, mit Seinem Segen konnten und durften wir diese Linie bis auf den heutigen Tag durchhalten. Wie wäre das möglich gewesen ohne das Verständnis, die Hilfe und die Partnerschaft, vor allem aber ohne die Freiheit und Freizügigkeit, die uns der Militärbischof, sein Militärgeneralvikar und seine Mannschaft im KMBA jederzeit in Freundschaft schenkten. Herzlichen Dank dafür! Im Stil früherer Jugendbewegter möchte ich hinzufügen: Treue um Treue!

Was wäre erreicht worden, wenn mir nicht immer wieder Gesinnungsgenossen in Freundschaft und selbstloser Hingabe an unseren Auftrag zur Seite gestanden hätten – die da oben in Bonn und Umgebung mit ihren Ideen und Initiativen, die auf den Vorposten und Bastionen im Norden und die im bayerisch-fränkisch-barocken Chorgestühl oder im schwäbisch-badischen Ora-et-Labora-Milieu des Südens. Organisation mochte ich nicht; es waren ja auf diesem Gebiet auch Bessere da! Federfuchsen lag mir; aber was wäre daraus ohne die Kunst eines Redakteurs

Ablauf der Festakademie zum 25. Jahrestag von Oberst Dr. phil. Helmut Korn

Donnerstag, 19. Juni 2008

18:00 Uhr Abendessen

19:00 Uhr Offener Akademieabend,
Festvortrag: „INNERE FÜHRUNG HEUTE“,
Brigadegeneral Alois Bach,
Kommandeur Zentrum Innere
Führung, Koblenz

Freitag, 20. Juni 2008

09:00 Uhr Festgottesdienst in der Kapelle des
Bonifatiushauses, Militärgeneral-
vikar Apostolischer Protonotar
Prälat Walter Wakenhut

10:30 Uhr Festvortrag:
„DAS LEBENSWERK VON
OBERST DR. HELMUT KORN“,
Brigadegeneral a.D.
Friedhelm Koch,
Militärdekan a.D. Prälat
Walter Theis, Geistlicher Beirat
der GKS von 1981 bis 2003

11:30 Uhr Schlusswort
des Bundesvorsitzenden der GKS,
Oberstleutnant Paul Brochhagen

12:00 Uhr Mittagessen,
Ende der Festakademie

geworden. Führen wollte ich; aber das vermochte ich nur zu versuchen, weil mir andere dabei halfen. Herzlichen Dank für alle Hilfe und alle Freundschaft, für alle persönliche Zuneigung. Ich bleibe am Ball, sei es als Verteidiger hinten rechts oder als Ersatzspieler oder ggf. als Aushilfstrainer auf der Bank. Wichtig ist schließlich die Mannschaft, sind ihre Moral und ihre Leistung bei dem Spiel um den Pokal Gottes.

Es stand und es steht viel auf dem Spiel:

Seit mindestens 17 Jahren das Thema „Soldat und Frieden“. Wir hatten und haben darüber nachzudenken – mehr noch: für unser Engagement auf diesem Gebiet Zeugnis und Bekenntnis abzulegen. Und zwar selbstbewusst, mutig und vorwärtsweisend. Das schulden wir ebenso sehr unserem Christsein in der Kirche wie unserem Soldatsein in der Bundeswehr, in Staat und Öffentlichkeit. Wir wollen nicht den Frieden im Widerstreit, sondern sachliche Auseinandersetzung, Versöhnung und Dienst an der gemeinsamen Sache – so, wie es in der Gemeinsamen Synode gefordert wurde.

Seit Noordwijkerhout 1967 gibt es im A.M.I. inter- und Obernationale Zusammenarbeit von katholischen Laien in Uniform. Trassen sind gelegt. Aber es braucht noch viel Mühen und Geduld, damit daraus feste und tragfähige Straßen werden. Ausbleibende Erfolge dürfen nicht mutlos machen!

Vor 14 Jahren war das erste Rom-Seminar. Weitere sind gefolgt; nicht als zeitgemäße Ausflüge gen Süden, sondern als unsere Art, Katholizität zu demonstrieren und die Verbundenheit mit der Weltkirche zu bekunden. Rom muss für uns ein Zentrum geistlicher Heimat bleiben, Lourdes ein Zentrum selbstverständlicher Marienverehrung!

Ebenfalls vor 14 Jahren begann die Verwurzelung unserer Laienarbeit in der katholischen Laienbewegung der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich in der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände und darauf Zug um Zug auch im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Seitdem gehören wir Soldaten in voller Montur und ohne Abstrich zu diesem Gesamtbereich der

Kirche in Deutschland. Nichts soll uns von diesem Weg abdrängen können!

Was schon in den sechziger Jahren an beratenden Synodalgremien entstand und zur Erweiterung des verbandähnlichen Zusammenschlusses katholischer Soldaten im Jurisdiktionsbereich des katholischen Militärbischofs drängte, fand 1969 durch die erste Verordnung über die Beratenden Ausschüsse, 1970 mit der Gründung der GKS und der Verabschiedung der Ordnung 70 sowie 1971 mit der Konstituierung der Beratenden Versammlung und ihres Vorstands zukunftsweisende Form und Gestalt. Die Zahl 12 der seitdem vergangenen Jahre ist keine magische Zahl. Aber sie bezeichnet den Zeitraum, in dem besiegelt wurde, was wir sein wollen und was wir tun wollen. Besiegelt wurde das, was mit Herzblut angestrebt war. Und Herzblut ist vor allem nötig, wenn unserer guten Sache auch weiterhin der Segen von oben in Aussicht stehen soll.

Alles in allem und noch einmal gesagt: Wir wollten und wollen Kirche, Christen und Soldaten sein, christkatholische Soldaten! Was bedeuten schon gegenüber dieser elementaren und allein wesentlichen Ausgangslage und Zielsetzung die organisatorischen und strukturellen Teilaufgaben und Teilprobleme, so bedeutsam und nötig sie auch für eine richtige und fruchtbare Arbeit sind!

Fühlen und handeln mit der Kirche, in der Kirche, als Kirche! Die vielen Wochen der Besinnung bzw. Begegnung seit 1960 und die unzähligen Veranstaltungen auf allen Ebenen bezeugten, dass wir es so und nicht anders wollten. Im AUFTRAG sind dieser selbstgewählte Auftrag und das Ringen um seine Erfüllung dokumentiert. Wenn ich irgendetwas in dieser Stunde als Testament hinterlassen dürfte, wäre es das Bekenntnis zu diesem Auftrag!

Heute wird viel über die Sinnerfüllung im Beruf und das Selbstverständnis als Soldat geredet, damit auch über das Glück eines erfüllten Daseins. Ich habe dieses Glück nicht zuletzt in der Laienarbeit gefunden. Ich danke Gott für diesen Segen! Gott mit uns! Dann kann nichts schiefgehen!

Grußwort des Vertreters der Laienarbeit bei der 24. Gesamtkonferenz der hauptamtlichen Katholischen Militärgeistlichen 1979 in Bad Kissingen

Muss das sein, dass auch ein Vertreter der Laienarbeit in der „Kirche unter Soldaten“ bei einer solchen Gesamtkonferenz ein Grußwort spricht? Und wenn ja: Warum? Um der Höflichkeit zu genügen? Oder um aufmerksam zu machen, dass es neben dem Klerus auch Laien und dazu noch engagierte Laien gibt? Oder gar um dem Profilierungsbedürfnis vermeintlicher Berufskatholiken Genüge zu tun? Solches hieße wohl, Eulen der Mitverantwortungsbereitschaft nach dem Athen der Militärseelsorge und einer breiteren interessierten Öffentlichkeit zu tragen!

Warum also? Ein Grußwort ist immer ein freundliches, vielleicht auch nur ein in Freundlichkeiten eingepacktes, kritisch-solidarisches Bekenntnis. Ein derartiges Bekennt-

nis ist für uns zunächst einmal einfach, eindeutig und recht konventionell: Wir haben bei einem Anlass wie diesem unserem Militärbischof, unseren Militärseelsorgern, unseren Freunden und Kameraden zu sagen: Wir gehören zusammen! Wir wollen miteinander reden, einander helfen und zusammenarbeiten! Wir bauen auf Sie!

Auch: Wir wollen probieren, ob und wie wir einander mögen und miteinander umgehen nach der Divise: Vertrauen ist gut – Freundschaft ist besser! Prüfen Sie, ob das stimmt! Die Früchte ermöglichen – nach dem Wort der Bibel – entsprechende Erkenntnis.

In der Tat! Es liegt uns viel daran, immer wieder den Geist der persönlichen Verbundenheit und den Geist der

Einheit in der Vielfalt der Kirche, der Militärseelsorge und der Bundeswehr zu beschwören und zu bekräftigen. Dazu gehört das immer neu zu überprüfende Ja zu einem Grundkonsens in den Grundwerten und Normen, zu einer freien und freiwilligen Solidarität und zur Gesprächsbereitschaft; letztlich vor allem das überzeugte und überzeugende Ja zum gemeinsamen Dienen im gemeinsamen Dienst und zu der komplementären Zuordnung von Soldat und Militärseelsorger, Laie und Priester. Wir brauchen diese gegenseitige, nicht endende Confiteor – im doppelten Sinn! Freilich, der Witz und die Fortschritte auf dem gemeinsamen Weg liegen im zeitgemäßen Detail. So wichtig es auch ist, zum xten Mal auf die Melodien der Militärseelsorge und der Kirche insgesamt den wohlgesetzten Refrain der Laienarbeit zu singen, so unentbehrlich ist es, genau hinzuhören, wie die Leit motive geistig und geistlich variiert werden und zu welcher eigenständigen Aktion Strophe um Strophe herausfordert. Die schnellen Entwicklungen und die unterschiedlich aufgenommenen Veränderungen in Kirche, Militärseelsorge, Bundeswehr, Gesellschaft und Staat zwingen dazu. Nur wer dabei wach bleibt und hoffen kann, hat eine Chance.

Seit vielen Jahren sind wir gewohnt, in den Grauzonen von Entwicklungen und Neuordnungen, von Wandlungen und Veränderungen zu leben und zu wirken. Im kirchlichen Bereich erweckte z. B. das II. Vatikanische Konzil und die Würzburger Synode neue Erwartungen. Sie hatten jedoch auch Verunsicherungen und Ärgernisse im Gefolge. Es wurden Spuren eingebrannt wie durch ein vorbeiziehendes Feuer, dem gewisse Stürme und Erdbeben folgten.

Wenn nicht alles täuscht, hat Papst Johannes Paul II. vor allem bei seinen großen Reisen auf der ganzen Welt und auch in unserer Welt andere Spuren hinterlassen. Sie zeichnen zugleich den Weg und die Richtung eines frischen und sanften Windes in einem Frühling, der unwiderstehlich neues Leben hervorruft. Neuland mit festem Boden liegt vor uns, und eine Aussicht tut sich auf, die wieder zum unbefangenen, froh stimmenden Blick zurück und nach vorn einlädt. Auch das ist Entwicklung, Wandlung, Veränderung. Und sie führt geradewegs in die achtzigsten Jahre, für die wir uns zu rüsten haben. Das Stichwort lautet für uns: Daheim in der Kirche!

Wir – wir Laien jedenfalls – sind davon fasziniert – und wer wäre es nicht. Wir möchten diesen Aufbruch, diesen Neubeginn nutzen. Aber wir brauchen dabei Tuchfühlung; wir brauchen – um in dem schon gezeichneten Bild zu bleiben – einen festen, genau bezeichneten Platz in dem wohl disziplinierten Gefüge des collegium musicum instrumentale und vocale der Militärseelsorge, in den Sängerbünden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und der Pfarrgemeinderäte sowie in den Volkssinggruppen der Militärgemeinden.

Bitte, geben Sie uns nicht nur in dieser Woche diese Chance, den genau bezeichneten Platz genauer zu erkennen. Geben Sie uns als Priester eine realistische Chance, die nicht im Vorfeld der Utopien stecken bleibt. Heißen Sie uns nicht nur in diesen Tagen hoffen!

Wir Laien danken unserem Militärbischof und Ihnen allen von Herzen, dass wir in diesen Tagen wieder unter Ihnen und mit Ihnen sein durften! (Helmut Korn)

Personalia:



Oberst Elmar Th. Mäder,
Kommandant der
Schweizergarde seit 2002
(Quelle:
www.schweizergarde.org)

Elmar Theodor Mäder (45), Kommandant der Päpstlichen Schweizergarde, legt im Sommer nach fünf Jahren sein Amt nieder. Das bestätigte das Kommando der Schweizergarde in Rom gegenüber KNA. Gründe für den Rücktritt waren zunächst nicht bekannt. Nach zehn Dienstjahren als Vize-Kommandant (1998-2002) und seitdem als 33. Kommandant der Schweizergarde tritt Mäder voraussichtlich im August zu-

rück. Unter anderem führte er die vatikanische Schutztruppe durch die Feierlichkeiten zu ihrem 500-jährigen

Bestehen 2006. Mäder war in der Schweizer Armee zuletzt Oberleutnant der Fliegerabwehr. Möglicher Kandidat für die Nachfolge Mäders ist der derzeitige Vize-Kommandant, der Walliser **Jean-Daniel Pitteloud** (43). Die Garde ist seit 1506 für den Schutz der Päpste zuständig und bewacht die Eingänge zum Vatikanstaat und insbesondere den Apostolischen Palast.

Elmar Mäder (45), scheidender Kommandant der Schweizergarde, macht für seinen Rücktritt zum Sommer vor allem persönliche Gründe geltend. Er wolle mit seiner Familie in die Schweiz zurückkehren, denn dort liege sein Herz, sagte Mäder. Mit dann 45 Jahren sei er in einem Alter, wo man geistig und körperlich noch gut eine neue Herausforderung annehmen könne. Interne Probleme der Garde hätten bei seiner Entscheidung keine Rolle gespielt, so Mäder. Nach einer gewissen Zeit als Kommandant müsse man sich jedoch fragen, wie viel man als Person noch erreichen könne oder ob nicht ein Wechsel an der Spitze angezeigt wäre. Zwischen der Schweizergarde und der vatikanischen Gendarmerie soll es in den vergangenen Jahren vermehrt zu Spannungen gekommen sein. (KNA/DT)

Vor 20 Jahren – Zeitgeschichte der GKS:

Es krachte im Gebälk

Lösungen zu suchen, um Gegensätze zu überwinden, lohnt immer !

Vor 20 Jahren, am 20. April 1988, veröffentlichten die Bundesvorsitzenden des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Lothar Harles, und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberstleutnant i. G. Paul Schulz, eine gemeinsame Erklärung (s. Kasten). Vorausgegangen war ein längerer, eskalierender Streit über den rechten Weg zum Frieden. In dieser Situation versuchten die Vorsitzenden gegen Widerstände in beiden Verbänden den Weg frei zumachen für einen Neuanfang und ein Miteinander, wie es heute selbstverständlich ist. Die folgenden kurzen Beiträge zeigen,

- warum es zu dieser gemeinsamen Erklärung kommen musste,
- wie der Bundesvorsitzende der GKS die Erklärung gegenüber der Bundeskonferenz 1988 begründet,
- wie Lothar Harles, der Protagonist des BDKJ, die Erklärung heute nach 20 Jahren bewertet.

Warum eine gemeinsame Erklärung

Es war die Zeit des „Nachrüstungsbeschlusses“ und der „Friedensbewegung“. Im Mai 1987 hatte die Hauptversammlung des BDKJ zwei Beschlüsse verabschiedet

- „Die Abschreckung überwinden – eine Zivilisation der Liebe bauen“ und
- „Den Frieden fördern: Auftrag für jeden Christen – Pflichtdienste und Gewissensentscheidungen“.

Der Bundesvorstand der GKS reagierte am 24. Juni 1987 mit der scharfen Gegenerklärung „Zu den sicherheitspolitischen Beschlüssen des BDKJ“¹. Die GKS sah in den Beschlüssen des BDKJ eine Abkehr von der kirchlichen Friedenslehre und erkannte darin Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland sowie den soldatischen Dienst der Soldaten zur Erhaltung unserer Rechtsordnung. Diese unüberbrückbar scheinenden Gegensätze suchten die beiden Vorsitzenden mit ihrer Erklärung zu durchbrechen.

Gemeinsame Erklärung der Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Kath. Soldaten (GKS) und des Bundes der Deutschen Kath. Jugend (BDKJ)

Trotz unterschiedlicher Auffassung und bestehen der Gegensätze halten die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) weitere Gespräche für notwendig und sinnvoll. Zu diesem Ergebnis kamen der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant i. G. Paul Schulz, und der Bundesvorsitzende des BDKJ, Lothar Harles, bei einer Zusammenkunft der Vorstände in Bonn. Anlass des Gesprächs waren die Beschlüsse des BDKJ vom Mai 1987 zur Politik der Abschreckung und zum Dienst für den Frieden sowie eine sich anschließende Erklärung der Verbandsspitze der GKS.

Nachdem die Beteiligten über die verschiedenen Ausgangsbedingungen der Verbände zur Mitgestaltung gesellschaftlicher Aufgaben und besonders der Sicherheits- und Verteidigungspolitik diskutiert hatten, brachte der Bundesvorsitzende der GKS zum Ausdruck, dass die erläuternden Argumente des BDKJ vieles heute in einem neuen Licht erscheinen ließen und damit die von der GKS erhobenen Vorwürfe nicht mehr aufrechterhalten werden müssten. Der Bundesvorsitzende des BDKJ räumte für seinen Verband ein, dass die Beschlüsse der BDKJ-Hauptversammlung 1987 in manchen Passagen in der Tat Interpretationsspielräume gäben und es nicht in vollem Umfang gelungen sei, diese Beschlüsse für sich selbst sprechen zu lassen.

Nach Auffassung aller am Gespräch Beteiligten kommt es darauf an zu unterscheiden, wo die kirchliche Lehre gemeinsame Grundpositionen verlangt und wo der Raum eines legitimen Pluralismus in politischen Einschätzungen beginnt. Auch wenn es schwieriger geworden sei, im Dialog unterschiedliche politische Urteilsbegründungen auszuhalten, gelte es trotz aller vorhandenen Differenzen, gerade das herauszustellen, was Katholiken verbindet. Auf dieser Grundlage werden BDKJ und GKS in nächster Zeit über gemeinsame Vorhaben sprechen.

Bonn, 20. April 1988

Paul Schulz
Oberstleutnant i. G.
Bundesvorsitzender GKS

Lothar Harles
Bundesvorsitzender
BDKJ

¹ Erklärung des BV GKS „Zu sicherheitspolitischen Beschlüssen des BDKJ“ vom 24.06.1987 in: Soldaten und Christen – Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker; hrsg. im Auftrag der GKS von Jürgen Bringmann, Würzburg 2003, S. 87ff.



Wie Oberstleutnant i. G. Paul Schulz – damals Bundesvorsitzender, heute Ehrenbundesvorsitzender der GKS – sein von Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann befürwortetes Handeln im Mai 1988 bei der 28. Woche der Begegnung in Bad Honnef vor der Bundeskonferenz der GKS begründete:

Differenzen im friedlichen Wettbewerb austragen

Am 7. und 29. März 1988 fanden in Bonn Gespräche zwischen den Vorständen des BDKJ und der GKS statt.¹ Darin wurde heftig, kontrovers und in aller Deutlichkeit diskutiert. Es kam aber allen darauf an, gegensätzliche Auffassungen und Standpunkte nicht einfach zuzudecken, sondern zu einem Neubeginn und möglichst zu Formen eines wie auch immer gearteten Miteinanders zu gelangen.

Ich bin mir darüber im Klaren, GKS und BDKJ gehen von unterschiedlichen Grundvoraussetzungen aus. Die Lagebeurteilung, wie zum Teil auch die Ziele unterscheiden sich.

Beim „Konflikt zwischen GKS und BDKJ“ handelt es sich im Kern um einen Wahrheits- und Wertekonflikt, um zumindest abweichende, wenn nicht gar gegensätzliche Vorstellungen vom Menschen und seinem Zusammenleben in der Gesellschaft. *„Wahrheitskonflikte dürfen aber nicht mit Gewalt, sondern müssen gewaltfrei im Wege des friedlichen Wettbewerbs ausgetragen werden. Für diesen Wettbewerb sind Regeln zu erarbeiten, die die Gegensätze nicht zudecken, sondern konstruktive Auseinandersetzung erlauben. Dies ist die Hauptaufgabe einer neuen Phase der Kooperation.“* Diese Worte von Bischof Karl Lehmann habe ich beherzigt, als ich auf der Grundlage der vorausgegangenen Gespräche mit dem BDKJ am 20. April 1988 einer gemeinsamen Erklärung mit dem Bundesvorsitzenden des BDKJ zugestimmt habe.



Mitglieder der Bundesvorstände von GKS und BDKJ bei der 27. Woche der Begegnung im Mai 1967 in Cloppenburg-Stapelfeld.v.l.: Militärdekan Msgr. Walter Theis (Geistlicher Beirat der GKS), Herbert Kollatek (Vors. Kolpingjugend und Sprecher der aktion kaserne) OTL i. G. Paul Schulz (neuer Bundesvorsitzender der GKS), Lothar Harles (Bundesvorsitzender des BDKJ), OTL Willy Trost (bis zu diesem Tag Bundesvorsitzender der GKS), Josef König (Referent für Soldatenfragen des BDKJ und Geschäftsführer der aktion kaserne), OTL Jürgen Bringmann (Bundesgeschäftsführer der GKS) (Foto: Archiv)

Meine Damen und Herren, Sie werden über die Rücknahme der gravierendsten Vorwürfe und die weitgehenden Zugeständnisse des Bundesvorsitzenden der GKS erstaunt sein. Ihre Empfindungen werden von Zustimmung bis Ablehnung reichen.

Dies wiederum ist ein Problem des Pluralismus auch in unserer Gemeinschaft. Dies ist die Frage nach der Erkennbarkeit der Wirklichkeit, die der Jugendbischof, Franz Kamphaus, wie folgt gestellt hat:

„Wer definiert, was realistisch ist? Wer sagt, was wirklich ist?“

Das, was Wirklichkeit ist und ausmacht, ist heute und vor dem Hintergrund der leidenschaftlich geführten Friedensdiskussion nicht mehr klar erkennbar.

Im Grunde genommen ist durch die sicherheitspolitische Alternativkultur der Friedensbewegung ein zweites sicherheitspolitisches Begriffs- und Faktengebäude errichtet worden (Hans Rühle), das eine eigene Wirklichkeit entwickelt hat und ein totales Eigenleben führt. In diesen beiden realen Welten behaupten die sich gegenüberstehenden Lager, dass sie jeweils selbst im Besitz der „Wahrheit“ und damit des Weges zum Überleben seien. In beiden Lagern befinden sich auch die entsprechenden Experten. Alle identifizieren sich mit ihrer Wirklichkeit

und ihrer Wahrheit und werfen den Experten des anderen Lagers vor, sie seien unfähig, die wirkliche Wirklichkeit zu erkennen.

Dieser Gordische Knoten muss und kann dort gelöst werden, wo man sich im gleichen Glauben auf die gleichen Grundlagen beruft. Ein Verständigungsprozess verlangt zunächst von beiden Seiten die Fähigkeit zu differenzieren. Differenzierungsfähigkeit setzt voraus, dass man sich mit den ideologischen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Ideen und Zielvorstellungen des Anderen auseinandersetzt.

In diesem Verständnis sehe ich eine Aufgabe und Verpflichtung der GKS. Solange eine Gruppe zwar im Interessengegensatz zu uns steht, die freiheitliche, demokratische Grundordnung unseres Staates aber erkennt und im Bestreben nach Veränderung dieser Gesellschaft die legalen Spielregeln einhält, muss der Dialog mit dieser Gruppe möglich sein.

Im Interesse einer Friedenspolitik kann die GKS daran mitarbeiten, die politischen Verhältnisse zu entfeinden, wohl wissend, dass eine Entfeindung der Verhältnisse nicht identisch ist mit dem Bestreiten von Gegensätzen im prinzipiellen Bereich, wie im Bereich politischer und ideologischer Interessen und Ziele. □



Wie Lothar Harles – damals Bundesvorsitzender des BDKJ, heute Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) der katholischen Fachorganisation für politische Bildung – nach 20 Jahren die damalige gemeinsame Erklärung sieht:

Das Problem mit dem Frieden

20 Jahre nach der Erklärung des Bundesvorsitzenden der GKS und des BDKJ, die im Anschluss an ein Gespräch zwischen den Verbandsspitzen herausgegeben wurde, ist der Pulverdampf verrauch. Die kleinen und großen Beben, die sie mit ihrem Text ausgelöst haben, sind verebbt. Die Weltgeschichte ist darüber hinweggegangen. Keiner der Beteiligten hätte sich träumen lassen, welche Wende die Weltgeschichte und die Sicherheitspolitik durch den Fall des Eisernen Vorhangs wenig später nehmen würde. Vielleicht gibt es heute andere Themen, aber meiner Meinung nach ist immer noch zu fragen:

Wie ist aus Sicht der katholischen Sozialethik die Sicherheits- und Friedenspolitik zu beurteilen? Welcher legitime Spielraum ergibt sich daraus für das politische Handeln?

Die Verbände GKS und BDKJ hatten damals differierend Stellung bezogen zur Politik der Abschreckung und zur Legitimität des Dienstes mit der Waffe. Das hat öffentlich und verbandsintern erhebliche Diskussionen ausgelöst. Das Bemühen der Vorsitzenden der beiden Verbände war es nun, im Gespräch Gemeinsames und Unterschiedliches zu sichten, die Diskussion auf die kritischen

Punkte hin zu konzentrieren und nach Lösungen in der Sache und im Miteinander zu suchen.

Besonders im BDKJ wurde dieses Bemühen von einer Mehrheit nicht geschätzt, die stärker auf die politische Kontroverse zur Klärung setzte. Atomare Abschreckung und Dienst mit der Waffe als ethisch legitimes Mittel der Politik hatten sie bereits abgeschrieben. Ein Gespräch darüber schien nicht mehr angebracht. Über viele dieser Kontroversen ist die Zeit hinweggegangen. Es bleiben zwei Grundideen, die in der politischen Diskussion zu beachten sind:

- Die Notwendigkeit des Dialogs als Mittel zur Klärung politischer Kontroversen auch dann, wenn die Gegensätze unüberbrückbar scheinen.
- Der Bezug auf christliche Sozialethik beendet nicht die Diskussion, sondern ist ihr Anfang. Sozialethik muss aber anschlussfähig bleiben zur Fachdiskussion und zur Politik. Sie findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern ist Antwort auf die Probleme der Zeit.

Bedenklich ist, dass auf den Weg zum Frieden ganz neue Probleme aufgetaucht sind, die es zu lösen gilt. Erfreulich ist, dass es heute leichter ist, aufkommende Fragen zu erörtern. Das Verhältnis zu den verschiedenen Diensten für den Frieden ist entspannter. Gespräche zwischen GKS und Pax Christi oder dem BDKJ sind selbstverständlich. □

GKS-Bereich Niedersachsen / Bremen:

Frauenwochenende mit Militärdekan Miebach

Vom 15. bis 17. Februar fand, wie seit mehreren Jahren, unser Frauenwochenende statt. Eine Gruppe von 19 Frauen aus dem Bereich Niedersachsen/Bremen traf sich in Medingen bei Bad Bevensen. Wieder waren wir gespannt auf die Begegnung mit Militärdekan Heinz-Peter Miebach und die von ihm für die Zusammenkunft angeregten Themen, über die es galt nachzudenken und zu diskutieren:

„Der Mann – Die Frau“,
„Gott ist dort, wo Menschen einander Liebe zeigen“,
„Verliebtsein bleibt nicht, aber die Liebe“.

Zwischendurch fanden wir auch Zeit und Gelegenheit, das Kloster Medingen unter fachkundiger Führung kennen zu lernen, das zu den mittelalterlichen Zisterzienser-Frauen-Klöstern Niedersachsens gehört.

Am Samstagabend verabschiedeten wir in gemütlicher Runde „unseren“ Dekan Heinz-Peter Miebach aus dem Frauenkreis der GKS. Er verlässt Mitte des Jahres wegen Erreichen des Ruhestandes die Katholische Militärseelsorge. Wir dankten ihm, dass er uns Frauen über viele Jahre bei unseren Wochenenden begleitet hat. Neben einem Strauß gelber Rosen, seinen Lieblingsblumen, überreichten wir ihm ein Fotoalbum, in dem jede Frau eine Seite mit guten Wünschen, Sprüchen und einem persönlichen Bild gestaltet hatte.



Elisabeth Lang dankt Militärdekan Heinz-Peter Miebach mit einem Rosenstrauß für die seelsorgliche Begleitung der GKS-Frauen.

Trotz des Abschieds haben wir Frauen die Hoffnung, Dekan Miebach auch für zukünftige Treffen als Referenten gewinnen zu können.

Mit einem schönen Gottesdienst endete am Sonntag unser Wochenende, an dem wir wieder viele Anregungen und gute Gedanken mit nach Hause nehmen konnten.

(Elisabeth Lang)

GKS-Kreis Köln:

Fortsetzung folgt

Bereits im letzten Jahr bot Oberstleutnant Albert Hecht, Vorsitzender des GKS-Kreises Köln, etwas Ungewöhnliches im Aktivitätenkalender an. Mit „Tintenherz“, einem Musical des Jungen Theaters Bonn, konnte Hecht viele begeistern und Bildung, Begegnung und Gemeinschaft im GKS-Kreis fördern.



Die GKS-Mitglieder im Foyer des jungen Theaters zum Besuch des Musicals „Tintenblut“. (Foto: Dirk Ponzell)

Am 1. März 2008 öffnete nun das Junge Theater Bonn seine Türen für „Tintenblut“, den zweiten Teil der Trilogie nach dem Roman der deutschen Autorin Cornelia Funke. Die Fortsetzung der Tintenwelt-Trilogie, einer phantastischen Jugendromanreihe, fand wieder großen Anklang.

Viele der Besucher hatten bereits den Roman „Tintenblut“ gelesen, der von Büchern, den darin lebenden Figuren und dem Lesen und Vorlesen handelt. Bereits jetzt freuen sich viele auf den dritten Teil „Tintentod“.

(Walter Fröhler)

GKS-Kreis Bonn:

El Camino de Santiago – Erlebnisse, Erfahrungen, Erkenntnisse

Unter diesem Titel trug Oberst a. D. Franz Thiele am Donnerstag, den 13. März 2008, ab 17 Uhr im Geistlichen Forum in Bonn über den Jakobsweg vor. Ungefähr 50 Gäste, darunter auch Dekan Benno Porovne, Militärpfarrer in Bonn, waren der Einladung des GKS-Kreises Bonn gefolgt und erlebten einen lebendigen Vortrag, der mit einem historischen Rückblick begann, bevor der Referent seinen persönlichen Bezug zur Jakobswallfahrt seit Mitte der 70er Jahre in Wort und Bild darstellte.

Oberst a. D. Thiele war Militärattaché in Madrid/ Spanien und hat viele Jahre Soldaten und Reservisten bei der

Jakobuswallfahrt betreut. Diese Erfahrungen, dargestellt mit einer guten Portion Humor, machten diesen Vortrag so erfahrungswert. Nicht nur die kirchlichen Häuser, die Rastplätze etc. wurden dargestellt, auch die Mühen des Camino auf der Hochebene wurden den Zuhörern eindrucksvoll vermittelt.

Immer wieder flocht der Referent Zeilen aus dem Gedichtband „Das Stunden-Buch – Von der Pilgerschaft“ von Rainer Maria Rilke ein, um auch den spirituellen Bezug einer Pilgerfahrt nie abreißen zu lassen. Gerade dieser

DER SOMMER WAR SO WIE DEIN HAUS,
DRIN WEISST DU ALLES STEHN -
JETZT MUSST DU IN DEIN HERZ HINAUS
WIE IN DIE EBENE GEHN.
DIE GROSSE EINSAMKEIT BEGINNT,
DIE TAGE WERDEN TAUB,
AUS DEINEN SINNEN NIMMT DER WIND
DIE WELT WIE WELKES LAUB.

*Rainer Maria Rilke
„Von der Pilgerschaft“*

ständige Bezug zu der Pilgerschaft auf dem Jakobusweg zeigte den Zuhörern auf, wie eine Pilgerfahrt uns Menschen näher zu Gott bringen kann.



*Der Referent Oberst a. D. Franz Thiele (Mitte) mit
Militärdekan Benno Provne (r.) und StFw Joachim Lensch
(l., Vorsitzender GKS-Kreis Bonn)*

Nach einer lebendigen Diskussion über Wallfahrten wurden Termine der nächsten organisierten Jakobuswallfahrt in Deutschland und in Spanien erfragt, bevor man sich mit einem kleinen Imbiss dem persönlichen Gespräch widmete. (Reinhold Gradl)

(Näheres zu Rainer Maria Rilke „Das Stunden-Buch – Von der Pilgerschaft“ siehe www.rilke.de)

GKS Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland:

Familie und Beruf können durchaus harmonisieren

Familienwochenende der Katholischen Militärfarrämter Mayen und Büchel und GKS Bereichskonferenz Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland fanden gemeinsam statt

Zu einem Familienwochenende hatten Anfang Dezember 2007 die beiden Katholischen Militärfarrämter Mayen und Büchel sowie der Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in das Kloster Engelpfort im Flaumbachtal in der Nähe von Treis-Karden gemeinsam eingeladen. 34 Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder waren der Einladung gefolgt, um sich neben dem hochinteressanten Thema „Familie und Beruf – vereinbar?“ auch mit der Bereichskonferenz der GKS zu befassen.

Die Soldatenfamilien wurden durch Militärfarrer Pater Bernhard Bornefeld SSCC, und dem Vorsitzenden des GKS-Bereiches Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Oberstleutnant Alfred Warner, begrüßt. Nach einer Vorstellungsrunde gab Pater Bornefeld zunächst einen Einstieg in das Thema. Dann hatten die Erwachsenen Gelegenheit, über die Frage „Sind Familie und Beruf und wirklich immer vereinbar?“ nachzudenken und konnten anschließend ihre Ergebnisse dem Plenum vortragen. Dabei wurden als Pro-

bleme deutlich, wie viele Termine innerhalb einer Familie zu koordinieren sind, vor allem wenn beide Ehepartner berufstätig sind. Auch die Termine der Kinder, die sich aus Schule, Berufsausbildung oder Hobbys ergeben, müssen in der „familiären Ablauforganisation“ berücksichtigt werden. Aber auch andere Aspekte, wie Wochenendehen, längere Lehrgangs- oder Auslandseinsatzzeiten und vieles andere mehr müssen bedacht werden. Über diesen Einstieg hinaus wurden die Themen abends in der Kellerklause weiter diskutiert.

Nach dem Morgenlob am Samstagvormittag führte Pater Bernhard Bornefeld in weitere Gesichtspunkte des Wochenendthemas ein. Er stellte heraus, welche Konsequenzen sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Schlagworten wie Existenzsicherung, Zusammenleben in der Familie, Zusammenwirken der Familienmitglieder, der oft angestrebten „Power-Gesellschaft“, bei der Kinder oft ein „notwendiges Übel“ sind, und vielen anderen mehr ergeben können. Langsam setzte ein Umdenken ein.

So habe nun die „hohe Politik“ erkannt, dass es ohne die Familien und vor allem ohne Kinder einfach nicht vorangehen könne. Nachdem lange Zeit Begriffe wie Solidarität mit kinderreichen Familien, Fürsorge für Kinder und vor allem die Liebe in den Familien totgeschwiegen worden seien, hätte die Politik inzwischen erkannt, dass ein Umschwenken notwendig sei. „Care“ (Fürsorge) sei nun in aller Munde und gleich wichtig für Frauen und Männer geworden.

In getrennten Arbeitsgruppen erarbeiteten die Frauen und Männer zum einen Grenzen und Gefahren, zum anderen Chancen und Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren. Gemeinsam wurden die Ergebnisse besprochen und dabei festgestellt, dass ein gutes Miteinander von Familie und Beruf nur dann gelingen könne, wenn alle

den. Jedoch musste der Vorsitzender Oberstleutnant Alfred Warner feststellen, dass die Konferenz durch unterschiedlich begründete Abwesenheiten zahlreicher Delegierter aus den GKS-Kreisen nicht beschlussfähig war. Stattdessen informierte er über die Arbeit des Bundesvorstandes der GKS und über die gemeinsame Arbeitskonferenz des Kath. Leitenden Dekans Koblenz und Köln. Er berichtete, dass ein neuer Kreis Vulkaneifel (Standorte Büchel, Cochem, Daun und Ulmen, ggf. auch Gerolstein) vor der Gründung stehe. Darüber hinaus gab er die Planungen der Familienwochenenden und Veranstaltungen für das Jahr 2008 bekannt.

Die anwesenden Vorstandmitglieder erklärten sich bereit, bis zur nächsten Bereichskonferenz ihre Ämter kommissarisch weiterhin auszuüben. So bilden bis auf



Am Fest der „unbefleckten Empfängnis Mariens“ durfte ein Besuch der Gruppe an der Mariengrotte des Klosters Engelpfort natürlich nicht fehlen.

beteiligten Parteien (Väter, Mütter, Kinder und ggf. auch Großeltern und Arbeitgeber) zu Kompromissen bereit seien, aufeinander Rücksicht nehmen und auf möglichst alle Belange gleichgewichtig eingegangen werde. Das dies nicht immer möglich und umsetzbar ist, war allen Teilnehmern schnell klar, da sich schon in dieser kleinen Gruppe individuell recht unterschiedliche Sichtweisen ergaben. So konnte eine „Musterlösung“ oder eine allgemeingültige Klärung der Frage nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht erarbeitet werden.

Ernüchternde Bereichskonferenz

Am Nachmittag sollte die Bereichskonferenz der GKS im Bereiches Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland stattfin-

Weiteres Oberstleutnant Alfred Warner als Bereichsvorsitzender, Hauptmann Wilfried Puth und Hauptmann a. D. Günter Neuroth als stellvertretende Bereichsvorsitzende mit dem erneut berufenen Geschäftsführer des Bereiches, Hauptmann a. D. Heinrich Dorndorf, den Vorstand des Bereiches.

Der weitere Nachmittag stand dann zur freien Verfügung und wurde von einigen zu ausgiebigen Spaziergängen oder zum Besuch des Cochemer Weihnachtsmarktes genutzt. Am Sonntag ging das Familienwochenende mit der Teilnahme am Gemeindegottesdienst in der Klosterkirche, einer abschließenden Diskussionsrunde sowie dem gemeinsamen Mittagessen zu Ende.

(Text und Bild: Wilfried Puth)

Standort Hammelburg:

Würzburger Bischof Hofmann besucht Militärgemeinde Hammelburg

Der Würzburger Diözesanbischof Dr. Friedhelm Hofmann besuchte am 1. März 2008 im Rahmen einer Visitation des Dekanates Hammelburg auch die Militärkirchengemeinde und Kuratie Christkönig auf dem Lagerberg. Zahlreiche Gemeindemitglieder waren der Einladung zur gemeinsamen Feier der Vesper und der anschließenden Begegnung mit dem Diözesanoberhaupt gefolgt.

Der seit kurzem im Amt befindliche Militärpfarrer Stefan Frank begrüßte den Bischof in der Lagerkirche und stellte ihm die Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates, Oberstleutnant Andreas Wacker, und des GKS-Kreises Hammelburg, Oberstleutnant a. D. Franz Herrler, vor.

In seiner Ansprache ging Bischof Hofmann auf die 40-tägige Fastenzeit ein. Als Zeit der Gnade solle diese nicht nur als Entschlackungskur für den Körper genutzt werden, sondern vor allem dazu dienen, die Ausrichtung des eigenen Lebens zu überprüfen: „Bin ich auf dem Weg zum Ziel?“. Möglicherweise müssten Irrwege korrigiert werden oder es würde ein Neuanfang nötig. Immer wieder gebe es im menschlichen Leben auch Augenblicke in denen klar ist: „Was ich jetzt tue, ist wichtig.“ Später sei man froh, diesen Augenblick genutzt und die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Das griechische Wort „kairos“¹ bringe genau dieses zum Ausdruck. So biete das Leben fortwährend „kairos – günstige Augenblicke“ an, Gott zu finden und auf ihn zuzugehen.

Der Bischof würdigte auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr: Gerechtigkeit und Frieden seien Beispiele

für christliche Werte, die dringend gebraucht würden. Unter Einsatz ihres Lebens und Inkaufnahme der Trennung von ihren Familien würden die Soldaten sich für den Frieden einsetzen.

Nach der Vesper suchte Bischof Hofmann das Gespräch mit den Gläubigen und gewann so weiteren Einblick in die



V.l.: Bischof von Würzburg Dr. Friedhelm Hofmann, Kuratus und Militärpfarrer Stefan Frank.

Aktivitäten der Militärkirchengemeinde. Dabei zeigte sich der Bischof als aufmerksamer Gesprächspartner, dem es ein Bedürfnis ist, auf die Menschen zuzugehen.

(Text u. Foto: Constantin Deschner)

1 Kairos (griech.) der, der „günstige Augenblick“, der dem Menschen nach Auffassung der Antike schicksalhaft entgegentritt und von ihm zu nutzen ist. Im NT Bezeichnung für die Heilszeit, die mit dem Kommen Christi angebrochen ist.

GKS-Kreis Veitshöchheim:

Erziehen – Fördern – Entwickeln

Auf ein harmonisches Familienwochenende vom 18. bis 20. April blickt der GKS Kreis Veitshöchheim zurück. Bereits zum vierten Mal fanden sich rund 30 Erwachsene und Kinder im Bonifatiushaus, dem Haus der Weiterbildung der Diözese Fulda ein.

„Erziehen – Fördern – Entwickeln – unsere Kinder stark machen“ lautete das Programm des Wochenendes. Erziehung ist eine zentrale, alltägliche Aufgabe der Familie. Unsere Kinder sollen eigenständig, verantwortungsvoll, kooperativ und lebensfroh groß werden. Ein partnerschaftlicher Umgang zwischen den Eltern und Kindern ist ein Balanceakt, der nicht immer leicht fällt. Die Referenten, Frau



und Herr Werb, trugen durch ihre aktive und lebensnahe Programmgestaltung sicherlich zum guten Gelingen des Familienwochenendes bei.

Während die Erwachsenen sich dem Thema widmeten, stellten die Kinder unter der Leitung der Betreuerin Stephanie Hammer Bastelarbeiten fertig, die bei allen Beteiligten großen Anklang fanden.

Gemeinsame Ausflüge und interessante Gespräche beim gemütlichen Beisammensein bereiteten große Freude und festigten die Gemeinschaft. Ein Gottesdienst am Sonntag in der benachbarten St. Andreas Kirche beendete das harmonische Wochenende in Fulda.

(Rafael Sikorski)

Personalia:

Stephan Ackermann (44), Trierer Weihbischof, ist neuer Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden). Die Kommission wählte Ackermann bei ihrer Frühjahrssitzung als Nachfolger von **Reinhard Marx** (54). Aufgrund seiner neuen Aufgaben als Erzbischof von München hatte Marx das Amt des Vorsitzenden niedergelegt. Ackermann ist Mitglied der Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz, sowie der Kommission Wissenschaft und Kultur und der Unterkommission für wissenschaftliche Aufgaben im Bereich Weltkirche. Seit 2006 wirkt er in der Kommission Justitia et Pax mit. Die Deutsche Kommission Justitia et Pax ist eine Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Förderung von Entwicklung, Menschenrechten und Frieden. (KNA)

Prälat Dr. Peter Prassel (57), Trierer Diözesanpriester, wird neuer Leiter des Katholischen Büros Saarland. Sein seit 2002 ausgeübtes Amt an der Spitze des Katholischen Auslandssekretariats bei der Deutschen Bischofskonferenz gibt er im August auf und wechselt zum 1. Oktober als Nachfolger von **Prälat Warnfried Bartmann** (74) nach Saarbrücken. Prassel war von 1985 bis 1996 Militärgeistlicher und in der Kirche unter Soldaten zuletzt als Militärdekan Referatsleiter IV „Seelsorge“ im Katholischen Militärbischofsamt in Bonn tätig.

Erzbischof Slawoj Leszek Glodz (62), seit 2004 Bischof von Warschau-Praga und zuvor ab 1991 Militärbischof, ist vom Papst zum neuen Erzbischof der 918.000 Katholiken

in der Erzdiozese Gdansk (Danzig) ernannt worden. Glodz, im Episkopat für die Medien zuständig, folgt dem dort seit 1993 amtierenden **Erzbischof Tadeusz Gocłowski** (76) nach, dessen Rücktritt am 17. April angenommen wurde. Mit der Bekanntgabe reagierte Rom wohl auch auf die Unruhe in dem nordpolnischen Erzbistum angesichts der anstehenden Personalentscheidung. (KNA)

Dirk Tänzler (38) ist von der Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) als Bundesvorsitzender bestätigt worden. Die 120 Delegierten wählten Tänzler am 26. April in Altenberg-Odenthal erneut für drei Jahre. Gemeinsam mit **Andrea Hoffmeier** (Bundesvorsitzende) und **Pfarrer Andreas Mauritz** (Bundespräsident) bildet Tänzler die Spitze des Dachverbands von 15 katholischen Kinder- und Jugendverbänden mit rund 650 000 Mitgliedern. Tänzler erklärte, die Verbände müssten jungen Menschen „mehr Möglichkeiten geben, sich mit ihren Anliegen einzumischen“. Die jüngste Sinus-Jugend-Studie habe die mitunter sehr scharfen Trennlinien zwischen einzelnen Jugend-Milieus aufgezeigt. Daraus ergebe sich die Frage, wie alle jungen Menschen an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben könnten.

Der BDKJ wolle sich künftig auch stärker innerkirchlich engagieren, kündigte Tänzler weiter an. „Die katholische Kirche in ganz Deutschland braucht einen tragfähigen Zukunftsentwurf. Die katholischen Laien in Deutschland können es sich nicht länger leisten, dabei auf die deutschen Bischöfe zu warten“, so der Vorsitzende des Jugenddachverbands. Er kritisierte zugleich, dass es in vielen Bereichen der kirchlichen Jugendarbeit einen starken Abbau personeller und finanzieller Ressourcen gebe und Mitwirkungsrechte ausgehöhlt würden. (KNA)

GKS-Kreis Fürstenfeldbruck:**Dunkle Kapitel des Christentums**

Dieses Thema stand im Mittelpunkt des Familienwochenendes vom 25. April bis 27. April 2008 zu dem die GKS des Standortes Fürstenfeldbruck eingeladen hatte. Bei sonnigem Wetter kamen die Familien nach Steingaden-Langau in die Nähe der Wieskirche. Als Referent stand zum ersten Mal der Militärfarrer Dr. Damian Slaczka zur



Verfügung. Mit seiner eigenen Art die Menschen anzusprechen traf er bei den Teilnehmern auf interessierte Zuhörer und Mitmacher. So verging die Zeit wie im Flug.

Die ca. 20 Kinder waren bei den beiden Kinderbetreuerinnen gut aufgehoben. Besonders merkte man an diesem Wochenende die professionelle Art der gesamten Vorbereitungen des Vorsitzenden des Kreises, Stabsfeldwebel Burkhard Küttner.

Das Morgenlob gestaltet von Vater und Sohn Küttner brachte bei so manchem die Tränen der Rührung hervor und regte zum Nachdenken aller an. Auch der Sonntagsgottesdienst wurde vom Vorsitzenden so vorbereitet, dass leicht war, sich einzubringen und auf Gottes Wort einzulassen.

Militärdekan Slaczka wurde das Unikat des Kreuzes aus Bügelperlen überreicht, welches bei der Kinderbetreuung gefertigt worden war. Mit dem Reisesegen versehen ging es nach dem Mittagessen wieder zurück nach Hause. Aber damit war das Wochenende mit seinen vielfältigen Eindrücken noch nicht verarbeitet, in der kommenden Woche fanden noch viele interessante Gespräche über das Erlebte statt.

Bei diesem Wochenende wurde Burkhard Küttner in den Einsatz nach Afghanistan verabschiedet. Wir wünschen ihm eine gesunde Heimkehr an Leib und Seele.

(Ein Teilnehmer des Familienwochenendes)

Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge

2008

Allg. Termine u. Bundesebene

- 12.06. 25. Todestag von Oberst Dr. H. Korn
19.-20.06. Festakademie in Fulda zum Gedenken an Oberst Dr. Helmut Korn
20.-22.06. BV-Sitzung in Fulda
27.-29.06. Seminar für Funktionsträger der GKS in Mülheim/Ruhr
04.07. Politikergespräch mit MdEP Helmut Kuhne im KMBA Berlin
15.-20.07. Weltjugendtag, Sydney
22.08. Sitzung EA in Bonn
04.09. Sitzung Verwaltungsrat KS
11.09. Mitgliederversammlung Maximilian-Kolbe-Werk in Fulda
15.-20.09. 48. WdB in Potsdam
14.-15.09. Vorkonferenz, 15.-18.09. ZV, 17.-18.09. BuKonf GKS
20.-24.10. 53. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorge in Berlin-Erkner
22.-26.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
24.-26.10. BV GKS gem. Sitzung mit SA S+F u. InFü beim IThF in Hamburg
07.11. BV-Sitzung in Bonn
15.11. ZV-Vorst.-Sitzung, Berlin
21.-22.11. VV ZdK, Bad Godesberg
27.11. Sitzung Verwaltungsrat KS

Bereichs- / Arbeitskonferenzen / Familienwochenenden

KLMD Kiel / Glücksburg / GKS Nord/Küste

- 14.-16.11. AK II in Parchim

KLMD Erfurt / Hannover / GKS Bereich NS / Ost

- 07.-09.11 AK II in Duderstadt

KLMD Köln-Wahn / Koblenz GKS Nordrhein-Westfalen

- 05.-10.10. GKS-Familienwerkwoche in Wertach
30.-31.10. AK II in Waldbreitbach

KLMD München / Sigmaringen GKS Bayern u. Bad-Württembg

- 04.-06.07. BK GKS Bayern in Reimlingen
24.-26.10. AK II in Vierzehnheiligen

GKS-Sachausschüsse

SA »Innere Führung«

- 04.-06.07. Gem. Sitzung SA S+F mit InFü mit Besuch des Wehrbeauftragten in Berlin
24.-26.10. Gem. Sitzung mit BV beim IThF in Hamburg
21.11. Sitzung SA InFü in Bonn

SA »Sicherheit und Frieden«

- 04.-06.07. Gem. Sitzung SA S+F mit InFü mit Besuch des Wehrbeauftragten in Berlin
24.-26.10. Gem. Sitzung mit BV beim IThF in Hamburg

Internationaler SA

- 10.-12.08. Sitzung IS, Ort noch unbestimmt

Vorschau 2009

- 24.01.09 Sitzungen ZV-Vorstand, EA-GKS, Jahresempfang MGv in Berlin
22.-26.04.09 Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
08.-09.05.09 VV ZdK, Bad Godesberg
13.-19.05.09 51. Int. Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes
20.-24.05.09 32. Dt. Ev. Kirchentag in Bremen
03.-07.06.09 Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
20.06.09 ZV-Vorstand, Hamburg
13.-19.09.09 49. WdB in Hamburg
13.-14.09. Vorkonferenz, 14.-17.09. ZV, 16.-19.09. BuKonf GKS
10.-23.10.09 54. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorge
21.-25.10.09 Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
07.11.09 ZV-Vorstand, Berlin
20.-21.11.09 VV ZdK, Bad Godesberg

Vorschau 2010

- 23.01.10 Sitzungen ZV-Vorstand, EA-GKS, Jahresempfang MGv in Berlin
16.-17.04.10 VV ZdK, Bad Godesberg
09.-13.06.10 Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
12.-16.05.10 2. Ökumenischer Kirchentag in München
19.-20.11.10 VV ZdK, Bad Godesberg

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Kath. Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz der GKS, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivsausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin

www.katholische-soldaten.de

Redaktion: Verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a. D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a. D., Redakteur, Bertram Bastian (BB), Oberstleutnant a. D., Redakteur.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 27 06
21317 Lüneburg, Tel: 04131-220768,
E-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: MVG Medienproduktion,
Boxgraben 73, 52064 Aachen.

Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 107 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843